

AL-HH: Schwierigkeiten mit dem Konsens S.28

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 216 11.1.82 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 3 Förderpreis DM 5,–

Am Beispiel Polen

Der Imperialismus als Herr der Welt

Eigentlich war die Errichtung einer Militärdiktatur aus eigener Kraft in Polen nicht ganz das, was die NATO-Staaten seit Monaten erwartet und worauf sie sich vorbereitet hatten. Verführt von falschen Geheimdienst-Einschätzungen und von den Kraftsprüchen mancher Solidarnosc-Führer war man im Westen überzeugt gewesen, Polens Bürokratie stehe mit dem Rücken an der Wand und würde keinesfalls in der Lage sein, mit Hilfe der polnischen Armee und Polizei die Volksbewegung niederzuschlagen. Die Planungen der NATO kalkulierten stattdessen mit einer sowjetischen Militärintervention in Polen, gegen die sich dann möglicherweise nicht bloß ein allgemeiner Volksaufstand, sondern auch Teile der polnischen Armee zur Wehr setzen würden. Das sollte der Auslöser für einen umfangreichen Katalog von „Strafmaßnahmen" gegen die Sowjetunion sein, auf den sich die NATO-Staaten schon 1980 geeinigt hatten.

Als die reale Entwicklung nach dem 13. Dezember anders verlief, testete man zunächst zaghaft die Pro-
schon 1980 geeinigt hatten.
Als die reale Entwicklung nach dem 13. Dezember anders verlief, testete man zunächst zaghaft die Pro-
paganda-Mär von den Russen in polnischen Uniformen, die angeblich in Polen am Werk seien. Diese Konstruktion wurde aber ebenso schnell fallengelassen wie die „glaubwürdigen Berichte" aus fünfter Hand über die 45.000 Verhafteten in Polen, die unter freiem Himmel nächtigen müssen

Fortsetzung Seite 12

Gewerkschafter verhaftet, gefoltert, erschossen – in der Türkei

Während die Herrschenden hierzulande lautstarken Protest gegenüber den polnischen Generälen äußern, Solidarität mit den polnischen Arbeitern beschwören und für Polen gewerkschaftliche Freiheit fordern, sind sie, wenn es um die Verteidigung von NATO- und EG-Interessen geht, weniger zimperlich.

Da wird die us-amerikanische Militärhilfe erhöht, werden hart durchgreifende Generäle von Kriegsminister Weinberger gelobt und halten die europäischen Sozialdemokraten eine weitere poitische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung im Interesse der NATO für geboten. Die Rede ist von der Türkei, wo seit dem Militärputsch sämtliche Gewerkschaften zerschlagen und ihre Funktionäre und Mitglieder massiver Verfolgung ausgesetzt sind.

Einzig die an der Spitze mit der Junta kollaborierende (gelbe) Gewerkschaft Türk Is blieb formal bestehen, gewerkschaftliche Betätigung auch ihr verboten. Gegen die stärkste gewerkschaftliche Organisation, den Dachverband DISK laufen Verfahren gegen zahlreiche Mitglieder und Funktionäre. Nur die Spitze des Eisberges stellt dabei das Verfahren gegen 134 Spitzenfunktionäre von DISK dar, das seit April letzten Jahres durchgeführt wird. In diesem Ver-
Funktionäre. Nur die Spitze des Eisberges stellt dabei das Verfahren gegen 134 Spitzenfunktionäre von DISK dar, das seit April letzten Jahres durchgeführt wird. In diesem Ver-
fahren werden für den Vorsitzenden von DISK, dem ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Abdullah Bastürk und weitere 51 Mitglieder der Führung von DISK Todesstrafen gefordert. Der Hauptverteidiger, Ercümen Tahiroglu, wurde fünf Tage nach der Prozeßeröffnung verhaftet und wird bis heute gefangen gehalten.

Die Vorwürfe gegen den Gewerkschaftsverband lauten auf Durchführung von Streiks in den Jahren 1976 bis 1980 und gipeln in den Vorwürfen, Tarifverhandlungen mit dem Ziel der "Aushöhlung der Wirtschaftskraft" des Landes geführt zu haben und die verfassungsgemäße Ordnung stürzen zu wollen. Nach dem Putsch wurden knapp 1000 DISK-Funktionäre festgenommen, weitere wurden mit Ausbürgerung bedroht bzw. wurden sie für vogelfrei erklärt. Im Juli letzten Jahres wurde Kenan Budak, Mitglied im Vorstand von DISK, in Istanbul auf offener Straße erschossen. Die verhafteten Gewerkschafter sind den Folterpraktiken der Militärs ausgesetzt, die ihre physische Existenz bedrohen und falsche Geständnisse für die Militärgerichte erpressen.

Ende 1981 wurde der Prozeß gegen die 52 Mitglieder des Vorstands, des Exekutivausschusses, Revisionsgremien und regionaler Leitungen dem Militärgericht in Istanbul unterstellt. Dies bedeutet u.a., daß keine Möglichkeit zu Befangenheitsanträgen und Revision besteht und daß die Zahl der Verteidiger von vornherein beschränkt ist.

Außer den Verfahren gegen DISK geht gerade jetzt der Prozeß gegen die Lehrerorganisation TÖB DER zu Ende, die seit 1979 verboten ist. Auch hier stehen Funktionäre der Organisation unter dem Vorwurf vor
Außer den Verfahren gegen DISK geht gerade jetzt der Prozeß gegen die Lehrerorganisation TÖB DER zu Ende, die seit 1979 verboten ist. Auch hier stehen Funktionäre der Organisation unter dem Vorwurf vor
Gericht, die verfassungsmäßige Ordnung stürzen zu wollen.

Nicht einzeln aufgeführt werden hier die schon gefällten Urteile gegen türkische Gewerkschafter, zu denen z.B. 14 Funktionäre der Metall-Gewerkschaft Maden Is gehören, die schon im Mai letzten Jahres zu je 5 Jahren und sechs Monaten Gefängnis wegen Singens der "Internationale" auf einem Gewerkschaftskongreß Ende 1979 verurteilt wurden ...

»Wir bitten um Einmischung!«

(H. Böll)

Breit ist das Spektrum derer, denen die bisherigen Reaktionen auf den Ausnahmezustand in Polen allzu schlapp und furchtsam erscheinen: Der sogenannte „Koordinationsausschuß der Initiativen und Komitees 'Solidarität mit Solidarnosc' " lobt die Reaktionen der Gewerkschaften in Italien und Frankreich und wirft dem DGB Tatenlosigkeit vor (Flugblatt).

Der Schriftsteller Heinrich Böll berief eigens eine Pressekonferenz ein, um mitzuteilen, daß ihm *„die Angst des DGB vor Einmischung"* in Polen unverständlich sei. *„Wir scheuen uns nicht, Einmischung zu praktizieren und um Einmischung zu bitten".* J e d e r solle sich daran beteiligen, nicht bloß der DGB, sondern auch die katholische Kirche, a l l e politischen Parteien und *„alle gesellschaftlichen Organisationen"* der BRD („FAZ", 23.12.81).

SPD-Mitglieder aus Hamburg und Westberlin forderten in einer scharf antikommunistisch formulierten Erklärung den Vorstand der SPD auf, *„Solidarität mit dem polnischen Volk und seiner unabhängigen Gewerkschaft eindeutig zu formulieren, und schlagen gleichzeitig vor, Großkungebungen mit Genossinnen und Genossen der Parteiführung an der Spitze und in Zusammenarbeit mit dem DGB in den wichtigsten westdeutschen Industriezentren zu organisieren"* (aus dem Abdruck der Erklärung in der „Welt" vom 31.12.81).

Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer der Grünen, beschwerte sich bei Springers „Welt": **„Die SPD-Floskel von der Nichteinmischung schreit zum Himmel"** („Welt", 24.12.)

In der „TAZ" wurde über
geschäftsführer der Grünen, beschwerte sich bei Springers „Welt": „Die SPD-Floskel von der Nichteinmischung schreit zum Himmel" („Welt", 24.12.)
In der „TAZ" wurde über
die ausbleibenden Proteste der Friedensbewegung und der Linken geklagt. Positiv wurden demgegenüber die Reaktionen in Frankreich und Italien gewertet (z.B. im Kommentar in der „TAZ" vom 16.12. und Artikel am 21.12.).

Fortsetzung Seite 5

SPD-Parteitag in München

Das nächste Ziel der Friedensbewegung

Im April dieses Jahres wird die SPD in München ihren Bundesparteitag veranstalten. Ursprünglich war für diese Veranstaltung als z e n t r a l e s Thema die NATO-„Nach"rüstung (die Thematik „Krieg und Frieden" insgesamt) vorgesehen.

Die in den letzten zwölf Monaten gewaltig angewachsene Friedensbewegung und heftige Auseinandersetzungen in der SPD selbst haben die Führer der SPD dazu bewogen, das (namentlich für sie!) brisante Thema n i c h t auf d i e s e m Parteitag zur Diskussion zuzulassen, sondern erst im H e r b s t 1 9 8 3 auf einem Parteitag darüber zu beraten – zu einer Zeit also, wenn die Stationierung der amerikanischen Massenvernichtungswaffen PershingII, Cruise Missiles etc. unmittelbar bevorsteht.

Nach dem großartigen Erfolg der Bonner Friedensdemonstration wurde in der Friedensbewegung bereits darüber diskutiert, welches die nächsten Schritte im Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn sein könnten. Der SPD-Parteitag in München wurde als eines der nächsten Ziele ins Auge gefaßt, um auf die seinerzeit noch vorgesehenen Entscheidungen zur Rüstungs- und Abrüstungspolitik der Regierungspartei SPD möglichst großen Druck durch eine massenhafte Mobilisierung auszuüben.

Trotz der nunmehr geänderten Parteitags-Planung gibt es mehrere Initiativen zu Aktionen anläßlich der Münchener Veranstaltung. Zum einen hat die Hamburger Friedenskoordination einen Aufruf herausgebracht, den wir auf Seite 15 dieser Ausgabe im Wortlaut veröffentlichen.

Neben dem Text der Hamburger Friedenskoordination gibt es einen Aufruf der Jusos, der Falken und des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt, die *„aus Anlaß des Bundesparteitages der SPD ... ihre Aufforderung an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (bekräftigen), ihre Zustimmung zum NATO-Rüstungsbeschluß zurückzuziehen."* Sie berufen sich auf den sozialdemokratischen „Bielefelder Appell" (der sich vom Krefelder Appell nicht inhaltlich, sondern nur in der Bündnisfrage unterscheidet. Der Bielefelder Appell ist eine Initiative von „Nach"rüstungsgegnern in der SPD, die ein gemeinsames Vorgehen hauptsächlich mit der DKP ablehnen, und deshalb den Krefelder Appell nicht unterschreiben.

Fortsetzung Seite 15

Startbahn West Wie weiter?

Vermutlich noch im Januar wird der hessische Staatsgerichtshof über die formale Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens „Keine Startbahn West" befinden. Erwartungsgemäß hatte die hessische Landesregierung schon am 25.11. eine Zulassung des Volksbegehrens offiziell abgelehnt. Am 14. 12. wurde auf Betreiben des Präsidenten des Staatsgerichtshofes ein Baustopp beschlossen. Ein sogenannter „Baustopp": Die Okriftelerstraße wird indessen weiter untertunnelt und die Landesregierung trifft Vorbereitungen, um noch in diesem Winter die Abrodung von Baulos 2 und Baulos 3 (insgesamt 160 ha. Wald!) durchzuführen.

Die Bürgerinitiativen haben eine Platzbesetzung bei Inangriffnahme weiterer Rodungen beschlossen.

Es bestehen auch keine Anzeichen für die Annahme, der Staatsgerichtshof könne sich im Sinne der Startbahngegner/innen positiv zum Volksbegehren äußern. Insofern handelt es sich um eine doppelte Frage: Was soll im Wald geschehen und wozu? Was geschieht mit dem Volksbegehren, wenn es, wie zu erwarten, als „verfassungswidrig" befunden wird?

Der Widerstand gegen die Startbahn bedeutet für die demokratische Bewegung und die Umweltschutzbewegung in Hessen einen enormen Aufschwung (150.000 in Wiesbaden, 220.000 Unterschriften). Für Zehntausende von Menschen wird sich aufgrund dieser Auseinandersetzung der anstehende Landtagswahlkampf im Herbst unter dem Motto „Die oder Wir" abspielen. Sie konnten erleben, wie klein der „Unterschied" zwischen SPD, FDP und CDU tatsächlich ist. Auch dieser Punkt ist Bestandteil der Perspektivendiskussion innerhalb der Bewegung.

Fortsetzung Seite 11

Der Imperialismus als Herr der Welt

Fortsetzung von Seite 1

und alle zwei Stunden mit Eiswasser übergossen werden. (Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Die Wahrheit über Polen ist sicher schlimm genug. Manche Leute scheinen Polen aber mit Paradebeispielen der Freien Welt wie Chile oder der Türkei zu verwechseln). – Die russischen Soldaten in polnischen Uniformen erwiesen sich allerdings als so unergiebig, daß sich die „Welt“ am 18.12. gequält fragte: **„Hat sich der Westen möglicherweise auf die unwahrscheinlichste aller sowjetischen Interventionsformen – einen Einmarsch Moskaus – vorbereitet und damit Monate politischer Gegenplanung v e r t a n ?“**. Und bereits am 14. Dezember (also sofort nach Verhängung des Ausnahmezustands) hatte die „Frankfurter Allgemeine“ (“FAZ“) skeptische Überlegungen der US-Regierung zitiert: **„...Nur direktes sowjetisches Eingreifen in Polen könne daher zu jener Einheit des Westens führen, die ein solches Ereignis erfordere“**. Am 15.12. meldete die „Frankfurter Rundschau“ („FR“): **„Das offizielle Washington blieb auch am Montag bei seiner demonstrativen Zurückhaltung ... Regierungskreise machten deutlich, daß die USA so lange keinen Anlaß zu besonderen Aktivitäten sähen, solange die UdSSR nicht in die polnischen Ereignisse eingreife...“**. Bekanntlich blieb es nicht bei dieser „Zurückhaltung“, sondern es folgte eine Eskalation von „Strafmaßnahmen“, zuerst gegen Polen, wenig später auch gegen die Sowjetunion. Die zeitliche Abfolge legt den Verdacht nahe, daß von der US-Regierung zunächst noch auf eine rasche Zuspitzung der Lage in Polen (und möglicherweise schließlich doch noch eine sowjetische Okkupation) spekuliert wurde. Das wäre dann die Grundlage gewesen, um die Gesamtheit der NATO-Staaten auf ein sehr scharfes Vorgehen einzuschwören. Als diese Zuspitzung in Polen ausblieb und sich stattdessen die Militärdiktatur „normalisierte“, begannen die USA einseitig mit Maßnahmen und versuchten nachträglich, einen Anschluß der westeuropäischen Verbündeten zu erzwingen.

Grundlage dieser Politik ist der Anspruch auf Weltherrschaft. Die USA beanspruchen für sich das Recht, Staaten wie Libyen oder Nikaragua, Polen oder der Sowjetunion Zensuren für schlechtes Betragen erteilen zu können. Reagieren die Angesprochenen nicht gehorsam, so müssen sie mit fühlbarer Härte be-
Zensuren für schlechtes Betragen erteilen zu können. Reagieren die Angesprochenen nicht gehorsam, so müssen sie mit fühlbarer Härte be-
straft werden. Die Strafen erfolgen abgestuft, also mit sich steigernder Härte, um zwischendurch dem Übeltäter Gelegenheit zu geben, wieder zur Vernunft zu kommen und sich dem US-Diktat zu unterwerfen.

Die ideologische Legitimation dieser Politik ist, daß die USA – und damit auch „der Westen“ schlechthin – die großen Ideale der Freiheit und der Menschenrechte verkörpern, und daß es deshalb nicht bloß ihr Recht, sondern sogar ihre Pflicht ist, diesen Idealen weltweit zur Durchsetzung zu verhelfen. – Daß es mit dieser Ideologie nicht hinhaut, merkt aber auch der skrupelloseste Propagandist des Imperialismus. Denn der Freie Westen arbeitet nicht bloß glänzend mit Diktaturen aller Art zusammen, sondern viele von diesen verdanken überhaupt nur der imperialistischen Hilfe und Regie ihre Existenz. Mit der Türkei ist eine Militärdiktatur sogar Mitglied der NATO. Daß dort zur Zeit über 50 Gewerkschafter vor Gericht stehen, gegen die der Staatsanwalt die T o d e s s t r a f e beantragt hat, ist selbstverständlich weder Gegenstand von Reagan-Reden, noch von Sonderkonferenzen der NATO und EG, noch gar von irgendwelchen „Strafmaßnahmen“.

Nicht Freiheit und Menschenrechte sind der Maßstab, nach dem der Imperialismus seine Zensuren, seine Strafen und Belohnungen austeilt. Maßstab ist allein die Brauchbarkeit bestimmter politischer Systeme, bestimmter Staatsmänner, bestimmter Praktiken für die Interessen des Großkapitals.



Diesem Grundgedanken folgen auch die westeuropäischen NATO-Staaten, die sich zwar Reagans „Sanktionen“ vorerst nicht anschliessen mögen, aber dafür einzig und allein Argumente der Zweckmäßig-
„Sanktionen“ vorerst nicht anschliessen mögen, aber dafür einzig und allein Argumente der Zweckmäßig-
keit und der Wirtschaftsinteressen anführen. Weil dies so ist, ist es überhaupt kein Widerspruch, daß die US-Regierung sich einerseits über die Rolle der Sowjetunion in Polen empört, während sie andererseits seit Monaten öffentlich darüber nachdenkt, Nikaragua anzugreifen, in El Salvador noch stärker militärisch aktiv zu werden und eine kriegsmäßige Blockade gegen Kuba zu verhängen. Wer dem Imperialismus deshalb Heuchelei und Unglaubwürdigkeit vorwirft, trifft im Grunde nicht den genauen Sachverhalt: Die „Sanktionen“ gegen die Sowjetunion und die Kriegsdrohungen gegen Nicaragua oder Libyen sind Ausdruck ein und desselben politischen Prinzips.

Schluß mit Jalta!

Qualitativ neu ist an den „Sanktionen“ und Drohungen gegen Polen und die Sowjetunion die Direktheit, mit der der Imperialismus nunmehr auch in den unmittelbaren Machtbereich der Sowjetunion hineinzudiktieren versucht. Dieser Machtbereich galt bisher noch als Art Schonraum, in den der Imperialismus zwar auf vielfältige Weise hineinzuwirken versucht, aber in dem letzten Endes eine Handlungsfreiheit der Sowjetunion respektiert wurde (CSSR 1968). Grundlage dafür war die Konferenz von Jalta (1945), in der die Regierenden der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens sich über eine Aufteilung von Machtbereichen und Einflußzonen verständigt hatten. Dieser historische Abschnitt – eigentlich ein Produkt der speziellen und kurzfristigen Bündnissituation des 2. Weltkrieges – soll nun offiziell als abgeschlossen gelten.

Die „Welt“ (30.12.) zitierte einen namentlich nicht genannten Beamten des US-State Departements, der erklärt habe: *„Polen ist kein Fall von Jalta... Polen ist ein Fall nach Helsinki“. „Es könne mithin nicht mehr unter die Folgen der 1945 bei der Konferenz von Jalta ausgemachten 'Einflußsphären' subsummiert werden“.* Gemeint ist damit offenbar, daß die Vereinbarungen von Jalta aufgehoben würden durch die Schlußakte von Helsinki (KSZE 1975), die als Legitimation zum Hineindiktieren auch in den sowjetisch dominierten Staatenblock interpretiert wird.

Der ehemalige US-'Sicherheitsberater' Brzezinski möchte noch einen Schritt weitergehen: Er plädiert dafür, daß die USA das Abkommen von Jalta in aller Form „aufkündigen“ sollten. („Welt“, 5.1.82).

Eine fast noch radikalere Abrechnung veranstaltete Herbert Kremp in der „Welt“ (28.12.) unter der Überschrift **„Yalta in der Erosion“**: *„... Für die Ordnung von Yalta muß keine Alternative entwickelt werden in einer Zeit, in der sich diese Ordnung auf der sowjetischen Seite nach innen*
Ordnung von Yalta muß keine Alternative entwickelt werden in einer Zeit, in der sich diese Ordnung auf der sowjetischen Seite nach innen
aufzulösen beginnt. Die Sowjetunion muß fürs nächste nur daran gehindert werden, zum Schutz der sich auflösenden inneren Ordnung neue Glacis-Felder zu schaffen“. (Glacis = Militärisches Vorfeld).

Aufgenommen wurde das Thema auch von Präsident Mitterand in seiner Neujahrsansprache. Frankreich will die Ereignisse in Polen zum Anlaß nehmen, um an den Ergebnissen von Jalta „Korrekturen anzubringen“ bzw. diese überhaupt in Frage zu stellen. (An der Konferenz von Jalta war Frankreich nicht beteiligt gewesen, konnte dort also auch nicht seine speziellen Interessen einbringen).

Das Hineindiktieren in die polnischen Verhältnisse, der Umgang mit „Strafmaßnahmen“ und ultimativ gefaßten „Belehrungen“, der Ruf nach einer Revision von Jalta, der Poker mit der totalen Konfrontation – alles das setzt voraus, daß sich der Imperialismus heute bereits im Besitz einer nötigenfalls e n t s c h e i d e n d e n militärischen und ökonomischen Überlegenheit sieht. Das wird besonders deutlich, wenn man sich beispielsweise folgende Situation vorstellt:

- Der sowjetische Botschafter rückt bei Holger Börner an, um ihm im Namen seiner Regierung mitzuteilen, daß die Verweigerung eines Volksentscheids über die Startbahn West ein eklatanter und unerträglicher Verstoß gegen die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki sei. Die Aeroflot werde ab sofort die bundesdeutschen Flughäfen boykottieren. Bei Fortführung der Bauarbeiten erwäge die Sowjetunion noch weitaus schärfere Sanktionen.
- Breschnew zitiert Genscher nach Moskau, um von ihm in barschem Ton eine Beendigung der (von der BRD wesentlich unterstützten) Militärdiktatur in der Türkei zu fordern. Andernfalls werde die Sowjetunion das Berlin-Abkommen und alle Verträge mit der BRD aufkündigen.
- Die Sowjetunion erklärt die US-Regierung für die Lage in El Salvador verantwortlich und fordert sie zur sofortigen Herstellung der Demokratie in diesem Land auf. Anderenfalls werde die Sowjetunion kein amerikanisches Getreide mehr kaufen. Sollten die USA es wagen, direkt militärisch in El Salvador einzugreifen, so wäre das das Ende des Entspannungsprozesses und würde u.a. zum Abbruch der Genfer Verhandlungen (Mittelstrecken-Raketen) führen.

Es ist selbstverständlich, daß so etwas nicht passieren wird, und zwar deshalb, weil alle für eine solche Politik notwendigen Hebel ausschließlich in der Hand des Imperialismus sind.

Die Imperialisten setzen voraus, daß nicht sie, sondern die Sowjetunion das existentielle Interesse am „Entspannungsprozeß“ und an Rüstungsbegrenzungen hat. Das stimmt natürlich überhaupt nicht mit der Grundthese des Imperialismus überein, wonach die Sowjetunion militärisch überlegen und aggressiv sei. Im Gegenteil: **Voraussetzung einer solchen Politik ist die Annahme, daß der Westen eine Überlegenheit erreicht hat – oder in absehbarer Zeit erreichen kann –, die so gewaltig ist, daß man demnächst den Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs herbeiführen kann.**

Die „Sanktionen“ der USA

Während die allerersten Reaktionen der US-Regierung noch relativ zurückhaltend waren, traten sofort die Scharfmacher in Aktion: *„Ich bin befremdet darüber, daß unsere Regierung eine derart vorsichtige, geschäftsmäßige Haltung zeigt“* (Brzezinski, laut „FAZ“ vom 15.12.). *„Ich würde Nitze aus Genf abziehen, bis sich die Lage klärt“*, d.h. Unterbrechung der Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (Kissinger, ebenda). Von Brzezinski wurde gleich ein neues Getreide-Embargo und ein Rückzug der US-Firmen von ihrer Beteiligung an dem großen sowjetisch-europäischen Erdgas-Geschäft gefordert („FR“, 17.12.). Am 15.12. gab Reagan die erste Stufe von „Sanktionen“ bekannt: Die Aussetzung der offiziellen „Lebensmittelhilfe“ für Polen, insbesondere der über zinsgünstige Kredite finanzierten. (Das betraf in erster Linie einen gerade erst vereinbarten neuen Kredit über 100 Millionen $). Mit der Wiederaufnahme der „Hilfe“ solle gewartet werden, *„bis die Situation in Polen sich klärt“*. Voreilig kommentierte die „Welt“ (18.12.), damit seien die Möglichkeiten für „Reaktionen“ der USA *„zunächst erschöpft“*. **„Der Zuschnitt der Krise, ihr überwiegend national-polnischer Anstrich, erlaubt es der westlichen**

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19, Tel. Verlag/Redaktion 040/43 53 20, Aboverwaltung 43 53 46, Satz/Layout 43 42 06
anschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00;
Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Das Interesse der Nato an Polen

Ein Graf Bro kdorf referierte in der „Welt“ vom 23.12.81 über die verlockenden militärischen Perspektiven bei einem Herausbrechen Polens aus dem Warschauer Pakt: **„Polen ist für die Sowjetunion das wichtigste strategische Vorfeld. Ohne Polen müßte das gegen den Westen gerichtete offensive militärische Konzept Moskaus zusammenbrechen.** *Alle Verbindungslinien der Sowjetunion in die ‚DDR' laufen durch Polen und wären nur mühsam auf dem Weg über Ungarn und die Tschechoslowakei teilweise ersetzbar.*

Mit anderen Worten: Militärstrategisch wäre der Verlust Polens für die Sowjetunion ein durch nichts wiedergutzumachender Schlag“. Ausser den strategisch wichtigen Eisenbahnlinien führen durch Polen auch *„ein rundes Dutzend militärische Pipelines“* in die DDR und in die CSSR. *„Sie sind für die Treibstoffversorgung der Streitkräfte des Warschauer Pakts lebenswichtig“. „Im gesamten westlichen militärischen Vorfeld der Sowjetunion gibt es 220 militärische Flugplätze. Ungefähr 50 Prozent davon“* sind in Polen. *„Der wichtigste sowjetische militärische Flugplatz in Polen liegt bei Osla, nordwestlich von Breslau. Er hat für den Warschauer Pakt die Bedeutung wie Ramstein, Sitz des Oberkommandos der NATO-Luftstreitkräfte in Zentraleuropa, für den Westen“.*

„Schließlich führen alle drahtgebundenen sowjetischen Fernmeldeverbindungen aus der ‚DDR' und der Tschechoslowakei durch Polen. Dies ist von spezieller Bedeutung für das operative Kriegshauptquartier der Sowjets, das unweit der polnischen Grenze in den Wäldern bei Grodno liegt“.

Mit anderen Worten: Würde Polen aus dem Warschauer Pakt fallen, so wäre nicht bloß die DDR kaum noch zu verteidigen, sondern auch für die militärische Situation der Sowjetunion selbst würden sich erhebliche Probleme ergeben.



„Welt", 23.12.81

Führungsmacht nicht, jene Gegenmaßnahmen zu treffen, die für den Fall einer sowjetischen Intervention vorgesehen sind“. Einen Tag später war allerdings schon zu lesen, die USA wollten *„sich auf allen nationalen und internationalen Ebenen dafür einzetzen, daß Polen jede Hilfe, auch und vor allem die angebotene Streckung der erdrückenden Schuldenlast, verweigert wird“.* „Erwogen“ werde ein totales Handelsemargo gegen Polen, *„zu dem die USA auch ihre Verbündeten drängen würden“.* („Welt“, 19.12.). Die USA seien *„daran interessiert, jegliche Handelsbeziehungen und vor allem den Export von strategisch wichtigen Gütern nach Polen stillzulegen“.* Außerdem stelle die US-Regierung schon „erste Erkundungen“ über *„gemeinsame NATO-Strafaktionen gegenüber der Sowjetunion“* an. („FAZ“, 21.12.).

In praktischer Vorwegnahme solcher Überlegungen rief die US-Hafenarbeitergewerkschaft ILA gleich zum Boykott aller Schiffe mit Waren für oder aus Polen auf, mit Ausnahme „anerkannter“ privater Hilfssendungen. („Süddeutsche Zeitung“ /SZ, 23.12.).

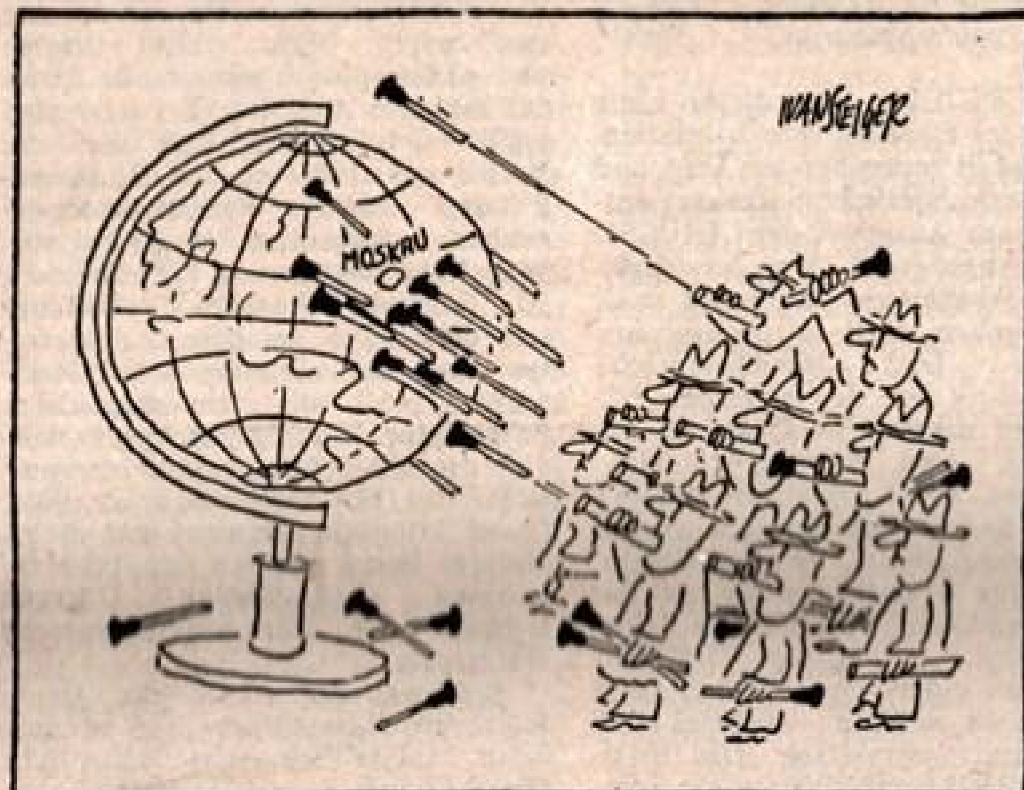
Am 23.12. gab Reagan die zweite Stufe von „Sanktionen“ bekannt:
- Die staatliche Export-Import Bank in Washington gewährt Polen keine Kreditgarantien mehr. (Eine ökonomisch bedeutungslose Maßnahme, wie allgemein eingeschätzt wird).
- Das Luftverkehrsabkommen zwischen Polen und den USA wird annulliert. Die polnische LOT darf nicht mehr nach New York fliegen.
- Polnische Trawler dürfen nicht mehr in der 200-Meilen–Zone der USA fischen. Hier waren angeblich rund ein Drittel der polnischen Fänge, entsprechend einem Wert von etwa 46 Millionen Dollar, eingebracht worden. Aktuell wird die Maßnahme als nicht sehr bedeutend eingeschätzt, da die Fangsaison ohnehin im Wesentlichen beendet ist.

Von der US-Gewerkschaft AFL/CIO wurde inzwischen bereits ein totales Handelsembargo gegen Polen und die Sowjetunion befürwortet („Welt“, 28.12.), was gleich darauf auch noch mit der Forderung nach „Sanktionen“ gegen aufsässige Verbündete der USA (vor allem die BRD) verbunden wurde. Der imperialistische Übermut scheint keine Grenzen mehr zu kennen ... Die AFL/CIO zeichnet sich traditionell dadurch aus, daß sie in fast allen wichtigen Fragen n o c h aggressiver und n o c h reaktionärer zu agieren versucht als die jeweilige US-Regierung. Andererseits (??) ist die AFL/CIO wohl diejenige Gewerkschaft gewesen, die seit Sommer 1980 die umfangreichste finanzielle und materielle Unterstützung für die Solidarnosc gegeben hat. (Vermutlich in völliger Verkennung der Zielsetzung und Politik von Solidarnosc?)

gegeben hat. (Vermutlich in völliger Verkennung der Zielsetzung und Politik von Solidarnosc?)

Am 30.12. gab Reagan die dritte Stufe von „Sanktionen“ bekannt. Die „Welt“ (31.12.) urteilte darüber: *„Die Auswirkungen sind zunächst relativ milde, eingebaut ist jedoch eine stufenweise Eskalation. Die Schraube kann jederzeit angezogen werden, falls Moskau das Militärregime in Warschau nicht zurückpfeift. – Der Erfolg hängt allerdings davon ab, ob die europäischen Verbündeten und Japan mitziehen“.*

Im einzelnen handelt es sich um folgende Punkte:
1. Kündigung des Luftverkehrsabkommens zwischen den USA und der Sowjetunion. Aeroflot darf nicht mehr nach Washington fliegen. In umgekehrter Richtung hatte PanAm die Flüge schon 1978 wegen zu geringer Auslastung eingestellt. Auch für Aeroflot soll die Linie Moskau-Washington ein Verlustgeschäft gewesen sein.
2. *„Aufgelöst wird die zehnköpfige sowjetische Einkaufskommission in New York, die einen verlängerten Arm des Moskauer Außenhandelsministeriums darstellt und etwa ein Drittel der Aufträge – ohne landwirtschaftliche Erzeugnisse – in den USA vergibt“* („Welt“, 31.12.). Diese Funktionen können aber auch anders erfüllt werden,
3. Unterbrochen wird die Erteilung neuer Lizenzen für den Export von elektrischen Ausrüstungen, Computern u. ä. in die Sowjetunion. Bestehende Lizenzen bleiben jedoch gültig. Ökonomisch ist diese Maßnahme wenig bedeutend, da die USA beispielsweise in 1981 nur für etwa 100 Millionen Dollar Waren dieser Kategorie in die SU geliefert haben.
4. „Verschoben“ werden die Verhandlungen über ein neues langfristiges Lieferabkommen für Getreide. Das laufende Abkommen gilt noch bis zum 30.9.82. Aktuell hat diese Maßnahme also überhaupt keine Auswirkungen. Überdies hat beispielsweise der aus der Sowjetunion emigrierte Biochemiker S. Medwedjew Berechnungen angestellt, wonach die Sowjetunion – im Gegensatz zu einem weitverbreiteten Vorurteil – keineswegs existentiell auf die amerikanischen Getreide-Importe angewiesen ist. Unter dem von Carter mit Hinweis auf Afghanistan verhängten (von Reagan im April 1981 aufgehobenen) Getreide-Embargo hätten die USA stärker gelitten als die SU. „ ... **Und Washington schien schließlich schärfer auf den Verkauf als Moskau auf den Ankauf. Insofern ist das amerikanische ‚Kornschwert‘ stumpf geworden“.** (S. Medwedjew in der „Welt“, 4.1.82).
5. Die Gespräche über ein neues Schiffahrtsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion werden gestoppt. Praktisch bedeutet das, daß der Zugang sowjetischer Schiffe zu Häfen der USA erschwert bzw. aktuell sogar verhindert wird. (Teilweise scheint es darum zu gehen, daß sowjetische Schiffe Waren für Drittländer transportieren. Im Interesse der US-Reedereien liegt es, die Sowjetunion aus diesem Geschäft zu verdrängen.)



„FAZ“, 28.12.81

6. Für die Ausfuhr aller Öl- und Erdgas-Ausrüstungen in die Sowjetunion besteht zukünftig Lizenzpflicht. Diese Maßnahme zielt in erster Linie gegen das sowjetisch-europäische Erdgas-Geschäft. Die USA hatten in den vergangenen Monaten allergrößte und hartnäckigste (aber vergebliche) Anstrengungen gemacht, um ihre Verbündeten von diesem Geschäft abzubringen. US-Firmen sind mit der Lieferung von Maschinen zum Verlegen von Pipeline-Rohren an diesem Geschäft beteiligt. Es besteht allgemeine Übereinstimmung, daß die hier eventuell entstehende Lücke anderweitig (durch die BRD, Japan, Italien und Frankreich) gefüllt werden könnte, ohne daß daraus mehr als eine zeitliche Verzögerung resultieren würde.

füllt werden könnte, ohne daß daraus mehr als eine zeitliche Verzögerung resultieren würde.

7. Auslaufende Kooperationsverträge für Wissenschaft, Technologie und Energie (insgesamt 11 Abkommen) werden „vorläufig“ nicht erneuert. –

Über die von Reagan verkündeten Maßnahmen hinaus sind noch diverse zusätzliche „Optionen“ für eine weitere Eskalation im Gespräch. So beispielsweise eine totale Kreditsperre (d. h., die SU müßte alle Käufe in den USA bar bezahlen), eine Neuauflage des Getreideembargos, ein totales oder teilweises Handelsembargo gegen die SU und schließlich der Abbruch der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen.

Nimmt man das alles zusammen, so sind die Möglichkeiten der USA a l l e i n recht gering und entsprechen keineswegs der unverschämten und aggressiven Tonart, in der die US-Regierung gegen die Sowjetunion auftritt. Der amerikanisch-sowjetische Handel hat sich in den letzten Jahren ohnehin drastisch reduziert. In 1980 betrugen die Ausfuhren der USA in die Sowjetunion nur noch 1,5 Milliarden Dollar. BRD-Export in die SU zum Vergleich: 4,4 Mrd. Dollar. Etwa zwei Drittel der US-Ausfuhr waren landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Anteil von „hochwertigen Industrieprodukten“ an der US-Ausfuhr in die SU lag bei 20 %. Vergleichswert für die BRD: 67 %. Nur rund 3 % der sowjetischen Importe kommen aus den USA („FR“, 31.12.).

Viel Spielraum für ökonomische „Sanktionen“ besteht da nicht, und denkbare Maßnahmen müßten in erster Linie die US-Farmer erneut hart treffen, denen zuliebe Reagan erst vor ein paar Monaten das von Carter angeordnete Getreide-Embargo aufheben mußte.

Das Grundproblem ökonomischer Erpressung wird daran sichtbar: Entwickelte Handelsbeziehungen von einigem Umfang sind eine unvermeidliche Voraussetzung, um überhaupt einen Boykott-Poker beginnen zu können. Die Gegenseite muß in Wechselbeziehungen verstrickt worden sein, die nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ („hochwertige Industrieprodukte“) für den Gegner ein hinreichendes Maß an Unentbehrlichkeit haben. Wenn die USA beispielsweise sowieso schon seit Jahren keine Computer in die Sowjetunion liefern, so fehlt ihnen dadurch die interessante Option, plötzlich mit dem Abbruch dieser Lieferungen zu drohen. Ein weiteres Dilemma ist, daß ökonomische Erpressung d a n n am besten greifen kann, wenn die Gegenseite in l a n g f r i s t i g e Wechselbsziehungen verstrickt ist, also nicht bloß kurzfristig, sondern in ihrer gesamten Planung der nächsten Jahre darauf eingestellt ist, mit bestimmten Lieferungen rechnen zu können. Langfristig angelegte Wechselbeziehungen setzen aber ein hinreichendes Maß an Vertrauen und Zuverlässigkeit voraus. Deshalb sind solche Beziehungen nicht mit einer Politik vereinbar, die bei jedem Anlaß lautstark über irgendwelche Boykotte „nachdenkt“ oder irgendwelche „Hähne zudrehen“ will. Die ökonomische Erpressung ist demnach ein Mittel, das nur in sehr sparsamen, politisch sehr genau kalkuliertem und im Bedarfsfall allerdings dann auch konzentriertem Einsatz seine Wirkung entfalten kann.

Durch diese strategischen Gesichtspunkte sind teilweise auch die Differenzen zwischen den Regierenden der USA und der BRD verständlich. Der BRD-Imperialismus vertritt in dieser Frage eben nicht bloß das Prinzip der größeren Geschäftstüchtigkeit, sondern auch das der größeren strategischen Klugheit. **„Wer zur Unzeit nach Strafaktionen ruft oder solche verhängt, der riskiert, daß die Türen zugeschlagen werden und er selbst bald ohnmächtig davorsteht. Wir wissen das aus eigener leidvoller Erfahrung der deutschen Nachkriegsgeschichte“** (Wischnewski nach „Welt“

zugeschlagen werden und er selbst bald ohnmächtig davorsteht. Wir wissen das aus eigener leidvoller Erfahrung der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Wischnewski, nach „Welt“

vom 4.1.).

Ähnlich wie mit der ökonomischen Erpressung verhält es sich mit den Möglichkeiten außenpolitischen Drucks: Eine entfaltete „Entspannungspolitik“ ist Voraussetzung, um überhaupt mit deren Einschränkung oder Abbruch drohen zu können. Mit der systematischen Demontage der „Entspannungspolitik“ seit Mitte der 70er Jahre hat der Imperialismus vieles schon liquidiert, was Spielraum für politische Erpressungen hätte bieten können. Es wird die Sowjetunion beispielsweise wohl wenig schrecken, wenn jetzt mit dem Abbruch der Genfer Verhandlungen gedroht wird. Denn es ist ohnehin offensichtlich – und durch Reagans unglaubliche „Null-Lösung“ nochmals bekräftigt – daß auf Seiten des Imperialismus nicht einmal minimale Bereitschaft zu einer gleichgewichtigen Verhandlungslösung vorhanden ist.

Widersprüche zwischen den Imperialisten

Die Widersprüche im imperialistischen Lager über die zweckmäßigste Politik gegenüber Polen und der Sowjetunion werden seit dem 13. Dezember mit einer Schärfe ausgetragen, die keinen Zweifel läßt, daß hier mehr stattfindet, als ein routinemäßiges Spiel mit verteilten Rollen.

Das natürliche Interesse des US-Imperialismus ist es, seine Verbündeten (außer der EG auch Japan, Australien und Kanada) in eine Boykott-Front gegen Polen und die Sowjetunion zu zwingen. Es ergibt sich, daß unter dem Vorwand der sowjetischen Einmischung in Polen ein enormer Druck vor allem auf die BRD ausgeübt wird, um ihre Unterordnung unter die Linie der US-Regierung zu erreichen. Begleitet wird das in den USA (und Frankreich!) von einer maßlosen Pressekampagne: Die BRD unterwerfe sich der sowjetischen Machtpolitik, ordne die Freiheit des polnischen Volkes den Illusionen in eine längst bankrotte Entspannungspolitik unter, sei auf dem Wege der „Finnlandisierung“ usw. usf. Das wird direkt in Verbindung gebracht mit den großen Demonstrationen der westdeutschen Friedensbewegung und der „Gefahr eines deutschen Neutralismus“.

Trotz der polemischen Äußerungen vor allem von französischer, aber zum Teil auch von englischer und italienischer Seite hat sich allerdings bisher noch keiner von den Verbündeten der USA dafür ausgesprochen, Boykott-Maßnahmen mitzutragen.
- Der konservativen Regierung Großbritanniens wurden, offenbar zu Unrecht, Neigungen zu einem Anschluß an die US-Maßnahmen nachgesagt. Richtig scheint zu sein, daß die Regierung Großbritanniens die US-Maßnahmen zwar billigt, aber für die eigene Praxis damit argumentiert, daß vor allem die Einheit der EG-Staaten untereinander nicht gefährdet werden dürfe.
- Die französische Bourgeoisie ist über die US-Maßnahmen keineswegs begeistert und lehnt mit Hinweis auf eigene Wirtschaftsinteressen einen Anschluß ab. Eine Ausnahme bildet möglicherweise das große Gasgeschäft, durch das ab 1984 jährlich 40 Milliarden Kubikmeter sowjetisches Erdgas an die EG geliefert werden sollen. Frankreich, das davon acht Milliarden Kubikmeter erhalten soll, will nunmehr überprüfen, ob diese Menge gesenkt werden soll. Der Hintergrund dafür ist eher geschäftlicher als politischer Natur: Aufgrund neuerer Vereinbarungen bezieht Frankreich aus Algerien zukünftig jährlich 9,1 Milliarden Kubikmeter Erdgas, statt bisher nur 4 Milliarden – möglicherweise zu günstigeren Bedingungen.
- Auch Italien lehnt Boykott-Maßnahmen gegen die Sowjetunion ab. Es hat aber die Abschlußverhandlungen über seine Beteiligung an dem Erdgas-Geschäft kurzfristig unterbrochen. Das wird als „Denkpause“ bezeichnet und von Regierungschef Spadolini folgendermaßen erläutert: *„Denkpause heißt nicht, daß die Verhandlungen mit Moskau eingefroren werden. Die entscheidende Frage für uns ist, ob die Beteiligung an der Konstruktion der sibirischen Erdgasleitung und die Verpflichtung, große Mengen sowjetischen Erdgases abzunehmen, für unser Land ein Geschäft ist oder nicht“* („FR“, 31.12.). Die italienische Industrie, so heißt es, übt auf die Regierung Druck aus, an dem Geschäft festzuhalten.
- Japan hat von Anfang an erklärt, es werde sich an der Haltung der EG orientieren, was vorerst bedeutet, daß auch Japan die US-Maßnahmen

Geschäft festzuhalten.
– Japan hat von Anfang an erklärt, es werde sich an der Haltung der EG orientieren, was vorerst bedeutet, daß auch Japan die US-Maßnahmen

nicht mitträgt.

Es blieb exklusiv der CDU/CSU vorbehalten, sich lautstark und aggressiv für einen Anschluß an die US-Politik auszusprechen und sogar über Maßnahmen zu schwadronieren, zu denen sich bisher nicht einmal die USA entschließen konnten (totaler Handelsboykott, Abbruch der Genfer Verhandlungen). Das traditionelle deutsche Selbstbewußtsein formulierte wohl am eindrucksvollsten der CDU-Politiker Rainer Barzel: **„Wir haben den Polen über 14 Tage Zeit gelassen, um das Kriegsrecht zu beenden und die Verhafteten freizulassen. Sie haben diese Zeit nicht genutzt. Jetzt muß gehandelt werden: Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft müssen heute bei ihrem Treffen gemeinsam einen härteren Kurs steuern ... Der Westen muß endlich Solidarität zeigen und durch abgestimmte Sanktionen Polen zwingen, auf den Weg der Reformen zurückzukehren“** („Bild“, 4.1.). –

Die Maßnahmen der EG-Staaten „beschränken“ sich vorerst darauf, Polen jede zwischenstaatliche Wirtschaftshilfe zu verweigern. Hilfslieferungen dürfen nur noch über die katholische Kirche Polens abgewickelt und verteilt werden; die EG-Staaten verlangen dabei für sich Mitsprache- und Kontroll-Rechte. Besonders unverschämt ist, daß dieses Verlangen sogar auf Lieferungen ausgedehnt wird, die Polen ganz regulär bezahlen muß: Die Lieferungen aus EG-„Überschüssen“, die zwecks „Stabilisierung“ des hiesigen Preisniveaus an Polen und andere Staaten zu 85 % des Weltmarktpreises verkauft werden.

Außerdem ruht derzeit die „Finanz- und Kredithilfe“ der EG für Polen, was aber rein geschäftliche Ursachen hat, nämlich die Frage nach der „Kreditwürdigkeit“ Polens und nach neuen internationalen Vereinbarungen über ein Umschuldungsverfahren (Kreditvereinbarungen), bei denen nach dem Willen der Imperialisten die Sowjetunion auf eine Art Bürgschaft verpflichtet werden soll.

Von den USA wird nach wie vor Druck ausgeübt, um die EG-Imperialisten schließlich doch noch dazu zu bringen, „die Reihen zu schließen“. Die NATO-Konferenz am 11. Januar soll die nächste Gelegenheit sein, mit diesen Bemühungen voranzukommen. Ein wichtiger Termin dürfte auch die Tagung des Consultative Group Coordinating Comitee (Cocom) am 19./20. Januar sein. Dort wird es u. a. um eine Erweiterung der Embargo-Liste gehen. Die USA möchten erreichen, daß auch Computer und diverse andere „hochwertige Technolgien“ auf die Liste gesetzt werden, also nicht mehr in den „Ostblock“ verkauft werden dürfen. Die meisten dieser Artikel werden von den USA ohnehin nicht mehr in den „Ostblock“ exportiert; jetzt sollen die europäischen Imperialisten zum Anschluß gezwungen werden. Vorschläge der USA dazu gibt es bereits seit zwei Jahren, seit Beginn der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan. Für die am „Osthandel“ interessierte westdeutsche Bourgeoisie äußerte Otto Wolff von Amerongen, man sei nicht prinzipiell gegen eine Ausweitung der Cocom-Embargo-Liste; es gelte aber, „klare Grenzlinien“ zu definieren *„zwischen allgemeinen Exportgütern und Ausfuhren, die für den Ostblock nachweislich von strategischem Nutzen sein könnten“* („FAZ“, 6.1.). –

Als erster kleiner Erfolg für die Boykott-Linie Reagans wird schon die Entschließung der EG-Außenminister vom 5. Januar gewertet; dort heißt es, man wolle *„in enge und positive Konsultationen“* mit den USA

Boykott-Linie Reagans wird schon die Entschließung der EG-Außenminister vom 5. Januar gewertet; dort heißt es, man wolle „in enge und positive Konsultationen“ mit den USA

und den übrigen westlichen Staaten *„eintreten um festzustellen, welche Entscheidungen ihren gemeinsamen Zielen am besten gerecht werden und und um alles zu vermeiden, was ihr jeweiliges Vorgehen unterminieren könnte“.* **„Weitere Maßnahmen werden auf Grund der Entwicklung der Lage in Polen ins Auge gefaßt, insbesondere im Bereich von Kreditgewährung und wirtschaftlicher Hilfe für Polen und hinsichtlich der Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber der UdSSR. Zusätzlich werden die Zehn die Fortführung der Nahrungsmittelhilfe für Polen prüfen.“**

Das läßt viele Möglichkeiten offen, was die CDU/CSU aber nicht hinderte, kopflos herumzuschimpfen: Die EG-Außenministerkonferenz sei *„ein schwarzer Tag für Europa“*, Europa habe „versagt“, und: *„Der schädliche Bonner Kurs der Beschwichtigung beginnt in Europa die Oberhand zu gewinnen.“* (Wör-

Wider die Moralapostel

„In der Türkei, dem wichtigsten Partnerland an der Südostflanke der Nato, bleibt es in diesen Tagen dem amerikanischen Verteidigungsminister überlassen, der gegenwärtigen Militärregierung ein Maß an Respektabilität und Bedeutung zuzubilligen, das die Europäer in Gefahr sind zu zerstören. In Zeiten größter internationaler Beunruhigung gefällt man sich in Europa in der Rolle des Moralapostels, überläßt den USA die Mühe des machtpolitischen Zusammenhaltens – und mokiert sich womöglich noch über derlei Bemühungen als ‘Reagans Pakt mit den Obristen’ “. („Welt“, 5.12.81)



Zeichnung: L'Express

„SZ“, 4.1.82

ner und Stauffenberg, nach „FAZ" vom 6.1.).

Von US-Seite wurde an dem EG-Beschluß besonders die Verpflichtung betont, Maßnahmen der USA nicht zu „unterminieren", d.h. Boykott-Maßnahmen der USA nicht dadurch zu unterlaufen, daß europäische Unternehmen in die Bresche springen. In der praktischen Verwirklichung ist diese Verpflichtung freilich sehr problematisch. Am deutlichsten wird das am Erdgas-Geschäft: Wenn sich US-Firmen von zugesagten Teil-Lieferungen zurückziehen und die Produktion dieser Teile durch die Sowjetunion selbst nicht ohne weiteres (bzw. nicht ohne große Verzögerungen) möglich ist, dann werden entweder andere westliche Unternehmen die Lücke füllen müssen, oder das ganze Geschäft könnte wieder in Gefahr geraten. Das scheint aber vorerst keine der europäischen Regierungen riskieren zu wollen.

Bonn: „Besonnenheit und Mäßigung"

Schmidts Haltung gegenüber Moskau verrät eine demoralisierte Führung, deren beste Vision das zukünftige Deutschland als finnlandisierten, industriellen Vasall eines totalitären Imperiums ausmalt", schreibt das „Wall Street Journal" am 4. Januar (zitiert nach „Welt", 6.1.).

Der reale Kern solcher phantastisch überzogenen Polemiken ist, daß die Bundesregierung sich der offiziellen Totsagung der „Entspannung" noch nicht anschließen will. Das hat starke innenpolitische Gründe, hängt aber auch mit der objektiven Lage der BRD zusammen.

Kanzler Schmidt ging dabei sogar soweit, in Abgrenzung von Mitterand das System von Jalta zu verteidigen: Die Ereignisse in Polen müßten im Licht der Beschlüsse von Jalta gesehen werden. Der Westen habe 1945 in Jalta zugestimmt, Europa in Einflußspären einzuteilen. Jede Veränderung dieses Machtgleichgewichts würde Krieg bedeuten. *„Ich glaube, daß inzwischen viele dazu gekommen sind, diese Beschlüsse zu bedauern, doch es ist deutlich, daß der Westen während der letzten 40 Jahre respektiert hat, daß die Länder östlich der Elbe, östlich der Trennungslinie, die durch die Mitte Deutschlands geht, nicht unter westlicher Herrschaft stehen.*

Der Westen hat versucht, die Entwicklung in diesem anderen Teil Europas zu beeinflussen... Doch die Möglichkeiten, die Entwicklung in Osteuropa zu beeinflussen, sind begrenzt, und das gilt auch für die gegenwärtige Situation in Polen". (Interview mit der „New York Times", zit. nach „Welt" vom 4.1.).

Ihrer ganzen objektiven Lage nach wäre die Bundesrepublik die Hauptbetroffene einer Rückkehr zu den Verhältnissen des „Kalten Krieges"; besonders gilt das natürlich für die Gefahr direkter Konfrontationen in Europa. Als Frontstaat und Aufmarschgebiet des Imperialismus gegen das Glacis der Sowjetunion trüge die BRD (ebenso wie auf der anderen Seite die DDR) die Hauptlast und das Hauptrisiko. Dieser Umstand erklärt das große Interesse der französischen Bourgeoisie an einem aggressiv gegen Osten eingestellten Nachbarn. Dieser Umstand erklärt auch, warum Frankreich zu Zeiten de Gaulles, der innenpolitisch ein Reaktionär war, sich eine viel liberalere und friedfertigere Politik gegenüber der Sowjetunion erlaubte als es heute unter dem „Sozialisten" Mitterand der Fall ist: Damals war die BRD, mit Adenauer als Dauer-Kanzler, ein verläßlicher Vorposten, der sich von den Stiefeln des „Kalten Krieges" nicht einmal trennen mochte, als schon überall sonst im Westen die Bourgeoisie hübsche Geschäfte mit dem Osten zu machen verstand.

Diese Geschichte, und speziell das Trauma des von den USA diktierten „Röhren-Embargos" der 60er Jahre, bildet einen wichtigen Hintergrund zum Verständnis der aktuellen Haltung der Bundesregierung. Die BRD hatte sich brav bis zu allerletzt an das Embargo gehalten, während viele andere kapitalistische Staaten längst zugegriffen und lukrative Aufträge an Land gezogen hatten.

Unter den gegebenen Umständen kommt die Aufforderung der USA an die BRD, sich den „Strafmaßnahmen" anzuschließen, einem Wirtschaftskrieg gegen die BRD gleich. Angesichts der von Kanzler Schmidt beschworenen *„Gefahr einer weltweiten Depression"* (Wirtschaftskrise) mit einer entsprechenden Verschärfung der zwischenimperialistischen Konkurrenz wäre ein Boykott gegen den „Ostblock" für die BRD eine Katastrophe, während die Folgen für die USA nur geringfügig wären. Hierzu nannte die „Tageszeitung" („taz") am 6.1. einige sehr aufschlußreiche Daten: Auf die Zahl der Einwohner umgerechnet exportierte die BRD 1980 für 201 Dollar pro Kopf in die Länder des „Ostblocks"; die USA hingegen nur für 18 Dollar pro Kopf. (Frankreich: 87 Dollar pro Kopf). Dieser rein quantitative Zahlenvergleich drückt die entstandenen engen wirtschaftlichen Wechselbeziehungen und Verflechtungen sogar nur sehr schwach aus. Hinzu kommen die Zweifel an der Durchsetzbarkeit eines allgemeinen Boykotts. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß gerade in der Krise die natürliche Tendenz einzelner Kapitalisten und einzelner Staaten wächst, auf Kosten ihrer Konkurrenten jeden möglichen Vorteil wahrzunehmen und dafür nötigenfalls auch irgendwelche Embargos zu „unterlaufen".

Erst einmal versucht die Bundesregierung den Schwarzen Peter an Washington zurückzugeben. So etwa, wenn Frau Renger mit pfiffiger Naivität erklärt: *„Herr Reagan als Vertreter einer Großmacht kann ganz anders handeln als wir. Mit welchem Boykott sollten wir denn den Sowjets oder Polen drohen?"* („Bild", 5.1.). Oder wenn Schmidt sagt: *„...Was die Sowjetunion angehe, so würde sie nichts mehr treffen als ein Getreide-Embargo"* („Welt", 6.1.).

Die CDU/CSU setzt dieser Linie der Bundesregierung ihre totale Unterwürfigkeit gegenüber den USA und lauten antisowjetischen Krakeel entgegen. Nach Auskunft der CDU/CSU ist es unangebracht, über Anweisungen aus Washington überhaupt noch nachzudenken, statt sie prompt auszuführen. Daß bundesdeutsche Außenpolitik von der jeweiligen US-Regierung diktiert wird, ist für die CDU/CSU eine Selbstverständlichkeit. Denn sonst „zweifelt Amerika an uns" und die „für uns lebenswichtige Freundschaft" ist in Gefahr.

Für eine Oppositionsrolle mag das ausreichend sein, aber für eine Regierungspolitik – die die CDU/CSU schließlich möglichst noch vor 1984 übernehmen möchte – wäre es allzu mager und unpraktisch. Das Interesse des BRD-Imperialismus am Fortgang des „Osthandels" beispielsweise ist ein konstanter Faktor bundesdeutscher Außenpolitik, dem auch die CDU/CSU in der Regierung Rechnung tragen müßte. Bezeichnend ist dafür, daß der CSU-Politiker Zimmermann herumschwadroniert, eine „Aussetzung" des großen Gas-Geschäfts mit der Sowjetunion sei eigentlich „eine hervorragende Idee" – und daß ihm sofort der Kapitalistenverbands-Präsident Otto Esser auf die Finger klopft: Von vereinbarten Geschäften möge man doch bitte die Finger lassen! („Welt", 9.1.).

Ändern könnte sich diese Grundorientierung des BRD-Imperialismus nur in d e m Maße, wie es gelingt, eine sehr weitreichende und umfassende Regelung im imperialistischen Lager auszuhandeln, die nicht einfach auf Kosten der EG-Imperialisten (und insbesondere der BRD) die US-Konkurrenz begünstigt.

„Herr Jaruzelski, wir warten auf Ihr Zeichen!"

Die Bundesregierung hat gegenüber den Regierungen der USA, Frankreichs und Italiens einen längeren Disput über die Frage geführt, ob die polnische Militärdiktatur als reines Produkt Moskaus anzusehen sei, oder ob ihr auch ein gewisser hausgemachter, autonomer Charakter zuzuerkennen sei. Dieser auf den ersten Blick recht seltsame und philosophisch anmutende Streit hat mehrere Anlässe. E i n Anlaß ergibt sich daraus, daß von der NATO seit 1980 ein „Maßnahmen-Katalog" für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen vorliegt. Die US-Regierung hat nach dem 13. Dezember kurzerhand behauptet, dieser Fall sei bereits eingetreten und hat einseitig mit „Strafmaßnahmen" aus dem gemeinsam festgelegten Katalog begonnen. Würden die EG-Staaten diese Interpretation der USA anerkennen, so bliebe ihnen konsequenterweise gar nichts anderes übrig, als sich den US-Maßnahmen anzuschließen. Dagegen richtete sich der bundesdeutsche Widerspruch.

Ein weiterer Anlaß für diesen Widerspruch liegt darin, daß anscheinend tatsächlich unterschiedliche Einschätzungen und Strategien vorhanden sind:

+ Die US-Regierung versucht gegenüber Polen eine absolute Katastrophen-Politik durchzusetzen. Diese Politik zielt darauf ab, mit allen verfügbaren Mitteln Polen noch tiefer in den Ruin, in Hunger und Verzweiflung zu treiben. In zynischer Weise kostümiert wird diese Politik durch eine „private humanitäre Hilfe", die erstens nur einen Bruchteil des durch die „Strafmaßnahmen" zugefügten Schadens wieder ausgleicht und die zweitens für eine Wiederbelebung der polnischen Wirtschaft absolut unproduktiv ist. Zugleich soll die Sowjetunion in immer stärkerem Ausmaß dazu gezwungen werden, eigene Mittel für Polen einzusetzen, um die Politik des Totrüstens der Sowjetunion zu bereichern. Auf diese Weise soll der angestrebte Zusammenbruch des „Sowjet-Imperiums" vorangetrieben werden.

+ Die Politik der Bundesregierung betont demgegenüber die Notwendigkeit, Polen mit westlicher Unterstützung zu „sanieren" und damit zugleich den ökonomischen Einfluß des Imperialismus auf Polen auszubauen. In diesem Zusammenhang sieht man in dem Militärregimes Jaruzelski's das kleinste der möglichen Übel. Daß sich eine „Sanierung" Polens machen läßt, ohne daß entweder das „realsozialistische" Herrschaftssystem in einer Volksrevolte zusammenbricht oder daß der Arbeiterbewegung schwere Fesseln angelegt werden, hat sowieso kein imperialistischer Politiker geglaubt. Wenn man annimmt, daß die erste Lösungsmöglichkeit von der Sowjetunion und DDR wohl kaum hingenommen worden wäre, muß aus imperialistischer Sicht eigentlich vieles für die zweite Option sprechen. (Dies gilt, wohlgemerkt, falls man die „Sanierung" Polens und nicht seinen möglichst raschen Zusammenbruch anstrebt). In diesem Rahmen scheint die Bundesregierung Jaruzelski als Exponenten einer Gruppe zu schätzen, die ein relativ hohes Maß an Zurückhaltung und Vernunft im Umgang mit der Opposition, an „Dialog-Bereitschaft" gegenüber der katholischen Kirche (und darüber vermittelt auch mit Teilen von Solidarnosc) und auch an Distanz zur Sowjetunion zu praktizieren versucht. Weiter scheint diese Einschätzung davon auszugehen, daß Jaruzelski unter erheblichem Druck seitens der „Falken" in seiner Partei und seitens der Sowjetunion steht. Dieser Druck zielt u.a. darauf ab, die Bedingungen der Militärdiktatur zu nutzen, um die Rolle der katholischen Kirche in Polen spürbar einzuschränken, um ein Wiedererstehen von Solidarnosc (und sei es auch nur in einer reduzierten, geplünderten Form) endgültig zu verhindern, um im großen Stil mit der gesamten Opposition abzurechnen usw. usf. In dem Maße, wie „der Westen" den Ruin Polens forciert und es damit umso stärker von sowjetischer Hilfe und sowjetischer Einwirkung abhängig macht, in eben diesem Maße schwinden die Chancen für eine Politik, wie sie Jaruzelski wohl nach Ansicht der Bundesregierung repräsentiert.

Vorgetragen wird diese politische Linie allerdings in einem Ton, der keinen Zweifel daran läßt, welche imperialistische Anmaßung auch in Bonn herrscht: *„Wir haben uns vorgewagt. Wir haben uns ganz anders geäußert als unser wichtigster Verbündeter. Jetzt ist es Sache der Polen, dazu einen Beitrag zu leisten, der unsere Haltung bestätigt. Das wissen die auch. Was meinen Sie denn, warum ich mit Rakowski hier unter vier Augen Tacheles geredet habe!"* (Wischnewski im „Spiegel", 4.1.). Tagelang war in Bonn davon die Rede, man erwarte jetzt von Jaruzelski ein „Zeichen", ein „sichtbares Entgegenkommen" zur Stärkung der BRD-Position in den Verhandlungen mit den EG-Außenministern und mit Reagan. Was man erwartet hatte – vielleicht die Aufhebung des Ausnahmezustands und damit den politischen Selbstmord Jaruzelskis? – wurde nicht öffentlich erläutert.

Inzwischen haben in Polen einleitende Maßnahmen für eine umfassende Wirtschaftsreform begonnen, zu der imperialistische Kreise schon seit Monaten gedrängt hatten. Dazu gehört beispielsweise eine drastische Erhöhung vieler Preise, die die seit 1980 von der Arbeiterbewegung erkämpften Lohnerhöhungen um rund ein Drittel wieder „auffangen" soll. Die Preise für viele Lebensmittel wie auch für Kohle und Strom werden sich z.T. sogar vervierfachen. Auf der anderen Seite wird die Arbeitszeit wieder ausgedehnt. Die „FAZ" bemerkte dazu: *„Nach Jahren der ‚polnischen Wirtschaft' will die Militärregierung in Warschau das Steuer mit einem Ruck herumreißen. Preiskorrekturen sind lange mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage unterlassen worden. Unter dem Schirm des Militärs sollen die Versäumnisse nun auf einen Schlag nachgeholt werden".* Diese *„Schocktherapie"* sei allerdings wohl doch etwas zu schnell und gewaltsam („FAZ", 4.1.).

Positiv registriert wurde im Westen auch die „längst überfällige" Abwertung des polnischen Zloty durch das Militärregime. *„Mit der Abwertung des Zloty geht man einen Schritt in die richtige Richtung. Der Zusammenhang mit der Rückkehr in den internationalen Währungsfond (IWF), um den sich Warschau seit September bemüht, ist offenkundig. Die internationalen Währungshüter* (d.h. das imperialistische Finanzkapital – Anm. AK) *können eine so hoffnungslose Überbewertung des Zloty nicht hinnehmen. Eine schrittweise Annäherung an die Realität ist heilsam"* („FAZ", 4.1.).

Ebenfalls maßgeblich auf die „Ratschläge" des IWF ist die Einleitung einer Reform zurückzuführen, die auf „größere Eigenständigkeit" der Betriebe abzielt. Daß dies zu einer Welle von Betriebsschließungen und zur massenhaften „Freisetzung" bzw. „Umsetzung" von Arbeitern führen wird, steht schon fest.

Wirtschaftspolitisch ist der Imperialismus viel eher als die Sowjetunion als „Drahtzieher" oder jedenfalls Nutznießer und praktischer Stichwortgeber des polnischen Militärregimes anzusehen. Polen, mit 25 bis 27 Milliarden Dollar (die Angaben variieren ein bißchen) beim Westen total überschuldet, wird sich einiges an „Auflagen" und Vorschriften gefallen lassen müssen. Ohne verschärfte Ausplünderung und politische Stillstellung der polnischen Arbeiterklasse ist eine solche „Sanierung" der polnischen Wirtschaft völlig ausgeschlossen. Daß man nicht vorankommen kann, wenn man in einer totalen Krisensituation die Löhne um ein Drittel erhöht, die Arbeitszeit erheblich verkürzt, und wenn dann noch zig Millionen von Arbeitsstunden durch Streiks „verlorengehen", das wird einem natürlich jeder imperialistische Ökonom oder Politiker vorrechnen. Insofern hat der „FR"-Kommentar wohl recht, wenn er vermutet: *„Laut wagt es kein westlicher Bankier zuzugeben, hinter vorgehaltener Hand aber wird kräftig aufgeatmet: Seit das Militär in Polen die Macht übernommen hat, so ist zu hören, kann man das heruntergewirtschaftete Land wieder als besseren Schuldner einschätzen"* („FR", 18.12.).

(Mit der Lage und Entwicklung der polnischen Wirtschaft, mit der imperialistischen Kreditpolitik, mit den ökonomischen Abhängigkeiten Polens vom Imperialismus soll sich demnächst ein Artikel im AK beschäftigen.)


„FR", 17.12.81

Washington lobt „einzigartige Politik der Menschenrechte"

WASHINGTON, 16. Dezember (AFP). Die USA tun mehr für die Menschenrechte als jede andere Regierung in der Welt. Das versicherte Elliott Abrams, in der Vorwoche vom Senat bestätigter Menschenrechtsbeauftragter im Außenministerium, am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Washington. Den „Mythos" von Änderungen in der Menschenrechtspolitik seit Ronald Reagans Einzug ins Weiße Haus wies Abrams energisch zurück: „Wir tun weniger im öffentlichen Bereich, aber viel im privaten." In gewissen Ländern könnte die Regierung durch öffentliche Kritik destabilisiert werden und ihre Legitimität verlieren, so vor allem in denjenigen Ländern, in denen Subversion und Terrorismus herrschten.

Washington übergehe keinen einzigen Verstoß gegen die Menschenrechte mit Schweigen, meinte Abrams. Man müsse aber die Welt so nehmen, wie sie nun einmal derzeit sei. „Wir müssen sehr gute Beziehungen zu einer großen Anzahl von Ländern unterhalten, die keine Demokratien sind"; die USA bemühten sich aber, ihre Mißbilligung gewisser Politiken anzudeuten.

BILD-Kommentar

Setzen wir uns zwischen alle Stühle?

Von Dr. HERBERT KREMP

Der Westen antwortet auf die Not in Polen mit einer alten Untugend: Anstatt einig zu sein, entzweit er sich.

Hier Amerikaner, Engländer, Franzosen, dort Deutsche, Holländer, Dänen.

Die Bundesregierung sagt, die Unterdrückung in Polen sei polnisch. Die Amerikaner sagen, sie sei russisch.

Dabei sprechen die Tatsachen für sich: Die Militärdiktatur handelt auf Befehl Moskaus, im Interesse Moskaus. Mit Methoden Moskaus.

In den Stiefeln der Kommissare stecken russische Beine. Russische Offiziere umgeben General Jaruzelski. Sowjet-Marschall Kulikow saß im polnischen Befehlsbunker.

Das ist die Wirklichkeit.

Wer sie leugnet, lügt sich etwas vor. Wir Deutschen laufen Gefahr, in die Isolation zu schlittern und uns – einmal mehr in unserer leidvollen Geschichte – zwischen alle Stühle zu setzen.

„BILD", 31.12.81

„BILD", 8.12.81

Worüber Reagan Witze macht . . .

fh. Washington, 8. Dezember

Der amerikanische Präsident Reagan hat viel Humor, den er auch bei schwierigen Verhandlungen einsetzt. Ein paar Beispiele:

★ Als er um die Milliarden für den neuen Bomber-Typ B 1 kämpfte, entwaffnete Reagan seine Gegner: **„Ich dachte, B 1 ist ein Vitamin für unsere Soldaten."**

★ Am 57. Geburtstag von Vizepräsident Bush gratulierte der 70jährige Präsident: **„Wir verstehen uns prima. George ist ja so taktvoll. Er hat mir noch nie verraten, wie jung er ist."**

★ Zu Postkarten mit einer gekrönten Nancy – eine Anspielung auf den königlichen Lebensstil im Weißen Haus – scherzte er: **„Meine Frau würde sich nie eine Krone zulegen – die drückt doch aufs Haar."**

★ Als Zwischenrufer eine Rede Reagans in Kanada störten, sagte der Präsident: **„Die Leute muß jemand importiert haben, damit ich mich wie zu Hause fühlen kann."**

★ Politische Kritiker, die seine Außenpolitik für einfach gestrickt halten, verblüffte Reagan mit einem Kindervers – eine Warnung an die Sowjets: **„Rosen sind rot, Veilchen sind blau, bleibt ja raus aus El Salvador und aus Polen auch."**

„Wir bitten um Einmischung!" [H. Böll]

Fortsetzung von Seite 1

Soweit es den DGB angeht, muß man ihn gegen derartige Kritiken in Schutz nehmen: Die DGB-Spitze, diverse andere DGB-Gremien und Einzelgewerkschaften haben sich mit Erklärungen zu Wort gemeldet, die um nichts weniger deutlich und scharf formuliert sind als die Proteste der französischen und italienischen Gewerkschaften. Gegenteilige Behauptungen sind Legendenbildung. Gerade der DGB ist in der internationalen Gewerkschaftsbewegung ohnehin nicht verdächtig, sich Gelegenheiten zu antikommunistischer Stimmungsmache und Aktivität aus Ängstlichkeit oder Schlafmützigkeit entgehen zu lassen. Der DGB hat nach Erklärung des Ausnahmezustands in Polen örtlich sogar zu Protest-Aktionen aufgerufen. Daß diese Aktionen zahlenmäßig eher peinlich waren, ist nicht dem DGB anzukreiden. So fanden sich beispielsweise nur 2000 Menschen zu einer Demonstration in Westberlin ein, zu der sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses (inklusive der Alternativen Liste) und der DGB aufgerufen hatten. In München beteiligten sich gerade eben 500 Menschen an einer Demonstration, zu der SPD und DGB aufgerufen hatten. (Nach „Frankf. Rundschau",21.12.). Die größte „Solidaritätskundgebung für Polen" in der BRD fand übrigens gleichfalls in München statt – mit 7500 Teilnehmern. Aufgerufen hatten katholische Gremien und die CSU. An der Spitze des Zuges bewegten sich Franz-Josef Strauß und diverse bayrische Minister. *„Nach den Protestkundgebungen gegen die Abtreibung vor neun Jahren war dies die erste politische Demonstration der Kirche"*. („Welt", 23.12.).

Angesichts solcher Zahlen drängt sich eigentlich die Frage auf, ob das extrem geringe Engagement von bundesdeutscher Friedenbewegung und
sich eigentlich die Frage auf, ob das extrem geringe Engagement von bundesdeutscher Friedenbewegung und
Linken in Sachen Polen nicht a u c h ein ernstzunehmender Reflex auf die Politik der Solidarnosc ist, die in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen hat, sich der hiesigen Öffentlichkeit als antikommunistischer, von Herzen pro-westlicher und keiner rechten Kumpanei abgeneigter Verband darzustellen (zur Kriegsrüstung der USA und speziell der beabsichtigten NATO-„Nachrüstung" hat es bekanntermaßen niemals eine kritische Verlautbarung der Solidarnosc gegeben). In diesem Zusammenhang ist auch der Umstand erwähnenswert, daß nach Berichten der bürgerlichen Presse die scharfe Stellungnahme der italienischen KP zu Polen bei erheblichen Teilen der Partei-B a s i s auf Widerspruch gestoßen ist. „ Den führenden KPI-Funktionären wurde vorgehalten, sie sollten sich lieber mehr um die Belange der italienischen Arbeiter ... kümmern, statt sich für 'diese amerikanische Gewerkschaft, die Solidarnosc ist, stark zu machen' ... ". („Welt" vom 17.12., ähnlich „FAZ" vom 22.12.). Und über den von den französischen Regierungs-„sozialisten" veranstalteten Proteststreik war zu lesen, er habe *„nach dem Urteil neutraler Beobachter nur mäßigen Erfolg"* gehabt („Welt", 23.12.).

Daß die Solidarnosc im westlichen Exil jetzt ihre spezifische Politik fortsetzen wird, deutete sich auf einer Konferenz von Solidarnosc-Leuten in Zürich an. (Es trafen sich dort die im Westen befindlichen Mitglieder von Solidarnosc, die sich zwar noch nicht als eine Exil-Organisation, wohl aber als koordinierter Arbeitszusammenhang verstehen wollen). Diese Konferenz erklärte, daß eine Aufhebung des Ausnahmezustands und der Schutz von Solidarnosc *„n u r zu erreichen"* seien, **„wenn die westlichen Regierungen verstärkten wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf die Militärs ausüben"**. Konkret forderten die Solidarnosc-Leute **„die Einstellung jeder Wirtschaftshilfe für alle Ostblock-Länder"** („TAZ", 21.12. und „FAZ", 18.12.).

Was hier im Namen der Solidarnosc gefordert wird, entspricht ungefähr der real praktizierten Politik der US-Regierung. Um diese „Strafmaßnahmen" allerdings w i r k s a m werden zu lassen, müßten erst noch die europäischen Verbündeten dazu veranlaßt werden, gleiche oder ähnliche Schritte vorzunehmen. Das ist bisher noch das Problem. Daß Reagans „Strafmaßnahmen" dazu dienen sollen, mit der Schaffung der sozialen und massenpsychologischen Voraussetzungen für
Schaffung der sozialen und massenpsychologischen Voraussetzungen für
militärische Konflikte voranzukommen, ist sogar von einigen SPD-Politikern erkannt und kritisiert worden.

Es fällt schwer, die verschiedenen „linken" Kritiken an der angeblich zu lauen und ängstlichen Reaktion der SPD und des DGB nicht auch im Zusammenhang mit dem Druck zu sehen, der (mit teilweise frappierenden sprachlichen Übereinstimmungen) von den USA und der CDU/CSU auf die Bundesregierung ausgeübt wird, um sie in eine Boykott-Front gegen die Sowjetunion zu zwingen. Die US-Regierung ist zudem dreist genug, die demokratisch-humanitäre Empörung in Europa über die polnische Militärdiktatur gleich zum Hilfsmittel eigener Taktik zu machen: Bei ihrem Druck auf die Bundesregierung setzen die USA, laut US-Staatssekretär Eagleburger, **„auf die wachsende Abscheu in der europäischen Öffentlichkeit über die Entwicklung in Polen. Vor allem von den europäischen Gewerkschaften und deren Empörung über die Unterdrückung ihrer polnischen Kollegen versprechen sich die amerikanischen Regierungsverantwortlichen einen wachsenden Druck auf die europäischen Regierungen, im Sinne Washingtons gemeinsam zu handeln"**. („FAZ", 30.12.).

Wer nicht sowieso auf Seiten der Kriegstreiber steht, müßte eigentlich froh darüber sein, daß sich die Bundesregierung trotz massivem US-Druck in Sachen Polen immer noch relativ zurückhaltend und mit einiger Distanz zur Reagan-Politik äußert. Klar müßte eigentlich auch die Tatsache sein, daß amerikanische und französische Pressestimmen gegen dieses Verhalten der Bundesregierung nichts weiter sind als eine konsequente Fortführung der seit der großen Bonner Friedensdemonstration betriebenen Hetzkampagne gegen die „Gefahr des deutschen Neutralismus".

Natürlich gibt es handfeste G r ü n d e für das Verhalten der Bundesregierung in Sachen Polen. Diese Gründe haben u.a. mit dem starken ökonomischen Engagement des BRD-Kapitals in Polen und mit eigenen strategischen Vorstellungen über die ökonomische und soziale Durchdringung des „Ostblocks" zu tun. Aufgabe der bundesdeutschen Linken müßte eigentlich sein, diese Gründe hartnäckig beim Namen zu nennen, statt von den Herrschenden eine „Einmischung" zu fordern, die nach Lage der Dinge nicht anderes sein könnte als wirtschaftliche Erpressung und Kalter Krieg.

„Koordinationsausschuß der Initiativen und Komitees ‚Solidarität mit Solidarnosc'"

Der „Koordinationsausschuß" tritt seit einigen Monaten mit Stellungnahmen zu Polen auf. Seinem Anspruch nach ist er d i e zentrale Anlaufstelle der wichtigsten linken Initiativen zur Polen-Solidarität. Real ist er ein Gremium, das nach parteinmäßigem Proporz besetzt ist und das nur ein begrenztes Spektrum repräsentiert. Vertreten sind folgende Personen:

- **Jacob Moneta.** Sozialistischer Gewerkschafter und engagierter Antifaschist.
- **Heinz Brandt.** Er vertritt einen militant antikommunistischen „Sozialismus" eigener Definition. Die Grüne Partei hat er aus Protest gegen „kommunistische Unterwanderung" verlassen.
- **Peter von Oertzen.** „Linker" SPD'ler, der aber in fast allen wesentlichen Momenten im Sinne des Parteivorstands wirkt. Militanter Antikommunist wie Heinz Brandt.
- **Gerd Koenen.** Er repräsentiert den KBW, dessen Interesse an der Polen-Solidarität vor allem durch den „Kampf gegen den Sozialimperialismus" als „Hauptfeind" bestimmt wird.
- **Winfried Wolf.** Er repräsentiert die trotzkistische GIM.

G. Henrykowski: Die Lehren der letzten Streikkämpfe in Polen

Der Streik im Dombrowaer Kohlengebiet (Oberschlesien, Gegend um Kattowice – Anm. AK) ähnlich wie der politische Generalstreik ... hat der besitzenden Klasse anschaulich die Gefahr gezeigt, welche den ... Staat bedroht, wenn gewaltige Stoßtruppen des Proletariats zum Kampf übergehen... Welches sind die bemerkenswerten Züge aller dieser letzten Streikkämpfe? Vor allen Dingen dieser, daß jeder nächstfolgende Streik eine immer größere Masse in den Kampf zieht und daß er sich auf einer immer breiteren Front entwickelt ...

Je breitere Massen in den Streikkampf hineingezogen wurden, desto deutlicher kam ihr politischer Charakter zum Vorschein, desto gefährlicher gestaltete sich dieser Kampf für die ... Diktatur der ... Regierung. Die Unterbrechungen, die zwischen den einzelnen größeren Kämpfen entstanden, und hauptsächlich die Pause, welche nach der Verhängung der Standgerichte eingetreten ist ... können nicht betrachtet werden als Perioden des Stillstandes in der Entwicklung der revolutionären Bewegung. Sie waren gewöhnlich Perioden einer fieberhaften Mobilisierung und Vorbereitung zum Kampf auf beiden Seiten der Klassenfront. Es genügt, wenn man jeden sukzessiven (auf einen anderen folgenden – Anm. AK) Streik in einem einzelnen Industriezweig oder sogar in einem einzelnen Betrieb betrachtet, um sich davon zu überzeugen, daß die im Kampf gestählten Massen nicht kapitulierten, sondern daß sie nach einer kürzeren oder längeren Zeitperiode von neuem mutiger und schärfer in den Kampf traten, daß sie neue, den Klassenfeind überraschende Kampfmethoden anwandten...

Von der Kampfentschlossenheit der streikenden Massen, von ihrem unbeugsamen Willen, sich den ... An-
der streikenden Massen, von ihrem unbeugsamen Willen, sich den ... An-
griffen entgegenzusetzen, zeugt die Häufigkeit der Streikkämpfe in denselben Industriezweigen und sogar in denselben Betrieben... Ein besonderes Merkmal erhält unsere Streikbewegung ... dadurch, daß die Zahl der siegreichen Streikkämpfe ständig im Wachsen begriffen war... Die Teilstreiks in Oberschlesien, der allgemeine Bergarbeiterstreik ... enden nicht mit einem Siege...

Aber als eine sehr bezeichnende Tatsache muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiter in ihre Betriebe und Gruben nicht mit gebrochenem Kampfwillen zurückkehren, sondern mit der Überzeugung, daß sie angesichts der überwiegenden Kraft des Feindes den Kampf zeitweilig unterbrechen mußten, und daß sie zum neuen Kampfe rüsten müssen...

Ein Grundfaktor bei der Vorbereitung von breitesten Massenstreiks, die die Arbeiter eines ganzen Industriezweiges oder der einzelnen Industriezentren umfassen, sind die Teilstreiks als Antwort auf jeden Angriff ... und eine gründliche Massenvorbereitung des Streiks in breitester Form... In einer Reihe von Streikkämpfen haben wir uns davon überzeugt, daß die Rationalisierungsmaßnahmen einen günstigen Boden für den Streik geschaffen haben...

Die Kampfbedingungen unter der Militärdiktatur

Für den Sieg der Dombrowaer Bergarbeiter im vorigen Jahre waren die ausgesprochen politischen Forderungen, die durch die Bergarbeiter von Jaworzno (ebenfalls Oberschlesien – Anm. AK) aufgestellt wurden, im Zusammenhange mit der Besetzung der Gruben durch die Polizei, von großer Bedeutung. **Diese Forderungen – die sofortige Absetzung des verhaßten Direktors, die Zurückziehung der Polizei und der Spitzel, die das Blutbad provoziert hatten – diese Forderungen brachten den Bergarbeiterstreik auf eine höhere revolutionäre Stufe, und sie zwangen die ... Regierung ... zur Rücknahme der Arbeitsvorschriften... Die neuen politischen Forderungen der Bergarbeiter in Jaworzno hatten zu ihrem Ausgangspunkt die konkrete Lage, die nach der Provozierung der blutigen Kämpfe mit der Polizei im Krakauer Kohlengebiet entstanden ist, und darum wurden sie durch alle streikenden Arbeiter aufgegriffen.** Die politischen Forderungen dürfen nicht mechanisch zu den ökonomischen hinzugeklebt werden, sie müssen von der konkreten allgemeinpolitischen und lokalen Lage, in welcher der Kampf vor sich geht, oder die durch den Kampf entstanden ist, ausgehen...

Die Beratungen, kleinen Versammlungen und Gespräche mit den parteilosen Arbeitern, die durch die ... Gewerkschaftsorganisationen abgehalten werden, haben eine gewaltige Bedeutung bei der Wahl des Streikausschusses...

Wir müssen ebenfalls darauf gefaßt sein, daß alle Mitglieder des Streikausschusses verhaftet werden und daß es keinen durch die Masse der Streikenden gewählten Arbeiter mehr geben wird, der imstande wäre, die Organisierung einer autoritativen Führung (d.h. eines Streikkomitees, das das Vertrauen der Arbeiter genießt – Anm. AK) **auf sich zu nehmen. Jede Improvisierung wird in solchen Fällen zu den fatalsten Ergebnissen führen.** Ein klares Beispiel liefert in dieser Hinsicht der Lodzer Straßenbahnarbeiterstreik. Nach der Verhaftung des ersten Streikausschusses wurde ein neuer Ausschuß gewählt, der vorher nicht vorbereitet wurde durch die ... Gewerkschafter ..., was dazu beitrug, daß der Kampf durch die Regierung ... erstickt wurde.

Eine bis ins kleinste gehende organisatorische Vorbereitung der Wahlen der Streikausschüsse gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß von ihr der Bestand und der Charakter der Zentralen Streikausschüsse abhängt. **In den jetzigen Verhältnissen des verschärften ... Terrors besitzen wir immer weniger die Möglichkeit, die Zentralen Kampfausschüsse auf großen Versammlungen oder Tagungen zu wählen. In den meisten Fällen mußten wir darum auch durch die Entsendung der Vertreter der Betriebs- oder Grubenausschüsse in den Zentralen Streikausschuß führende Organe schaffen, die ein Arbeitszentrum oder auch einen ganzen Industriezweig umfassen.**

striezweig umfassen.



Betriebsbesetzungen und Solidaritätsaktionen

Besonders bemerkenswert war es ... in Ozorkow (nordlich von Lodz – Anm. AK), als man die Belegschaft bedrohte, man würde 1.400 Arbeiter entlassen... **Die Arbeiter traten in die passive Resistenz (passiven Widerstand – Anm. AK) und blieben im Betrieb. Innerhalb des Betriebes veranstalteten sie eine gewaltige Demonstration der ganzen Belegschaft vor den Administrationsräumen, die gänzlich zertrümmert wurden. Der Polizei ist es nicht gelungen, die Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen...**

Die Entfaltung des Kampfes hängt in hohem Grade davon ab, ob die ... Gewerkschafter in der Vorbereitungskampagne den Streik in breitester Front vorbereitet haben, indem sie sich auf die wichtigsten von vornherein bestimmten „Stoßbetriebe" konzentriert haben, ob es ihnen gelungen ist, die Betriebe , die schon dem Streik beigetreten sind, untereinander zu verbinden...

Die Proklamierung des Generalstreiks in den einzelnen Industriezweigen ohne gründliche Vorbereitung birgt eine ernste Gefahr in sich...

Im letzten Bergarbeiterstreik im Dombrowaer Kohlengebiet und während der Kämpfe in Oberschlesien wurde die Frage der sogenannten „schwarzen" Streikform aufgeworfen, d.h. die Zurückziehung der Notstandsarbeiter. Die Anwendung dieser außerordentlich scharfen Waffe des Klassenkampfes, die zur Vernichtung der Arbeitsstätte führt (Überschwemmung der Grube, Einsturz der Füllungen, Auslöschen der Hochöfen in den Hütten usw.) stößt auf ernste Schwierigkeiten unter den streikenden Arbeitern... Die Erfahrung lehrt, daß der „schwarze" Streik nur dann durchgeführt werden kann, wenn die Entwicklung des Streikkampfes wirklich die Anwendung dieser Art Mittel erfordert, wenn ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit für die Massen außer Zweifel steht, und vor allen Dingen, wenn die Kampfstimmung der Massen die Bereitschaft der Arbeiter beweist, diesen Weg zu betreten. Man muß jedoch im Auge behalten, daß ein leichtsinniges Hantieren mit diesem Kampfmittel ohne vorherige Vorbereitung, ohne breite Agitationskampagne, ganz fatale Folgen für die Ergebnisse des Streiks haben kann... **Eine ungeheuer wichtige Bedeutung hat für den Erfolg des Streiks die Solidaritätsaktion... Diese Art musterhafter Kampagne führte unsere Organisation in Strzemieszyce (Dombrowa) durch. Diese Kampagne umfaßte die benachbarten Dörfer, wo man unter den Bauern Kartoffeln und Brot für die Streikenden sammelte. Die Verteilung dieser Lebensmittel spielte eine große Rolle und trug zur Aufrechterhaltung des Kampfwillens unter der ganzen Arbeiterbevölkerung in Strzemieszyce bei. Es wäre aber ein Fehler, diese Solidaritätsbewegung nur auf materielle Hilfe zu beschränken. Die Grundform der Solidaritätsaktion müssen allerlei Beschlüsse sein, Solidaritäts- und Proteststreiks sowohl wie Demonstrationen. Je besser es uns gelingt, die Solidaritätsstreiks auszuweiten, und wenn auch die kürzesten (5 Minuten, eine Stunde usw.), desto sicherer wird es uns gelingen, den Streikkampf zu erweitern, desto günstiger wird der Boden sein zur Umwandlung der Teilstreiks in Streikkämpfe, welche sämtliche Arbeiter des gegebenen In-**
sämtliche Arbeiter des gegebenen In-
dustriezweiges oder des Industriezentrums umfassen sowie zur Umwandlung der Teilstreiks in einen allgemeinen Landesstreik... Die Bergarbeiterstreiks und der allgemeine politische Streik im Lande ... beweisen, daß das Proletariat Polens immer entschlossener auf dem Wege des ... Massenstreiks vorwärtsschreitet, daß in der nächsten Perspektive eine immer engere Verflechtung der ökonomischen Kämpfe mit den politischen Streiks steht... **Vielleicht den größten Mangel, den alle Streiks zum Vorschein gebracht haben, bedeutet die Frage, wie man den Streik organisiert beendigen soll. Sie besitzt eine nicht minder große Bedeutung als das Erfassen des günstigsten Augenblickes zur Proklamierung des Streiks. Sowohl eine verfrühte wie auch eine verspätete Unterbrechung des Streiks hat die schlimmsten Folgen für die Streikenden und für die ... Gewerkschaftsbewegung... Wenn wir sehen, daß die Mehrheit der Arbeiter zur Arbeit zurückkehrt und wenn es uns trotz Anstrengungen nicht gelingt, sie zum Kampfe wieder zurückzurufen, so ist es unsere Pflicht, organisationsmäßig den Streik zu beenden und die Arbeiter aufzurufen zwecks weiterer Mobilisierung des künftigen Kampfes.** Aber wie die Proklamierung des Streiks, so muß auch seine Unterbrechung durch die breitesten Massen der Streikenden beschlossen werden. Wir müssen jedes Mittel und jeden Weg auszunützen verstehen, um diese Angelegenheit mit den kämpfenden Arbeitern zu besprechen. Dies kann uns nur dann gelingen, wenn wir allen Streikenden regelmäßig über

Fortsetzung nächste Seite

Polen durch die DKP-Brille

Wenn die „UZ", Tageszeitung der DKP, über Polen schreibt, dann liest sich das wie eine Berichterstattung der „Welt" oder der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") über Chile oder die Türkei.

Am 14.12. jubelte die „UZ": **„Ausnahmezustand zur Rettung des Landes vor Chaos und Anarchie"** – und traf damit haargenau den klassischen Jargon aller Militärdiktaturen dieser Welt.

Am 16.12. teilte die „UZ" mit, der Ausnahmezustand habe ja in Polen *„de facto schon länger"* geherrscht, *„denn n o r m a l kann es ja wohl nicht sein, wenn die ‚Solidarnosc'-Führer das Land so in das Chaos treiben, daß die Produktion lahm liegt, daß Hunger und Not herrschen"*. Am selben Tag war zu melden, daß *„in den meisten Betrieben"* Polens *„normal gearbeitet"* werde. *„In der Kattowicer Hütte ist durch das entschlossene Eingreifen der Sicherheitskräfte am Montag ein von ‚Solidarnosc' provozierter ‚Okkupationsstreik' verhindert worden"*.

„UZ" am 17.12.: *„In einigen Warschauer Betrieben haben ‚Solidarnosc'-Mitglieder versucht, auf Arbeiter Druck auszuüben und sie zum Arbeitsboykott anzustacheln"*.

Am 18.12. ging „UZ"-Chefredakteur Polikeit in einem Kommentar direkt ans gesunde Volksempfinden: *„Daß es in Polen nicht ewig so weitergehen konnte wie in den vergangenen Monaten, wird in diesen Tagen auch von vielen Menschen verstanden und ausgesprochen, die in anderen Fragen sonst mit uns Kommunisten nicht übereinstimmen. Wer hierzulande seinen Lebensunterhalt mit guter und harter Arbeit erwerben muß, weiß, daß kein Volk auf die Dauer in seiner Existenz von ausländischen Hilfssendungen, von Care-Paketen und der ‚Mildtätigkeit' westlicher Banken abhängig sein kann"*. Und voller Abscheu klagte Polikeit an: *„Längst schon gingen die fortwährend ausgerufenen Streiks nicht mehr um soziale Forderungen der Arbeiter. Sie wurden vielmehr offen als politische Machtprobe angelegt. Die ständig angeheizten politischen Konflikte, die systematische Demontage der Autorität der staatlichen Organe ... führten dazu, daß sich die Atmosphäre von Anarchie und Willkür immer weiter ausbreitete"*. Übrigens sei, bezogen auf Polen, der Begriff Militärregime *„eine irreführende Manipulation"*. Es handele sich nicht um eine *„Beseitigung der verfassungsmäßigen Staatsordnung"*, sondern darum, daß der *„legitime"* polnische Regierungschef ein ihm *„verfassungsmäßig zustehendes Recht"* in Anspruch genommen habe. (Auf diese Weise kommen bekanntlich 80% aller Diktaturen zustande).

Am 19.12. berichtete die „UZ": *„Der Prozeß der Normalisierung ... ging auch gestern in Polen weiter ... Dagegen versuchten in einigen Städten konterrevolutionäre Kräfte, die Situation zu verschärfen. Untergetauchte ‚Solidarnosc'-Scharfmacher und andere Provokateure sabotierten die Anordnungen des Militärrates bewußt und provozierten bewaffnete Auseinandersetzungen. In der Kohlegrube Wejek ... schritten am Mittwoch Ordnungskräfte gegen Provokationen ein. Konterrevolutionäre Kräfte – auch solche, die nicht im Betrieb arbeiteten – hatten trotz Ausnahmestands einen Arbeitsboykott organisiert. Trotz der Warnungen der Militärs vor den Konsequenzen setzten die Provokateure ihre Sabotage der Arbeit weiter fort. Als die Ordnungskräfte das Gelände der Grube besetzten, wurden sie brutal angegriffen"*; daraufhin *„setzten die Ordnungskräfte ihre Schußwaffen ein"* und töteten sieben Arbeiter...

Am 21.12. wertete die „UZ" die recht geringe Beteiligung an Protestdemonstrationen in Westeuropa als **„ein Zeichen dafür, daß viele Bürger in Ruhe abwarten wollen, daß die Polen ihre Angelegenheiten selber regeln"**.

Am 22.12. wollte die „UZ" ihren Lesern einen Riesenbären aufbinden: *„Nach Monaten steigt erstmals wieder die Kohleförderung"*. Zugleich wurde über eine „Geiselnahme" in Katowice berichtet: *„Dort haben Scharfmacher des ‚Solidarnosc'-Verbandes in der Grube ‚Zemowit' einen von zwei Grubenausgängen in die Luft gesprengt"* und dadurch *„1.300 Bergleute unter Tage eingeschlossen"*.

Außerdem setzte nun, geradeso wie 1968 nach der Besetzung der CSSR, eine Welle phantastischer Meldungen ein, mit denen die Solidarnosc nachträglich als Terrorbande dargestellt werden soll: Es habe *„Waffenfunde und entlarvende Dokumente"* in Solidarnosc-Büros gegeben. In einer Szczeciner Werft sei ein „Waffendepot" gefunden worden. Es seien „Dokumente und Unterlagen" von Solidarnosc „sichergestellt" worden, *„mit denen ein Putsch vorbereitet wurde"*. Daraus gehe hervor, *„daß rund 80.000 PVAP-Mitglieder festgenommen und anschließend ermordet werden sollten. Andere Papiere belegen konkrete Anweisungen für die subversive Arbeit in der Armee"*. Darin würden die Soldaten aufgefordert, *„ihre Kommandeure (zu) beseitigen"*.

Am 23.12. berichtete die „UZ", von den „ *‚Solidarnosc'-Scharfmachern"* würden jetzt *„noch ein Fünftel der Belegschaft"* zweier Gruben in Katowice *„an der Ausfahrt gehindert"*. *„Die Anführer der Geiselnehmer"* würden sogar die medizinische Versorgung der von ihnen „festgehaltenen Bergleute" verhindern.

Im selben Artikel beschwerte sich die „UZ", daß der DGB die Freilassung der inhaftierten und internierten polnischen Gewerkschafter fordert, **„obwohl diese nicht wegen gewerkschaftlicher, sondern auf den Sturz der Regierung zielender Tätigkeit interniert wurden"**.

„UZ"-Kommentar am 24.12.: *„Wenn jetzt Waffenlager der ‚Solidarnosc' ausgehoben werden, wenn Konterrevolutionäre in Polen Hunderte Arbeiter mit Gewalt einschließen und das dann Streik nennen, wenn sie drohen, Betriebe in die Luft zu sprengen, dann gibt das einen Eindruck davon, wie groß die Bedrohung Polens und des Friedens am 13. Dezember war"*.

„UZ"-Artikel am gleichen Tag: *„...In der Grube ‚Zemovit' sprengten Konterrevolutionäre einen Schachteingang und nahmen zunächst 1.300 Bergleute als Geiseln. Rund 300 Kumpeln gelang es bis Mittwoch, die Grube zu verlassen. Die Skrupellosigkeit dieser Terroraktionen deckt sich völlig mit der Skrupellosigkeit der Putschpläne, die ‚Solidarnosc'-Extremisten – im Westen immer noch als ‚Gewerkschafter' verharmlost – für das ganze Land ausgearbeitet hatten und über die jetzt nach und nach Einzelheiten bekannt werden: Namen von Kommunisten auf Todeslisten für den Tag X, Waffen und Munition ..., Anweisungen für Soldaten der Armee, ihre Offiziere zu ‚beseitigen'. Diese Pläne hat der Ministerrat durchkreuzt. Das Blutbad fand nicht statt"*.

Am 28.12. kommentierte DKP-Spitzenfunktionär Ludwig Müller in der „UZ": *„Man kann nicht die vorhandene Not in Polen lindern wollen und gleichzeitig freie Betätigung für jene verlangen, die diese Not herbeigeführt haben und alles tun, um sie zu verewigen. Das gilt auch für gewerkschaftliche Betätigung. Maßstab für gewerkschaftliches Verhalten kann auch in Polen nur die aktive Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung sein und nicht der Mißbrauch des Namens Gewerkschaft für einen Vernichtungskampf gegen das eigene Volk, wie das in jüngster Zeit von ‚Solidarnosc'-Führern praktiziert wurde. Wer in einer Situation, in der Menschen hungern und frieren, nicht nur die eigene Arbeit verweigert, sondern Produktionsanlagen zerstört, durch Besetzungen von Schächten und Fabriken lebenswichtige Förderungen und Produktionen verhindert, der führt keinen Arbeitskampf, sondern tritt alle Traditionen der Arbeiterbewegung mit Füßen. Das sollten auch jene begreifen, die Polen ausschließlich durch die antikommunistische Brille beurteilen"*. (Diese Anbiederung Müllers bei den Antikommunisten ist nicht unbegründet. Wie oft haben die nicht selbst schon ganz genau so demagogisch argumentiert, wenn es um Streiks im W e s t e n ging!).

„UZ" am 29.12.: *„Wenn sich die Sowjetunion auf irgendeine Weise in polnische Angelegenheiten einmischt, dann nur durch die Belieferung Polens mit Rohstoffen und Erdöl sowie durch Hilfe bei der Lösung der Lebensmittelprobleme"*.

Am 30.12. meldete die „UZ" das Ende des Streiks in der Grube „Piast" bei Katowice und wiederholte die Version, „ *‚Solidarnosc'-Konterrevolutionäre"* hätten die Bergleute *„nach der Verkündung des Ausnahmezustands gewaltsam unter Tage festgehalten"*. –

Was ist das für eine „Arbeiterpartei", die über kämpfende Arbeiter spricht als wären sie der allerletzte Dreck? Was ist das für eine „Arbeiterpartei", die mit sämtlichen Diffamierungen auffährt, die man hierzulande aus der rechten Presse kennt, sobald es um militante Arbeiterkämpfe geht? Das ist keine Arbeiterpartei, sondern eine Partei für kleinformatige Möchtegern-Diktatoren.

Am morgigen Sonnabend, 19.12.81, 11 Uhr, findet in Bonn eine Pressekonferenz von führenden Vertretern der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" zu den Ereignissen in Polen statt. Die SPD-Parteivorstandsmitglieder Heinz Junker (Bielefeld), Klaus Matthiesen (Kiel), Peter von Oertzen (Hannover) und Werner Vitt (Hannover) sowie der Juso-Vorsitzende Wille Pieczyk veröffentlichen dazu den folgenden Brief:

Liebe Freunde,
wir bedauern sehr, daß wir an Eurer Pressekonferenz nicht teilnehmen können. Wir bitten Euch stattdessen, diese Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Als Sozialdemokraten und als Gewerkschaftler erklären wir unsere volle Solidarität mit dem polnischen Volk, mit den polnischen Arbeitern und mit unseren kämpfenden Gewerkschaftskollegen. Wir verlangen von dem polnischen Militärregime die Beendigung der gewaltsamen Unterdrückung, die Freilassung aller Gefangenen und die Wiederherstellung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten. Alle diejenigen, die bisher noch Reste von Sympathie mit dem sogenannten real existierenden Sozialismus bewahrt haben, fordern wir auf, ihre Illusionen endlich zu begraben. An diesem System ist – mit Rudi Dutschke gesprochen – alles real, nur nicht der Sozialismus. Ohne freie Meinungsäußerung und freie Presse, ohne freie politische Organisationen und freie Gewerkschaften, ohne Streikrecht und freie Wahlen, kurz ohne Demokratie ist Sozialismus nicht möglich.

Gleichzeitig weisen wir den lautstarken Protestlärm der USA und ihrer westdeutschen konservativen Mitläufer als pure Heuchelei zurück. Wer in Vietnam einen völkermörderischen Kolonialkrieg geführt oder gerechtfertigt hat, wer demokratische Regierungen wie in Guatemala 1954, San Domingo 1965, Chile 1973 gestürzt hat oder hat stürzen lassen, wer jahrzehntelang den organisierten Massenmord durch das Somoza-Regime in Nikaragua geduldet und gefördert hat, wer die Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten in Argentinien oder Brasilien wohlwollend hinnimmt, der hat jedes moralische Recht zur Kritik an der Unterdrückung in Polen oder in Afghanistan verwirkt.

Wir wenden uns entschieden gegen alle jene Rüstungspropagandisten, die Polen – wie zuvor schon Afghanistan – als Vorwand benutzen, um noch mehr U-Boote, Raketen oder Atombomben zu fordern. Sie wollen und werden dem polnischen Volk nicht helfen.

Die Freiheit der Menschen und der Völker, Demokratie und wirklicher Sozialismus können nur in politischer Unabhängigkeit von den Supermächten, im Kampf gegen Imperialismus, Großmachtpolitik und Rüstungswahn errungen und verteidigt werden.

Fortsetzung von voriger Seite

alle Etappen des Kampfes berichten (Bulletins, Aufrufe), wenn wir sie von den Verhandlungen ... in Kenntnis setzen, wenn die Arbeiter sich vollständig Rechenschaft geben von allen Etappen des sich entwickelnden Kampfes.

Wir dürfen nie vergessen, nach dem beendeten Streik den breitesten Massen die Ergebnisse des Kampfes vorzulegen, die Einschätzung der politischen Lage zu geben, die Mängel und Schwächen aufzuzeigen, die während des Kampfes zutage getreten sind. Nur auf diese Weise können wir die Arbeiter über die gemachten Fehler aufklären und ihnen klar darlegen, welche Fehler man in der Zukunft zu vermeiden habe. Das Vertuschen, das Verbergen der Fehler und Mängel, die zur Niederlage geführt haben, die Einbeziehung der breitesten Massen in den Kampf erschwert haben, würde sich im nächsten Streik schwer rächen.

Schlußbetrachtung

Der Artikel des polnischen Kommunisten Henrykowski, den wir hier **auszugsweise abgedruckt haben, wurde i m A u g u s t 1 9 3 2 in der KPD-Zeitschrift „Die Internationale" (Nr. 7/8, 1932) veröffentlicht. Die Zwischenüberschriften stammen von uns. G. Henrykowski war Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Polens (nicht zu verwechseln mit der heutigen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei – PVAP –). Die Militärdiktatur, gegen die die polnische Arbeiterklasse d a m a l s kämpfte, war das Regime des Marschalls Pilsudski.**

Der Artikel von G. Henrykowski zeigt, daß zumindest e i n i g e der Kampf- und Streikformen der polnischen Arbeiter s o neu nicht sind und daß die polnischen Werktätigen auf eine lange klassenkämpferische Tradition zurückblicken können. Zudem gibt der Aufsatz wichtige Hinweise für die Organisierung von Streikkämpfen, die auch heute noch interessant und lehrreich sind, nicht nur für Polen.

U., RGW-Kommission

General Jaruzelski muß beim Wort genommen werden

Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik

Von Erhard Eppler

Die deutsche Geschichte kennt zwei Polenbilder, eines der deutschen Linken, eines der Rechten. Es war die liberale Linke, die sich im letzten Jahrhundert begeisterte für die polnischen Freiheitskämpfer, die eher sterben als unter zaristischer Herrschaft leben wollten. Da wurden die leidenschaftlichen, unbeugsamen, freiheitsliebenden, tapferen Polen besungen, jene Polen, die fast so waren, wie man sich die Deutschen wünschte. Die Rechte, vor allem der preußische Adel, schließlich Otto von Bismarck, hatten andere Interessen und damit ein anderes Polenbild. Sie wußten, daß ein unabhängiges Polen beträchtliche Teile Preußens für sich reklamieren mußte, daß man daher dem Zaren zu helfen habe, wenn die faulen, hinterhältigen, zur Anarchie neigenden Polen auch noch aufsässig wurden.

Seit dem Sommer 1980 konnte man den Eindruck haben, das ursprüngliche linke Polenbild sei nun heimisch geworden in der Bundesrepublik, von den Gewerkschaften bis zur Springerpresse, von der CSU bis zur Friedensbewegung, während das einstmals rechte Polenbild ausgerechnet in der DDR wieder zu Ehren kam, und zwar beileibe nicht nur bei den Funktionären.

Nun steht den Deutschen nach allem, was sie den Polen angetan haben, das linke Polenbild besser an als das rechte. Mit einem Zusatz: Wenn es darum ging, aus eigener Kraft ein funktionierendes demokratisches Staatswesen zustande zu bringen, waren sie nicht erfolgreicher als die Deutschen, zumal sie noch weniger Gelegenheit hatten als ihre westlichen Nachbarn, sich darin zu üben. Das polnische Nationalbewußtsein entzündete sich zu allen Zeiten mehr am Willen zur Selbstbehauptung gegenüber übermächtigen und überdies ketzerischen Nachbarn als an gemeinsamen Überzeugungen vom Aufbau eines demokratischen Staates.

IM WORTLAUT

Alle jene haben recht, die aus den Ereignissen seit dem Sommer 1980 folgern, hier habe ein System sich selbst zugrunde gerichtet, und es habe dies auch nicht besser verdient. Im Grunde sagt dies auch der General, der dieses Land heute mit dem Kriegsrecht regiert. Hunger und Militärherrschaft als Ergebnis einer Politik, die vorgab, Polen in die vorderste Linie moderner Industriestaaten zu bringen, das ist schon eine verheerende Bilanz. Es gibt keinen Grund, dies nicht laut zu sagen.

Die Frage ist nur, was wir tun können, um dies zu ändern, genauer: was wir vernünftigerweise wollen können. Solange es einen Ost-West-Konflikt, solange es NATO und Warschauer Pakt gibt, wird die Sowjetunion, ganz gleich, wer sie regiert, dreierlei nicht zulassen: einmal, daß Polen aus dem östlichen Paktsystem ausschert, zum andern, daß Polen zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückkehrt, also zum Privatbesitz der industriellen Produktionsmittel, zum dritten, daß Polen in Anarchie und wirtschaftlichem Bankrott versinkt. All dies ginge an den Lebensnerv der östlichen Supermacht, und es ist nun einmal nicht ratsam, am Lebensnerv einer Supermacht zu hantieren. Auch in Lateinamerika kann davon mancher ein Lied singen.

Wenn wir dies respektieren, dann muß sich die Sowjetunion mit allem abfinden, was diese drei Grundbedingungen unberührt läßt. Sie muß es schlukken, daß die katholische Kirche in Polen mehr Vertrauen genießt als die Vereinigte Arbeiterpartei. Sie muß es ertragen, daß in Polen freie Gewerkschaften arbeiten. Sie muß damit leben, daß die Polen in Presse, Rundfunk und Parlament frei diskutieren. Sie muß zur Kenntnis nehmen, daß Polens Wirtschaft mehr Selbstverwaltung und wohl auch mehr Markt braucht.

Wem der Friede in Europa, wem ein erträgliches Verhältnis zwischen den beiden Teilen Europas am Herzen liegt, wer den Polen helfen will, muß auch wollen, daß die Polen ihren Weg finden, ohne auf den Lebensnerv einer Weltmacht zu stoßen, die nun einmal ihr Nachbar ist.

Da kann Protest durchaus sinnvoll sein. In Warschau und Moskau soll man wissen, daß wir uns mit einer Militärdiktatur in Polen nie abfinden. Gegen die Verletzung von Menschenrechten ist Protest in jedem Fall nötig. Da kann auch Hilfe sinnvoll sein. Vielleicht wird die Mehrheit der Polen im Rückblick noch dankbarer sein für Milchpulver und Fleischkonserven als für manchen empörten Leitartikel.

Vor allem aber müssen wir Jaruzelski beim Wort nehmen. Bis zum Beweis des Gegenteils möchte ich annehmen, daß er meint, was er sagt, daß er sich selbst wohl eher als tragische Figur denn als geborenen Diktator sieht, daß er zuerst polnischer Patriot ist, der vor allem eines verhindern will: das Eingreifen der Sowjets. Hält er nicht Wort, so läßt uns neu entscheiden.

Wer jetzt Sanktionen verhängt, macht es Jaruzelski nicht leichter, sondern schwerer, Wort zu halten. Wer solche Sanktionen von den USA aus dekretiert, muß sich von Europäern einiges sagen lassen: Erstens, mit Verlaub, liegt Polen in Europa und ist daher zuerst einmal Sache der Europäer. Wer in einer solchen Frage über die Köpfe und Einwände der betroffenen Verbündeten hinweg eingreift, hat eine Vorstellung von NATO, die wahrscheinlich die achtziger Jahre so nicht überlebt. Zweitens: Die Deutschen tragen die Hauptlast der Hilfe, die dem wirtschaftlich zugrundegerichteten NATO-Staat Türkei, genauer gesagt einer wenig zimperlichen Militärjunta, dort zugute kommt.

Handeln wir etwa unmoralisch? Das



Zwei Polenbilder: Eppler

ließe sich ja ändern. Drittens: Wo kämen wir hin, wenn wir gegen alle Militärdiktaturen in Zentral- und Südamerika — und dort gilt ein Menschenleben noch etwas weniger als in Polen — Sanktionen verhängen wollten? Oder gegen die USA, weil sie solche Diktaturen seit Jahr und Tag stützen? Nicht die Bundesregierung muß sich rechtfertigen für ihr Augenmaß. Die US-Regierung muß uns erklären, was sie sich von ihrer Handlungsweise verspricht, wie sie meint erreichen zu können, was sie als ihre Absicht deklariert: das Ende der Militärherrschaft in Polen. Und sie muß uns erklären, warum die USA seinerzeit ihre Sanktionen gegen Chile aufhoben, als die freigewählte Regierung Allende von Pinochets Soldaten liquidiert war.

Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik. Es mag sein, daß die Welt von Moskau und Washington aus übersichtlicher, einfacher aussähe, wenn es zur sowjetischen Intervention in Polen gekommen wäre. Für die Europäer sähe sie dann noch wesentlich desolater aus. Wir sind daran interessiert, daß Polen freier, demokratischer, wohlhabender wird und daß die Sowjetunion dies hinnimmt. Wir wollen dies, weil es für Europa gut ist und weil es dem Frieden dient.

1/14/6/3/4/5/2

FR 6.1.82

„Rrrevolutionärer" Zynismus statt humanitärer Hilfe?

An die Unterzeichner des „Offenen Briefes („Imperialistischer Mythos des Hungers") an die Unterstützer eines „Ärzte-Aufrufs" zur Sammlung für Polen:

Werte Genoss(inn)en,
ihr kritisiert völlig richtig die vom KBW im trauten Verein mit den bürgerlichen Medien betriebene Masche, die jetzige Not des polnischen Volkes zur Anheizung gegen die Sowjetunion als „Hauptfeind" gerichteten Hetze auszuschlachten. Und daß der Polen-Experte des ZK des KBW, Gerd Koenen, seine Kommentare mittlerweile statt in der „KVZ" auch in der „Zeit" zum Besten geben könnte, finde ich durchaus treffend, wenngleich ich Koenen eher eine Bewerbung beim „Spiegel" anraten würde. (Soll kein Kompliment sein!)

Wichtig zur Beurteilung der Entwicklung in Polen und der mittlerweile dort entstandenen Lage ist vor allem Eure Darstellung der ökonomischen und damit letztlich auch politischen Einflußnahme des Imperialismus (vor allem des BRD-Imperialismus) auf Polen.

Es ist in der Tat frivol, einerseits zu diesen Dingen, zur Ausplünderung Polens durch den „Westen" zu schweigen, andererseits aber „Schick Dein Päcken nach drüben"-Aktionen zu veranstalten. Moralisch redlicher finde ich da schon mancherorts von beherzten Linken durchgeführte Aktionen, bei denen in Supermärkten polnische Gänse zum Nulltarif „organisiert" und hernach nach Polen geschickt werden.

Daß ein von den polnischen Arbeitern durchgesetzer Exportstopp notwendig wäre, um die fortschreitende Lebensmittelverknappung zu stoppen, scheint mir auch richtig.

Aber: Einmal abgesehen davon, daß eine solche Maßnahme zunächst weitere Betriebsschließungen wegen der dann fehlenden Devisen, Ersatzteile usw. zur Folge hätte – soweit haben die herrschenden Bürokratie und die EG-/US-Imperialisten Polen auf den Hund gebracht:

Auch bei einem radikalen Exportstopp wäre der katastrophale Mangel an Lebensmitteln und auch an Medikamenten in Polen nicht sogleich beseitigt.

Und hier setzt meine Kritik an Eurem „Offenen Brief" an: Ihr „grüßt" die Medikamente und Milchpulver sammelnden Ärzte „in der Hoffnung auf Mißerfolg bei Eurer Sammlung".

Zynischer geht's kaum. Wollt Ihr z.B. einem an Eiweißmangel leidenden Kind oder einem Asthmakranken oder Zuckerkranken, der bestimmte, in Polen derzeit kaum vorhandene Medikamente braucht, etwa erzählen, er/sie solle gefälligst erstmal den imperialistischen „Internationalen Währungsfonds" bekämpfen? Hier verkommt Eure vom Ansatz her richtige politische Kritik zur scheinrevolutionären, in der praktischen Konsequenz inhumanen Phrasendrescherei. (Im übrigen, und das ist wohl nicht unwesentlich, enthält der in AK 215 dokumentierte Aufruf zur Sammlung keinerlei antikommunistische Schoten im Sinne des „Kampfes gegen den Sozialimperialismus").

Die von einer Gruppe von Frankfurter Ärzten gesammelten Hilfsgüter sollen nach einer Vereinbarung mit der Gewerkschaft Solidarność von der Sektion „Gesundheitswesen" der Solidarność in Polen verteilt werden. (Ob das jetzt, nach dem Staatsstreich, noch möglich ist, entzieht sich meiner Kenntnis). Den Aufruf von Solidarność an westliche Gewerkschaften zur humanitären Hilfe nennt Ihr einen „falschen Aufruf". Nun, politisch kann man an den Auffassungen von Solidarność im allgemeinen und von Lech Walesa im besonderen vieles kritisieren, und wir/ich haben das im AK zu verschiedenen Gelegenheiten ausgiebig getan.



Militärdiktatur statt Sozialismus

Aber was die Not der Massen in Polen, den akuten Mangel an Medikamenten, Injektionsnadeln usw. anbelangt, da werden die polnischen Gewerkschafter naturgemäß besser wissen, was heute zum gesunden Überleben für die Menschen gebraucht wird, als wir wohlgenährten Westdeutschen.

Wenn Ihr den Aufruf von Solidarność zur humanitären Hilfe großkotzig als „falsch" angreift, dann offenbart Ihr in diesem Falle eine Haltung, gegen die Ihr eigentlich zu polemisieren meint: Zynischer Dogmatismus reinsten Wassers. Die Medikamentensammlung auf Bitten von Solidarność ist Eurer Auffassung nach also nicht im Interesse der polnischen Arbeiter, daher ruft Ihr auf, die Sammlung zu boykottieren. Was das „objektive Interesse" der Arbeiterklasse ist, wußten und wissen „marxistisch-leninistische" Avantgarde-Partei-Kader von DKP bis hin zu den diversen „ML"-Grüppchen immer besser als die Arbeiterklasse selbst.

Ihr scheint in Eurem Boykottaufruf „vergessen" zu haben, daß die Arbeiter (in Polen wie auch anderswo) nicht aus „Spaß an der Freud" kämpfen, sondern, um konkrete Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen zu erreichen. Erinnert Ihr Euch nicht mehr, daß in der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk nicht nur revolutionäre Stellungnahmen verbreitet, sondern nicht zuletzt auch Spendensammlungen für Medikamente u.ä. organisiert wurden?

Solltet Ihr eine Verbindung von politischer **und** materieller Hilfe für die polnischen Arbeiter für falsch haten, weil Ihr ihren Kampf als nationalistisch, reaktionäre oder ähnliches ansehe, dann solltet Ihr **das** auch offen sagen und damit zur Diskussion stellen.

Solidarische Grüße
U., RGW-Kommission

Nachtrag zum Artikel „Imperialistischer Mythos vom Hunger" (AK 215):

Dieser offene Brief ist von einer Gruppe von ehemaligen KBWlern verfaßt worden, was von uns versehentlich anzugeben vergessen wurde. Dieser Hinweis wäre insofern von Bedeutung gewesen, weil die Autoren sich vor allem auf eine Kritik der Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen durch den KBW konzentrieren.

AK-Redaktion

Vor 150 Jahren:

Heinrich Heine über die Niederlage der polnischen Revolution

Vor ziemlich genau 150 Jahren, 1830/31, erhob sich Polen zum Aufstand gegen das zaristische Rußland, das sich (zusammen mit Preußen) große Teile des Landes angeeignet hatte. Russische Truppen schlugen den Aufstand nieder und besetzten am 8. September 1831 Warschau. Tausende polnischer Freiheitskämpfer emigrierten nach Deutschland, Frankreich, England und in die Schweiz. Seine Gedanken über den Kampf der Polen, über die polnischen Emigranten und deren Wirkung aufs deutsche Gemüt schrieb der deutsch-jüdische Poet und Journalist Heinrich Heine in seinem Buch „Ludwig Börne" (1839/40) nieder. Die im Folgenden nachgedruckten Äusserungen Heinrich Heines geben nur die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

Das ungeheure Schicksal so vieler edlen Märtyrer der Freiheit, die, in langen Trauerzügen Deutschland durchwandernd, sich in Paris versammelten, war in der Tat geeignet, ein edel gefühlvolles Herz bis in seine Tiefen zu bewegen. Aber was brauch ich dich, teurer Leser, an diese Betrübnisse zu erinnern, du hast in Deutschland den Durchzug der Polen mit eignen tränenden Augen angesehen, und du weißt, wie das ruhige, stille deutsche Volk, das die eignen Landesnöten so geduldig erträgt, bei dem Anblick der unglücklichen Sarmaten von Mitleid und Zorn so gewaltig erschüttert wurde und so sehr außer Fassung kam, daß wir nahe daran waren, für jene Fremden das zu tun, was wir nimmermehr für uns selber täten, nämlich die heiligsten Untertanspflichten beiseite zu setzen und eine Revolution zu machen ... zum Besten der Polen.

Ja, mehr als alle obrigkeitliche Plackereien und demagogische Schriften hat der Durchzug der Polen den deutschen Michel revolutioniert, und es war ein großer Fehler der respektiven deutschen Regierungen, daß sie jenen Durchzug in der bekannten Weise gestatteten. Der größere Fehler freilich bestand darin, daß sie die Polen nicht längere Zeit in Deutschland verweilen ließen; denn diese Ritter der Freiheit hätten bei verlängertem Aufenthalt jene bedenkliche, höchst bedrohliche Sympathie, die sie den Deutschen einflößten, selber wieder zerstört. Aber sie zogen rasch durchs Land, hatten keine Zeit, durch Dichtung und Wahrheit einer den anderen zu diskreditieren, und sie hinterließen die staatsgefährlichste Aufregung.

Ja, wir Deutschen waren nahe daran, eine Revolution zu machen und zwar nicht aus Zorn und Not wie andere Völker, sondern aus Mitleid, aus Sentimentalität, aus Rührung für un-

Ja, wir Deutschen waren nahe daran, eine Revolution zu machen und zwar nicht aus Zorn und Not wie andere Völker, sondern aus Mitleid, aus Sentimentalität, aus Rührung für unsere armen Gastfreunde, die Polen. Tatsüchtig schlugen unsre Herzen, wenn diese uns am Kamin erzählten, wieviel sie ausgestanden von den Russen, wieviel Elend, wieviel Knutenschläge ... bei den Schlägen horchten wir noch sympathetischer, denn eine geheime Ahnung sagte uns, die russischen Schläge, welche jene Polen bereits empfangen, seien dieselben, die wir in der Zukunft noch zu bekommen haben. Die deutschen Mütter schlugen angstvoll die Hände über den Kopf, als sie hörten, daß der Kaiser Nikolas, der Menschenfresser, alle Morgen drei kleine Polenkinder verspeise, ganz roh, mit Essig und Öl. Aber am tiefsten erschüttert waren unsre Jungfrauen, wenn sie im Mondschein an der Heldenbrust der polnischen Märtyrer lagen und mit ihnen jammerten und weinten über den Fall von Warschau und den Sieg der russischen Barbaren ... Das waren keine frivolen Franzosen, die bei solchen Gelegenheiten nur schäkerten und lachten ... nein, diese larmoyanten Schnurrbärte gaben auch etwas fürs Herz, sie hatten Gemüt, und nichts gleicht der holden Schwärmerei, womit deutsche Mädchen und Frauen ihre Bräutigame und Gatten beschworen, so schnell als möglich eine Revolution zu machen ... zum Besten der Polen.

Eine Revolution ist ein Unglück, aber ein noch größeres Unglück ist eine verunglückte Revolution: und mit einer solchen bedrohte uns die Einwanderung jener nordischen Freunde, die in unsre Angelegenheiten alle jene Verwirrung und Unzuverlässigkeit gebracht hätten, wodurch sie selber daheim zugrunde gegangen. Ihre Einmischung wäre uns um so verderblicher geworden, da die deutsche Unerfahrenheit sich von den Ratschlägen jener kleinen polnischen Schlauheit, die sich für politische Einsicht ausgibt, gern leiten ließ und gar die deutsche Bescheidenheit, bestochen von jener flinken Ritterlichkeit, die den Polen eigen ist, diesen letztern die wichtigsten Führerstellen vertraut hätte. – Ich habe mich damals in dieser Beziehung über die Popularität der Polen nicht wenig geängstigt. Es hat sich vieles seitdem geändert, und gar für die Zukunft, für die deutschen Freiheitsinteressen einer spätern Zeit, braucht man die Popularität der Polen wenig zu fürchten. Ach nein, wenn einst Deutschland sich wieder rüttelt, und diese Zeit wird dennoch kommen, dann werden die Polen kaum noch dem Namen nach existieren, sie werden ganz mit den Russen verschmolzen sein, und als solche werden wir uns auf donnernden Schlachtfeldern wieder begegnen ... und sie werden für uns minder gefährlich sein als Feinde denn als Freunde. Der einzige Vorteil, den wir ihnen verdanken, ist jener Russenhaß, den sie bei uns gesät, und der, still fortwuchernd im deutschen Gemüte, uns mächtig vereinigen wird, wenn die große Stunde schlägt, wo wir uns zu verteidigen haben gegen jenen furchtbaren Riesen, der jetzt noch schläft und im Schlafe wächst, die Füße weitausstreckend in die duftigen Blumengärten des Morgenlands, mit dem Haupte anstoßend an den Nordpol, träumend ein neues Weltreich ... Deutschland wird einst mit diesem Riesen den Kampf bestehen müssen, und für diesen Fall ist es gut, daß wir die Russen schon früh hassen lernten, daß dieser Haß in uns gesteigert wurde, daß auch alle andren Völker daran teilnehmen ... das ist ein Dienst, den uns die Polen leisten, die jetzt als Propaganda des Russenhasses in der ganzen Welt umherwandern. Ach, diese unglücklichen Polen! sie selber werden einst die nächsten Opfer unseres blinden Zornes sein, sie werden einst, wenn der Kampf beginnt, die russische Avantgarde bilden, und sie genießen alsdann die bittern Früchte jenes Hasses, den sie selber gesät. Ist es der Wille des Schicksals, oder ist es glorreiche Beschränktheit, was die Polen immer dazu verdammte, sich selber die schlimmste Falle und endlich die Todesgrube zu graben ... seit den Tagen Sobieskis, der die Türken schlug, Polens natürliche Alliierte, und die Östreicher rettete ... der ritterliche Dummkopf!

Ich habe oben von der „kleinen polnischen Schlauheit" gesprochen. Ich glaube, dieser Ausdruck wird keiner Mißdeutung anheimfallen; kommt er doch aus dem Munde eines Mannes, dessen Herz am frühesten für Polen schlug, und der lange schon vor der polnischen Revolution für dieses heldenmütige Volk sprach und litt. Jedenfalls will ich jenen Ausdruck noch dahin mildern, daß ich nachträglich bemerke, er bezieht sich hier auf die Jahre 1831 und 1832, wo die Polen von der großen Wissenschaft der Freiheit nicht einmal die ersten Elementarkenntnisse besaßen und die Politik ihnen nichts anders dünkte als eben ein Gewebe von Weiberkniffen und Hinterlist, kurz als eine Manifestation jener „kleinen polnischen Schlauheit", für welche sie sich ein ganz besonderes Talent zutrauten.

Diese Polen waren gleichsam ihrem heimatlichen Mittelalter entsprungen, und ganze Urwälder von Unwissenheit im Kopfe tragend, stürmten sie nach Paris, und hier warfen sie sich ent-

Diese Polen waren gleichsam ihrem heimatlichen Mittelalter entsprungen, und ganze Urwälder von Unwissenheit im Kopfe tragend, stürmten sie nach Paris, und hier warfen sie sich entweder in die Sektionen der Republikaner oder in die Sakristeien der katholischen Schule: denn um Republikaner zu sein, dazu braucht man wenig zu wissen, und um Katholik zu sein, braucht man gar nichts zu wissen, sondern braucht man nur zu glauben. Die Gescheitesten unter ihnen begriffen die Revolution nur in der Form der Emeute, und sie ahneten nimmermehr, daß namentlich in Deutschland durch Tumult und Straßenauflauf wenig gefördert wird. Ebenso unheilvoll wie spaßhaft war das Manöver, womit einer ihrer größten Staatsmänner gegen die deutschen Regierungen verfuhr. Er hatte nämlich bei dem Durchzug der Polen bemerkt, wie ein einziger Pole hinreichend war, um eine stille deutsche Stadt in Bewegung zu setzen, und da er der gelehrteste Litauer war und aus der Geographie ganz genau wußte, daß Deutschland aus einigen dreißig Staaten besteht, schickte er von Zeit zu Zeit einen Polen nach der Hauptstadt eines dieser Staaten ... er setzte gleichsam einen Polen auf irgendeinen jener dreißig deutschen Staaten wie auf die Nummern eines Rouletts, wahrscheinlich ohne große Hoffnung des Gelingens, aber ruhig berechnend: an einem einzigen Polen ist nicht viel verloren, verursacht er jedoch wirklich eine Ermeute, gewinnt meine Nummer, so kommt vielleicht eine ganze Revolution dabei heraus!

Ich spreche von 1831 und 1832. Seitdem sind acht Jahre verflossen, und ebensogut wie die Helden deutscher Zunge haben auch die Polen manche bittere, aber nützliche Erfahrung gemacht, und viele von ihnen konnten die schreckliche Muße des Exils zum Studium der Zivilisation benutzen. Das Unglück hat sie ernsthaft geschult, und sie haben etwas Tüchtiges lernen können. Wenn sie einst in ihr Vaterland zurückkehren, werden sie dort die heilsamste Saat ausstreuen, und wo nicht ihre Heimat, doch gewiß die Welt wird die Früchte ihrer Aussaat ernten. Das Licht, das sie einst mit nach Hause bringen, wird sich vielleicht weit verbreiten nach dem fernsten Nordosten und die dunkeln Föhrenwälder in Flammen setzen, so daß bei der auflodernden Helle unsere Feinde sich einander beschauen und voreinander entsetzen werden ... sie würgen sich alsdann untereinander in wahnsinnigem Wechselschreck und erlösen uns von aller Gefahr ihres Besuches. Die Vorsehung vertraut das Licht zuweilen den ungeschicktesten Händen, damit ein heilsamer Brand entstehe in der Welt ...

Nein, Polen ist noch nicht verloren ... Mit seiner politischen Existenz ist sein wirkliches Leben noch nicht abgeschlossen. Wie einst Israel nach dem Falle Jerusalems, so vielleicht nach dem Falle Warschaus erhebt Polen sich zu den höchsten Bestimmungen. Es sind diesem Volke vielleicht noch Taten vorbehalten, die der Genius der Menschheit höher schätzt als die gewonnenen Schlachten und das rittertümliche Schwertgeklirre nebst Pferdegetrampel seiner nationalen Vergangenheit! Und auch ohne solche nachblühende Bedeutung wird Polen nie ganz verloren sein ... Es wird ewig leben auf den rühmlichsten Blättern der Geschichte!!!

Paralysierung der OPEC und drohende militärische Besetzung des Persischen Golfs



Seit den ersten Preiserhöhungen der OPEC-Länder im Jahre 1973 haben die imperialistischen Staaten diesem einzig wirksamen Rohstoffkartell den Kampf angesagt. Neben einer gezielten Preis- und Währungspolitik setzte eine nicht mehr endende Kampagne gegen die OPEC-Staaten als „Strangulierer des Westens" und als Verursacher der Wirtschaftskrisen im kapitalistischen System ein. Doch schon in der ersten „Ölkrise 1973" waren die multinationalen Ölkonzerne die eigentlichen Gewinner. Um 400% von 12 auf 60 Pfennig rauschte der Brennstoffpreis in die Höhe. Fortan wurde jede Preiserhöhung der OPEC-Länder zum Anlaß genommen, den Endverbrauchspreis für Erdölprodukte **überproportional** zu erhöhen.



Diese drastischen Preiserhöhungen hatten zweierlei Sinn:

1. Schon nachgewiesene Ölquellen in politisch sicheren Gebieten (Canada, Nordsee) wurden profitabel ausbeutbar;

2. eine gigantische Umstrukturierung der Energieversorgung der imperialistischen Staaten konnte mit diesen Profiten in Gang gesetzt werden.

Während dieser Prozesse wurden über eine gezielte Abwertung des Dollars – die Währung, in der fast alle Ölkäufe abgewickelt werden – die Gewinne der OPEC-Staaten aus den Preiserhöhungen erheblich gemindert.

Als die OPEC-Staaten Anfang 1979 eine Preiserhöhung von 12,7 $ auf 14,5 $ pro Faß (Barrel) vornahmen, wurde dies von den Ölkonzernen zum Anlaß einer erneuten Verknappungskampagne genommen. Die Preise für die Endverbraucher schnellten derartig in die Höhe, daß die Konzerne eine Gewinnsteigerung um 100% verbuchen konnten. Dies führte Mitte 1979 zu einer weiteren Preiserhöhung der OPEC, die aber zum ersten Male Risse zeigte. Es gelang nicht mehr, sich auf einen einheitlichen Ölpreis zu einigen. Dieser hatte vorher zumindest als Basispreis bestanden, war aber effektiv durch die unterschiedlichen Qualitäten, Rabatte etc. immer schon unterschiedlich.

Bekanntlich sind die politischen Verhältnisse der einzelnen OPEC-Staaten extrem unterschiedlich. Neben Ländern, die sich traditionell dem Imperialismus verpflichtet fühlen, wie Saudi-Arabien, Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate . gibt es Staaten, die mit Hilfe des Ölreichtums nationale Industrialisierungsprogramme entwickelt haben, um im gewissen Rahmen eine eigenständige Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Zu diesen Ländern zählen Algerien, Libyen, Nigeria, und nach dem Sturz des Schah auch der Iran.

Ob diese Entwicklung, die mit hohen Investitionskosten verbunden ist, eine größere Unabhängigkeit vom Imperialismus beinhaltet, ist häufig zweifelhaft. Festzustellen ist aber, daß eben diese Länder seit den 70er Jahren auf hohe Förderpreise drängen und sich dem Verlangen der imperialistischen Länder nach niedrigen Förderpreisen zu widersetzen versuchen. Demgegenüber spielte insbesondere Saudi-Arabien von Anfang an den Bremser bei Preiserhöhungen und versuchte immer wieder, durch seine starke Position als größter Ölproduzent die anderen OPEC-Staaten unter Druck zu setzen.

Auf der OPEC-Konferenz Mitte 1979 drängte Saudi-Arabien auf eine Stabilisierung des Ölpreises, während Algerien, der Iran und Libyen eine weitere Erhöhung anstrebten. Dies führte dazu, daß kein einheitlicher Preis mehr ausgehandelt wurde und sich innerhalb der OPEC eine Preisdifferenz bis zu 9 $ pro Faß entwikkelte. Ende 1979 lag der Preis für saudiarabisches Öl bei 32 $, für Öl aus Libyen, Algerien und Nigeria bei 41 $. Der Iran erklärte, sein Ölpreis von 37 $ sei eine „Errungenschaft der Revolution, die nicht aufgeben" werde (1). Als Anfang September 1980 der iranisch-irakische Krieg ausbrach, erhöhte Saudi-Arabien seine Ölproduktion um 800.000 Faß täglich – von 9,5 auf 10,3 Millionen Tonnen – , anfangs mit der Begründung, die Lieferausfälle des Iran auszugleichen. Doch kurze Zeit später erklärte Jamani die Hintergründe dieser Produktionserhöhung (2).

Saudi-Arabien schraubte bei einem Preis von 32 $ seine Produktion auf 10,3 Millionen Faß pro Tag und somit auf 40% der OPEC-Produktion, um den anderen OPEC-Staaten niedrigere Preise aufzuzwingen. Die saudische Produktionserhöhung war darauf ausgerichtet , zu einem Überangebot von Öl auf dem Weltmarkt zu kommen, durch das die Hochpreisländer zu Preissenkungen gezwungen waren, um nicht auf ihrem Öl sitzen zu bleiben.

Im Juli 1981 erklärte Saudi-Arabien, daß es erst dann bereit sei, die Produktion wieder zu drosseln, wenn ein gemeinsamer Ölpreis in der OPEC gefunden sei, der unterhalb der Marke der übrigen Länder liegen müsse. Jamani rief sogar in einem US-amerikanischen Fernsehinterview die Industriestaaten auf, ihren Energieverbrauch zu senken, um die OPEC-Staaten zu einer Preissenkung zu zwingen (3).

Zu diesem Zeitpunkt hatte die saudi-arabische Politik schon ein Überangebot von 2 bis 3 Millionen Faß pro Tag erzeugt. Fast alle Hochpreisländer waren gezwungen, ihre Preise um ca. 2 $ zu senken. Darüberhinaus mußten sie ihre Produktion radikal drosseln: Algerien von 1 Million Faß pro Tag auf 700.000, Libyen von 1,75 Millionen Faß auf 800.000 und Nigeria sogar von 2,1 Millionen auf 800.000.

Fast alle diese Länder kamen durch die Produktionsdrosselung und Preissenkung in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, da die eigenen Entwicklungspläne nun nicht mehr mit den Einnahmen aus den Ölverkäufen voll abgedeckt werden konnten.

Diese Politik Saudi-Arabiens war der letzte Mosaikstein in der langfristig angelegten Politik der imperialistischen Staaten und insbesondere der US-amerikanischen Ölkonzerne zur Beherrschung des Ölgeschäftes. Neben Energiesparmaßnahmen in den eigenen Ländern und Erschliessung neuer Ölquellen in politisch sicheren Gebieten konnte mit der Hilfe Saudi-Arabiens darangegangen werden, die ‚unbotmäßigen' Länder der OPEC zur Raison zu bringen.

Libyen

Im Brennpunkt der Pressionen und ersten militärischen Angriffe von Seiten der USA steht zweifellos Libyen. Dies resultiert nicht nur aus der Tatsache, daß es bis Mitte des Jahres den höchsten Ölpreis forderte, sondern auch aus der Unterstützung zahlreicher nationaler Bewegungen gegen den Imperialismus. Schon kurz nach dem Machtantritt Reagans begann eine Konfrontations- und Provokationspolitik gegenüber Libyen, die hier nur skizzenhaft dargestellt werden soll.

Schon im Mai 1981 zog die US-Regierung ihre Diplomaten ab. Im Juli 1981 wurden von Kongreßabgeordneten Sturz- und Ermordungspläne des CIA an Ghaddafi bekannt. Die Manöver vor der libyschen Küste in der großen Syrte hatten das direkte Ziel, Libyen zu einem militärischen Verteidigungsschlag zu provozieren, der den Vorwand eines offenen US-Krieges gegen Libyen geliefert hätte.

Schon im Juli wurden die Ölgesellschaften von der US-Regierung aufgefordert, ihre Techniker aus Libyen abzuziehen, was nur noch den letzten Punkt im Rückzug der Ölmultis Exxon und Mobil Oil aus Libyen darstellen würde, nachdem sich der Anteil des libyschen Öls an den US-Importen von 11% für 1980 auf 5% für 1981 drastisch verringert hatte, sodaß der amerikanische Kongreßabgeordnete J. Levy stolz verkünden konnte: „*Wir können ohne libysches Öl auskommen*" (4). Nach dem US-amerikanischen Luftangriff über der Syrte kündigte Ghaddafi die Verstaatlichung der in Libyen tätigen Ölkonzerne an, von der im wesentlichen amerikanische Ölgesellschaften betroffen wären.

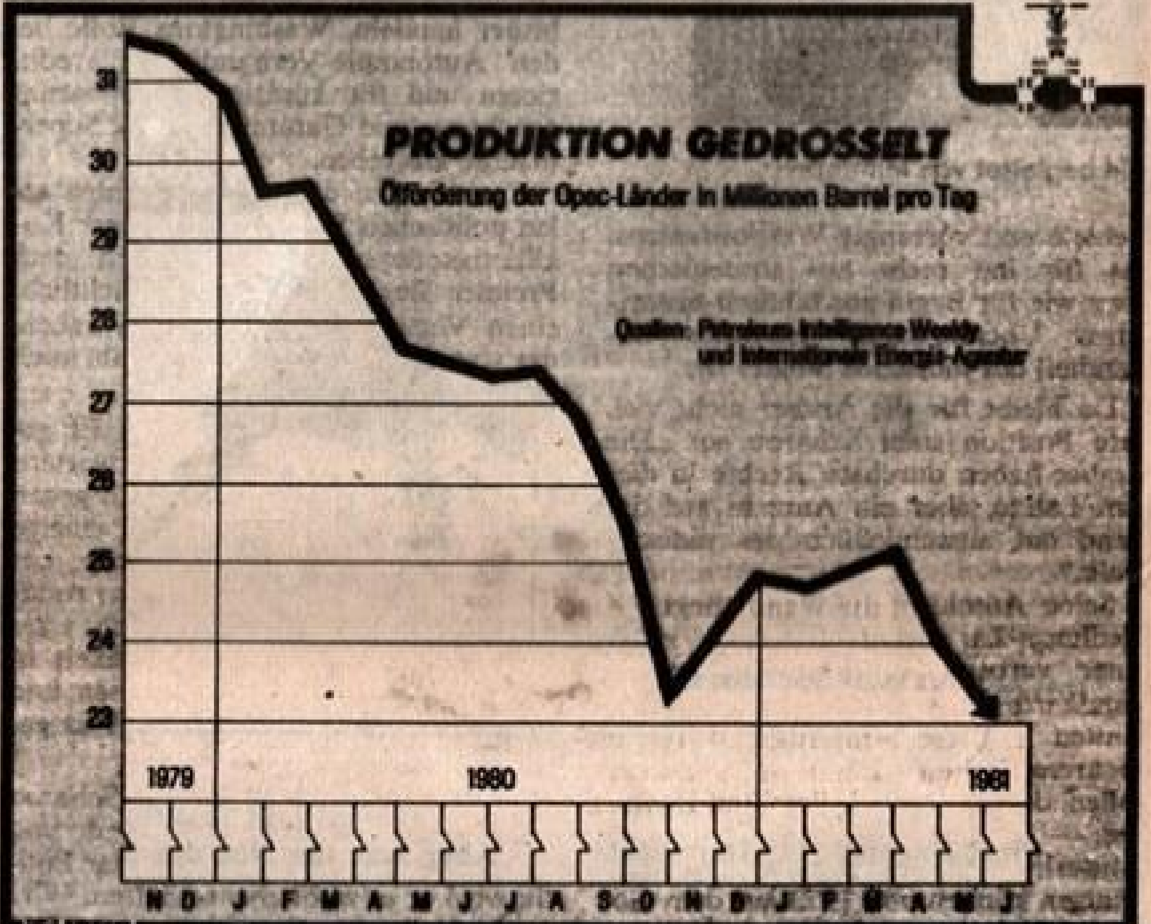
Anfang Dezember lancierte der CIA die Meldung, daß ein libysches „Killerkommando" verschiedene Mitglieder der US-Regierung, inclusive Reagan, ermorden wolle. Diese Information stamme von einem ehemaligen libanesischen „Terroristen", der unter Aufsicht des CIA stünde. Die US-Regierung ‚reagierte' auf diese Meldung mit ‚Überlegungen' über eine Seeblockade Libyens und die Organisierung einer Operation der amerikanischen Luftwaffe gegen ein angebliches Trainingscamp für „Terroristen" auf libyschem Boden (5). Daß diese Drohungen nicht nur als hohles Geklapper anzusehen sind, beweist einerseits die Aufforderung der amerikanischen Regierung an alle in Libyen lebenden Amerikaner, das Land möglichst schnell zu verlassen, sowie das kürzlich an den Grenzen Libyens abgehaltene US-Ägyptische Manöver.

Nigeria

Nigeria ist mit 100 Millionen Einwohnern das volkreichste Land Afrikas. Die Regierung entwickelte ehrgeizige Pläne, um aus der einseitigen Abhängigkeit vom Ölexport herauszukommen. Für 1981 bis 1985 wurde ein Fünfjahresplan ausgearbeitet, der den Aufbau einer eigenen Industrie vorsieht. Ebenso soll die Landwirtschaft unterstützt werden, um von Nahrungsmittelimporten unabhängig zu werden. Bisher kommen 90% der Deviseneinnahmen aus dem Erdölverkauf, wodurch der durch das saudiarabische Preisdumping erzwungene Produktionsrückgang Nigeria besonders hart traf. Es mußte als erstes Hochpreisland schon im September seine Preise senken, um nicht auf dem Öl sitzen zu bleiben. Darüberhinaus mußte es seine Produktion mittlerweile bis auf ein Drittel drosseln. Dadurch muß Nigeria monatlich über eine Milliarde Dollar mehr für Importe und Zinsen ans Ausland zahlen als es durch die Erdölexporte einnimmt. Dies erzwang Abstriche am Fünfjahresplan bzw. stellt diesen sogar in Frage (6).

Iran

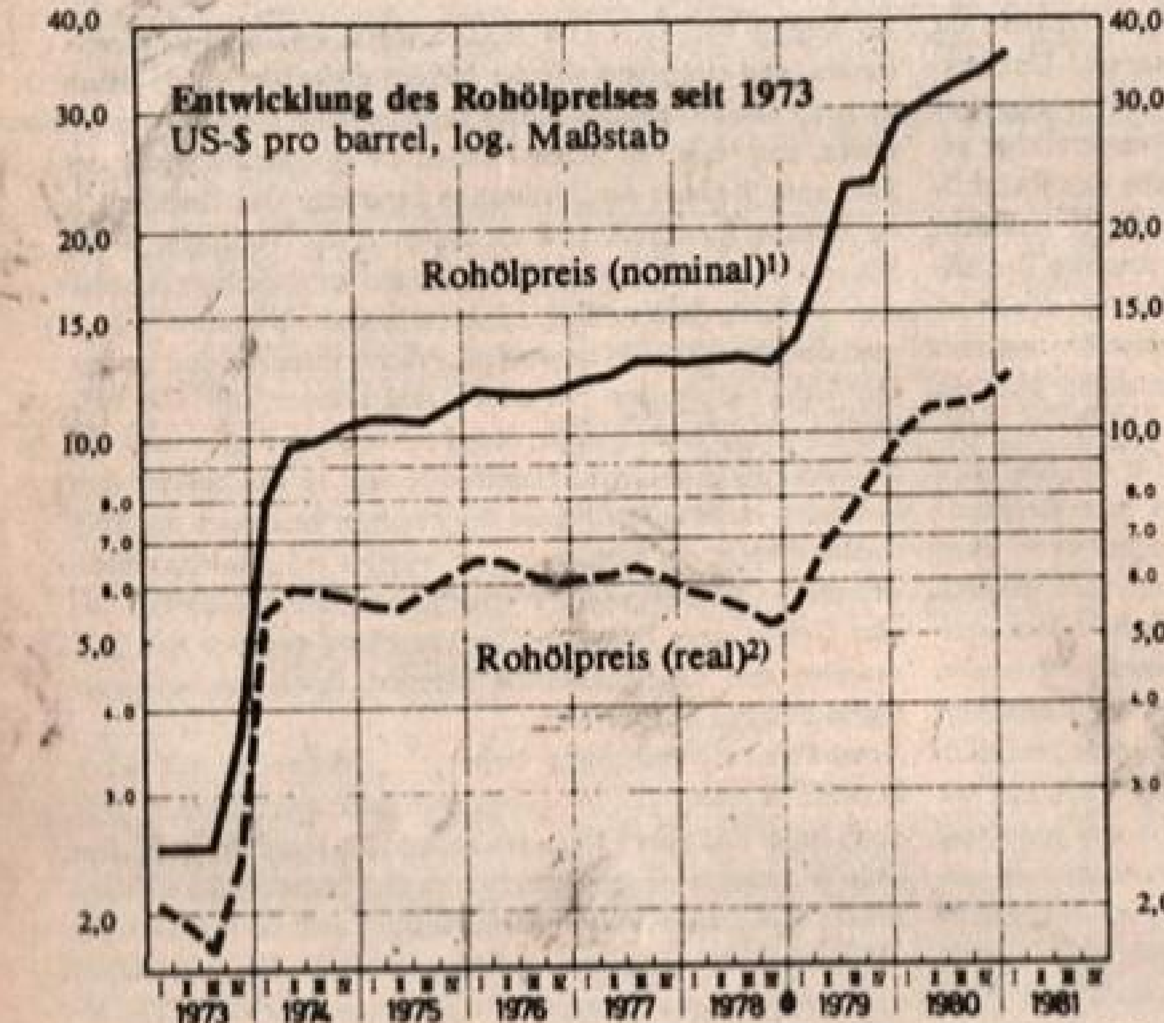
Der Iran ging nach dem Machtantritt Chomeinis dazu über, direkte Verträge mit Ländern abzuschließen, die iranisches Öl kaufen wollten, und erhöhte seinen Preis auf das Niveau von Libyen und Algerien. Seit dem 4. September 1980 befinden sich der Irak und Iran im Krieg, durch den genau die wichtigsten Ölzentren des Iran getroffen wurden. Die Raffinerie von Abadan, die größte der Welt, wurde teilweise von irakischen Truppen zerstört. Desweiteren drangen irakische Truppen im Bereich der wichtigsten Ölfelder auf iranischem Gebiet vor. So sah sich der Iran drastischen Produktionsrückgängen gegenüber. War er vorher nach Saudi-Arabien mit 3,8 Millionen Faß pro Tag der zweitgrößte Ölproduzent im Nahen Osten, fiel diese Produktion infolge des Krieges auf die Hälfte ab. Dadurch befindet sich der Iran in einer ähnlichen ökonomischen Situation wie Nigeria. Seit dem September 1981 decken die durch den Krieg entstandenen Rückgänge in den Ölexporterlösen nicht mehr als 40% der Importrechnungen (7). Auch wenn dieser Krieg vielfältige irakisch-iranische Gründe hat, ist doch nicht zu verkennen, daß er dem US-Imperialismus direkt ins Konzept paßt, den Iran zu niedrigeren Preisen zu zwingen, bzw. ihn ökonomisch zu schwächen, in der Hoffnung, damit auch eine politische Destabilisierung zu erreichen.



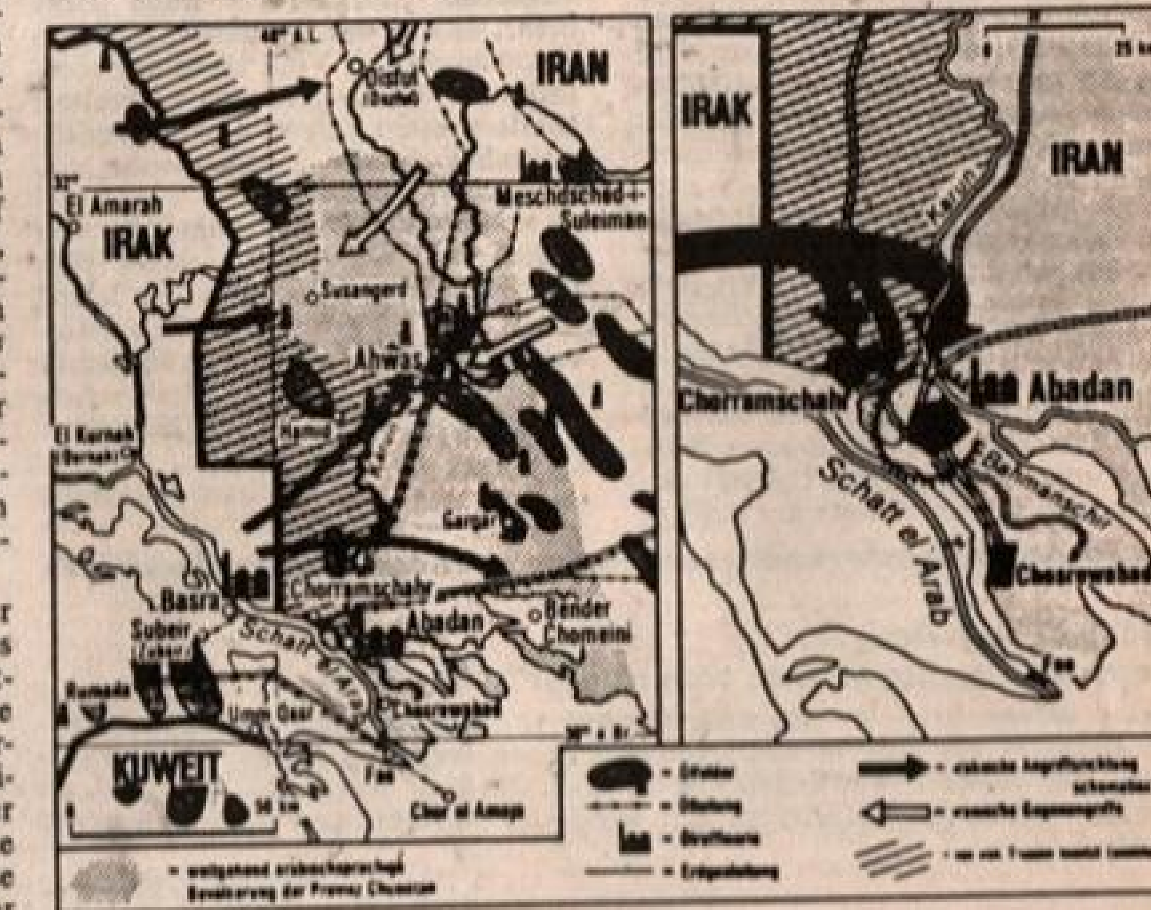
Mexiko

Auch wenn Mexiko auf Druck der USA nicht der OPEC beigetreten ist, hat es sich in seiner Preispolitik immer an der OPEC zu orientieren versucht. So soll hier als ein Beispiel genannt werden, daß es seit dem Versuch, einen höheren Ölpreis zu erzielen, vergleichbaren Pressionen des US-Imperialismus ausgesetzt ist.

Durch den Verkauf von 50 bis 60% seines Öls an die USA ist Mexiko auch in diesem Bereich weitgehend von den USA abhängig. Zudem erhält die USA einen Vorzugspreis von



1) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis; bis 1978 Preis für Saudi-arabisches Rohöl (34 API), ab 1979 gewogener Durchschnittspreis aller OPEC-Länder.
2) Staatlicher OPEC-Verkaufspreis, deflationiert mit dem UN-Index der Durchschnittswerte für verarbeitete Exporterzeugnisse (auf Dollarbasis, 1970 = 100) der Industrieländer



Hauptschauplatz des irakisch-iranischen Krieges
(Stand Mitte 1981)

ca. 4 $ unter dem offiziellen Preisniveau. Generell hat die US-Regierung unter Carter eine Erklärung vom Kongreß verabschieden lassen, wonach das mexikanische Öl als n a t i o n a l e Reserve und strategisches Interesse der USA erklärt wurde, was bedeutet, daß die USA androhen, sich das Öl notfalls auch mit Waffengewalt zu holen.

Bei einem Preis von 34,50 $ – zwei Dollar über dem Preis saudiarabischen Öls – haben Anfang 1981 die US-amerikanischen Ölkonzerne, aber auch Frankreich, Schweden, Jugoslawien und Indien, die vereinbarten Liefermengen nicht in vollem Umfang abgenommen. Von Seiten der USA wurde Druck ausgeübt, den Preis auf 30,50 $, also sogar noch unter saudiarabisches Niveau, zu senken. In einer putschartigen Aktion setzte der damalige Erdölminister Serrano die Ölpreissenkung durch. Nach dessen Absetzung wurde der Preis für mexikanisches Öl aber im Juni 1981 wieder auf 35,50 $ erhöht. Darauf erklärten die US-amerikanischen Ölkonzerne Exxon und Ashland, daß sie den Kauf von mexikanischem Öl einstellen werden. Ende Juli zogen acht weitere Ölkonzerne nach. Dadurch entstand die Situation, daß 10 der 17 US-amerikanischen Ölkonzerne kein Mexiko-Öl mehr beziehen (8). Ähnlich reagierte der französische Ölkonzern Elf-Acquitane, der von fast allen Verträgen zurücktrat. In der Folge hat Mexiko nun mit einer Überkapazität von 300.000 Faß pro Tag zu kämpfen. Auch hier werden drastische Preissenkungen durch die Abhängigkeit der mexikanischen Wirtschaft vom Öl erzwungen. Genüßlich schrieb die „Frankfurter Allgemeine" im November, daß Mexiko von den Devisen aus den Ölverkäufen so abhängig wäre, daß die USA durch eine Ölpolitik die Wirtschaft des Landes ankurbeln oder ‚bremsen' können!

Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait

Nach den ersten Preiserhöhungen der OPEC-Länder im Jahre 1973 wurde in der bürgerlichen Presse häufig das Schreckgespenst der ‚Ölmilliarden der Scheichs' an die Wand gemalt, die die Weltwirtschaft beliebig manipulieren könnten. Relativ bald kamen daraufhin Angebote an die OPEC-Staaten, diese Milliarden in den imperialistischen Ländern anzulegen, oder sie als ‚Petrodollars' den Devisenmärkten zur Verfügung zu stellen. Doch stand im Hintergrund dieser Offerten auch die Absicht, die Interessen der OPEC-Staaten mit denen der imperialistischen Staaten zu ver-

Offerten auch die Absicht, die Interessen der OPEC-Staaten mit denen der imperialistischen Staaten zu ver-

binden, um so einer Hochpreispolitik entgegenwirken zu können. Besonders die obengenannten Staaten schlugen diese wirtschaftliche Entwicklung ein. So kaufte sich z.B. Kuwait in zahlreiche Konzerne der BRD ein. Für 1,53 Milliarden DM kaufte es 14% der Aktien von Daimler Benz. Seit 1978 besitzt es einen 30%igen Anteil am Stahlkonzern Korf. 1979 erwarb es 10% der Aktien der brasilianischen Tochter des VW-Werkes. Anfang 1981 kaufte es 20% des Aktienkapitals der Frankfurter Metallgesellschaft (9).



Die Einnahmen Saudi-Arabiens lagen 1980 bei rd. 220 Mrd. Mark, „*wovon fast die Hälfte als echte, also verbleibende Überschüsse auf den internationalen privaten Finanzmärkten, also bei den großen Geschäftsbanken angelegt wurden... Auch die großen deutschen Geschäftsbanken sind in starkem Maße in das Recycling saudischer Petrodollars eingeschaltet. Nach eher vorsichtigen Schätzungen hatten saudiarabische staatliche und private Banken und Institutionen Ende 1980 bei deutschen Geschäftsbanken etwa 20 bis 25 Milliarden Mark auf Termingeldkonten und Wertpapierdepots angelegt, sie zählen damit zu den größten Einlegern in der deutschen Kreditwirtschaft*" (10).

Ähnliche finanzielle Transaktionen sind für alle diese Länder aufzuführen. Es ist offensichtlich, daß diese wirtschaftliche Orientierung zu einer engen Verflechtung mit den Interessen der imperialistischen Konzerne führt und eine Gemeinsamkeit mit den Interessen der anderen OPEC-Staaten ausschließt.

Daher ist das saudi-arabische Preisdumping, das in stiller Übereinstimmung mit den anderen Niedrigpreisländern erfolgte, auch aus dieser wirtschaftlichen Orientierung zu erklären. Bekanntlich gelang es Saudi-Arabien auch auf der OPEC-Konferenz im Oktober letzten Jahres, einen neuen niedrigen Einheitspreis von 34 Dollar durchzusetzen. Faktisch waren fast alle Hochpreisländer vorher schon gezwungen, auf ein ähnliches Preisniveau herunterzugehen, um überhaupt ihr Öl verkaufen zu können. Der neue Ölpreis soll nun bis Ende 1982 gelten, und Jamani kündigte gleich an, daß er für dessen Einhaltung sorgen wolle. Er drohte an, sofort wieder die Produktion zu erhöhen, falls „*irgend jemand versuchen sollte, mit den Preisen zu spielen*" (11). Nach der ‚Einigung' auf den neuen einheitlichen Ölpreis war das Produktionsvolumen Saudi-Arabiens von 10,3 auf 8,5 Millionen Faß pro Tag gedrosselt worden. Doch auch hierdurch ist der Markt immer noch übersättigt, sodaß die Hochpreisländer gar nichts anderes können, als auch auf dieses Preisniveau herunterzugehen. Obwohl Libyen, Algerien und auch noch Nigeria weiterhin einen offiziellen Preis von 36.50 – 37.50 Dollar haben, geben sie inoffizielle Rabatte und Preisnachlässe, die einen Endpreis auf dem neuen OPEC-Niveau ergeben. Nichtsdestoweniger mußten sie die härtesten Produktionsdrosselungen vornehmen. Nigeria und Libyen förderten gegen Ende des Jahres'81 nur noch ein Drittel, Algerien nur noch die Hälfte ihrer Produktion gegenüber 1980.

Langfristig will Saudi-Arabien den Ölpreis an die Inflation und Devisenbewegung der imperialistischen Länder anbinden, d.h. auf dem jetzigen Niveau ‚einfrieren'.

Das saudiarabische Ölpreisdumping wäre niemals so erfolgreich gewesen, wenn es nicht zeitlich mit einer gewaltigen Umstellung der Energieversorgung in den imperialistischen Ländern einhergegangen wäre, durch die die Ölimporte all dieser Länder in den letzten beiden Jahren erheblich sanken.

Welt-Erdölförderung[1])

1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1978–1980 (in Millionen Tonnen)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1978	1979[2])	1980[3])
Kanada	3,8	17,4	25,8	39,3	70,0	77,5	74,7	83,2	82,0
USA	283,9	362,5	380,4	427,3	533,6	466,7	481,5	478,6	485,0
Nordamerika	287,7	379,9	406,2	466,6	603,6	544,2	556,2	561,8	567,0
Rumänien	4,3	10,6	11,5	12,5	13,4	14,6	13,7	12,3	12,0
UdSSR	37,8	70,7	148,0	243,0	352,7	490,8	572,5	586,0	603,0
Sonstige Länder	1,1	2,3	2,3	3,5	4,1	4,8	5,2	6,3	6,9
Ostblock	43,2	83,6	161,8	259,0	370,2	510,2	591,4	604,6	621,9
Abu Dhabi	–	–	–	13,5	33,3	67,3	70,0	71,1	65,0
Irak	6,6	33,7	47,5	64,5	76,6	110,1	128,9	168,0	138,0
Iran	32,0	16,4	52,1	92,4	191,7	266,7	260,9	151,4	74,0
Katar	1,6	5,5	8,2	11,0	17,2	20,8	23,4	24,4	22,8
Kuwait[4])	17,2	55,6	85,5	116,9	150,7	104,8	108,9	127,2	86,0
Oman	–	–	–	–	17,2	16,8	15,5	14,6	14,2
Saudi-Arabien[4])	26,9	47,8	65,8	109,2	190,3	352,0	422,0	475,2	495,0
Sonstige Länder	1,5	1,5	2,4	3,0	12,5	27,3	33,0	31,1	29,1
Naher Osten	85,8	160,5	261,5	410,5	689,5	965,8	1062,6	1063,0	924,1
Ägypten	2,3	1,8	3,3	6,5	16,4	11,7	24,0	26,0	30,0
Sinai	–	–	–	–	4,5				
Algerien	0,0	0,1	8,5	26,0	47,2	45,1	58,8	53,2	44,9
Libyen	–	–	–	58,8	159,2	72,4	96,2	99,0	85,6
Nigeria	–	–	0,9	13,4	53,4	88,0	94,0	113,5	101,0
Sonstige Länder	0,0	0,1	1,1	2,1	14,8	26,1	27,1	27,5	29,3
Afrika	2,3	2,0	13,8	106,8	295,5	243,3	300,5	319,2	290,8

[1]) einschließlich Kondensate, Naturbenzin, Flüssiggas (NGL), Schieferöl und Öl aus Teersanden
[2]) berichtigte Ergebnisse
[3]) vorläufige Ergebnisse
[4]) einschließlich 50 v.H. Förderung Neutrale Zone
Quelle: Petroleum Economist, Angaben von Mitgliedsfirmen

Welt-Mineralöl-Verbrauch
(Inlandsverbrauch, Bunker, Militär, Raffinerie-Eigenverbrauch und Raffinerieverluste)

1950, 1955, 1960, 1965, 1970, 1975, 1978–1980 (in Millionen Tonnen)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1978[1])	1979[2])	1980[2])
Kanada	17,9	32,1	42,9	55,0	72,0	89,1	87,8	91,4	88,0
USA	325,0	421,6	483,9	563,8	689,9	754,3	887,6	861,1	800,0
Nordamerika	342,9	453,7	526,8	618,8	761,9	843,4	975,4	952,5	888,0
Belgien/Luxemburg	2,3	4,9	8,1	17,0	28,0	26,7	29,5	29,0	26,8
Dänemark	1,7	3,4	5,1	10,3	18,4	15,9	16,7	16,4	14,8
Finnland	1,0	1,2	2,5	5,6	10,0	12,0	12,7	12,8	11,8
Frankreich	11,0	19,0	28,1	53,2	93,5	107,5	120,6	121,5	113,0
Griechenland	1,0	1,6	2,6	4,4	5,9	9,3	11,9	12,5	11,8
Großbritannien	17,2	28,3	50,0	74,2	103,6	93,2	93,7	97,1	83,0
Irland	0,8	1,2	1,3	2,4	4,8	5,1	5,9	6,3	5,8
Island	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Italien	5,9	12,1	24,0	52,3	89,5	99,6	100,7	103,9	103,0
Jugoslawien	0,7	0,8	1,4	3,1	7,8	11,7	15,1	15,4	15,0
Niederlande	3,6	6,9	13,0	25,3	36,5	34,2	38,6	43,8	39,0
Norwegen	1,5	2,9	3,8	5,1	8,2	8,1	9,3	9,8	9,0
Österreich	0,8	1,9	3,0	5,5	9,2	10,7	11,9	12,2	11,5
Portugal	1,0	1,3	1,9	2,7	4,6	6,9	7,4	7,9	8,0
Schweden	4,8	8,5	12,7	18,9	29,8	26,6	26,9	27,3	24,6
Schweiz	1,2	2,2	3,9	8,0	12,6	12,5	13,4	12,9	12,9
Spanien	1,5	3,2	5,4	13,1	27,4	43,2	49,4	51,9	49,7
Türkei	0,9	1,5	2,1	5,0	7,6	13,4	18,3	14,5	14,0
Westdeutschland	4,4	12,5	33,6	79,1	128,6	128,8	142,8	147,0	131,1
Westeuropa	61,5	113,7	202,9	385,7	625,7	666,0	725,4	742,8	683,7
(EWG)[3])	(27,2)	(55,4)	(108,8)	(226,9)	(376,1)	(511,0)	(549,5)	(565,0)	(515,7)
(EFTA)[3])	(28,2)	(45,5)	(80,4)	(124,7)	(186,9)	(65,4)	(82,2[5]))	(83,5[5]))	(78,4[5]))

[1]) Berichtigte Ergebnisse
[2]) Vorläufige Ergebnisse
[3]) Einschl. Finnland
[4]) vgl. Anmerkung auf Seite T 25
[5]) ab 1972 ohne Bangladesch (Ostpakistan)
Quelle: World Petroleum, OECD-Oil statistics, UN-Statistik, Bureau of Mines, Angaben von Mitgliedsfirmen

Die Ölimportrückgänge in den imperialistischen Staaten

Der Rohölimport der BRD ging im ersten Halbjahr 1981 um 19% gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Verbrauch sank im gleichen Zeitraum um 13%. Damit sank der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch von 47% auf 44% gegenüber dem Vorjahr. Dies ist der niedrigste Satz seit 15 Jahren! Der Anteil des Nahostöls an den Importen sank von 93% auf 76% und wurde in diesem Maße durch Nordseeöl ersetzt (12).

In den USA sank der Import von Rohöl im ersten Quartal'81 um 20%, in den ersten neun Monaten des Jahres 1981 um 17%. Der Verbrauch ging gegenüber dem Vorjahr um 7% zurück, und das Nahostöl machte nur noch 27% der Importmengen aus (13).

In der EG sanken gegenüber dem Vorjahr der Verbrauch um 11% und die Importe um 14%. Japan konnte seinen Verbrauch im ersten Quartal '81 um 11% senken und übertraf seine Energiesparziele so weit, daß es sogar in der Lage war, auf Öl aus Mexiko zu verzichten, solange dieses auf seinen Preisbedingungen beharrte (14). Weltweit ist die ‚Abhängigkeit' vom OPEC-Öl von 46 Millionen Faß pro Tag im Jahr 1977 auf 30 Millionen Faß 1980 gesunken.



Die Erdöllieferanten der BR Deutschland (Rohöl)

Herkunftsland Rangfolge 1980 (1979)			1980	1979 in 1000 t	1978	Veränderung 1979–80 in %
1	(1)	Saudi-Arabien	24579	17920	14606	+ 37,2
2	(2)	Libyen	14983	17340	14638	– 13,6
3	(4)	Großbritannien	14673	11804	6395	+ 24,3
4	(3)	Nigerien	10964	14543	10353	– 24,6
5	(7)	Verein. Arab. Emirate	6305	7556	6526	– 16,6
6	(6)	Algerien	6300	9739	9885	– 35,3
7	(5)	Iran	5653	11525	17290	– 51,0
8	(9)	Norwegen	2966	3470	2622	– 14,5
9	(11)	Irak	2952	2233	2914	+ 32,2
10	(8)	Sowjetunion	2847	3575	2718	– 20,4
11	(12)	Venezuela	1447	1355	878	+ 6,8
12	(18)	Oman	1242	338	388	+ 267,5
13	(10)	Kuweit	825	2690	1495	– 69,3
14	(14)	Gabun	792	739	630	+ 7,2
15	(17)	Tunesien	408	369	916	+ 10,6
16	(13)	Syrien	393	845	1432	– 53,5
17	(19)	Ägypten	230	283	367	– 18,7
18	(15)	Katar	199	514	594	– 61,3
19	(21)	Kongo	100	23	99	+ 334,8
		Sonstige	62	494	71	
Insgesamt			97920	107355	95667	– 8,8

Die US-Politik zur Schwächung der OPEC

Die wesentlichen Stränge in der imperialistischen Politik zur Paralysierung der OPEC lassen sich grob folgendermaßen skizzieren:

1. Erschließung neuer Ölquellen in politisch sicheren Gebieten
2. Verringerung der Ölimporte durch niedrigeren Ölverbrauch
3. Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der OPEC
4. Vorbereitungen für eine neuerliche Besetzung des Persischen Golfs.

Zum ersten Punkt gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, die diese Umorientierung beschrieben haben. Hier nur noch eine Übersicht über die Explorationstätigkeiten, die der beste Indikator für die Umorientierung darstellen. So wurden 1979 von neuen Bohrungen niedergebracht:
50% in den USA
9% in Canada
11% in Lateinamerika
6% in Asien und Australien
14% in Europa (Nordsee)
6% in Afrika
und nur 3% im Nahen Osten.

1980 wurden sogar nur noch 1% der Explorationsbohrungen im Nahen Osten niedergebracht (15).

Diese Umorientierung, die bekanntlich schon 1973 gestartet wurde, aber erst in den letzten Jahren ihre volle Wirksamkeit zeigte, heißt keineswegs, daß sich die Ölmultis

de, aber erst in den letzten Jahren ihre volle Wirksamkeit zeigte, heißt keineswegs, daß sich die Ölmultis

freiwillig aus dem Nahen Osten zurückziehen würden. Es gab ihnen nur in Verbindung mit Importrückgängen der imperialistischen Staaten und der saudi-arabischen Überproduktion den Spielraum, die ölexportierenden Länder gegeneinander ausspielen zu können, da sie jederzeit auf andere Bezüge wie Nordsee- oder Alaskaöl z.B. zurückgreifen konnten. Wie die Ölkonzerne einzelne ölexportierende Staaten durch Aufkündigung von Verträgen unter Druck setzten, wurde schon an den Fällen der Hochpreisländer erläutert. Doch traf diese Politik auch solche, die keineswegs auf Oppositionskurs sind. So kündigte z.B. Shell, Gulf, BP die Sonderzuschläge gegenüber Kuwait. Ashland Oil suspendierte Bezüge aus Kamerun. Shell und nicht näher bekannte Ölkonzerne zogen sich aus Kenia zurück, da die Regierung nicht alle Preiserhöhungen bei den Endverkaufspreisen tolerierte.

Doch trotz dieser Entwicklung der Brechung des Preiskartells der OPEC ist insgesamt gesehen der Anteil der großen Ölkonzerne am geförderten Rohöl und auch an den Verkäufen zurückgegangen.

Waren 1970 noch 94% der geförderten Ölmengen im Besitz der Ölkonzerne, davon allein 61% im Besitz der ‚Großen 7' und 33% im Besitz der anderen Ölkonzerne, reduzierte sich dieser Anteil bis zum Jahre 1980 auf 53%. Davon verblieben den ‚Großen 7' 30%, den anderen 23%. Demgegenüber stieg der Anteil des Besitzrechtes über das geförderte Öl der produzierenden Staaten von 6% im Jahre 1970 auf 47% im Jahre 1980. Ähnliche Verschiebungen sind sogar auf dem Gebiet des Verkaufs der Ölprodukte zu verzeichnen (s.a. Schaubild) (16).

Die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen, daß die Ölkonzerne aber keineswegs bereit sind, diesen sinkenden Einfluß tatenlos hinzunehmen. Getragen über die imperialistischen Staaten, im wesentlichen immer noch vom US-Imperialismus, wird versucht, das verlorene Terrain wiederzugewinnen, und wenn nötig, mit Hilfe einer militärischen Besetzung des Nahen Ostens.



Die drohende militärische Besetzung des Persischen Golfs

Anfang 1980 erschien in der amerikanischen Wirtschaftszeitung „Fortune" eine Studie des CIA über die Perspektiven des Nahen Ostens. In dieser wurde behauptet, daß die Ölförderung der Sowjetunion ihren Zenit überschritten habe, und sie im Lauf der achtziger Jahre zum ersten Mal als Nettoimporteur auf dem Weltmarkt erscheinen werde. Da die SU nicht die Devisen habe, um große

Mal als Nettoimporteur auf dem Weltmarkt erscheinen werde. Da die SU nicht die Devisen habe, um große

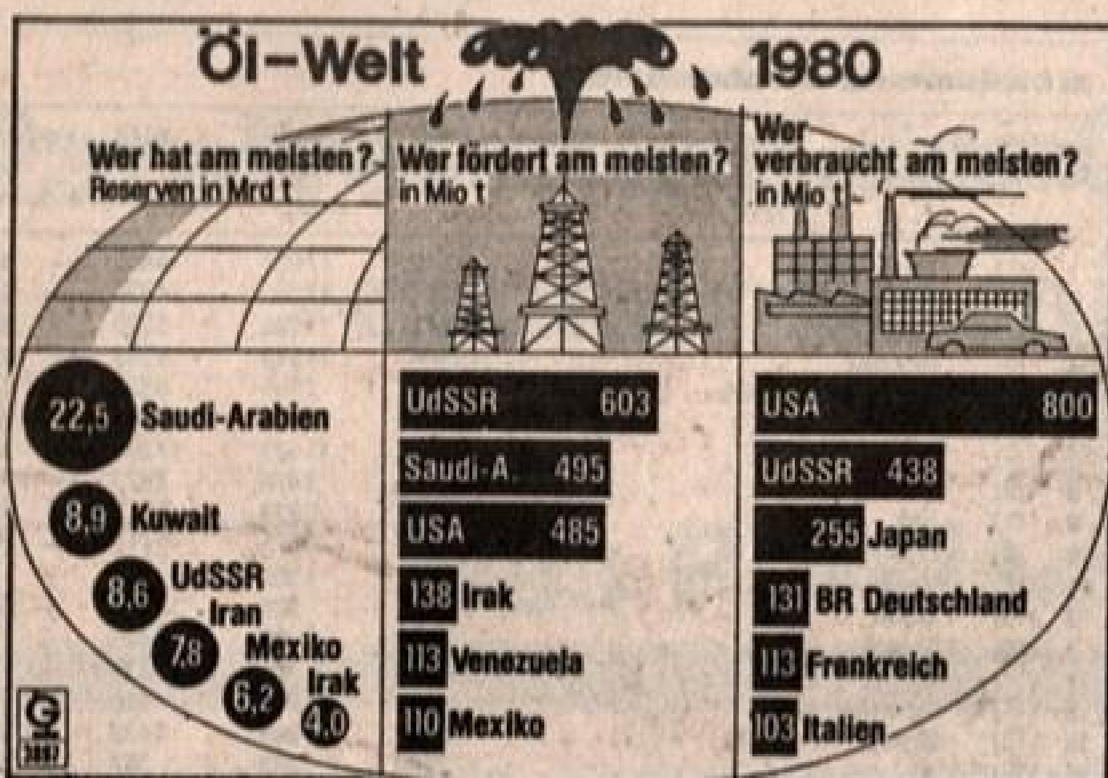
Mengen Rohöls zu importieren, drohe eine Annektion des Persischen Golfs durch die Sowjetunion. Hierzu ist es wichtig zu wissen, daß die Sowjetunion im Jahre 1980 rund 240 Millionen Tonnen Rohöl exportierte, was ungefähr dem Verbrauch der BRD entsprach. Dagegen mußten die USA rund 40% ihres Ölbedarfs importieren, in einer Größenordnung von 315 Millionen Tonnen (s.a. Schaubild). Die Interessenslage dieser Studie ist also recht eindeutig.

Die Regierung Carter erklärte aufgrund dieser Studie den Persischen Golf zur US-Interessenssphäre. Daraufhin wurde mit dem Aufbau der Eingreiftruppe für den Nahen Osten, der ‚Rapid Deployment Force', begonnen, der schon länger vorgeplant war.

Im April letzten Jahres erschien eine Studie der amerikanischen ‚International Economic Policy Association' mit dem vielsagenden Titel ‚Zerbrecht das Kartell der OPEC', in der es heißt: „*.... das Öl ist die eigentliche Ursache der Schwäche des Westens, sie muß beseitigt werden*". Exakt ein Jahr zuvor hatte der ‚Chief Scientist' des britischen Energieministeriums, Bondi, auf der 17. Internationalen Wehrkundebegegnung in München über eine mögliche militärische Besetzung des Persischen Golfs räsoniert. Probleme sah er ‚nur' in der Sowjetunion und der Antikriegsstimmung in der Bevölkerung: „*Wenn man sich wirklich daran machen wollte, die Russen dahin zu bringen, ein gewisses Maß an Rekolonialisierung hinzunehmen und zu dulden, so müßte man ganz offensichtlich zu Gegenleistungen bereit sein ... so scheint mir doch ein noch weit grösseres Problem im Widerwillen unserer Landsleute gegenüber einem abstossenden und blutigen Unternehmen dieser Art zu liegen*" (s.a. Kasten).

Bekanntlich fand Mitte November bis Mitte Dezember 1981 das amerikanische Manöver „Heller Stern" mit 4000 amerikanischen Soldaten, ägyptischen, somalischen, sudanesischen und omanischen Truppen statt (s.a. AK 213). Dieses Manöver ist nur die Spitze eines strategischen US-Plans zur Verteidigung der Golfregion. Wie

Fortsetzung nächste Seit



Fortsetzung von voriger Seite

in einem Artikel der „Washington Post" vom 1. November letzten Jahres enthüllt wurde, basiert dieser Plan, der schon unter Carter ausgearbeitet wurde, auf zwei Thesen:

1. Es ist unmöglich, den Golf ohne amerikanische Basen zu verteidigen.
2. Keiner der arabischen Staaten ist bisher bereit, solche amerikanischen Basen errichten zu lassen.

Die amerikanischen Basen, die gerade in Ägypten, dem Oman, Somalia und auch Diego Garcia errichtet werden, sind zu weit von den Ölquellen entfernt. Daher wurde ein ‚genereller Verteidigungsplan für den Golf mit amerikanischer Unterstützung' ausgearbeitet.

Dieser sieht einen Ausbau der Infrastrukturen nach den Bedürfnissen der USA in den beteiligten Ländern vor, um amerikanische Truppen aufzunehmen,‚wenn es nötig ist'. Diese Länder sind: Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Bahrein, Quatar und die Vereinigten Arabischen Emirate. In Riad soll eine Kommandozentrale eingerichtet werden, die mit einem Kommunikationssatelliten Verbindung hält. Diese Zentrale würde die Koordinierung der Flug-Radar (AWACS-Flugzeuge), der F-15 und der saudischen Boden-Luft-Raketen erlauben, bis die amerikanischen Truppen unter anderem über Frankfurt eingetroffen sind. Dafür werden eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen in den beteiligten Ländern, insbesondere für die Luftwaffe und Marine, vorgenommen. Von den Kosten trägt Saudi-Arabien die Hälfte. Die Einrichtung dieses Systems dauert mehrere Jahre und soll bis Ende 1990 fertig sein.

Parallel dazu versuchen die USA aber immer wieder, amerikanische Truppen direkt in der Golfregion stationieren zu können. So gelang es ihnen im April letzten Jahres, ein Abkommen mit Ägypten zu schließen, das die Stationierung amerikanischer Truppen in Basen westlich von Kairo, in Kuena, am oberen Nil und in Ras Bana am Roten Meer erlaubt. Darüberhinaus können die USA durch das Camp-David-Abkommen die im April 1982 von Israel zu räumenden Stützpunkte auf der Sinai-Halbinsel besetzen. Es handelt sich hier um die strategisch äußerst wichtigen Stützpunkte Eytam am Mittelmeer, Etziom am Golf von Akabar und Charm-el-Cheikh (17).

So ist der Imperialismus im Begriff, eine direkte militärische Intervention im Nahen Osten vorzubereiten bzw. sich dort direkt mit Truppen einzunisten. Daraus wird deutlich, daß hinter dem ganzen Geschrei von der ‚Strangulierung des Westens' ein gigantisches Roll-back zur Wiedererlangung der Verfügungsgewalt über das Nahostöl steckt. Daß eine solche Politik im Nahen Osten sehr schnell weltweite Folgen haben kann, wurde deutlich, als Libyen kurz nach dem US-Manöver gemeinsame Seemanöver mit der sowjetischen Flotte abhielt.

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen

(1) „Spiegel", 34/81
(2) ebd.
(3) „FR", 17.7.81
(4) s.a. AK 207
(5) „Le Monde", 8.12.81
(6) „FAZ", 7.9.81
(7) „LM", 29.10.81
(8) „FR", 2.7.81
(9) „Spiegel", 52/81
(10) „FAZ", 1.6.81
(11) „FAZ", 10.11.81
(12) „FAZ", 23.7.81
(13) „Afrique Asie", Dez. 81
(14) „NZZ", 9.7.81
(15) „LM", 1.12.81
(16) ebd.
(17) „Afrique Asie", Dez. 81

– Auszüge –

Stabilitätseinbußen durch Energie- und Rohstofflücken

Von Sir Hermann Bondi

* Vorbereiteter Text, auf den sich der Vortrag von Prof. Sir Hermann Bondi, Chief Scientist des brit. Energie-Ministeriums, bei der XVII. Intern. Wehrkunde-Begegnung am 10. 2. 80 in München stützte

EUROPÄISCHE WEHRKUNDE 4/80

Wo es aber um Öl geht, ergibt sich eine äußerst ungewöhnliche Situation, in der eine Gruppe von Ländern, deren militärische Stärke unerheblich und deren wirtschaftliche Stärke – abgesehen von diesem einzigen Rohstoff – in der Tat geringfügig ist, über uns andere eine solche fanatische Macht ausüben, daß die geringsten Unruhen in einem in jeder anderen Hinsicht unwichtigen Kleinstaat äußerst beunruhigende Störungen in der gesamten internationalen Völkergemeinschaft auslösen. Wie sind wir in diese Lage geraten? Wie ist diese Abhängigkeit eines großen Teils der westlichen Welt von einer Gruppe ölproduzierender Länder (von denen dabei viele schwach und unbedeutend sind) entstanden?...

Unsere idealistische Entkolonialisierung schien in der Tat lange Zeit ganz gut zu verlaufen. Eine ganze Anzahl der betreffenden Länder legten zwar kein besonders beeindruckendes Maß an Stabilität zutage, aber sie machten echte wirtschaftliche Fortschritte, die ihre Position als Handelspartner stärkten, ohne daß es zu einem Übermaß an Einflußnahme gekommen wäre. Der Bereich des Rohöls stellt hier die einzige Ausnahme dar.

Die Geschichte dieser Unabhängigkeitsbewegung geht natürlich auf die Mossadeq-Periode im Iran Ende 1950 und die folgenden zweieinhalb Jahre zurück. Immerhin ist es überraschend, daß Großbritannien 1951 aus Abadan, der größten Erdölraffinerie der Welt, vertrieben wurde und daß dieser Hinauswurf einfach hingenommen wurde. Es ist einfach, den Idealisten in den USA die Schuld an all diesen Ereignissen zuzuschieben, aber die Unbekümmertheit, mit der der Rest der industrialisierten Welt zusah, wie der Mittlere Osten allmählich der britischen und amerikanischen Kontrolle entglitt, zeigte, wie wenig es den Leuten bewußt war, was Unkontrollierbarkeit wirklich bedeutete. ...

Das Ganze ist nicht mehr nur eine Frage militärischer Unternehmungen. Der Reichtum und der politische Wille eines Landes spielen hier eine wichtige Rolle. Ganz offensichtlich war der britische Abzug aus dem Persischen Golf Ende 1971 eine Sparmaßnahme, und doch haben manche behauptet, dies sei der einzige Anlaß gewesen, der kaum zwei Jahre später die Anhebung des Ölpreises im Jahre 1973 möglich gemacht habe. Wenn dies zutrifft, dann hat dieser Rückzug Großbritannien weit mehr Geld gekostet als eine weitere Stationierung seiner Truppen im Persischen Golf. Ich glaube aber nicht, daß dies das eigentliche Problem ist. Die Präsenz von Truppen an irgendeinem Ort ist sinnlos, wenn nicht der Wille dahintersteht, sie im Bedarfsfall als Machtmittel zu benutzen, sie kämpfen zu lassen und zu verstärken. Ich glaube nicht, daß 1971 in der westlichen Welt noch der Wille vorhanden war, die britischen Truppen am Persischen Golf ernsthaft einzusetzen, und eine rein dekorative Präsenz hatte sicher keinen besonderen Wert. Ich persönlich habe erhebliche Zweifel, ob die Anhebung des Ölpreises 1973 durch die Anwesenheit einiger Tausend britischer Soldaten im Golfgebiet hätte verhindert werden können. ...

Kontrolle des Zugriffs

Ein weiteres Mittel, unsere Versorgung zu sichern, besteht darin, diejenigen Ländern wieder unter Kontrolle zu bringen, aus denen wir die entsprechenden Versorgungsgüter beziehen müssen. Ich kann keine Anzeichen dafür entdecken, daß dieser Schritt gewollt wird, nicht einmal in den Vereinigten Staaten, wo die Stimmung wohl am aufgewühltesten ist. Natürlich hat man Furcht davor, wie sich solche Unternehmungen auf das militärische Kernproblem auswirken würden – d.h. auf die Beziehungen mit der Sowjetunion. Ich für meine Person glaube nicht, daß in dieser Hinsicht irgendein Anlaß zur Schwarzseherei gegeben ist. Die Sowjetunion
das militärische Kernproblem auswirken würden – d.h. auf die Beziehungen mit der Sowjetunion. Ich für meine Person glaube nicht, daß in dieser Hinsicht irgendein Anlaß zur Schwarzseherei gegeben ist. Die Sowjetunion
hat ein Rieseninteresse an Stabilität. Die Sowjets mißbilligen die unberechenbare Handlungsweise kleinerer Länder. Wenn man sich wirklich daran machen wollte, die Russen dahin zu bringen, ein gewisses Maß an Rekolonialisierung hinzunehmen und zu dulden, so müßte man ganz offensichtlich zu Gegenleistungen bereit sein, und es ist schwer vorstellbar, worin diese bestehen könnten. So schwierig auch das Problem der russischen Reaktion sein würde, so scheint mir doch ein noch weit größeres Problem im Widerwillen unserer Landsleute gegenüber einem abstoßenden und blutigen Unternehmen dieser Art zu liegen. Suez war ein abschreckendes Beispiel, das noch nicht vergessen ist, und Vietnam ist noch in viel frischerer Erinnerung. Ich muß gestehen, daß ich es immer als eine schreckliche Tragödie betrachtet habe, daß der eine Ort, an dem es die Vereinigten Staaten für angezeigt hielten, einen Teil ihrer riesigen Macht einzusetzen, ausgerechnet ein wirtschaftlich unbedeutendes Land war, dessen strategische Bedeutung jedermann zweifelhaft erscheinen muß – ein Land also, das in jedem Fall nur eine Belastung darstellen würde. Ich muß auch gestehen, daß ich damals oft an den weisen Ausspruch Bismarcks denken mußte, den er tat, als gegen Ende des Jahrhunderts die Großmächte im Streit über den Balkan lagen. Er bemerkte, daß der ganze Balkan nicht die Knochen eines einzigen preußischen Grenadiers wert sei. Wie immer man auch darüber denken mag, es bleibt eine Tatsache, daß die schmerzvolle Erfahrung mit Vietnam es auch ihrerseits sehr, sehr schwierig gemacht hat, daran zu denken, irgendein Land von neuem unter Kontrolle zu bringen.

Ein weiterer Weg, den man zweifellos notgedrungen verfolgen wird, besteht darin, die ölreichen Länder wirtschaftlich enger an uns zu binden, indem man ihnen eine Menge Geld bezahlt – weit mehr als sie ausgeben können. Dies muß dazu führen, daß sie – wie bereits geschehen – bedeutende Kapitalmengen in unseren Volkswirtschaften investieren. Auf diese Weise werden ihre Interessen aufs engste mit jenen unserer eigenen Wirtschaft verquickt, und sie werden nichts unternehmen wollen, was bei uns eine Rezession auslösen könnte. Dieses Argument ist zwar durchaus zutreffend, aber es hätte eine gesichertere Grundlage, wenn auch im Westen ein besseres Verständnis für die Haltung der Erdöl-produzierenden Länder herrschte, die sich auf deren wirtschaftliches Eigeninteresse begründet. Eine zu rasche Erschöpfung der begrenzten Rohstoffmengen im Austausch für Investitionen in der industrialisierten Welt stellt für sie kein besonders verlockendes Angebot dar. Die Schwundrate auf ein Maß zu beschränken, das die Öl-importierenden Länder nicht an den Rand einer Katastrophe bringt, wäre aus dem Blickwinkel der Ölländer sicherlich eine kluge Politik, und dieser Umstand erklärt ihr Zögern, die Produktion zu steigern und ebenso ihr beharrliches Vorbringen, daß ihre Produktion gesicherter sein wird, wenn der Westen geeignete Maßnahmen ergreift, um Energie zu sparen und insbesondere um den Ölimport zu drosseln. All dies erscheint mir viel einleuchtender als zahlreichen anderen Vertretern der westlichen Länder. ...



Wyhl: Baubeginn droht

Ein milder Winter. Regenschauer wehen in die kahlen Äste, der morastige Boden rutscht unter den Füßen weg. Ein einsamer Angler am Tümpel, zwei Spaziergänger schlendern unter Regenschirmen dahin. Im Rheinauewald der Gemeinde Wyhl herrscht Ruhe. Gäbe es nicht ein paar vergilbte Inschriften an Steinen oder Transformatorenkästen, ragte nicht ein über 100 Meter hoher Mast über den Wald (hier mißt die Betreiberfirma KWS meteorologische Daten) – nichts deutete darauf hin, daß dieses von Altrheinarmen durchzogene Waldstück das heißeste Fleckchen Erde baden-württembergischer Landespolitik ist, daß hier bereits um ein Kernkraftwerk gekämpft wurde, und daß hier vielleicht schon bald eine neue Auseinandersetzung beginnt.

Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren — leider zunächst mal die der Gegenseite. Die Verhandlungen der letzten Prozeßrunde sind abgeschlossen: Die Bedenken betreffs der Erdbebensicherheit des AKW wurden ignoriert, neue Erkenntnisse über Nebelschwadenbildung mit Tricks aus dem Verfahren rausgehalten, und bei der Erörterung des Strahlenbetriebes gab es intime Kungelei zwischen Gutachter, Betreiberfirma und Gericht. Über den Urteilsspruch, der in den nächsten vier Wochen erwartet wird, gibt es kaum noch Zweifel. Um Unterstützung für den Baubeginn zu erhalten, hat das „Badenwerk" der Bundesregierung finanzielle Zusagen für den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar
stützung für den Baubeginn zu erhalten, hat das „Badenwerk" der Bundesregierung finanzielle Zusagen für den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar
gemacht: Eine Hand wäscht die andere, SPD-Börner hat CDU-Späth ja gezeigt, wie ein rechter Landesvater mit aufmüpfigen Untertanen umspringt. Die Weichen sind gestellt.

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen

„Die Betreiberfirma KWS hat sowohl erklärt, daß sie das Verfahren in der nächsten Instanz abwarten wolle („BZ", 26.7.81), als auch, daß sie so schnell wie möglich bauen wolle („FAZ", 12.11.81). Man kann nicht davon ausgehen, daß nach einem für sie positiven Urteil im Wyhler Wald nichts erfolgt. Da der Verwaltungsgerichtshof das Urteil schriftlich zustellen will, ist der Fall denkbar, daß die Polizei bereits im Wald die Einzäunung absichert, wenn die Benachrichtigung über das Urteil in den Briefkasten der Kläger fällt."

Zu dieser vollkommen richtigen Lagebeurteilung im Positionspapier eines Führungsmitglieds der Bürgerinitiativen stehen leider die Beschlüsse der BIs im Widerspruch: Auf einer Delegiertenkonferenz Anfang Dezember sprachen sich die Kaiserstühler lediglich für eine Kundgebung n a c h Urteilsverkündung aus, das heißt nach Lage der Dinge möglicherweise auch n a c h Beginn der Einzäunung, n a c h Baubeginn.

V o r dem Richterspruch bei der letzten Prozeßrunde hatten 10000 AKW-Gegner 1977 nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß die Richter damals einen Baustopp verhängten. Offenbar geht ein Teil der Bürgerinitiativen davon aus, mit einer Anfechtung des Urteils beim Bundesverwaltungsgericht (nächste Instanz) oder durch Verhandlungen mit Späth n a c h dem Prozeß die Landesregierung noch zum Stillhalten bringen zu können.

Erste Vorbereitungen

Während am Kaiserstuhl in den Ortschaften die Widerstandsdiskussion
Während am Kaiserstuhl in den Ortschaften die Widerstandsdiskussion
begonnen hat, eine Gruppe „Christen in den Bürgerinitiativen" und die „Volkshochschule Wyhler Wald" schon einige gutbesuchte Veranstaltungen initiiert haben und das Mitteilungsblatt der Bürgerinitiativen („Umweltbote") in einer Auflage von 20000 wieder verteilt wurde, sind die Aktivitäten in Freiburg gleich null. Es gibt praktisch kaum mehr funktionierende Basisinitiativen, von Öffentlichkeitsarbeit ist nichts zu merken. Die Plätze der Freiburger in der „Delegiertenkonferenz" der Badisch-Elsässischen wer-

Fortsetzung nächste Seite


1975: Immer wieder wurde der Baubeginn durch Massenprotest und Blockade verhindert.

„Naher Osten bald nicht mehr Öllieferant Nr. 1"

aus: WELT

Symposion in Tel Aviv: Erpressung sind Grenzen gesetzt

EPHRAIM LAHAV, Rehovot

Das Ölzeitalter wird nicht so bald zu Ende sein, jedoch die Erpressung durch die Opec-Staaten. Darüber sind sich Energie-Experten aus Westeuropa, den USA und Israel einig, die sich am Weizmann-Institut für Wissenschaften in Rehovot zu einem Symposium über den „Übergang zur Zeit nach dem Öl" trafen.

Professor Wolf Häfele, Direktor der Kernforschungsanlage in Jülich, berichtete, daß fünf neue Ölvorkommen, jedes mit Reserven, die denen des Persischen Golfs gleichkommen oder sie sogar übertreffen, bereits entdeckt wurden und auf ihre Erschließung warten: Athabasca in Kanada, Colorado in den USA, Orinoco in Südamerika sowie Kanskachinsk und Olenek in der UdSSR. „In der mittelnahen Zukunft wird sich das Schwergewicht der Erdölproduktion aus dem Nahen Osten wegverlagern", meinte Häfele. Außerdem sei mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß noch riesige Erdgasvorkommen in der Erde schlummern. Man müsse nur tiefer bohren. Auch die noch unerschlossenen Ölreserven seien viel tiefer als die bisherigen in der Erde verborgen. Professor Chauncey Starr, Vorsitzender des „Electrical Power Research Institute", Palo Alto (Kalifornien) bemerkte dazu, in den USA gebe es noch so viele Ölreserven, daß die amerikanische Regierung, falls sie es wollte, ein Ölimport-Embargo verhängen könnte.

Der Übergang zur Kernenergie steht noch nicht vor der Tür, meinten die Experten, und zwar hauptsächlich wegen des aus Unwissenheit herrührenden Vorurteils bei der Bevölkerung. Wenn die Menschen von einem Kernkraftwerk hörten, schwebe ihnen noch immer das Schreckensgespenst eines Krieges mit Kernwaffen vor, sagte Starr. Auch der große Versager der Kernkraftstation von Three-Miles-Island vor drei Jahren habe viel zur Vertiefung des „gesellschaftlichen Widerstands" gegenüber der Kernenergie beigetragen.

Der Wissenschaftler Ordell von der Universität Rotterdam wies daraufhin, daß Opec-Staaten, die um ihre Vormachtstellung bangen, versuchen könnten, die Entwicklung der neuen Ölfelder zu sabotieren sei es durch Druck auf ölimport-abhängige Industrieländer, sei es durch den Ankauf von Beteiligungen an westlichen Ölfirmen.

(SAD)

Fortsetzung von voriger Seite

den nur zum Teil (von der Gewaltfreien Aktion) besetzt.

Dennoch ist die Stimmung auch zu radikalen Aktionen durchaus da. Selbst ein Vertreter der ,,Grünen" fordert in der ,,Stadtzeitung" ganz radikal: ,,Wenn alle bisher angewendeten Mittel nicht zum Ziel führen ..., dann bleibt nur noch ein Weg: ein Volksaufstand, ein Generalstreik! Die Bürger dieser Region legen jedes öffentliche Leben lahm; Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr zur Schule, Lehrer verweigern den Unterricht; Ämter und öffentliche Unternehmen werden blockiert; Autobahnen und Bahnhöfe gesperrt; ... es gibt viele Möglichkeiten und Ideen".

Mit der Vorbereitung dieser tollen Pläne müßte allerdings dann so begonnen werden, daß die Öffentlichkeit auch etwas davon merkt...

„Vollautonom" nach Wyhl?

Sowohl von Seiten der Gewaltfreien Aktion (GAF) als auch von Seiten der Autonomen (,,Schwarze Rose") wird die Organisierung des Widerstandes in ,,Bezugsgruppen" von 10 bis 15 Leuten vorgeschlagen, wobei die ,,Schwarze Rose" dies ausdrücklich auch zur Vorbereitung von militanten Kleinaktionen befürwortet (zur Debatte der Autonomen s. Anmerkung).

Nach den Erfahrungen aus der Hausbesetzer-Szene kann das nur zu einer Politik nach dem Motto ,,In dubio pro libido" (zu deutsch: Jeder macht, was er will) führen. Ein ansatzweise einheitliches Vorgehen, selbst schon die Diskussion darum, wäre dadurch ziemlich erschwert, anstelle davon würde die technisch-militärische Vorbereitung in Kleingruppen treten.

Angesichts des Mißtrauens, das von Seiten der Kaiserstühler gegenüber ,,den Freiburgern" herrscht, sind aber Absprachen und Rücksichtnahme auf die Bürgerinitiativler mit ihrem z.T. anderen Politik- und Staatsverständnis unbedingt angebracht. Teile der Autonomen sind dazu nicht bereit: ,,Es läßt sich nicht immer verhindern, daß gemeinsame Aktionen mit Bürgerlichen stattfinden (z.B. Anti-AKW-Aktionen oder in der Friedensbewegung), mehr noch, es dürfte auch hin und wieder wünschenswert, zumindest jedoch kein Fehler sein" (s. Anmerkung), wird in der ,,Stadtzeitung" großzügig zugestanden. Etwas rauher geht ein Schreiber in der ,,AZ-Zeitung" mit bürgerlichen Kräften um: ,,Die gehören objektiv zur anderen Seite, auch wenn sie subjektiv gern zur Bewegung gehören würden". Mit ihnen ,,sollten wir den Dialog abbrechen".

Aus dem Brett vor dem Kopf eine Waffe machen!

Aus dem Brett vor dem Kopf eine Waffe machen!

Unter dieser Devise blüht ,,vollautonomer" Unsinn auch auf anderen Gebieten.

Auf die Frage nach den Schwächen der Autonomen antwortet der eben schon zitierte „AZ"-Schreiber: ,,Wir wollen nicht über Nichtorganisation, Unzuverlässigkeit, Bockprinzip usw. reden, denn so fatal diese Sachen im einzelnen sein mögen, sind sie die Grundlage unserer Unkontrollierbarkeit, unserer überraschenden Angriffe und Möglichkeiten. Also ein Teil unserer Stärke". (s.Anmerkung)

Sicherlich wird mit diesem Größenwahn ein Widerstand gegen eine gut geplante Polizeiaktion in Wyhl (und anderswo) nur schwerlich möglich sein, oder nach kurzer Zeit wieder zusammenbrechen.

Trotzdem fühlte sich ein Teil der Autonomen dazu verpflichtet, am Kaiserstuhl ein Spektakel in Sachen Bockprinzip aufzuführen: Für den 12.12. wurde ein ,,Geländespiel" im Wyhler Wald anberaumt — selbstverständlich ohne Rücksprache mit den Bürgerinitiativen. Im letzten Augenblick fanden dann besonnene Kräfte Gehör, die Expedition wurde abgeblasen.

Auch in einem anderen Fall gibt es ein bißchen Sonnenschein: Zu Weihnachten wurde von den Autonomen ein Informationsflugblatt über den Wyhl-Prozeß verteilt — immerhin eine Aktion, die die Freiburger BIs nicht hingekriegt haben . . .

AK Ökologie des KB/Freiburg

Anmerkung:

Da die Autonomen praktisch kaum öffentliche Diskussionen führen geschweige denn dokumentieren, müssen wir auf diese recht unbekannte ,,Schwarze Rose" zurückgreifen. Der Beitrag stammt aus der Wyhl-Nummer der ,,Stadtzeitung". Die anderen Zitate beziehen sich nicht direkt auf die Wyhl-Diskussion. Sie sind Teil der ,,Autonomie"-Selbstverständnisdebatte, die z.Z. in Freiburg geführt wird. Ihre Bedeutung gerade im Fall Wyhl ist aber unübersehbar.

Startbahn West – Wie weiter?

Fortsetzung von Seite 1

Nicht zufällig stellen sich solchen Bewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung und der Startbahngegnerbewegung immer wieder ähnliche Fragen. Zum Beispiel die Frage der „Gewalt", der „Gewalt gegen Sachen", der „Gewalt gegen Personen", die Frage nach dem Nutzen von Großaktionen und Platzbesetzungen, die Frage der Aktionseinheitspolitik, die Frage des Ausnutzens juristischer Mittel. Auch der Versuch der Regierenden und ihrer Medien, Bewegungen in „Friedfertige" und „Gewalttätige" zu spalten, ist nichts Neues. Ebensowenig neu wie die Schwierigkeiten, die tatsächlich exisitierenden Differenzen innerhalb der Bewegung nicht zum Bruch kommen zu lassen.

Zum Teil durch den Druck der Ereignisse bedingt wurde noch keine detaillierte, differenzierte Aufarbeitung der bisher stattgefundenen größeren Aktionen geleistet, was sich als Handicap bei der aktuell laufenden Diskussion erweist. Gerade in der Frage der Gewalt droht die Auseinandersetzung auf einer allgemeinen Ebene zu erstarren. Erschwerend kommt hinzu, daß von den sogenannten „Gewaltfreien" wie von den sogenannten „Militanteren" die Frage der Bauplatzbesetzung hochstilisiert wird zur „letzten Schlacht". Für die einen bedeutet es den Untergang der Bewegung, für die andereren ist es die letzte Rettung.

Dabei ist die Unterteilung in einen einerseits „politischen Kampf" (will heißen Öffentlichkeitsarbeit, Volksbegehren etc.) und einen andererseits „militärischen Kampf" (will heißen, den Wald zu verteidigen), wie sie von beiden Teilen vorgenommen wird, widersprüchlich bis unsinnig. Es gibt keine Sparte des Kampfes gegen die Startbahn, wo mensch nur seine Hände, und eine andere, wo mensch nur seinen Kopf gebräuchte.

Die „Gewaltfrage" als moralisch-politisches Prinzip, unabhängig von taktischen Überlegungen (die famose Dreieinigkeit von Ort, Zeit und Bedingungen – und natürlich Ziel), debattieren zu wollen, kann nur zu Absurditäten führen. Ob in der Theorie oder in der Praxis.

Das heißt, daß die aufzubringende und anzuwendende „Gewalt" unter den Gesichtspunkten des konkreten Kräfteverhältnisses und der taktischen Erfordernisse eingeschätzt wer-

und anzuwendende „Gewalt" unter den Gesichtspunkten des konkreten Kräfteverhältnisses und der taktischen Erfordernisse eingeschätzt wer-

den muß – nicht aber prinzipiell moralisch ablehnend oder prinzipiell moralisch befürwortend.

Beim konkreten Kräfteverhältnis geht es dabei auch nicht nur um den Kräftevergleich zwischen Bewegung und Polizeiapparat, sondern auch um die Entwicklung der Bewegung insgesamt. Beide Gesichtspunkte glänzen in weiten Teilen der heutigen Auseinandersetzung durch Abwesenheit.

„Jetzt ist es aus"?

Die aktuell in die Diskussion eingebrachten „Kelsterbacher Thesen" (siehe Abdruck) zeugen von einer tiefen Resignation und Perspektivlosigkeit:

Genauso wie für andere Teile der Bewegung alles steht und fällt mit einer Bauplatzbesetzung, steht und fällt hier alles mit dem Richterspruch (1). Begründet wird diese apokalyptische Vision damit, daß mit dem Richterspruch die „legitimatorische Basis" verloren ginge. Einerseits zeugt dies von einem unverdienten Respekt vor der westdeutschen Justiz, andererseits ist selbverständlich der Kampf gegen die Startbahn West und für das Selbstbestimmungrecht des Volkes nicht erst dann legitim, wenn er einen staatlichen Gütesiegel verpaßt bekommen hat. Darüberhinaus steckt in dieser Position nicht gerade übermäßiges Vertrauen in die eigene Kraft oder in den Willen der zahllosen Menschen, die im Engagement gegen den Startbahnbau sehr viel erleben und lernen konnten (2). Daraus folgt, laut der Logik dieser Thesen, daß eine Bauplatzbesetzung nur „Symbol einer Niederlage" sein könnte. Es heißt zwar (3) „jetzt", bedenkt mensch aber den Argumentationszusammenhang, müßte es eigentlich heißen „immer". Diese „Niederlage", die gar nicht abzuwenden sei, würde außerdem die Spaltung der Bewegung perfekt machen (4), übrig blieben nur noch „Politprofis" (5). Wieso der Versuch einer Bauplatzbesetzung (laut Konzept der damaligen – wenigen – Akteure) am 7.11. (der sog.









Volksentscheid, die „letzte Schlacht", militante Kleinaktionen oder was?

„Nacktensonntag") erfolgversprechender gewesen sein soll (obwohl schon damals nichts zur Annahme führen konnte, die Richter würden das Volksbegehren für gut und richtig halten), wird leider nicht erläutert.

Alt weitere Folge, heißt es (6), würden nie wieder in Hessen Großmobilisierungen möglich sein, ob gegen die Startbahn oder gegen Biblis Block C. etc. Von daher solle nicht nur auf Bauplatzbesetzungen, sondern prinzipiell auf Gewalt, auch „Gewalt gegen Sachen", verzichtet werden (7). Als einziger Vorschlag bleibt übrig, „Strukturen" aufzubauen bzw. zu verfestigen.

Womit sich bei diesem Rückzug in die Innerlichkeit befaßt werden soll und mit welchen Zielen, bleibt allerdings auch im Dunkeln, so daß mensch versucht wäre, die Frage zu stellen, wozu denn überhaupt noch die Strukturen, wo doch alles „verloren" ist?

Hauptfrage: „befristet" oder „unbefristet" besetzen?

Einen Beitrag aus einer scheinbar entgegengesetzten Richtung, doch von der gleichen Ideologie der „letzten Schlacht" getragen, liefert ein Frankfurter SAG-Flugblatt. Die SAG ist, charmant ausgedrückt, ein interessantes politisches Phänomenchen: Einerseits erblickt sie regelmäßig an Wahltagen die einzige Rettung des westdeutschen Volkes in der Stimmabgabe für die SPD (letztes Mal mit der köstlichen Begründung, die Grünen seien zu rechts). Andererseits gehört die SAG mit viel Tamtam um ihre „Militanz" (die sie, wie Kenner der Scene wissen, immer wieder rechtzeitig ablegt, siehe Deutschland-Treffen der NPD '79 in Frankfurt/M) zu den „entschiedenen" Gegnern des Volksbegehrens („legalistisch").

Im erwähnten Schriftstück wird zunächst auf die Flughafen-Blockade vom 15.11. eingegangen, die ein *„politischer Mißerfolg"* gewesen sei aufgrund des Versagens der BI-„Führung". Diese Aktion sei zwar ein „politischer Mißerfolg" gewesen, es ist auch die Rede von dort „eingesetzten falschen Mitteln" (?) und, daß sich nur wenige daran beteiligten – doch habe sie einen „Umschwung" provoziert.

Die SAG betrachtet Bauplatzbesetzungen nicht als eine Aktionsform unter vielen, an der natürlich festzuhalten wäre, sondern so:

„Ein anderes Mittel, das uns Erfolg verspricht, steht uns nicht mehr zur Verfügung" (weshalb, wird nicht erläutert). *„Nur (!) durch eine unbegrenzte Platzbesetzung können wir neue Tatsachen schaffen, die die Landesregierung vor die Entscheidung stellt, ob sie den dann erforderlichen politischen Preis einer rein militärischen Lösung bezahlen will und kann".* Es klingt skurril, die Dauer der Platzbesetzung zum Hauptdiskussionsthema zu erheben, während die simple Frage: „Wie kommen wir dorthin?" weder politisch (welche inhaltlichen Voraussetzungen innerhalb der Bewegung sind zu schaffen) noch organisatorisch eine Rolle spielt ...

Von welchen blauäugigen Illusionen das Ganze getragen ist, erahnt mensch, wenn es zum Thema bundesweite Mobilisierung an anderer Stelle heißt: Diese sei verantwortungslos, wenn die angereisten Startbahngegner/innen *„nach wenigen Stunden den erkämpften Platz im Wissen verlassen, daß am nächsten Morgen der Wald weiter abgeholzt wird".*

Logisch zu Ende gedacht, sollte mensch überhaupt auf derartige Versuche verzichten, da in der Regel ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

ne Platzbesetzung nicht zum Non-Stop-Programm wird.

In einem Thesenpapier des Frankfurter „Donnerstagsplenums" heißt es zwar eingangs, eine Besetzung erfordere „*eine starke, entschlossene Bewegung, die politisch in der Offensive*" sei, wobei dieses „*im Augenblick nicht der Fall*" sei – dennoch befassen sich die Thesen nicht mit der politischen Veränderung dieses Zustandes. Eine Kampagne zur Waldverteidigung wird dort vorgeschlagen, die bis zum Silvesterabend abgeschlossen sein sollte. „Höhepunkte", um die „Identifizierung mit dem Wald" wiederherzustellen, waren die Weihnachts- und Silvesterfeier an der Schandmauer, woran sich knappe 300 bis 500 Menschen beteiligten. Daß während des „Baustopps" – trotz der darin enthaltenen zahllosen Fallgruben – die Masse der Startbahngegner zu Aktionen gegen die Mauer nur schwer mobilisiert werden könnte, wurde erst gar nicht problematisiert. Nach den Vorstellungen des „Donnerstagsplenums" soll es einfach so weitergehen: Ständige Nadelstichtaktik kleiner Gruppen, sofortige Besetzungsversuche, wenn Baulos 2 in Angriff genommen wird, k e i n e zentrale Großaktion, für die gezielt mobilisiert wird. Während bei der SAG die Frage der zeitlichen Dauer ihr Nachdenken fast ausschließlich beansprucht, ist es in diesem Papier die Frage unserer „Unberechenbarkeit". Wie auf diese Weise massiver und möglichst erfolgreicher Druck ausgeübt werden soll, bleibt leider ebenfalls „unberechenbar". Ebenfalls kein Wort zur Perspektive des Volksbegehrens: Bei den Gegnern dieser Initiative kommt fast so etwas wie Genugtuung darüber auf, daß dieses per Richterspruch demnächst „erledigt" sein könnte.

„Kelsterbacher Thesen"

1. Wird das Volksbegehren vom hessischen Staatsgerichtshof abgelehnt, ist die aktuelle Auseinandersetzung um die Startbahn 18 West verloren.

2. Der Widerstand wird einen Großteil seiner l e g i t i m a t o r i s c h e n Basis verlieren.

3. Die geplante Bauplatzbesetzung wird danach stattfinden. Sie wird die Niederlage symbolisieren.

4. Sie wird weit darüberhinaus dazu führen, daß die zarten Fäden zwischen militanteren und nicht militanten Widerstandsformen endgültig zerreissen, egal wie die Aktion ausgeht.

5. Die geschaffenen BI-Strukturen werden durch eine Abstimmung „mit den Füßen" weitgehend zerstieben. Bleiben wird ein kleiner Rest der „Polit-Profis", den es zuvor bereits gab.

6. Andere, neue Bewegungen gegen Großprojekte werden mühsam dort wieder beginnen müssen, wo wir vor Wochen und Monaten standen. Ob sich jemals wieder 150.000 Menschen gegen ein Großprojekt bewegen (lassen), bleibt fraglich.

7. Sollen die geschaffenen Strukturen einigermaßen Bestand haben, müssen j e t z t die „Häuser und Hütten" gebaut werden, die sie überleben lassen.

8. Dazu gehört, daß versucht wird, die Anwendung von physischer Gewalt, auch „gegen Sachen", einzudämmen oder gar zu unterbinden, selbst wenn die Motive dafür noch so verständlich sind.

9. Dazu gehört auch, daß die geplante Bauplatzbesetzung unterbleibt. Sie ist auch bei Abwägung aller möglichen „Szenario" politisch nicht verantwortbar.

10. Die sich stellenden Fragen sind klar. Die BI muß klare Antworten geben.

Eine andere Position nimmt die BI Mörfelden ein. Sie beschloß auf einer Bürgerversammlung: „*Wenn kein rechtlich verbindliches Moratorium zustande kommt oder das Volksbegehren gänzlich abgelehnt wird und somit Baulos 2 in Angriff genommen werden sollte, kann dies für uns nur bedeuten:*

1. *Verstärkung der politischen Arbeit,*
2. *Widerstand vor Ort*".

Ziel der Aktion wäre, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß „*wir bereit sind, unsere körperliche Unversehrtheit einzusetzen, um auf den von der Polizei besetzten Platz zu kommen ... Politisch zeigen wir mit dieser Aktion, daß die Landesregierung diese Startbahn nicht durchsetzen kann.*" Und: „*Diese Zurücknahme*" (begrenzte Zurücknahme des polizeilich besetzten Baugeländes) „*wird nicht ein Schlußpunkt, sondern wird ein weiterer Höhepunkt des Kampfes gegen die Startbahn-West sein.*"

Während die „Kelsterbacher Thesen" die Anwendung von Gewalt aus Gründen des Opportunismus (damit würde die Unterstützung seitens der Bevölkerung verlorengehen) ablehnen, wird in den Mörfeldener Vorstellungen am „Nackten-Sonntag" vom 7.11. angeknüpft aus einer moralischen Ablehnung der Gewalt heraus. Was aber der 7.11. real eingebracht hat, wird nicht gesagt.

Angesichts der Erfahrungen, die im Laufe der Wochen und Monate mit der Polizei im Flughafen-Wald gesammelt wurden (bis zur Anwendung von Offensiv-Granaten), führt eine solche Vorstellung objektiv zur Duldung von Gewalt, nämlich der staatlichen Gewalt. Wir haben erlebt, welch ungeheuer große Polizei-Armada Knüppel bei Fuß steht, um das FAG-Gelände zu verteidigen. Wir haben erlebt, mit welcher Brutalität sie ihre Waffen einsetzt, und wir wissen, daß die Märchen über die Zersetzung dieser Polizeitruppen eben Märchen sind und vorerst auch bleiben – trotz aller Spinnereien von KBW, „taz" und anderen.

Die Möglichkeiten, die Gewalt der Polizei so gering wie möglich zu halten, sind umso größer, je zahlreicher und entschlossener wir sind und je besser wir uns auf polizeiliche Gewalt von vornherein vorbereiten (Organisierung, Selbstschutz). Das zeigen auch die Erfahrungen aus der Anti-AKW-Bewegung, wie in Grohnde oder Brokdorf 1977.

Auf zwei Beinen laufen lernen

Eine gefährliche Spaltungslinie zeichnet sich ab:
Grosso modo läuft sie zwischen denjenigen, die von Anfang an nur zähneknirschend etwas für das Volksbegehren übrig hatten und jetzt nur noch das Mittel der Bauplatzbesetzung sehen, und denjenigen, die aus unterschiedlichen Gründen militantere Konfrontationen ablehnen, wobei sich beide Teile die Schuld für die „Niederlage" gerne zuschieben würden. Die einen würden sich durch eine Ablehnung des Volksbegehrens auf juristischer Ebene in ihrer Kritik am „Legalismus" bestätigt sehen und den anderen mangelnde Beteiligung an direkten, praktischen Protestformen vorwerfen – und umgekehrt.

Daß diese Widersprüche auftreten, ist nicht verwunderlich, da die Startbahngegnerbewegung ein sehr buntes Spektrum an Menschen und Meinungen umfaßt. Daß über die Gewaltfrage heute vielerorts diskutiert wird, gehört zur logischen Entwicklung und ist auch zunächst positiv. Es wäre aber falsch, die Frage der Militanz und der Platzbesetzung – von welcher Seite auch immer – zur Trennungslinie zu machen zwischen „aufrichtigen" und „nicht aufrichtigen" Startbahngegnern. Vielmehr sollte nach wie vor der größtmögliche Zusammenschluß aller Startbahngegner angestrebt werden, unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den F o r m e n des Protestes. Die Bewegung „Keine Startbahn West" unterscheidet sich gerade von den bisherigen Bewegungen in der BRD durch ihre Breite, Vielfalt und nicht zuletzt durch ihre regionale Verankerung.

Wenn auch die jetzige Phase des Kampfes komplizierter ist oder jedenfalls wird, so ist längst noch nicht sein „Höhepunkt" erreicht worden. Die Vorstellung von Entscheidungsschlachten, die hier, jetzt und sofort stattzufinden hätten, kann nur Aktionismus und Resignation als Folge produzieren. Beide Alternativen, im Falle einer Ablehnung des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof entweder „erstmal Pause zu machen" oder dann „nur noch im Wald" präsent zu sein, sind falsch und einseitig. Denn genauso, wie schon jetzt (und dringend!) die weitere Strategie in Sachen Volksbegehren überlegt werden muß, genauso müssen Großaktionen im Wald geplant werden.

In diesem Sinne argumentieren Mitglieder der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren in einem Diskussionspapier. „*Wir brauchen ganz dringend m e h r e r e Beine unseres Widerstands und nicht nur eines – sei dieses auch noch so elegant (= gewaltfrei) oder gepanzert (= militant)*".

Zur politischen Verbreiterung der Bewegung wird darauf hingewiesen, daß noch viel mehr Menschen angesprochen werden müssen bzw. verschiedene gesellschaftliche Kreise bislang noch kaum einbezogen sind, wie zum Beispiel die Kriegsgegner („Keine 3. Startbahn in den 3. Weltkrieg!"), und nicht zuletzt die fortschrittlichen Gewerkschafter/innen. Insbesondere wird dort die Möglichkeit eines „autonomen Volksbegehrens" erörtert. Es heißt dazu u.a.:

„*Es gibt noch zahlreiche Gründe, die für diese Idee sprechen. Das fängt damit an, daß zu befürchten ist, daß uns das Mittel des Volksbegehrens/Volksentscheids endgültig aus der Hand geschlagen wird, wenn wir den Spruch des Staatsgerichtshofs akzeptieren. Denn dann wird es keinen Volksentscheid gegen eine WAA, auch nicht gegen ein AKW und eine sonstige Atomanlage geben (weil 'Bundespolitik'), ganz zu schweigen von Volksentscheiden gegen die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen (obwohl z.B. die hessische Verfassung nach Art. 75 die Beteiligung an der Vorbereitung von Kriegen untersagt!)*".

Einen weiteren Vorschlag zur Diskussion enthält ein Papier eines BI-Mitglieds aus Sachsenhausen (Ffm): Der Landtagswahlkampf biete „*eine Möglichkeit, zu einer Zusammenfassung dieser oppositionellen Kräfte zu kommen, um der CDUSPDFDP für die Öffentlichkeit deutlich sichtbar etwas entgegenzusetzen, und sogar den Rohbau einer unseren Interessen besser entsprechenden politischen Gesamtkonzeption zu entwickeln*".

Es gibt also genügend zu diskutieren und zu tun!

Dabei sind die drei Hauptfragen:

– **Bauplatzbesetzung:** Über Ziel und Form der Aktion muß sich gründlich auseinandergesetzt werden, damit sie weder ein Abbröckeln noch Resignation produziert.

– **Volksbegehren:** Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes kann nicht mit dem Richterspruch begraben werden! Es ist eine elementare politische Regel, daß die Betroffenen über ihre Lebensgrundlagen selber ein Wort mitreden. Dazu ist die Unterstützung aller gefragt, auch bundesweit.

– **Landtagswahlkampf:** Alle drei Parteien, ob SPD, ob FDP oder CDU, sind Startbahnparteien. Es gibt für viele keinen Grund mehr, sich von diesen Parteien vertreten zu lassen. Wie und in welcher Form sich an den Landtagswahlen im Herbst beteiligt wird, ist eine ebenso dringende Debatte.

Eine Frankfurter Genossin

Antiterrorismus-Kampfmittel gegen Startbahngegner



Blend-Schock-Granate

Am 15.11.81 kam sie das erste Mal gegen den inneren Feind zum Einsatz: die Wunderwaffe von Mogadischu.

Mindestens acht „Blend-Schock-Wurfkörper" wurden von SEK-Männern der Frankfurter Polizei gegen Startbahngegner über die Schandmauer am Frankfurter Flughafen geworfen.

Jede dieser Granaten explodierte wiederum achtmal, mit scharfem Knall und grellem Lichtblitz. Das könnte erklären, weshalb Zeugen angaben, 60-80mal Explosionen gehört zu haben.

Nach einer Dienstvorschrift der Bundeswehr, die ebenfalls mit den „Irritationskörpern" übt, sollen diese „*nicht in der Nähe von Menschen*" eingesetzt werden. Nach der Zündung ist der weitere Weg der Schockgranaten nicht mehr zu kontrollieren.

Am Frankfurter Flughafen warfen SEKler die Granaten mitten unter die Menschen, und es ist ein glücklicher Zufall, daß über den Schock hinaus niemand ernsthaft zu Schaden kam; denn es können eigentlich schon Trommelfelle platzen oder nach Angaben der Polizei-Führungsakademie in Hiltrup auch bei sensibleren Personen epileptische Anfälle hervorgerufen werden.

Derartige Beschreibungen stellen aber wohl eher noch die harmloseren Folgen des Einsatzes dar.

Die Polizei versuchte denn auch zunächst, den Einsatz der Kampfmittel zu vertuschen und beschuldigte vielmehr die Startbahngegner des Gebrauches der Schockgranaten.

Erst als im Rahmen einer Fernsehdiskussion BI-Vertreter Fotos vom Einsatz der Anti-Terror-Waffe vorlegten, war die Lüge der Polizeipressestelle nicht mehr zu halten.

Nun war von „*Notwehrsituation*" der Polizei und „*Kommunikationsmängeln*" innerhalb der Polizei die Rede. Die Verantwortung für den Einsatz wird jetzt vom Innenministerium den Polizeichargen (Polizeipräsident Frankfurt, Einsatzleitung etc.) in die Schuhe geschoben. Tatsache bleibt jedoch: Die Polizeien der Länder sind bürgerkriegsmäßig ausgerüstet und bringen ihre Ausrüstungen auch zum Einsatz.

Der Startbahnkonflikt wird von der Polizei insgesamt als ideales Übungsfeld angesehen: Einsatz neuer Chemogas-Sprüher, Großwasserwerfer mit Druck bis zu 15 atü, Störsender gegen die Kommunikation der Startbahngegner und die psychologisch immer noch äußerst wirksame Legende von der „Zersetzung der Polizei", die mit dazu beiträgt, jede klare Einschätzung des polizeilichen Vorgehens zu behindern, ebenso wie das Finden der angemessenen Beantwortung.

Wegen der Steigerung der Gefährlichkeit der Polizeiwaffen muß dringend davon abgeraten werden, weiterhin irgendwelche verschossenen oder geworfenen Granaten aufzunehmen und zurückzuschleudern.

Wir erinnern nochmals an Malville: Durch Explosivgranaten starb Vital Michalon! Mehreren anderen, darunter einem Bremerhavener Atomgegner, wurden Gliedmaßen abgerissen!

KB/Gruppe Frankfurt

Widerstand noch lange nicht zu Ende

Als Antwort auf die „Kelsterbacher Thesen" haben zwei Mitglieder der AG Volksbegehren ein Gegenpapier verfaßt, dessen wesentliche Aussagen wir im folgenden zitieren.

Sie fragen, warum der Autor der Kelsterbacher Thesen „*....der Entscheidung des Staatsgerichtshofes eine derartige 'Autorität' zubilligen will, daß dessen Entscheidung über das Volksbegehren die Auseinandersetzung über die Startbahn beenden und uns die legitimatorische Basis für unseren Widerstand entziehen sollte*".

„*Wenn wir uns an die Entwicklung des Widerstandes gegen die Startbahn-West erinnern, hat es ja schon verschiedene Punkte gegeben, an denen uns aus den Reihen der Startbahngegner gesagt oder von den Startbahnbefürwortern von uns gefordert worden ist, daß diese jeweilige Entscheidung nun das endgültige 'Aus' für uns bedeute bzw. zu bedeuten hätte. Dazu gehören die diversen Gerichtsverfahren durch alle möglichen Instanzen, die 'rechtmäßigen', 'sofort vollziehbaren' Verfügungen, das Landtagshearing, die verschiedensten SPD-Landesparteitage und der Baubeginn. Tatsächlich hing jedoch unser Fortschritt im Widerstand immer von unserem unbeugsamen Willen ab, nicht klein beizugeben und von unseren vielfältigen guten Ideen...*"

Sie schildern die gegenwärtigen Verschleißerscheinungen der SPD und stellen fest: „*Der Widerstand der Startbahngegner hat bereits heute die Regierungsfähigkeit der gegenwärtigen SPD/FDP-Landesregierung ans Ende gebracht... Angesichts dieser in Gang gekommenen Prozesse halten wir es für vollkommen verfehlt, das Handtuch zu werfen, anstatt mit dem Verschleiß auch anderer Startbahnbefürworterregierungen zu beginnen, und das Projekt weiter zu behindern/verhindern*". „*Wenn wir wirklich ernsthaft davon ausgehen, daß die Grenzen von Wachstum und Verdichtung im Rhein-Main-Gebiet erreicht sind, und wenn unsere Analyse, daß wir uns auf eine Katastrophe zubewegen, nicht nur leere Agitation gewesen sein soll, dann würden wir unseren Widerstand nicht einmal dann aufgeben, wenn wir uns der Inbetriebnahme der fertigen 3. Startbahn gegenübersehen. Hinzu kommt noch, daß wir uns mit aller Kraft der Nutzung des Rhein-Main-Flughafens und der Startbahn-West durch die NATO/US-Air-Force widersetzen müssen, um kriegerische Abenteuer der USA gegen die Dritte Welt zu verhindern, wenn es uns mit unseren Friedensbeteuerungen ernst ist. Diese Aufgabe stellt sich angesichts der drohenden Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa und dem geplanten Einsatz der Neutronenbombe (von Rhein-Main aus?!) um so dringender!*

Unser Widerstand geht so lange – das ist unser Ziel und bleibt es auch –, bis wir den Flughafen auf das gerade erträgliche und verantwortbare Niveau begrenzt haben, d.h. die Beschränkung auf zwei Startbahnen, Nachtflugverbot und die Auflösung der US-Air-Base".

Für den weiteren politischen Widerstand verweisen sie auf verschiedene Möglichkeiten: „*Eine autonome Volksbefragung*"; „*Den Wahlkampf bis zum 26. September*". „*Last not least gewinnen alle antimilitärischen (und antiamerikanischen) Aspekte immer mehr Bedeutung*".

„*Nun haben wir in unserem Kampf ...immer richtig betont, daß er sich einordnet in den Widerstand gegen die Vorreiterrolle Hessens als Beton- und Strahlenland-Nr.1. Das heißt, hier sind auch ein Block C in Biblis, eine WAA in Nordhessen usw. zu verhindern*". „*Gegen uns Startbahngegner wird jetzt wieder einmal... ein ungeheurer Druck entfacht, wir hätten nun den Spruch des Staatsgerichtshofes als endgültig zu akzeptieren. Teile unserer Bewegung sind diesem Druck naturgemäß stärker ausgesetzt, als z.B. wir von den Bürgerinitiativen... Diese Situation stellte sich auch schon in der Vergangenheit. Es ist aber bisher immer gelungen, die E i n h e i t der Startbahngegner zu bewahren, da uns allen klar war, daß wir die Startbahn nur durch unser gemeinsames Handeln in seiner Vielfalt ...verhindern können. Auch nach dem ggf. negativen Urteil des Staatsgerichtshofes muß es das Ziel der BI sein, den Kampf gegen die Startbahn g e m e i n s a m m i t a l l e n Startbahngegnern fortzuführen.*"

„*In diesem Zusammenhang finden wir es wichtig, auch gerade angesichts des ungeheuren politischen Drucks, der seit dem 15.11. auf uns bezüglich unserer Aktionsformen ausgeübt wird, daß wir uns klar und deutlich zu unserem Recht auf Widerstand bekennen und mindestens unsere Haltung zu unserer Berechtigung zu Angriffen auf Objekte der FAG im Wald aufrechterhalten bzw. unser Widerstandskonzept sogar den konkreten Bedingungen entsprechend weiterentwikkeln*".

Zum praktisch-politischen Widerstand gegen die Inangriffnahme des Bauloses II heißt es in dem Papier: „*Die sofortigen behindernden Aktionen und die Besetzung des Bauloses II sind wichtige, aber bei weitem nicht die allein entscheidenden und schon gar nicht die letzten Aktionen. Von den Aktionen gegen das Baulos II muß der ungeheure psychische und politische Druck der 'Entscheidungsschlacht', des 'Alles oder Nichts' e i n f ü r a l l e M a l genommen werden.*"

Zur Bauplatzbesetzung schreiben sie: „*Für den wichtigsten Gesichtspunkt halten wir es, daß wir uns allein auf unsere Stärke verlassen und nicht auf die Schwäche der Polizei, etwa wegen deren 'Zersetzung' oder Schwächung wegen ihres Einsatzes im übrigen Bundesgebiet.*

100.000 müßten wir dann aber schon sein. Das bedeutet w i r k l i c h e bundesweite Mobilisierung!

Grundsatz für die Aktion sollte sein, daß die 'Entschlossenen' auf die 'weniger Entschlossenen' Rücksicht nehmen u n d u m g e k e h r t."

Darmstadt:

Gewerkschafter gegen Startbahn-West und Hessens DGB-Führung

Gut 200 Gewerkschafter(innen) kamen in Darmstadt unter dem Motto „Gewerkschafter gegen die Startbahn" zusammen, um für die weitere Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften zu diskutieren.

Dieser Teil nahm jedoch einen verständlicherweise geringen Raum in der Debatte ein. Was vielen Anwesenden zunächst auf den Nägeln brannte, war die Frage, wie kann eine geeignete Antwort auf den provokativen Brief vom DGB-Vorsitzenden in Hessen Jochen Richert (siehe nebenstehenden Abdruck) gefunden werden. In diesem Brief pöbelte Richert alle Kollegen(innen) an, die sich in Briefen an ihn gewendet hatten, bzw. die Forderung weiterhin vertreten, daß der DGB sein „bedingtes Ja" zur Startbahn in ein klares Nein umwandeln soll.

„*Von dem bedingten Ja des DGB auf ein totales Nein umzusteigen, wäre sicherlich sehr beifallsträchtig. Es wäre aber im gleichen Maße opportunistisch. Denn ein solches Umsteigen würde alle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aspekte außen vor lassen. Dies kann nicht das Geschäft der Gewerkschaften sein.*"

Nun, opportunistisch gegenüber den Kolleg(inn)en in den Gewerkschaften verhält sich Richert wahrlich nicht, das ist auch nicht seine Stärke. Diese liegt vielmehr auf dem Gebiet des Opportunismus gegenüber der Landesregierung. Dabei ist schon ein beinahe peinliches Nachbeten der Regierungsposition zu verzeichnen. Am 9.11., wohl noch unter dem Eindruck des Gries'schen (Innenminister) Versprechens nach einem Baustopp, war in einem Beschluß des DGB von einer „Atempause" bis zum endgültigen Abschluß des Volksbegehrens die Rede. Mitte November, wohl unter dem Eindruck der Gegenoffensive der Landesregierung nach der Flughafenblokkade, heißt es in einem Brief von Richert: „*In meinem Verständnis sind Mehrheitsbeschlüsse alleinige Grundlage demokratischen Handelns. Dies gilt für Regierungen ebenso wie für Gewerkschaften. Alles andere ist Krawall.*"

Der Darmstädter Versammlung lag der Entwurf eines Offenen Briefes vor, der als Antwort auf Richert gedacht war und folgende wesentliche Punkte enthielt: „*Der DGB hatte sein bedingtes Ja zum Startbahnbau im Januar 1980 u.a. von einer Umweltverträglichkeits p r ü f u n g abhängig gemacht. Er hat gegen seinen damaligen Beschluß sich mit einer vom Minister Schneider vorgetragenen Umweltverträglichkeits b e w e r t u n g der hessischen Landesregierung zufriedengegeben, obwohl die Landesregierung in dieser Sache bekanntermaßen parteilich ist.*

Wir stellen fest: Der Unternehmer, die Flughafen AG (FAG), benutzt die Angst der bei ihr beschäftigten Arbeitnehmer, aber auch leitenden Gewerkschaftsfunktionäre, um die Arbeitsplätze, um sie nach dem Motto 'Teile und Herrsche!' gegen die Gegner des Startbahnbaues auszuspielen."

In dem Brief wird auf die Entwicklung bei der Enka-Chemie in Kassel verwiesen, wo jahrelang ein Stillhalten mit dem Hinweis auf die Sicherung der restlichen Arbeitsplätze erwirkt wurde und am Ende die Betriebsschließung stand.

Dann heißt es in dem Brief an die DGB-Führung weiter: „*Ihr handelt im Grunde nicht anders. Ihr redet heute denen nach dem Munde, die dem Unternehmer glauben, der ihnen die Sicherung der vorhandenen oder gar neue Arbeitsplätze verspricht, wenn die Startbahn 18 West gebaut ist. Was ist dann, wenn der Unternehmer diese Versprechungen gar nicht erfüllen k a n n , weil nämlich sinkendes Verkehrsaufkommen und der Zwang zur kapitalistischen Rationalisierung ihn zu ganz anderen Maßnahmen zwingt? Ihr unterstützt Betriebsräte und Funktionäre sowie viele Kollegen bei der FAG in ihrem Irrglauben, daß das, was ihrem Unternehmer nützt, auch ihnen von Nutzen sei. Dabei häufen sich die Beispiele, die belegen, daß dies nicht stimmt.*"

So weit die wichtigsten Passagen, die ohne weiteres angenommen wurden. Dabei wurden dann noch sehr wichtige Passagen aufgenommen wie die militärische Nutzung der Startbahn und die Frage, daß die Landesregierung durch die Polizeieinsätze und den sturen Weiterbau der Startbahn den Konflikt eskaliert hat. Eine größere Debatte entstand um den Passus: „*Wir stellen dagegen weiterhin die Frage, woher viele der Landesbezirksvorstandsmitglieder ihre demokratische Legitimation im Zusammenhang mit der Beschlußfassung vom 9.11.1981 zur Startbahn 18 West nehmen. Uns ist bislang nur von vier Gewerkschaften bekannt, daß dort auf Landesbezirksebene entsprechende Beschlüsse von satzungsmäßigen Gremien gefaßt wurden.*" Davon waren zwei dafür (ÖTV, BSE) und zwei gegen die Startbahn (Drupa, GEW).

An dieser Stelle der Diskussion machte vor allem die DKP den Abflug in ungeahnte Höhen, indem sie behauptete, daß damit die Legitimation des DGB-Landesbezirksvorstandes generell angezweifelt wird. Da wir ja auf eine Veränderung der Mehrheiten hinarbeiten wollen, würden solche Äußerungen nur den Startbahnbefürwortern Vorschub leisten. Startbahngegner könnten dadurch leicht als Sektierer und Spalter der Gewerkschaft hingestellt werden.

So blieb denn diese Passage erstmal draußen.

Eine ähnliche Kontroverse entfaltete sich an der Frage der weiteren Arbeit. Hier war von den Initiatoren ursprünglich eine Gründung eines Arbeitskreises, ähnlich wie der AKL, vorgesehen. Dies wurde auch als spalterisch eingestuft, da keine offizielle Legitimation vorhanden sei. Mensch verblieb so, daß der DGB-Kreis Starkenburg gebeten wird, offiziell einen Arbeitskreis zu diesem Thema einzurichten, ansonsten wird abgewartet und gegebenenfalls neu eingeladen.

Dieses Vorgehen erscheint insofern sinnvoll, als im Bezirk Starkenburg eine eindeutige Beschlußlage, sowohl in den Einzelgewerkschaften als auch im DGB-Vorstand, gegen die Startbahn besteht. Folglich sollten gemäß dieser Beschlußlage auch Taten folgen. Sinnvoller wäre es allerdings gewesen, den Arbeitskreis zu installieren, damit er die notwendige Arbeit aufnehmen kannn, während mensch gleichzeitig sich die Absegnung des DGB-Vorstandes Starkenburg einholt.

Die anwesenden Gewerkschafter(innen) waren sich weitgehend darin einig, daß eine verstärkte Aufklärung seitens der Gewerkschaft erforderlich ist. Um die Position der gewerkschaftlichen Startbahngegner zu stärken, sollte versucht werden, Beschlüsse bei Betriebsversammlungen, von Betriebsräten und Vertrauensleuteversammlungen gegen den Ausbau herbeizuführen. Dabei wurde auch an eine Ausweitung der Diskussion auf den nordhessischen Bereich gedacht. Dies soll versucht werden auf dem Weg der Partnerschaft zwischen Betrieben und Betriebsräten. Der strammen SPD-Riege im hessischen DGB fängt langsam an, der Wind ins Gesicht zu blasen.

Ein Genosse aus Darmstadt

Der Ausbau der Startbahn West ein Prüfstein für Demokratie

Selten hat in Hessen ein Thema so die Gemüter bewegt wie der Bau der 3. Startbahn 18 West des Flughafens Frankfurt am Main. Dies beweist die Dimension der Auseinandersetzung. Dies beweist auch das Bündel an Briefen, die der DGBHessen und ich persönlich zum Thema Startbahn erhalten haben. Es ist unmöglich, auf alle diese Schreiben individuell zu antworten. Deshalb dieser generelle Brief, mit dem der Versuch unternommen werden soll, an einigen Kernpunkten Positionen zu verdeutlichen.

Dabei machen wir es uns nicht so einfach, wie dies sich einige Briefschreiber wünschen. Von dem bedingten Ja des DGB auf ein totales Nein umzusteigen, wäre sicherlich sehr beifallträchtig. Es wäre aber im gleichen Maße opportunistisch. Denn ein solches Umsteigen würde alle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aspekte außen vor lassen. Dies kann nicht das Geschäft der Gewerkschaften sein. Deshalb vier Feststellungen:

① **Der DGB hat sein bedingtes Ja zum Startbahnbau vom Januar '80 an eine Reihe von Auflagen gebunden. Ohne diese Auflagen des DGB hätte es nie ein Landtags-Hearing, hätte es nie eine Umweltverträglichkeitsbewertung gegeben.**

Der Vorstand des DGB Hessen hat diesen Beschluß mit eindeutiger und keineswegs mit knapper Mehrheit gefaßt. Dies gilt auch für den Beschluß vom November '81, der eine Atempause verlangt.

In meinem Verständnis sind Mehrheitsbeschlüsse alleinige Grundlage demokratischen Handelns. Dies gilt für Regierungen ebenso wie für Gewerkschaften. Alles andere ist Krawall.

② **Der Vorstand des DGB-Landesbezirks als oberstes Beschlußorgan zwischen den DGB-Landesbezirkskonferenzen ist legitimiert, Entscheidungen zu fällen, die für die Gesamtorganisation verbindlich sind und Gültigkeit haben.**

Der DGB-Landesbezirksvorstand Hessen machte und macht sich diese Entscheidungen nicht leicht. Dies beweist nicht zuletzt der detaillierte Kriterienkatalog, der zum Bereich Umweltverträglichkeit erarbeitet wurde.

Die Erarbeitung dieser Kriterien – sozusagen auf Null aufbauend – hat die Notwendigkeit eines Umweltkatasters für das Rhein-Main-Gebiet deutlich gemacht. Einen entsprechenden Vorschlag werden wir in Kürze öffentlich bekanntmachen, doch dies nur am Rande. Was ich sagen will: Der Vorstand hat nach langen Erörterungen eine Antwort auf die anstehende Frage Startbahnbau gegeben.

Es mutet vermessen an, dieser Beschlußfassung permanent ihre Legitimation absprechen, sie als basisferne Entscheidung der „einsamen DGB-Zentrale" abqualifizieren zu wollen. Wir haben das Minderheitenvotum der Kollegen aus dem Starkenburger Bereich zu akzeptieren. Aber wir erwarten auch das Akzeptieren der Beschlußfassung der Gesamtorganisation.

Oder soll etwa der Beschluß der Starkenburger Kollegen die einzig gültige Antwort sein? Wer glaubt, die einzig gültige Antwort überhaupt geben zu können?

③ **Um beim Begriff der Akzeptanz zu bleiben:**

Was ist mit der Akzeptanz der Rechtsstaatlichkeit durch den Bürger? Wir wollen hier keiner Verschärfung des Demonstrationsrechts das Wort reden. Nichts liegt uns ferner. Wir haben Verständnis für den Protest der von den Baumaßnahmen betroffenen Bürger. Doch muß angesichts eines inzwischen bürgerkriegsähnlichen Zustandes die Frage erlaubt sein, ob die Abkehr von der Gewaltfreiheit, ob Autobahn-Blockaden, ob Stahlschleudern der unbedingt richtige Ratgeber eines berechtigten Bürgerprotestes ist.

Auch nach der 3. Startbahn 18 West muß es in diesem Lande weitergehen. Mit allen demokratischen Kräften. Wir sind auf dem besten Weg, Gemeinsamkeiten zuschanden zu reiten, die Unfähigkeit des Dialogs zu zementieren. Davor müssen wir uns alle hüten. Denn es muß weitergehen nach dieser Startbahn. Die Folgen der Arbeitslosigkeit, die anstehenden und sich schon ankündigenden Firmenzusammenbrüche sagen deutlich voraus: Die 80er Jahre werden alles andere als ein Zuckerschlecken sein.

④ **Der Ausbau der 3. Startbahn 18 West ist ein Prüfstein für diese Demokratie, für diesen Rechtsstaat. Ich appelliere vor allem an die Gewerkschaftsmitglieder, sich auf den Ursprung der Auseinandersetzung zu besinnen, die arbeitsmarktpolitischen Aspekte nicht aus dem Kopf zu verdrängen und sich immer deutlich zu machen, daß der DGB mit seinem Beschluß die ökonomischen und ökologischen Folgen klar erkannt und auch aufgearbeitet hat. Widerstand tut not. Und zwar nicht gegeneinander in der eigenen Organisation. Vielmehr Widerstand gegen die Eskalation der Gewalt, wie sie auf Kosten demokratischer Positionen stattfindet. Die Fähigkeit des Miteinanderredens muß erhalten bleiben.**

Jochen Richert
DGB-Vorsitzender des Landesbezirks Hessen

Betriebsrat und Startbahngegner fristlos von Hoechst entlassen

Am 23.12. wurde der Betriebsrat der Frankfurter Hoechst AG, Hans-Werner Krauss, fristlos entlassen. Die Betriebsratsmehrheit stimmte mit 35 gegen 7 Stimmen dem Antrag der Werksleitung auf Entlassung ihres Kollegen zu.

Hans Werner Krauss ist Mitglied der 1981 erstmals in den BR eingezogenen Oppositionsgruppe in der IG Chemie „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit', die 7 Sitze erringen konnte. Als Mitglied der SPD nahm er am 7.12.81 an einer Sitzung des SPD-Ortsvereins Sossenheim teil Thema: Startbahn 18 West. In der Debatte ergriff Startbahn-Gegner Krauss das Wort, als es um das Argument ging, durch den Bau der Startbahn würden Arbeitsplätze erhalten. Unter Hinweis auf seine Erfahrungen mit der Hoechst sagte er: „*Ich bin Beschäftigter und Betriebsrat eines Unternehmens, das schon jahrelang in der Lage ist, mit dem Arbeitsplatzargument auf die hessische Landesregierung Druck auszuüben, einige nennen das auch erpressen, um die Produktion mit der Folge lebensbedrohender Umweltverseuchung durchzusetzen*" (eine Anspielung auf die bekannten Umweltskandale der Hoechst AG). U.a. diese Äußerung wurde in der „Frankfurter Rundschau" wiedergegeben, allerdings so, daß Krauss gesagt haben soll, die Hoechst AG erpresse die Landesregierung. Für die Werksleitung war dies Anlaß genug, einen unbequemen Betriebsrat wegen „Schädigung des Ansehens der Firma" zu entlassen. Schon vor der Entlassung ist die oppositionelle Betreibsratsgruppe wiederholt in ihrer Arbeit behindert worden, wurden „*Abmahnungen wegen mehrmaligen unbefugten Verlassens des Arbeitplatzes*" gegen sie ausgesprochen (u.a. zweimal gegen Krauss, was nachträglich als zusätzlicher Entlassungsgrund zitiert wurde).

Die Entlassung ist ein Skandal auch weil hier das betriebsverfassungsrechtliche Verbot politischer Betätigung sogar auf eine außerbetriebliche politische Meinungsäußerung des SPD-Mitglieds Krauss ausgedehnt wurde. Ein noch größerer Skandal ist das Verhalten der sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsmehrheit. Sie übernahm nicht nur die zweifelhafte Version von Hoechst über die Äußerungen Krauss' für ihre Zustimmung zur Entlassung, sie teilte sogar deren Interpretation gänzlich. Was liegt da näher als der Verdacht, daß hier nicht nur ein konsequenter Gewerkschafter abgeschossen wurde, sondern auch, daß die der rechten SPD zuneigende Betriebsratsmehrheit zusätzlich einen innerparteilichen Kritiker von Holger Börners Kahlschlagpolitik zum Ausbau der Startbahn 18 West disziplinieren wollte.

Hans-Werner Krauss hat Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht erhoben und wird hoffentlich bald zum weiteren Ärger seiner Partei-„Genossen" wieder im Betrieb sein.

(Informationen aus Info Nr. 9, Januar 1982, der „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit").

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

HDW Hamburg: „Bild" kämpft — gegen „Aktive Metaller"!

Einen schweren Stand hatten passionierte „Bild"-Leser unter den HDW-Arbeitern am letzten Arbeitstag vor Weihnachten. Nicht nur passionierte „Bild"-Gegner waren es, die ihnen voll Spott einen Bericht unter die Nase hielten, der die am Tag zuvor gelaufene Betriebsversammlung schilderte.

„*Tumulte*", so hieß es schon in der Überschrift, habe es gegeben, „*holt ihn endlich vom Podest herunter*", hätten die 2.000 Arbeiter geschrien. Gemeint war laut „Bild" der Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler. Brausenden Beifall dagegen erhielt HDW-Chef Norbert Henke. Und das ausgerechnet für die Aufforderung „*Männer, ihr müßt mehr arbeiten!*"

Den Teilnehmern der Betriebsversammlung wurde damit in selten klassischer Weise vor Augen geführt, was das heißt: „Bild lügt!" An der ganzen Darstellung war nicht ein Sterbenswörtchen wahr! Holger Mahler hatte nach seinem Tätigkeitsbericht starken Beifall erhalten, und HDW-Chef Henke hatte in der lebhaften Diskussion gut einstecken müssen. Nicht einmal das ihm von „Bild" in den Mund gelegte Zitat war gefallen. Henke weiß nur zu gut, daß er bei einer derartigen Äußerung riskiert hätte, tatsächlich vom Podest geholt zu werden.

Der HDW-Betriebsrat hat inzwischen juristische Schritte gegen „Bild" eingeleitet und verlangt eine Gegendarstellung sowie Schadensersatz. Wie zu erfahren war, hat bei der Abstimmung im Betriebsrat die alte IG Metall-Clique gegen ein Vorgehen gegen die „Bild"-Zeitung gestimmt. Aufs neue machten sie damit deutlich, daß „Bild" gerade ihr Anliegen zum Ausdruck gebracht hatte.

HDW Vorstand: Nieder mit den Arbeitsplätzen!

Der HDW-Vorstand fordert seit geraumer Zeit, daß die Produktivität im Hamburger Werk um 30 % steigen müsse. Dies soll vor allem durch die Einführung eines Programmlohn-Systems erreicht werden, das die Werftarbeiter zu erheblich höherer Leistung zwingen soll. Die nur schlecht verhehlte Zustimmung eines großen Teils der alten Betriebsratsmannschaft der IG Metall zu diesen Plänen, die vom Vorstand mit der Drohung betrieben wurde, sonst die Arbeitsplätze zu vernichten, hatte zu scharfen Auseinandersetzungen im Vertrauenskörper und schließlich zur Bildung der „Liste Aktive Metaller" geführt. Diese Kollegen errangen bei der Betriebsratswahl die absolute Mehrheit. Sie sind seitdem das größte Hindernis bei der Durchsetzung der Vorstandspläne.

Zugleich sehen sich die „Aktiven Metaller" einer Haßkampagne der offiziellen IG Metall gegenüber. Der Vorstand hat noch vor Weihnachten auf Antrag der Hamburger Ortsverwaltung sechs Kollegen, unter ihnen der BR-Vorsitzende Mahler, aus der IGM ausgeschlossen und weitere 31 Kollegen mit einem zweijährigen Funktionsverbot gemaßregelt. Ein weiteres Verfahren wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" ist am 4. Januar gegen Kollegen eröffnet worden, die ursprünglich auch auf der „Liste Aktive Metaller" kandidiert hatten. Sie waren aber noch vor der Wahl entsprechend ihrer Parteiräson (DKP) wieder ausgestiegen.

Nun erhält der HDW-Vorstand also auch noch Schützenhilfe von „Bild". Zwar dürfte bei den HDW-Kollegen mit einer dermaßen plump-verfälschten Berichterstattung kein Blumentopf zu gewinnen sein. Getreu nach dem Motto: „Irgendwas wird schon hängenbleiben" dürfte sich „Bild" aber doch einiges an Wirkung ausrechnen, vor allem bei Kollegen anderer Betriebe. Hier werden die „Aktiven Metaller" zu „Chaoten" stilisiert. Der Boden für den Sturz des HDW-Betriebsrats wird so vorbereitet. An der Durchsetzung der Gegendarstellung des Betriebsrats in der „Bild"-Zeitung besteht also öffentliches Interesse.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Leitfaden für Arbeitslose"

„TU WAS, klag mal wieder", so leitet eine Gruppe von Studierenden und Dozenten am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt ihren „Leitfaden für Arbeitslose" ein. Auf 156 illustrierten Seiten werden die Rechte als Arbeitsloser erläutert und Tips und Hinweise gegeben, sie durchzusetzen. Zahlreiche Argumentationshilfen und Muster für Widersrüche und Klagen machen es leichter, sich gegen Arbeitsamtsentscheidungen zur Wehr zu setzen.

Wenn jeder Arbeitslose diesen „Leitfaden für Arbeitslose" als Handbuch nutzt, sieht das Arbeitsamt beim Verhängen von Sperrzeiten, Vermittlungen „unzumutbarer" Arbeitsplätze und dergleichen mehr häufig sehr alt aus:

Zu beziehen gegen Überweisung von 6,– auf
Sonderkonto Schriftenreihe FH Ffm
Postscheckkonto Nr. 1255-607
Postscheckamt Frankfurt
Stichwort:
„Leitfaden für Arbeitslose"

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik im Jahre 1932



Wie im DGB mit einer Legende Politik gemacht wird

Vor 50 Jahren, vom 3. bis zum 7. November 1932, streikten die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft gegen eine von der Regierung per Notverordnung angeordnete Lohnkürzung.

Notverordnungen, Streiks, Polizeiübergriffe gegen streikende Arbeiter usw. waren damals an der Tagesordnung und sind heute vielfach vergessen. Dennoch hat die 1932 von der Zeitschrift „Gewerkschaft" getroffene Einschätzung des Streiks nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. „Die Lohnbewegung bei der BVG", so schrieb die „Gewerkschaft" damals, „wird künftig in den Kreisen der Arbeiterschaft nicht nur Gegenstand lebhafter Erörterungen, sondern auch Ausgangspunkt gewerkschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen sein". Bis heute wird der BVG-Streik gerne bemüht, um eine angebliche Zusammenarbeit der KPD und der NSDAP gegen die Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik zu belegen. Und da ja schon in der Schule gelehrt wird, daß die Weimarer Republik durch die Extremisten von links und rechts zerstört worden sei, fällt eine derartige Behauptung immer noch auf fruchtbaren Boden.

Obwohl in den letzten Jahren von fortschrittlichen und linken Gewerkschaftshistorikern diese These anhand vieler (auch neuer) Fakten widerlegt worden ist (z.B. E. Carlebach, F. Deppe und St. Lehndorff), bleibt der bürgerliche Teil der Gewerkschaftshistoriker bei der Legendenbildung der Zusammenarbeit von KPD und NSDAP. Wäre nun die Auseinandersetzung um den BVG-Streik ‚nur' eine Auseinandersetzung unter Gewerkschaftshistorikern, könnte sie uns eigentlich wenig kümmern. Leider ist diese Legendenbildung aber auch Bestandteil vieler Gewerkschaftsschulungen, und es wäre nicht verwunderlich, wenn dieser Streik spätestens dann wieder mehr in den Vordergrund gestellt wird, wenn die Ausgrenzung von DKP-Mitgliedern im DGB weiter voranschreitet.

Die Legende ...

Die offizielle Lesart des Streiks findet sich z.B. in einer vom ehemaligen DGB-Vorsitzenden Rosenberg kurz vor seinem Tode verfaßten Broschüre „DGB. Der Weg zur Einheitsgewerkschaft", die vom DGB kostenlos verbreitet wird: *„Die NSBO – Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation – und die RGO – Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition – waren sich einig im Kampf gegen die Gewerkschaftsführung – gegen die ‚Bonzen', als die man sie beschimpfte. Und so kam es zu so absurden Vorgängen wie dem Berliner Verkehrsarbeiter-Streik, in dem auf derselben Plattform im Berliner Sportpalast Goebbels und Ulbricht gemeinsam und miteinander zum Streik aufriefen, den die Gewerkschaften als sinnlos abgelehnt hatten"* (S. 28).

Als der DGB im Oktober 1979 seinen Geschichtskongreß abhielt, durfte das Thema BVG-Streik natürlich nicht fehlen. Otto Breustedt erklärte: *„Erinnern wir uns der Tatsachen, daß die Gewerkschaftsorganisationen von den Anhängern des Dritten Reiches gemeinsam mit der roten Gewerkschaftsopposition rigoros bekämpft wurden, daß sie sogar gemeinsam Kämpfe gegen die Gewerkschaften geführt haben. Ich erinnere an den Straßenbahnstreik von 1932 in Berlin. Das hat doch auch sehr viel dazu beigetragen, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften, so wie wir es uns gewünscht hatten, damals nicht zum Zuge kam"* (Protokoll der Konferenz, S. 115). Tatsächlich genügt heute im DGB die Nennung des Stichwortes „BVG-Streik", um die gewünschten Assoziationen auszulösen. Als beispielsweise im Vorfeld des DGB-Programmkongresses 1981 nach Argumenten gesucht wurde, um eine Beteiligung der Kommunisten an der Gewerkschaftsbewegung zu bestreiten, glänzte der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Karl-Heinz Hoffmann (CDU), mit seiner Erinnerung an den BVG-Streik im Jahre 1932 *„und an das gemeinsame Vorgehen der Nazis und der Kommunisten während dieser Auseinandersetzung"* („ÖTV-Magazin" 7/80).

Und als nach der Veröffentlichung des Buches „der Marsch der DKP durch die Institutionen" Autoren und Kritiker im Fernsehen ein Streitgespräch führten, meinte einer der Autoren, Wolfgang Rudzio, zum DKP-Mitglied Josef Schleifstein gewandt: *„Aber die Anbiederung an Hitler ist Ihnen ja letztendlich mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik auch vorgeworfen worden"* (Fritz Vilmar: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung, S. 28).

Die wohl kühnste Ausgestaltung dieser immer wieder aufgelegten Legende lieferte der DGB-„Haushistoriker" G. Beier, der in der *„Zusammenarbeit zwischen Nazis und Kommunisten im BVG-Streik eine Vorwegnahme des Hitler-Stalin-Pakts auf niedrigem Niveau"* sah (G. Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, S. 44). Eine kürzlich erschienene Dokumentensammlung (F. Deppe/W. Roßmann: Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften 1929-1933) erlaubt, diese Legende etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

... und die Realität

Am 4.9.1932 erließ die Regierung v. Papen eine Notverordnung, die den Unternehmern eine Unterschreitung des Tariflohns um bis zu 20 % ermöglichte. Dies löste in ganz Deutschland eine Streikwelle aus, die ihren Schwerpunkt in Klein- und Mittelbetrieben der Metall-, Bau-, und Textilindustrie hatte. Allein von Mitte September bis Mitte Oktober fanden 447 Streiks statt, von denen nur 30 gänzlich erfolglos endeten. Wenige Tage nach Verkündung der Notverordnung erklärte der ADGB-Vorsitzende Leipart auf einer Vorstandssitzung: *„Den Kollegen sollte der Auftrag gegeben werden, sich auf einen energischen Protest gegen die ungeheuerlichen Regierungsmaßnahmen zu beschränken und sich im übrigen passiv zu verhalten"*.

Einen Monat später, am 7.10. 1932, beriet der ADGB-Vorstand wieder über die Situation. Leipart meinte dort: *„Wir haben zu überlegen, ob wir unsere Taktik und unsere Parolen ändern sollen. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß für die Gewerkschaften kein Grund zu irgendwelcher Änderung in ihrem bisherigen Verhalten besteht. Die Gewerkschaften dürfen keine Aufforderung zur Arbeitsniederlegung erlassen"*. Fritz Tarnow wies in der Diskussion auf Probleme dieser Haltung der Gewerkschaften hin: *„Nazis und Kozis* (die damals in ADGB-Kreisen übliche diffamierende Bezeichnung für die Kommunisten, Anm. AK) *werden sich dieser Kämpfe bemächtigen, und deshalb haben wir alles zu versuchen, um diese nichtgewerkschaftlichen Kämpfe in unsere Hände zu bekommen. Vielleicht sollte man schon jetzt Unterstützungskomitees organisieren, mit deren Hilfe gleichzeitig ein einigermaßen geregelter Kampf geführt werden kann. Schließlich werden die Unternehmer erkennen müssen, daß ein bolschewistischer Kampf ihnen sehr viel gefährlicher werden muß"*.

Dies waren in etwa die Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung bei der BVG. Am 2. November fand dort eine Urabstimmung über Annahme der Kürzung der Stundenlöhne um 2 Pfennig oder Streik statt. Das Ergebnis dieser Urabstimmung wird bis heute unterschiedlich interpretiert. Tatsache ist, daß sich 14.471 Beschäftigte für Streik und 3.993 für Annahme der Lohnkürzung aussprachen. 73 Stimmen waren ungültig. Die Gewerkschaftsführung errechnete nun 21.902 Stimmberechtigte, von denen sich nur 18.537 an der Urabstimmung beteiligt hätten. Damit sei die nach der Satzung erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht erreicht worden. Diese Rechnung schließt jedoch Angestellte, die von der Kürzung überhaupt nicht betroffen waren, Urlauber und Kranke mit ein. Damalige Berechnungen kamen auf eine Zahl von 19.071 tatsächlich Diensttuenden, was bedeutet, daß nur 530 Beschäftigte der Abstimmung fergeblieben sind. Auch enthielt die Satzung hier nur eine Kann-Bestimmung, von der Ausnahmen jederzeit möglich gewesen wären. Immerhin beteiligten sich an der Urabstimmung alle Beschäftigten, nach der Satzung war nur eine Abstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern (nur ein Viertel der Beschäftigten war gewerkschaftlich organisiert) vorgesehen.

Bis heute wird jedoch vom DGB die Version, daß eine nicht ausreichende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern für den Streik gestimmt habe, verbreitet, um so zu rechtfertigen, daß die Gewerkschaftsführung dagegen war. So heißt es in den von Rudolf Herbig verfaßten „Notizen", die von der Abteilung Werbung des DGB bisher in einer Auflage von 280.000 Exemplaren verschenkt wurden: *„In einer Urabstimmung werden die für einen Streik erforderlichen 75 % nicht erreicht. RGO und NSBO rufen trotzdem den Streik aus"* (S. 196). Tatsächlich übernahm die RGO die Streikführung, nachdem die ADGB-Führung den Streik nicht anerkannt und für „wild" erklärt hatte. Gemäß den Vorstellungen der RGO rief diese dazu auf, eine betriebliche Kampfleitung zu bilden. Diese betrieblichen Kampfleitungen wurden zur Durchführung des Streiks gewählt, und zwar gewählt von den Beschäftigten der Betriebe, in diesem Fall durch die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft. Es entsprach also dem Wahlergebnis der Arbeiter, wer und welche politische Strömung in der Kampfleitung saß. Durch die Wahl kam es dazu, daß in der Streikleitung Kommunisten, Sozialdemokraten, ADGB-Mitglieder und auch nationalsozialistische Arbeiter saßen.

Der Streik wurde mit äußerster Brutalität bekämpft. „Der Funke", die vom späteren „geistigen Vater" des Godesberger Programms der SPD, Willi Eichler, herausgegebene Tageszeitung meldete am 6.11.32: *„Im Laufe des Freitags kam es zu zahlreichen Zusammenstößen. Außer dem bereits gemeldeten Zusammenstoß in Schöneberg, bei dem ein SA-Mann getötet wurde, gab es noch einen Toten bei einem erneuten Zusammenstoß in Schöneberg an anderer Stelle. Das Publikum sympathisierte großenteils mit den BVG-Arbeitern und begrüßte die Streikbrecher mit ‚Nieder'-, und ‚Pfui'- und ähnlichen Rufen"*.

Am Tage darauf wurde eine Verhandlungskommission der Streikleitung im Direktionsbebäude verhaftet. Insgesamt wurden mehr als 500 Streikposten verhaftet und 4 Arbeiter von der Berliner Polizei erschossen. Die BVG-Direktion erließ ein Ultimatum, daß jene entlassen würden, die nicht die Arbeit wiederaufnähmen. Von ca. 20.000 Beschäftigten fanden sich darauf nur 3.500 Arbeitswillige ein. Die bürgerliche Presse, zu der hier auch der sozialdemokratische „Vorwärts" zu rechnen ist (*„Eine neue ‚proletarische Einheitsfront' wird sichtbar. Adolf Hitler ist ihr Führer"*) hetzte gegen den Streik, während die „Rote Fahne", das „Volks-Echo", die „Volkswacht" und die „Welt am Abend", die für die Streikenden Stellung genommen hatten, verboten wurden. Unter diesen Bedingungen wurde der Streik am 7.11. mit einem Teilerfolg für die kämpfende Belegschaft beendet.

Manöverkritik im SPD-Parteiausschuß

Am 10.11. trat der SPD-Parteiausschuß zusammen, auf dem Katerstimmung herrschte. Grund waren die Reichstagswahlen vom 6.11., bei denen die SPD erheblich hatte Federn lassen müssen. In Berlin wuchs der Stimmenanteil der KPD von 27,3 % auf 31 %, während die SPD auf 23,3 % absank. Der Berliner SPD-Vertreter erklärte dazu: *„Wir sind der Meinung, daß das Berliner Wahlresultat allein beeinflußt wurde durch den Verkehrsstreik"*. Noch deutlicher äußerte sich Graßmann vom ADGB: *„Der Streik ist nicht nur ein Schaden für die Partei, sondern eine Schweinerei. Er hat unsäglich viel dazu beigetragen zu den Verlusten"*.

Angesichts des vernichtenden Wahlresultats konnte die Kritik der SPD-Politiker an den Gewerkschaftsführern nicht ausbleiben. Das spätere SPD-Parteivorstandsmitglied Dietrich meinte: *„Es geht nicht an, daß, weil 150 Stimmen an der vorgeschriebenen Zahl fehlen, wir uns die ganze Sache aus der Hand nehmen lassen ... Wir können unseren Kollegen nicht zumuten, die Streikbrecher zu machen, das liefert unsere Partei der Vernichtung aus"*.

Mit beredten Worten versuchte der ADGB-Vertreter Graßmann die Ablehnung des Streiks zu rechtfertigen: *„Für mehr als 20.000 städtische Arbeiter ist kurze Zeit vor den Verhandlungen mit der BVG ein Schiedsspruch zustande gekommen, der den Leuten vier Pfennig vom Stundenlohn nimmt, während die Regelung mit den Verkehrsarbeitern nur einen Abzug von zwei Pfennigen vorsah. Nun stellen Sie sich einmal die Lage für die Organisation vor: Den städtischen Arbeitern hat man gesagt, ihr müßt vier Pfennig Lohnabzug hinnehmen, ein Streik ist unmöglich, und den wegen zwei Pfennig Lohnabzug streikenden Verkehrsarbeitern müßte man eine Unterstützung durch die Organisation gewähren. Dieses unglückliche Zusammentreffen hat nun leider Gottes die politische Wirkung gehabt"*.

Dieses Argument wurde von den ADGB-Führern natürlich öffentlich nicht verwendet. Und noch in einem anderen Punkt sprach Graßmann auf dieser internen Sitzung Klartext. Die BVG-Direktion hatte sofort nach Ausrufung des Streiks die behördliche Zwangsschlichtung beantragt, die in ihrem Schiedsspruch die Lohnkürzung bestätigte. Dieser Schiedsspruch wurde dann für verbindlich erklärt. Öffentlich wurde die Schuld dafür der KPD in die Schuhe geschoben. Schuld trage die *„kommunistisch-nationalsozialistische Streikleitung, die durch ihre überstürzten Maßnahmen die Lohnbewegung in das amtliche Schlichtungsverfahren zwang"* („Gewerkschaft", 12.11.32).

Intern machte Graßmann deutlich, daß sie den Streik auch deshalb abgelehnt hatten, weil er sich gegen dieses Schlichtungsverfahren wandte: *„Der Bundesvorstand* (des ADGB, Anm. AK) *hat durch den Genossen Leipart wiederholt in unseren Bundesausschuß-Sitzungen die Parole ausgesprochen: Auf keinen Fall los vom Schlichtungswesen ... Das, was wir brauchen, ist die Verbindlichkeitserklärung. Ich bitte Sie dringend, diesen Gedanken draußen nicht zu propagieren. Es würde eine Stimmung verbreiten, die uns außerordentlich gefährlich werden könnte."*

Und noch in einem dritten Punkt ist diese Parteiausschußsitzung für die Beweggründe der ADGB-Führung sehr interessant. Die von C.v. Ossietzky herausgegebene „Weltbühne" konnte damals bloß vermuten, *„daß die Gewerkschaften ihr imaginäres Eigeninteresse durchzusetzen glaubten, wenn die RGO den Streik verliert"* (15.12.32, S. 742). Auf der SPD-Sitzung wurde Klartext geredet: *„Es wäre durch einen sozialdemokratischen Antrag* (im Aufsichtsrat der BVG, Anm. AK) *die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß der Zwei-Pfennig-Lohnabzug nicht vorgenommen wurde. Warum ist denn der Aufsichtsrat nicht zusammengetreten? Weil die Mitglieder der Bezirksleitung des Gesamtverbandes* (der Gewerkschaften, Anm. AK) *gesagt haben, das darf es nicht geben, wenn das geschieht, wird das als ein Sieg der RGO ausgelegt"*.

Zusammenarbeit von KPD und NSDAP ?

Der einzige Punkt, der die bis heute immer wieder behauptete Zusammenarbeit von Nazis und ‚Kozis' während des BVG-Streiks belegt, ist die Tatsache, daß in die Streikleitung auch Nationalsozialisten gewählt worden waren, und daß die NSDAP diesen Streik offiziell unterstützte. Wie taktisch und demagogisch die Streikunterstützung durch die Nazis war, belegen Äußerungen von Nazigrößen selbst. Goebbels notierte am 2.11.32 in seinem Tagebuch: *„Wir befinden uns in keiner beneidenswerten Lage. Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht gewinnen; hat man aber den Arbeiter einmal verloren, dann ist er immer verloren"*. Und Hitler meinte in einem Gespräch mit Hindenburg am 19.11.32: *„Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren, das wäre auch kein Vorteil für Deutschland!"*

Der Redakteur der Nazi-Zeitung „Der Angriff", Dr. Lippelt, wurde kurz nach dem Arbeitskampf wegen seiner Stellungnahme für den Berliner Verkehrsstreik seines Postens enthoben.

Dies alles zeigt, daß es keine Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP gegeben hat, sondern daß sich die NSDAP demagogisch an den Streik der Arbeiter rangehängt hat, um weiter in der Arbeiterklasse wirken zu können. Genau so hat dies die KPD auch während des Streiks gesehen und die NSDAP entsprechend angegriffen (was ein Rundschreiben der KPD vom 8.11.32 und die Zeitung „Der Kämpfer" vom 10.11.32 belegen; abgedruckt in S. Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar, S. 77ff.).

Um die Totalitarismusdoktrin abzusichern, muß der BVG-Streik in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der einzige Streik bleiben, den die NSDAP unterstützte. Dementsprechend wird von den bürgerlichen Gewerkschaftshistorikern immer wieder unterschlagen, daß selbst der ADGB schon einmal von der NSDAP offiziell bei einem Streik unterstützt wurde. Dies geschah im Oktober 1930 beim Streik der 130.000 Berliner Metallarbeiter, der vom ADGB geführt wurde.

Die liberale „Weltbühne" vom 8.11.32 resümierte den BVG-Streik damals mit den Worten: *„Die Kommunisten haben jedoch einen moralischen Erfolg errungen, wie noch nie in den Arbeiterkämpfen der letzten Jahre"*. Durch eine demagogische und einseitige Geschichtsschreibung ist es gelungen, diesen Erfolg vergessen zu machen. Auf dem Geschichtskongreß des DGB 1979 wies der Historiker Werner Conze darauf hin, daß Geschichtsschreibung in eigener Sache in der Gefahr stehe, unkritisch zu sein. Der DGB-„Haushistoriker" Gerhard Beier, der sich hier wohl angesprochen fühlte, widersprach Conze damals heftig: *„Wir schreiben ja auch als Deutsche deutsche Geschichte, und ich meine, daß nicht alle deutsche Geschichte, die von Deutschen geschrieben wird, nun unbedingt unkritisch sein muß. Ich meine, daß hier die Kategorie der Selbstkritik hineingehört"* (Protokolle, S. 69). Wo bleibt nun Ihre Selbstkritik, Herr Beier?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkung:
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Zitate aus: F. Deppe/W. Roßmann: Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften 1929-1933. Pahl-Rugenstein-Verlag 1981. Kleine Bibliothek, Band 229.

SPD-Parteitag in München Das nächste Ziel der Friedensbewegung

Fortsetung von Seite 1

Zu diesem Kreis gehört auch Eppler). Kritisiert wird nicht nur die geplante Stationierung der neuen Atomwaffen (als neue Strategie der USA, einen nächsten Krieg auf Europa beschränken zu wollen und für sie gewinnbar zu machen), auch die Haltung der US-Regierung zu den Verhandlungen wird angegriffen. *„Die NATO-Führungsmacht USA ließ nichts unversucht, um Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über den Stop der Raketenrüstung unmöglich zu machen. Zwar haben sich die USA nach langem Zögern, nicht zuletzt nur aufgrund der Europäer bereiterklärt, Abrüstungsverhandlungen über die Mittelstrekkenraketen in Europa mit der UdSSR aufzunehmen. Es muß bezweifelt werden, daß die Vereinigten Staaten zu einem für beide Seiten gleichermaßen akzeptablen Ergebnis kommen wollen. Sonst würden sie nicht auf einer Stationierung neuer Atomraketen ‚in jedem Fall im Jahr 1983' bestehen, wenn es bis zu diesem Zeitpunkt zu keinem Verhandlungsergebnis kommen sollte.*

Die Erklärung, auch die amerikanische Regierung strebe eine sogenannte Null-Lösung an, würde erst dann glaubhaft, wenn die USA bereit wären, ihre seegestützten Raketen einzubeziehen und in einem Reduzierungsprozeß des atomaren Potentials zusammen mit der SS 20 zu verschrotten."

Schließlich wird ganz allgemein das Wettrüsten angegriffen und dann ziemlich schwammig festgestellt: *„Mit ihrer Zustimmung zum NATO-Rüstungsbeschluß hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Weg freigemacht, die bestehenden riesigen Vernichtungspotentiale zu ergänzen und den Prozeß des Wettrüstens beschleunigt."* Gefordert wird die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten einer Erhöhung der Sozialausgaben u.a.m., keine Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen, Stop der Stationierung weiterer atomarer und chemischer Waffen in Europa und ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Aufgerufen werden mit diesem Text a u s s c h l i e ß l i c h die Mitglieder der SPD, *„mit uns anläßlich des Bundesparteitages für eine Wende in der Sicherheits- und Sozialpolitik zu demonstrieren."* Dieses Vorgehen, nicht gemeinsam mit der Friedensbewegung Aktionen zu planen und durchzuführen, ist schon von daher völlig unverständlich, als der Aufruf-Text zwar i n h a l t l i c h durchaus auf der Linie vieler Nachrüstungsgegner in der SPD, wie eben auch Eppler, Lafontaine u.a., liegt, die sich aber schon beizeiten für ein anderes V o r g e h e n zum Parteitag ausgesprochen haben. Ein erstes Indiz dafür war ein Gerücht, daß nach den 300 000 in Bonn 700 000 nach München mobilisiert werden. In München soll im April der Parteitag stattfinden. Dieses Gerücht wurde von Eppler dementiert. Eppler hat sich übrigens schon seit längerem dafür ausgesprochen, sich von den Verhandlungen ein Bild zu machen. (Nimmt man/frau das ernst, spricht doch eigentlich alles dafür, den „Nach"rüstungsbeschluß auf dem Parteitag zu diskutieren und natürlich auch abzulehnen...).

Den eigentlichen ‚Durchbruch' schaffte der inzwischen prominente Abrüstungs'experte' Lafontaine, SPD Landeschef im Saarland. Auf dem letzten Landesparteitag der SPD in Saarbrücken. Ende letzten Jahres signalisierte er der SPD-Spitze, er wäre dafür, den „Nach"rüstungsbeschluß in München nicht zu behandeln, wenn diese Frage auf einem Parteitag zu einem späteren Zeitpunkt, aber noch vor Beginn der Stationierung, diskutiert werden würde. Das Angebot wurde von ihm – wie auch anderen SPD-'Linken' – mit den Genfer Verhandlungen begründet, die man erst abwarten müsse. Willy Brandt und die übrige Parteitags-Regie griff diesen Strohhalm begeistert auf und erklärte Bereitschaft, einen Sonderparteitag im Herbst 1983 durchzuführen, kurz bevor die Stationierung vollzogen wird (werden soll).

So gesehen wenden sich die Jusos und Falken an ein Spektrum, von dem allseits bekannt ist, daß es in Teilen ein gänzlich anderes Vorgehen propagiert – und gleichzeitig wird das Spektrum begrenzt, die Friedensbewegung nicht einmal angesprochen. Wenn sie unbedingt demonstrieren will, kann sie ja hinter den sozialdemokratischen Losungen hinterhertrotten. Jedenfalls haben die Falken auf eine Anfrage von uns ihre Vorstellung geäußert, daß sie auf alle Fälle als Veranstalter auftreten wollen. Setzt sich diese Linie durch, ist zu befürchten, daß diese Art Planung dazu führen wird, ein bißchen ‚linke' Begleitmusik für den durch und durch rechten Parteitag zu liefern – oder ist das gar beabsichtigt und mit der Bonner „Baracke" abgesprochen? Eppler, Coppik, Hansen u.a. „Nach"-rüstungsgegner in der SPD sollen über „Foren" einbezogen werden, die die Veranstalter organisieren wollen.

Am 17. Januar soll die weitere Aktionsplanung besprochen werden (17.1. um 13 Uhr im Konferenzsaal des Bundesbahnhotels in München). Nach Angaben der Falken ist ein Fackelzug für Freitagabend, den 16. April, oder eine Demonstration für Sonnabend, 17.4., vorgesehen.

Bisher hat die Friedensbewegung, da wo sie sich in M a s s e n aktionen geäußert hat, an die Regierenden appelliert, den Aufrüstungsbeschluß zurückzunehmen. Wenn jetzt die Regierungspartei SPD die Diskussion darüber bis kurz vor die Stationierung der Dinger hier verschiebt, ist das eine ernste Herausforderung an die Friedensbewegung. Es muß sich erst noch herausstellen, ob sich in der Friedensbewegung s c h o n h e u t e massenhaft die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die Regierung, bzw. die SPD, (ein) G e g n e r bei der Frage der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen ist, nicht aber ein Partner, mit dem man/frau gar einen Dialog führen könnte, wie ja gerade das Beispiel des bevorstehenden SPD-Parteitages zeigt.

Insofern bekommt die Frage der Aktionen anläßlich des SPD-Parteitages eine grundsätzliche politische Bedeutung. Sie wird gewissermaßen zu einem Test für die „politische Reife" der Friedensbewegung.

Aufruf zu Aktionen anläßlich des SPD-Parteitages [April 1982 in München]

Wenn es nach dem Willen der Parteitags-Regie geht, wird im April in München der sogenannte NATO–Doppelbeschluß, der die Stationierung von "Cruise Missiles"und "Pershing II" in Europa, hauptsächlich in der Bundesrepublik, beinhaltet, n i c h t diskutiert.

Natürlich will die SPD gemäß ihrem Godesberger Programm immer noch "die Partei der Freiheit des Geistes" sein. Deshalb darf über die NATO–"Nach"rüstung auch auf einem Parteitag, immerhin das höchste Gremium der Partei, diskutiert werden – allerdings erst im Herbst 1983, also fünf Minuten vor Zwölf. Denn für diesen Zeitpunkt hat US-Präsident Reagan in Übereinstimmung mit seinen europäischen NATO-"Kollegen" das Startzeichen festgelegt für die Transporter, die ihre todbringende Fracht nach Europa schaffen sollen.

Geradezu pervers nannte der ehemalige Juso-Chef Schröder etwa diese Parteitags-Regie. Zur Freude Helmut Schmidts und anderer Raketenfanatiker hält er vielmehr eine Diskussion um den NATO–"Nach"rüstungsbeschluß im April in München für pervers. Denn dadurch, so seine Argumentation, würden die beiden Seiten des Beschlusses, Verhandlungen einerseits, Stationierung von „Pershing II" und „Cruise Missiles" andererseits, auseinandergerissen. Kurz gesagt, auf einem Parteitag der SPD darf bis zum Ende der Genfer Verhandlungen über diese Frage nicht mehr diskutiert werden.

Nun sind die Verhandlungen ja inzwischen angelaufen, und Reagan hat in einem publikumswirksamen Fernsehauftritt dafür die Vorgabe der Nullösung gemacht. Damit ist aber leider nicht eine der Forderungen aus der Friedensbewegung – Null Raketen in Europa – gemeint. Vielmehr will leider nicht eine der Forderungen aus der Friedensbewegung – Null Raketen in Europa – gemeint. Vielmehr will man lediglich auf die Stationierung der n e u e n Mittelstreckenraketen in Europa ("Pershing II" und "Cruise Missiles") verzichten, wenn die Sowjetunion dafür a l l e ihre atomaren Mittelstreckenraketen verschrottet, einschließlich der SS 20 an der chinesischen Grenze und der älteren SS 4 und SS 5. Würde die Sowjetunion auf diesen Vorschlag eingehen, verblieben in Europa noch

– 18 französische Raketen mit einer Reichweite von 3.600 km und jeweils der 12-fachen Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe,
– die britischen und französischen Atom-U-Boote, die völlig unabhängig vom NATO-"Nach"rüstungsbeschluß in den 80er Jahren modernisiert werden,
– die in den europäischen Gewässern stationierten Poseidon-U-Boote der USA und
– schließlich sollen bis 1989 von der NATO 2.527 s e e gestützte "Cruise Missiles" eingeführt sein, die selbstverständlich von Reagan's "Nullösung" ausgenommen sind.

Nur weil der Westen in seinen Berechnungen der Mittelstreckenwaffen die meisten Systeme gar nicht "mitzählt", kommt eine "sowjetische Überlegenheit" zustande. Demgegenüber errechneten in einer Broschüre der ehemalige Bundeswehr-General Bastian und der Juso-Vorsitzende Pieczyk bereits auf der Basis des v o r h a n d e n e n Mittelstrecken-Potentials in Europa eine Überlegenheit des Westens von 1.906 zu 1.780 Sprengköpfen, wobei die SS 20 schon mit jeweils drei Spengköpfen berechnet und die veralteten SS 4 und SS 5 mitgezählt sind.

Die "sowjetische Überlegenheit", von der Reagan's Friedensangebot ausgeht, ist also eine Propagandalüge. Selbst bei Verzicht auf die sogenannte Nachrüstung der NATO lagert in Europa noch genügend Kriegsmaterial, um die Sowjetunion mehrfach zu vernichten.

Damit dürfte das Scheitern der Genfer Verhandlungen von vornherein feststehen. Wohlgemerkt, wir sind keineswegs gegen Verhandlungen, wenn sie wirkliche Abrüstungsschritte zum Gegenstand haben.

Demgegenüber scheint sich in der SPD ein ganz spezieller Begriff von 'Abrüstung' breit gemacht zu haben. Auf dem letzten Parteitag erreichte Schmidt eine 90 Prozent Delegierten-Mehrheit für die Zustimmung zum "Doppelbeschluß" u.a. mit dem Hinweis, daß "Cruise Missiles", "Pershing II" und die Neutronenbombe ein "realistischer Beitrag zur Abrüstung" seien (Süddeutsche Zeitung, 3.12.79) ...

Der SPD-Parteitag fand rund eine Woche vor dem denkwürdigen 12.12. 79 statt, an dem in Brüssel der "Nach"rüstungsbeschluß gefaßt wurde.

Helmut Schmidt leitete die Debatte mit der Erpressung ein, er könne einen möglicherweise "abweichenden Parteitagsbeschluß (...) als Bundeskanzler nicht mittragen" (SZ, 3.12. 79).

Springer's "Welt " feierte den Beschluß ganz im Sinne der NATO-Strategen, denn dadurch seien "entscheidende Weichen gestellt worden (...), damit die noch zögernden Regierungen in Den Haag und Kopenhagen möglicherweise ihren Widerstand gegen die sicherheitspolitische Initiative aufgeben" (Welt, 6.12.79).

Hatte der damalige Parteitag also eine ganz bestimmte Rolle beim Zustandekommen des NATO-Beschlusses in Brüssel gespielt, so fragt man sich doch, weshalb die Diskussion jetzt auf den Herbst nächsten Jahres verschoben werden soll?

Viele Sozialdemokraten haben in Übereinstimmung mit Zielen der Friedensbewegung bei verschiedenen Bezirks- und Landesparteitagen die Zurücknahme des "Nach"rüstungsbeschlusses gefordert. Rund zwei Millionen Menschen haben in dem Krefelder Apell an die Bundesregierung – und damit natürlich auch an die SPD als Regierungspartei – Krefelder Apell an die Bundesregierung – und damit natürlich auch an die SPD als Regierungspartei – die Aufhebung des "Doppelbeschlusses" gefordert. 'Stop der neuen Raketen' als ein erster, wichtiger Schritt war schließlich auch das zentrale Motto der großen Demonstration in Bonn.

Zwar betont die Regierung, insbesondere die SPD, wieder und wieder, wie ernst sie die Sorge und Angst der Friedensbewegung nimmt, daß deren Anliegen auch ihre seien und daß die Erhaltung des Friedens eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist.
– Aber die SPD hält es nicht einemal für nötig, auf ihrem nächsten Parteitag über die NATO–"Nach"rüstung zu diskutieren!

Wir fordern ein klares NEIN zur atomaren Raketen-Rüstung vom SPD-Parteitag!

1979 demonstrierten rund 20.000 anläßlich des SPD-Parteitages in West-Berlin gegen das Atomprogramm und den Rüstungsbeschluß dieser Partei, darunter auch viele Sozialdemokraten. Diesmal wollen wir noch viele mehr werden. Zentral in München, aber vielleicht auch bei regionalen Demonstrationen oder anderen Aktionen in vielen Städten.

Dabei werden wir uns insbesondere für München um gemeinsame Aktionen mit Sozialdemokraten bemühen.

Wir wolen den Vorbereitungs-Termin für einen Kongreß unabhäbgiger Friedensinitiativen am 16./17. Januar in Osnabrück (Beginn: 16.1. um 13 Uhr in der ESG, Parkstraße 19) und den Kongreß von AGDF und Aktion Sühnezeichen am 6./7. Februar in Bonn (Beginn:6.2. um 13 Uhr, Gaststätte Rheinterassen, Estermannstr. 138) dazu nutzen, um gemeinsam Aktionen zu beraten und zu beschließen. Wir bitten alle Friedensgruppen, diese Initiative zum SPD-Parteitag zu diskutierten und zu unterstützen.

3.1.82

Hamburger Friedenskoordination
c/o Christel und Bernd Kruse
Jungfrauenthal 16
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/47 63 21

Selbstauflösung der Jusos in Pinneberg

Die Jungsozialisten in der SPD in Pinneberg (bei Hamburg) beschlossen im Dezember, sich als Juso-Gruppe aufzulösen und Anfang Januar eine "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten" zu gründen. Zu diesem Schritt hat sich die Gruppe, die derzeit zehn Genoss(inn)en umfaßt, entschlossen, "*weil unserer Meinung nach die derzeitige Politik (und eine Änderung ist nicht in Sicht) der Bundesregierung und der Partei keine Grundlage mehr für eine weitere Arbeit in der SPD bieten. Auch eine Veränderung der SPD durch Einbringung von linken Positionen erscheint uns immer mehr illusionärer zu werden.*"

Mit der Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft stellen die Genoss(inn)en "*zugleich die Organisationsfrage für linke Sozialdemokraten*", die heute noch Mitglied der SPD sind.

(Es gibt in Pinneberg – und nicht nur dort – eine Reihe von Genoss(inn)en in der SPD, die zwar "keinen Schlag mehr für die SPD" tun wollen, sich aber einer neuen Organisation erst dann anschließen wollen, wenn diese "ausgegoren" ist. Diese linkssozialdemokratischen Genoss(inn)en verkennen, daß es beim "Ausgären" eines solchen Projektes nicht zuletzt auf i h r e inhaltlichen Beiträge ankommt).

Die Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten soll "*als Gesprächs- und Sammlungskreis von Sozialisten außerhalb der SPD und auch in der SPD zur Neuorientierung. sozialistischer Politik, aber auch zu konkreter politischer Aktivität dienen*". (Zitat aus einer Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft).

Dem Austritt aus der SPD und der organisatorischen Trennung von den Jusos waren bei den Genoss(inn)en monatelange Diskussionen, vor allem über die NATO-"Nach"rüstung, über den von der Regierung betriebenen Abbau von Sozialleistungen und den Parteiausschluß des Bundestagsabgeordneten Hansen vorausgegangen.

Einen kleinen Anstoß von außen erhielten diese Diskussionen durch einen Artikel eines ehemaligen Jusos, der bereits im Frühjahr 1978 aus der SPD ausgetreten war, in der örtlichen Alternativzeitung im Juni 1981. In dem Artikel hieß es u.a.:

"Die Jusos und andere SPD-Linke wären gut beraten, wenn sie jetzt deutlich machen würden, wo die Grenzen dessen liegen, was sie durch eine Mitgliedschaft und Wahlhelferschaft bei der SPD noch zu unterstützen bzw. zu dulden bereit sind.

Es ist letztlich kein Kompromiß möglich zwischen einer Politik, die ein lebensbedrohendes AKW-Programm und noch lebensbedrohlichere Atomraketen durchsetzen will und einer Politik, die dies entschieden ablehnt.

Atomprogramm und NATO-Atomraketen, das sind Ü b e r l e b e n s f r a g e n , nicht nur für die westdeutsche Bevölkerung.

Was passiert, nun, wenn der bevorstehende SPD-Parteitag sich nicht mehrheitlich gegen das AKW-Programm und die Nachrüstung ausspricht und/oder die SPD-Führung nicht bereit ist, ihre abenteuerliche Politik zu ändern?

Wenn Jusos und SPD-Linke dann nicht eine T r e n n u n g von ihren 'Genossen' der Atom- und Rüstungslobby vollziehen oder womöglich noch den 'Abschuß' von SPD-Linken durch die SPD-Führung dulden, dürften sie nicht nur bei Wählern und Symphatisanten, sondern auch bei vielen ihrer Mitglieder die letzten Reste ihrer Glaubwürdigkeit verspielen.

In Dänemark, Norwegen, Holland und Griechenland gibt es bereits seit Jahren unabhängige sozialistische Parteien, die mit Erfolg arbeiten und nicht etwa im Null-Kommaschrumpfbereich herumwursteln. Warum sollte ähnliches bei uns nicht möglich sein?

Einige linke SPD-Mitglieder sind nun der Meinung, die SPD müsse in die Opposition gehen, um sich zu regenerieren.

Soll das die Lösung, der Weg aus der Krise sein?

Daß die AKW- und Raketenfans, die Schmidt &Co. einige Jahre ihr ramponiertes Image etwas aufpolieren, sich 'reformwillig' und fortschrittlich geben, um bald darauf ihre alte Politik wieder fortzuführen? Was folgte in den 60er Jahren auf die lange Oppositionszeit der SPD? Die Große Koalition von Brandt bis Strauß und danach ..." (aus:"Der Anfang", Alternative Zeitung Kreis Pinneberg, Nr. 9, Juni 1981).

Die Pinneberger "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten" hat bereits informelle Kontakte zu den Unabhängigen Sozialdemokraten (USD) in Hessen und zur Initiative Sozialistische Politik ("Moderne Zeiten") aufgenommen.

Wir begrüßen den Schritt der zehn Genoss(inn)en. Sie haben damit dem psychologischen Druck der SPD-Parteibürokratie, die, in der „Provinz" noch stärker als anderswo, Sozialisten, die aus der SPD austreten wollen, als "Aussteiger ins Sektierertum" o.ä. diffamiert, erfolgreich widerstanden. Und auch die Perspektive einer (bei der dünnen Personaldecke von aktiven Mitgliedern in Schleswig-Holstein erfahrungsgemäß leicht zu arrangierenden) Parteikarriere konnte sie nicht verlocken. Der jetzige Bundesvorsitzende der Jusos, Willi Piecyk, kommt übrigens auch aus Pinneberg). Wir hoffen, daß die Genoss(inn)en der "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten" 1982 ihre bisherige Abstinenz gegenüber der neugebildeten Grün-Alternativen Liste Pinneberg, die im März zu den Kommunalwahlen antreten will, überwinden.

KB/Gruppe Pinneberg

Rote Karte für Karl-Heinz Hansen – Gelb für Coppik

Der „notwendige Selbstreinigungsprozeß" der SPD

Es ist geschafft: „Das faule Fleisch am Rande der Partei" (NRW-Voristzender Bäumer) ist abgeschnitten. Am 15. Dezember verwarf die Bundesschiedskommission der SPD Karl-Heinz Hansens Berufung gegen den bereits im Sommer vom zuständigen Bezirk Niederrhein ausgesprochenen Parteiausschluß. Weitere Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht; lediglich ein Bundespateitag könnte die Wiederaufnahme Hansens beschließen.

Vorangetrieben worden war der Ausschluß zuletzt insbesondere vom SPD-Vorstand, in dessen Auftrag der Vorzeige-Dialogführer und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sich direkt in das Verfahren einschaltete, „im Sinne eines Pareiausschlusses von Hansen" („FR", 19.11.). *„Da Hansen mehrfach in grober Weise gegen die Parteisolidarität verstoßen habe, erklärte Glotz, müsse die SPD dem Ausschlußverfahren folgen, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren wolle"* („Neue", 12.12.). Es gehe selbstverständlich nicht um eine Einschränkung der Meinungsvielfalt in der SPD, sondern *„lediglich um grob unsolidarisches Verhalten gegen schwere Verantwortung tragende Genossen"*, d.h. Regierungsmitglieder (ebd.).

Die „groben Verstöße" Hansens bestanden v.a. in teilweise sehr harter Kritik an der Regierungspolitik im Sozial- und Rüstungsbereich, die auch vor gelegentlichen Angriffen auf Helmut Schmidt nicht halt machte („Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk", „konkrete politische Schweinereien"), und in von der SPD-Fraktion abweichendem Stimmverhalten im Bundestag. Trotz diverser Ermahnungen und Verhaltensmaßregeln hatte sich Hansen nicht willig gezeigt, im Bundestag künftig nur noch still und brav den Finger im richtigen Moment zu heben und seine außerparlamentarische Arbeit einzustellen. Ein altgedienter Sozialdemokrat wie Bäumer witterte sogleich, worum es ging, nämlich um Unterwanderung der SPD: „In der Partei ... gebe es mittlerweile zu viele, die sich den ‚Markenartikel SPD erschwindeln' wollten, um unter diesem Firmenschild ihre ‚falsche Ware' feilbieten zu können. Daß die Unterwanderung gelingt, mag er nicht ausschließen" („Spiegel", 48/81). Ein Optimismus, den wohl selbst die Jusos nicht mehr teilen ...

Außer direkt gegen Hansen richtet sich der Schlag des Vorstands auch gegen die Jusos, die die Solidarität mit Hansen zu einem zentralen Punkt ihrer Politik gemacht hatten und immerhin fast 50.000 Unterschriften gegen den Ausschluß gesammelt hatten. Sie bezeichneten das Verfahren als *„kalkulierten Schlag gegen die Aufrüstungsgegner in der SPD und besonders gegen den linken Flügel zum Zwecke der Machtsicherung der SPD-Herrschenden"* (nach „Neue", 12.12.). Wie genau kalkuliert das Vorstands-Vorgehen war, bestätigte sich spätestens bei den beschämend schwachen Reaktionen aus der Partei bei Bekanntgabe des Ausschlusses.

Der Ausschluß von Hansen ist eine g e s u c h t e und g e w o n n e n e Kraftprobe des Vorstandes mit seinen innerparteilichen Kritikern.

„Allerletzte Warnung" für Coppik

Noch einmal mit einem „blauen Auge" davongekommen ist M. Coppik, der in einem Brief an 1000 Freunde dazu aufgefordert hatte, die Organisationsperspektive für Sozialisten in der SPD neu zu überdenken. Durch die Einbeziehung von Alternativen und Grünen in seine Überlegungen hatte er es gewagt, das Dogma der SPD-Mitgliedschaft als ein ziger Möglichkeit in Frage zu stellen. Einer seiner Ausgangspunkte war die erschütternde Bilanz der bisherigen Arbeit der SPD-Linken (s. AK 213).

Wieder war Peter glotz einer der Wortführer eines Ausschlußverfahrens, nachdem sich Coppik geweigert hatte, seinen Brief zurückzuziehen; W. Brandt soll sich dem angeschlossen haben („taz", 30.11.). Um die Schändlichkeit von Coppiks Überlegungen zu verdeutlichen, sah sich Glotz genötigt, auf das Godesberger Programm zurück zugreifen. *„Dort sei eindeutig festgestellt: ‚Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt'. Durch die Tatsache, daß Coppik diese Feststellung problematisiere, ‚befindest Du Dich auf dem direkten Weg aus der Partei hinaus', schreibt Glotz"* (FR, 19.11.)!

Coppik wies darauf hin, daß Glotz' Brief genau einen Tag, nachdem er mit Hansen gegen das Sparprogramm der Bundesregierung gestimmt hatte, geschrieben worden sei, und vermutete — sicher nicht zu Unrecht — daß dies dem Parteivorstand „den letzten Anstoß" gegeben habe. Den Verweis auf das Godesberger Programm bezeichnete er als „absurd", da er vor zwanzig Jahren eben aufgrund dieses Satzes in die SPD eingetreten sei: *„Nur sehe ich, daß aufgrund der Politik der SPD-geführten Bundesregierung die SPD immer weniger Sozialisten in ihren Reihen ‚willkommen heißen' kann."* („Neue", 21.11.).

Die südhessische Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen erklärte, sie würde ein Ausschlußverfahren begrüßen und forderte Coppik gar zum freiwilligen Austritt auf. Es gehe zur Zeit um einen *„notwendigen Selbstreinigungsprozeß"*. *„Nicht die Politik von Holger Börner und Helmut Schmidt sei der Hauptgrund der Austrittswelle, sondern die in einigen Partei gliederungen konsequent betriebene Gegnerschaft zu dieser Politik"* (FR, 10.12.).

Auch die SPD-Vereinszeitung „Vorwärts" schloß sich dem Kesseltreiben gegen Coppik an: *„Die Zielrichtung ist klar: Wer in den Leib- und Magenblä ttern der dogmatischen Linken [Die Neue] und der Alternativszene [TAZ] die Organisationsfrage aufwirft, will die Diskussion über eine neue linke Partei; und wenn diese Diskussion von einem sozialdemokratischen Mandatsträger angezettelt wird, dann steht dieser _ ob gewollt oder ungewollt _ schon mit einem Bein außerhalb der SPD. Das mußte _ bei aller Blauäugigkeit _ auch Coppik wissen... Wenn ... die Diskussion innerhalb der SPD über neue Organisationsformen angezettelt wird, dann ist die Toleranzgrenze überschritten. Wer öffentlich dazu anregt, über die Spaltung der SPD nachzudenken, der muß dies außerhalb der Partei tun."* („Vorwärts", 26.11.)

Im Gegensatz zum „Fall Hansen" blieb die Solidarität mit Coppik extrem dürftig. Außer seinem Offenbacher Unterbezirk, der Coppiks Brief einen „diskussionsfähigen und diskussionswürdigen Inhalt" bescheinigte, sprachen sich lediglich die Jusos — bei gleichzeitiger inhaltlicher Distanzierung — gegen einen Ausschluß aus. Auch innerhalb der Fraktion war Coppik völlig isoliert: *„Norbert Gansel, Abgeordneter aus Kiel, ‚möchte, daß Hansen und Coppik in der Partei bleiben', will aber mehr nicht dazu sagen. Einer seiner Kollegen, der namentlich nicht genannt werden will* (das kann wohl nur Karsten D. Voigt sein; Anm. AK) *wirft Coppik vor, er wolle diskutieren, wie man ‚neben der Partei was installieren kann'. Das sei aber für Sozialdemokraten tabu und so sei die scharfe Reaktion des Parteigeschäftsführers nicht verwunderlich. Coppik habe den ‚ersten Schritt über die Grenzlinie' getan"*. Gerhard Schröder, ex-Juso-Chef: *„Kein Parteivorstand könne tolerieren, daß jemand ‚einen eigenen Laden neben der SPD aufmachen will' ... Manfred Coppik, so scheint es, ist von seinen linken Fraktionskollegen zum Abschuß freigegeben."* („Taz", 30.11.).

Angesichts dieser äußerst kargen Resonanz — v.a. auf die Denkanstöße des Coppik-Briefes — konnte es sich der Pareivorstand leisten, großzügig auf einen sofortigen Ausschluß zu verzichten. Die anfänglichen Befürchtungen, Coppik könnte bei einigen frustrierten SPD-Linken einen für den Vorstand sehr unangenehmen Diskussions- und Denkprozeß einleiten, erwiesen sich als völlig grundlos. Die SPD-Linke weiß inzwischen selbst sehr genau, wo die Grenzen liegen, über die sie nicht hinausdenken darf. Die Beschränkung auf die „letzte Warnung" vermeidet nicht nur — zumal in Verbindung mit dem Hansen-Ausschluß — überflüssigen Turbulenzen in der Partei, sondern wird zudem auch noch als Beweis für die unglaubliche Toleranz in der SPD strapaziert: *„1917 hatte der damalige SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärt: ‚Wer Hand legt an die Einheit der Parteiorganisation, hat das Heimrecht in unserer Partei verwirkt'. Wenn das SPD-Präsidium sich diese Ebert-Worte nun nicht zu eigen gemacht hat, dann spricht dies für sein, auch äußerstes, Toleranzempfinden. Nach wie vor gilt das Prinzip der Integration und Offenheit auch gegenüber ‚unliebsamen' Mitgliedern. Die ‚letzte Warnung' zeigt aber zugleich, daß Coppik den Bogen nicht überspannen darf. Im übrigen ist zu wünschen, daß sich die Bundesschiedskommission im Fall Hansen auch die Weisheit dieses Präsidiumsbeschlusses zum Vorbild macht"* (...,„Vorwärts", 3.12.).



Und Glotz wandelte sich im Nu aus einem Befürworter des Rauswurfs wieder zum Dialogstrategen, aber nicht ohne in aller Deutlichkeit klar zu machen, daß die „letzte Warnung" keineswegs nur für Coppik alleine gilt: *„Es soll eine Sig nalwirkung ausgehen, die der Partei zeigt: Wir fuhrwerken nicht einfach mit Beschlüssen herum, sondern wir machen glasklar deutlich, was geht und was nicht. Wir werden dann aber auch vollständig konsequent handeln.*

Es kann jetzt künftig niemand mehr überrascht sein, wenn wir beim Stellen der Organisationsfrage s o f o r t zu entsprechenden Ordnungsmaßnahmen schreiten. Dies gilt auch beispielsweise für den Unterbezirk Offenbach, dessen Vorstand sich hinter Manfred Coppik gestellt hat. Das war der deutliche Zweck der Empfehlung. Das heißt also, Menschen, die in der SPD sind und die dazu neigen könnten, Maßnahmen gegen Manfred Coppik als autoritär oder Disziplinierung zu empfinden, denen klar zu sagen: Hier ist das Ende der Fahnenstange! Sie wissen jetzt, was passiert, wenn in die Richtung weitergegangen wird, die in dem Brief an ‚1000 Freunde' von M. Coppik eingeschlagen worden war. Im übrigen mache ich ein Fragezeichen hinter Ihre Feststellung ‚Milde'. Dies ist eine letzte Warnung, die mit aller Klarheit ausgesprochen wird und die schwerstmögliche Organisationsmaßnahme gegen Manfred Coppik androht, und zwar für den Fall jedes Verstoßes gegen die innere Ordnung der Partei. Eine sehr klare Entscheidung, die auch in der Mitgliedschaft deutlich macht, wohin der Zug fährt" (FR, 2.12.).

Jusos in der „Offensive": Wie man aus Scheiße Gold macht!

„Alle diejenigen, die meine Politik in der SPD mitgetragen haben, müssen sich die Frage stellen, wie sie auf den Parteiausschluß antworten" (Hansen, nach „taz", 15.12.).

Eine Aufforderung, die nicht zuletzt an die Jusos gerichtet ist, die sich, zumindest in Worten, hinter Hansens Kritik an der Bundesregierung gestellt und fast 50.000 Unterschriften gegen den Parteiausschluß gesammelt hatten. Entsprechend wortradikal waren denn auch die ersten Stellungnahmen nach dem Ausschluß: der Juso- Bundesvorstand erklärte, *„der Beschluß bringe schweren Schaden für die SPD als Partei, die immer stolz darauf gewesen sei, daß in ihr kritische Diskussion und nicht blinder Gehorsam gefragt gewesen sei"* (FR, 15.12.).

„Allen vernünftigen Sozialdemokraten stelle sich nun die Aufgabe, die Wiederaufnahme Hansens in die Partei durchzukämpfen" — ein Unternehmen, das die Jusos und alle „vernünftigen Sozialdemokraten" wohl noch einige Zeit beschäftigen dürfte. „Einstimmig" haben die Jusos sich auch hinter Coppik gestellt. *„Die von Glotz angedrohten Maßnahmen seien politisch falsch und in der Wirkung schädlich"* („Neue", 1.12.). Ansonsten gelten für die Jusos immer noch die Dauerbrenner von vor zehn Jahren: *„Eine inhaltliche Erneuerung der SPD, eine soziale Wende in der Regierungspolitik sind mehr als überfällig"*.

Angesichts der Tatsache, daß alle Anzeichen genau in die entgegengesetzte Richtung deuten, ein wahrlich großes Ziel. Aber erstens sind die Jusos durchaus geübt, in „langfristigen Perspektiven" zu denken (Pieczyk: *„Eine halbwegs realistische Einschätzung der Situation läßt schnell erkennen, daß zur Erneuerung der SPD eine gehörige Portion ‚langer Atem' notwendig ist"* (FR, 18.12.), und zweitens war die Situation mal wieder nie so günstig wie jetzt!

Letzteres ist an sich auch ein Standardsprüchlein aus dem Juso-Schatzkästchen, aber diesmal machte sich Juso-Chef Pieczyk gar die Mühe, es auch noch zu begründen. Auf die nicht unberechtigte Frage, welche Handlungsspielräume es für Linke in der SPD überhaupt noch gebe, sagte er:

„So widersprüchlich das zunächst klingen mag, ich denke, daß die Möglichkeiten für Linke offener und weiter sind denn je. Ich will das begründen: Die Regierung hat die Partei in einem jahrelangen Prozeß so zemürbt und ihrer Identität beraubt, daß sie eine gelähmte Partei ist, wie Eppler es nennt. Die hat aber auch zur Folge, daß in der SPD ein ungeheures Politvakuum entstanden ist. Die Verunsicherung der Partei in der Friedensfrage, die Enttäuschung und Wut über die Amputation des Sozialstaates durch die ‚Sparbeschlüsse' haben zugleich Offenheit für eine alternative Politik mit sich gebracht" (FR, 18.12.). Alles klar? Die SPD-Führung betreibt seit Jahren, mit dem Argument, entscheidend sei die Regierungsverantwortung, für die man auch Kompromisse eingehen müsse, eine Politik der umfassenden Entpolitisierung der innerparteilichen Diskussion, beschneidet dem spärlichen Häuflein von Linken durch Ausschlüsse und Maulkörbe und erpresserischen Druck auch die letzten Handlungsspielräume, und schafft durch diesen Rechtsruck ausgezeichnete Möglichkeiten für eine alternative, linke Politik, und das alles innerhalb ein und derselben Partei!

Was stört da schon die schlichte Tatsache, daß das genannte Vakuum vor allem auf dem linken Flügel der Partei existiert, dessen zahlenmäßig recht begrenztes Personal nicht einmal über Ansätze einer gemeinsamen Strategie verfügt; von der Möglichkeit ihrer Realisierung ganz zu schweigen. Zu dämmern scheint Pieczyk das ja schon irgendwie, wenn er als zentrale Aufgabe der SPD-Linken formuliert: *„Wichtig sind also längerfristige Konzepte und eine Einigung darüber, welches gemeinsame Selbstverständnis denn Linke in der SPD haben"*.

Als möglichen „Konsens" für die SPD-Linke schlägt Pieczyk vor: *„Eine Zielvorstellung darüber, daß orientiert an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gesellschaftliche Arbeit anders organisiert werden muß, d.h. vor allem eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft. Eine Zielvorstellung darüber, daß neben die Entspannungspolitik Abrüstung treten muß"* usw. usw.

Auch „ein Konzept der Gleichstellung von Frau und Mann" gehört in diesen Katalog, der sich insgesamt nicht gerade durch Originalität auszeichnet.

Im Hintergrund steht ein reales Dilemma: Angesichts des immer kälter werdenden Klimas in der SPD, der wachsenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Regierungspolitik einerseits und dem Aufschwung alternativer und grüner Listen sowie der außerparlamentarischen Bewegungen andererseits gibt es einfach keine überzeugenden Gründe mehr für ein mühsames, nervenaufreibendes und völlig fruchtloses Engagement von Linken in der SPD. Als roter Faden zieht sich durch

„Von Krise zu Krise"

Wie die FAZ die „Parlamentarische Linke" beurteilt

Wie Coppik in seinem „Brief an 1000 Freunde" hat nun auch die „FAZ" den Versuch unternommen, die Tätigkeit der „Parlamentarischen Linken" („PL") in der SPD zu analysieren. Sie kommt dabei, wenn auch aus einem ganz anderen Blick winkel, zu Ergebnissen, die denen Coppiks bemerkenswert ähneln.

Anlaß der „FAZ"-Analyse ist der 1. Geburtstag der „PL", zu deren Sitzungen „zehn bis vierzig SPD-Leute" kommen. Eingeladen werden immer 85 von 228 SPD-MdBs; die Koordinatoren der Linken (z.Zt. u.a. Ex-Juso-Chef Schröder) halten also offenbar mehr als ein Drittel aller SPD-MdBs für potentielle Ansprechpartner der Linken.

Das Erfolgsgeheimnis der Linken: *„.... doch sie wirkt nicht nur im Hintergrund stets mit. Je weniger* (!) *sich dies in Kampfabstimmungen innerhalb der Fraktion zeigt, umso größer* (!!) *ist der Einfluß der Linken"*.

Daß man zu solchen Ergebnissen natürlich nur gelangen kann, wenn man den Kreis der Linken bis hin zum Bildungsminister Engholm ausweitet, wie die „FAZ" es macht, liegt auf der Hand.

Die Strategie der Linken sei es — und jetzt wird es wieder realistisch — *„in die Fraktionsmitte und in die Regierung hin einzuwirken und die Übergänge fließend zu halten"*. Jedoch: *„Die Linke in der Linken macht es nur häufig zunichte. Die Namen Coppik, Hansen und Thüsing fallen häufiger als die von Jansen, Hoffman oder Conradi. Lauter und steter Widerspruch der drei richtet sich nicht nur gegen Bundeskanzler Schmidt und den Fraktionsvorsitzenden Wehner. Auch die drei Anführer der Linken haben ihre Not mit ihnen"*. D.h. der Kreis der „Linken" reduziert sich realistisch betrachtet (und die bisherigen Abstimmungen im Bundestag unterstreichen das), auf nicht mehr als eine Handvoll. Coppik formulierte das so: *„In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar links sein, aber nicht als solche erwischt werden wollten, zu groß, als daß die Linke in den Entscheidungsgremien ein politisch-inhaltliches Gewicht hätte erlangen können. Die Rechtfertigung der ‚Loyalen': Durch ihre Loyalität zur Regierung würden sie nicht ins politische Abseits geraten und könnten so poli tischen Einfluß in ‚kleinen Schritten' in den Gremien ausüben. Nur, wo merkt man etwas von diesem linken Einfluß in der Regierungspolitik?"*

Und wieder die „FAZ": *„So grenzen sich die reinen Linken gegenüber solchen, die auf Kompromisse sezen _ Roth und Voigt gehören dabei schon zu der älteren Generation _, immer weiter ab, bis am Ende nur Coppik und Hansen übrigbleiben, wie sich bei den beiden Stimmenthaltungen zur Koalitionsentschließung am Vortag der Bonner ‚Friedenskundgebung' gezeigt hat"*.

Wie geschickt der Rest der „Linken" vorging, enthüllt die „FAZ" dankenswerterweise: *„Gleichzeitig hatten Linke wie Gansel erreicht, daß die Formulierung der Entschließung es ihnen erlaubte, ihren Widerspruch gegen die Nachrüstung nicht neu aufrollen zu müssen und dem Text doch zustimmen zu können.* (Konkret: das Wort Nachrüstung tauchte in der Entschließung gar nicht auf; d.V.). *Und Conradi ließ bei dem Aufruf der 58 Fraktionslinken, der die Demonstration begrüßte, bewußt die Grenze zwischen Verständnis und Identifizierung unklar. Deshalb konnte Voigt hier unterschreiben"*, und Voigt ist wohlgemerkt „Nachrüstungs"-Befürworter.

Ergebnis dieser äußerst komplizierten Strategie: *„Dabei ist die Gesamtfraktion jetzt nach Ansicht der Linken ‚offener' bei der Sicherheitspolitik, das heißt i m S t i l l e n kritischer zur Nachrüstung als 1980"*.

Dank sei der „FAZ"! Mit unseren dogmatischen Scheuklappen hätten wir's mal wieder nicht gemerkt und das Ganze versehentlich als Ausdruck des völligen Scheiterns der SPD-Linken interpretiert. Aber wie schreibt die „FAZ": *„Fein gesponnen ist vieles, was sich in der Linken überkreuzt"*. Wenn das so ist...

(Zitate nach „FAZ", 9.11.81).

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Wir entwaffnen die Sowjetunion!

Daß die Sowjetunion überhaupt existiert, ist schlimm genug. Daß sie als b e w a f f n e t e Macht existiert, ist mehr als unerträglich. Was liegt also näher als der Gedanke, daß man die Sowjetunion erst einmal e n t - w a f f n e n muß, und daß sich anschließend wohl auch noch das Problem ihrer Existenz f r i e d l i c h lösen lassen wird.

Davon träumt nicht bloß Ronald Reagan, sondern so denken auch Teile der bundesdeutschen Friedensbewegung. Die Grünen Baden-Württembergs formulierten diesen blitzgescheiten Gedanken in einer Pressemitteilung (Nr. 39/81) anläßlich des Breschnew-Besuchs folgendermaßen: „*So wie es die Aufgabe der um Frieden ringenden Bewegung des Westens ist, ihre Regierungen durch starken Druck von unten zum wirklichen Abrüsten zu zwingen, so braucht diese Bewegung die solidarische Geste aus dem Osten, die es uns ermöglicht, den Menschen hier glaubhaft zu machen, daß wir nicht von Warschauer Pakt-Seite bedroht werden sollen.*

Die Einmischung sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Interventionsdrohung gegen polnische Arbeiter und Gewerkschaften machen den Versuch der westlichen Friedensbewegung, Angst- und Feinddenken abzubauen, unendlich schwer.

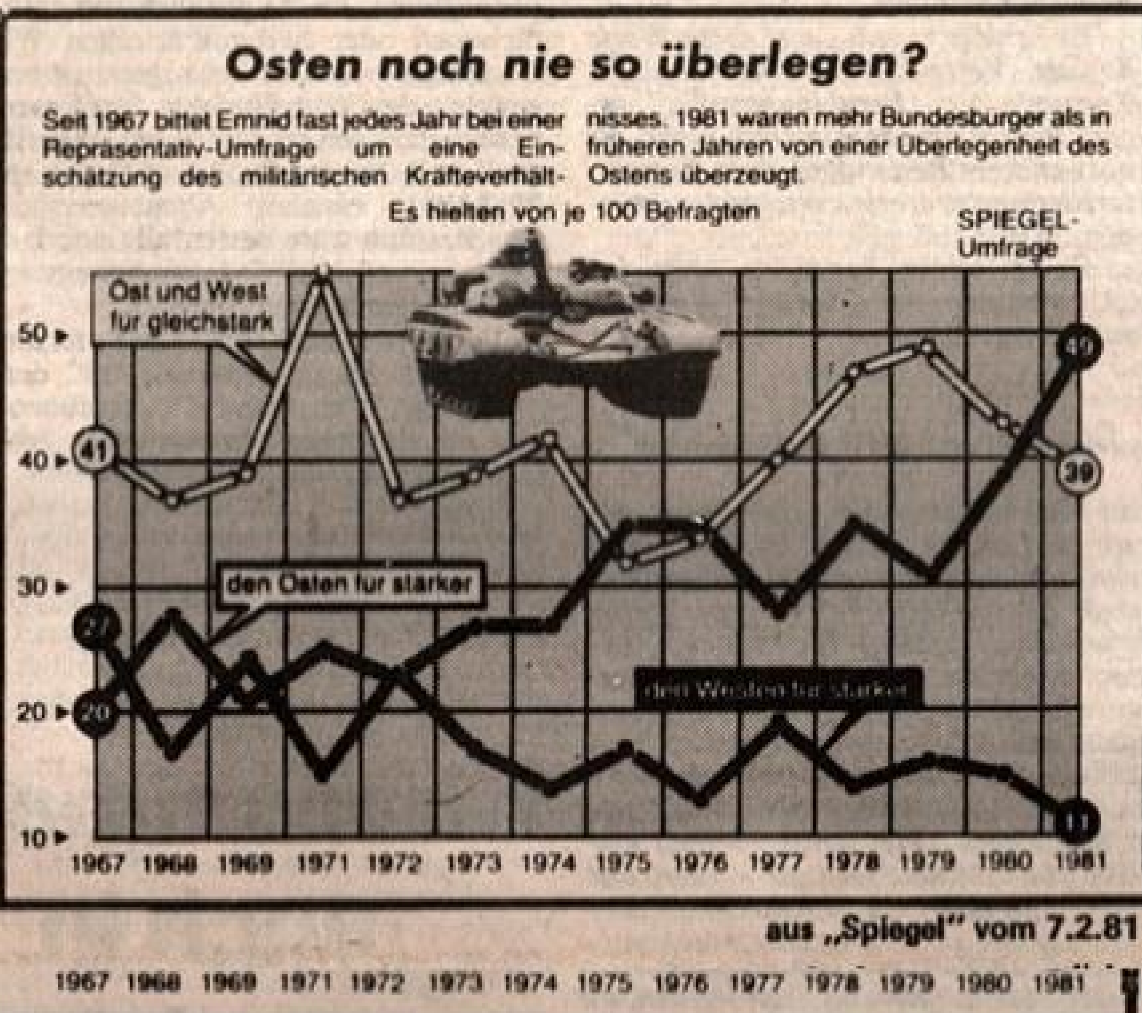
Die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ein wahrscheinlich mit Atomsprengköpfen bestücktes U-Boot stärkte die Argumente all derer, die sich der Angst bedienen, um mit dem Hinweis auf die Aggressivität des Ostens hier weiter aufzurüsten. Solche Ereignisse fallen der Friedensbewegung in den Rücken.

Wir fordern daher die Sowjetunion dazu auf, ihrerseits aus der Unlogik des Rüstens und Gegenrüstens herauszutreten und mit dem Abrüsten sofort zu beginnen. Der Weg zu einem *dazu auf, ihrerseits aus der Unlogik des Rüstens und Gegenrüstens herauszutreten und mit dem Abrüsten sofort zu beginnen. Der Weg zu einem* *atomwaffenfreien Europa kann und muß von zwei Seiten geebnet werden*".

Der Schlußsatz widerspricht total dem Sinn dieser Aussagen, die ja gerade darauf hinauslaufen, daß e i n s e i t i g e Abrüstungsschritte von der Sowjetunion der Schlüssel zu allem weiteren sein müßten. Der Schlußsatz hat demnach nur noch die Funktion, die unverschämte Direktheit der Forderung nach Entwaffnung der Sowjetunion ein bißchen abzumildern und den Bruch mit den A u s g a n g s - positionen der Grünen Partei zu maskieren.

Immerhin schien es in der Grünen Partei einmal ‚Konsens' (übereinstimmende Meinung) zu sein, daß die „Spirale des Wettrüstens" durch die Forderung nach einseitigen ersten Abrüstungsschritten des W e s t e n s durchbrochen werden müsse. Das aber, teilen jetzt die Grünen Baden-Würtembergs mit, funktioniert nicht, weil man in einer Demokratie Mehrheiten gewinnen muß, um seine Forderungen durchzusetzen. Um Mehrheiten zu gewinnen, braucht man Argumente. Diese Argumente fehlen leider der Friedensbewegung immer wieder, weil uns die Sowjetunion mit ihrer aggressiven Militärpolitik in den Rücken fällt. A n d e r e erhebliche Gründe für die anhaltende Aufrüstung des Westens scheint es nicht zu geben. Die Sowjetunion bräuchte also nur einseitig mit der Abrüstung zu beginnen, und schon würde der Westen . . . Na ja, wir wollen nicht zuviel versprechen. Aber jedenfalls wäre dann unsere Forderung nach Abrüstungsschritten des Westens schon sehr viel glaubwürdiger. Man darf das als eine Art Buße verstehen: Die Sowjetunion hat uns mit Afghanistan, Polen und ihrem Atom-U-Boot die schönsten Argumente kaputtgemacht und soll jetzt gefälligst selbst zusehen, wie sie durch einseitige Abrüstung ihre und unsere Glaubwürdigkeit wiederherstellt.

Das A u s m a ß der von der Sowjetunion verlangten einseitigen Abrüstung wird von den Grünen Baden-Württembergs nur grob definiert: Es soll ausreichend sein, um „*den Menschen hier glaubhaft zu machen, daß wir nicht vom Warschauer Pakt bedroht werden*". Maßstab ist also, was „die Menschen hier" zu g l a u - b e n bereit sind. „Die Menschen hier" glauben allerdings manches, was mit der Wahrheit nicht unbedingt 100%ig übereinstimmt. Ihre Sensibilität gegenüber Aggressionen der Sowjetunion ist im Durchschnitt erheblich stärker entwickelt als ihre Kritikbereitschaft gegenüber gelegentlichen Entgleisungen des Westens. Alles das muß natürlich bei sowjetischen Vorleistungen zur Wiederherstellung unserer Glaubwürdigkeit bedacht werden.



1967 1968 1969 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981
aus „Spiegel" vom 7.2.81

Daß die Sowjetunion schon heute militärisch dem Westen auf allen relevanten Gebieten weit unterlegen ist, reicht selbstverständlich nicht aus. Denn „die Menschen hier" g l a u - b e n trotzdem, daß die Sowjetunion militärisch überlegen sei. Beispielsweise veröffentlichte der „Spiegel" (7.12.81) Umfrage-Ergebnisse, denen zufolge 49% der Befragten die Sowjetunion für überlegen halten, während nur 11% eine Überlegenheit des Westens annehmen. Eine Tabelle mit den Ergebnissen seit 1967 zeigt, daß dies das krasseste Ergebnis seit Jahren ist; und sie demonstriert zugleich, daß die Antworten weniger mit der realen militärischen Situation als vielmehr mit den Konjunkturen der Kriegspropaganda zu tun haben.

Es reicht also nicht, wenn die Sowjetunion bereit sein sollte, uns zuliebe die bestehende militärische Überlegenheit des Westens passiv hinzunehmen. Sie muß als Vorleistung e r - h e b l i c h abrüsten — und zwar s o erheblich, daß auch d i e Teile der BRD-Bevölkerung, die sich nur aus „Bild" und Fernseh-Nachrichten informieren, überzeugt werden können. Leicht wird das nicht werden, aber daran ist schließlich die Sowjetunion vor allem selbst schuld. Das Ziel wird erreicht sein, wenn die Ungefährlichkeit der Sowjetunion in den Schlagzeilen der „Bild" verkündet wird.

Aus dem „Friedensmanifest" der Grünen Partei sind einige Minimal-Bedingungen an die sowjetische Abrüstung schon herauszulesen: Die SS 20 muß verschrottet werden, selbstverständlich. Die sowjetische Hochseeflotte muß auch verschrottet werden. Und die Sowjetunion muß generell aufhören, ihre Waffen zu modernisieren. Soweit erstmal der Einstieg. Falls dann der Westen nicht seinerseits mit Abrüstung reagiert, muß die Sowjetunion eben weitere Vorleistungen erbringen.

Daß die Sowjetunion zu einseitiger Entwaffnung bereit sein wird, glaubt natürlich kein vernünftiger Mensch. Die Sowjetunion zur einseitigen Entwaffnung aufzufordern hat also nur propagandistischen Nutzen, wenn man den Friedenswillen der Sowjetunion widerlegen will. Daß dieser Zusammenhang auch den verantwortlichen Grünen Baden-Württembergs klar ist, muß man schon unterstellen dürfen.

Und w e n n das ganz Unmögliche geschehen würde, was wären die Folgen? Würden Reagan, Mitterrand, Schmidt und Thatcher angesichts der großzügigen Geste der Sowjetunion beschämt die Abrüstung der NATO anordnen? Welchen vernünftigen G r u n d sollten sie dafür haben? **Je mehr die Sowjetunion vom Westen atomar erpreßbar gemacht werden kann, umso geringer wird das Interesse der westlichen Politiker an eigcner Abrüstung sein.**

Aber vielleicht werden „die Menschen hier" dann endlich soviel Druck auf die Politiker des Westens ausüben, daß diese sich den Abrüstungsforderungen beugen müssen? Das ist ein logisch scheinender Gedankengang, der aber leider ganz falsch ist. Nicht **o b w o h l, sondern w e i l wir von sowjetischen Atomwaffen bedroht werden können, hat die Friedensbewegung in letzter Zeit einen so beeindruckenden Umfang angenommen.** Der Gedanke an die armen Menschen in der Sowjetunion, die möglicherweise vom BRD-Gebiet aus durch Atomwaffen ‚vernichtet' werden könnten, bringt bekanntermaßen hierzulande nur eine bedeutungslose Schar von Moralisten um den Schlaf. Wer die Zahl der Vietnam-Demonstranten der 60er Jahre mit der heutigen Friedensbewegung vergleicht, sieht den Unterschied. Was „die Menschen hier" massenhaft in Trab bringt, ist die Angst, im Fadenkreuz sowjetischer Atomwaffen zu leben und in einem Atomkrieg zwischen USA und Sowjetunion abgefackelt zu werden. Würde durch einseitige Abrüstung der Sowjetunion diese Angst geringer, so würde das wahrscheinlich nicht zu einer Verstärkung, sondern im Gegenteil zu einem A b f l a u e n der Friedensbewegung führen.

Die Grünen Baden-Württembergs fordern die Sowjetunion auf, bis zu einem Niveau abzurüsten, das von der Mehrheit der BRD-Bevölkerung als ‚nicht mehr bedrohlich' akzeptiert werden könnte. **Anscheinend haben die dafür verantwortlichen Grünen bis heute noch nicht mitgekriegt, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg nicht etwa gewonnen, sondern tatsächlich v e r l o r e n hat.**

S i e g e r mögen derartige Forderungen auf Entwaffnung ihres Gegner stellen — das hat sich in der Geschichte gelegentlich schon ereignet. Aber den verantwortlichen Grünen Baden-Württembergs ist zu empfehlen, ihre Forderungen an die Sowjetunion d a zu lassen, wo sie hingehören: An den Kneipentisch!

die gesamte Juso-Argumentation denn auch nur noch die penetrante Aufforderung, bloß weiterzumachen, natürlich mit der „langfristigen Perspektive" im Hinterkopf. Der Bundesvorstand der Jusos warnte, wer „*das Parteibuch auf dem Gabentisch der Rengers abgibt, der geht den falschen Weg*" (öFR, 15.12.). Die Überlegungen Coppiks sind für die Jusos kein Thema: „*Wir machen uns Gedanken, wie man an der Basis Mehrheiten schafft und verbreitert*" („taz", 30.11.).

„*Bei aller Kritik an der gegenwärtigen Regierungspolitik*" bleiben die Jusos dabei, daß es „*für Sozialisten keine Alternative zur Arbeit in der SPD und in den DGB-Gewerkschaften*" gebe (FR, 30.11.); weder „*die Grünen noch die mit dem Anspruch einer ‚Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei' in Hessen aufgetretene Gruppe seien für die Jusos eine vernünftige Alternative*".

Um den Abwanderungsprozeß aus der Partei aufzuhalten, soll Anfang 1982 von den Jusos ein „Renovierungskongreß für die SPD" veranstaltet werden. „*Da müssen dann in der Friedens- und Abrüstungspolitik, in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik und in der Energie- und Umweltpolitik die Alternativen der Linken deutlich werden*" (Pieczyk in der FR, 18.12.).

Beruhigend, daß trotz aller Unbill und Turbulenzen wenigstens das Leitmotto der Jusos die Jahrwende unbeschadet überstanden hat: „Dabeisein ist alles!"

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Ein Grüner zu Besuch bei der Bundeswehr

Ganz schön konstruktiv und wehrwillig zeigte sich Holger Heimann, Landtagsabgeordneter der Grünen in Baden-Württemberg: Gemeinsam mit etablierten Politiker-Kollegen und hochrangigen Militärs nahm Heimann im November an einem „Sicherheitspolitischen Seminar" in St.Martin teil, Veranstalter war das Territorialkommando Süd der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem Brüsseler NATO-Informationsdienst (Natis). Laut Bericht der Regionalzeitung „Die Rheinpfalz" (10.11.81) war Herr Heimann der „ranghöchste" unter den anwesenden Politikern; die etablierten Parteien hatten sich, an solche Spektakel wohl schon bis zum Erbrechen gewöhnt, mit niederen Chargen begnügt. „Die Rheinpfalz" berichtete: „*Einen Vertreter der Grünen in diesem Kreis zu finden, war einigermaßen überraschend, denn dieser Gruppierung konnte bis jetzt nicht gerade ein ungetrübtes Verhältnis zur Armee nachgesagt werden. Darauf angesprochen, ob mit seiner Anwesenheit ein Wandel bei den Grünen in der Einstellung zur Bundeswehr erkennbar werde, meinte Holger Heimann, daß seine Partei ständig auf der Suche nach Alternativen gegenüber den bestehenden Verhältnissen sei. Und wenn man nach Alternativen beispielsweise für die Bundeswehr suche, dann müsse man sie kennen. Heimann selbst ist ein Anhänger einer Milizarmee nach schweizerischem Vorbild, sieht aber ein, daß sie für die Bundesrepublik zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realisierbar ist*".

Anzumerken bleibt, daß die Grünen laut ihrem eigenen Parteiprogramm die G e w a l t f r e i h e i t als eines ihrer obersten Prinzipien betrachten. Diese „Gewaltfreiheit" scheint aber für führende Grüne da aufzuhören, wo es um die „Verteidigung des Vaterlandes" geht. Liegt das etwa daran, daß für sie „das Vaterland" ein noch wichtigeres Gut als Umwelt oder Demokratie ist?

MLD aufgelöst

Aus einer auf den 20.12.81 datierten Erklärung geht hervor, daß sich die Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands" (MLD) am 3.10.81 aufgelöst hat, nachdem im Mai die letzte Nummer ihrer Zeitschrift erschienen war.

Die MLD entstand 1974 aus einigen örtlichen Grüppchen von ehemaligen KPD/ML-Mitgliedern. Die MLD war allezeit bestrebt, die von der chinesischen Außenpolitik vorgegebene ‚strategische Linie' bis zur extremen Konsequenz zu treiben. Inhalt dieser ‚Strate- allezeit bestrebt, die von der chinesischen Außenpolitik vorgegebene ‚strategische Linie' bis zur extremen Konsequenz zu treiben. Inhalt dieser ‚Strate- gie' ist das Bündnis a l l e r Kräfte gegen den ‚Hauptfeind der Menschheit', die Sowjetunion. Zu diesem Bündnis gehörten im Verständnis der MLD die USA ebenso wie hierzulande die CDU/CSU. In der genaueren Umsetzung dieser Politik wurden bei der MLD allerdings schon frühzeitig Widersprüchlichkeiten deutlich. Streitpunkt war vor allem die Hauptorientierung der MLD-„Bündnispolitik": Sollte sich die MLD bevorzugt rechten Partnern wie dem RCDS, den rechtsradikalen Gruppierungen am Rande der CDU/CSU („Vierte Partei") und rechten Abspaltungen von der SPD zuwenden? Oder sollte sie stattdessen in erster Linie auf Strömungen und Organisationen wie die (inzwischen aufgelöste) „KPD" und den KBW einzuwirken versuchen? Zwischen beiden Polen bewegte sich die MLD seit ihrer Existenz im Zickzack, ohne sich zu einer konsequenten Taktik durchringen zu können.

Aus der Auflösungs-Erklärung der MLD geht hervor, daß man trotzdem mit einiger Zufriedenheit auf das Erreichte blickt. Man habe „*bei der Beantwortung einiger wichtiger Fragen in Wort und Tat eine führende Rolle gespielt*" („antihegemonistischer Kampf" gegen die Sowjetunion), und man schreibt sich auch Verdienst daran zu, daß ähnliche Positionen inzwischen **„zum Teil auch in der alternativen- und Friedensbewegung anerkannt und vertreten"** werden.

Die MLD sei aber — was immer das konkret heißen mag?! — „nicht im- nativen- und Friedensbewegung anerkannt und vertreten" werden. Die MLD sei aber — was immer das konkret heißen mag?! — „nicht im- stande" gewesen „*die heute anstehenden Aufgaben zu lösen und die Konsequenzen aus ihren Fehlern zu ziehen*". Es sei ihnen „*trotz mehrerer Versuche*" nicht einmal gelungen, eine Dokumentation über ihre inneren Kontroversen fertigzustellen. Schluß der Vorstellung!

Was man aus dieser Erklärung über die Hintergründe der Auflösung der MLD konkret erfährt, ist selbst für traditionelle „ML"-Verhältnisse extrem mager. Daß damit die von der MLD vertretene politische Strömung einfach verschwunden ist, sollte niemand glauben. Ähnlich wie die versprengten Veteranen der 1980 aufgelösten „KPD" wird man sicher auch die alten MLD-Kader zukünftig dort treffen, wo sich im Rahmen der Friedensbewegung, der Grünen Partei und mancher anfälliger Alternativ-Listen Politik im Sinne der chinesischen „Drei-Welten-Theorie" (alle gemeinsam gegen den sowjetischen Sozialimperialismus) befördern läßt.

Betr. „Spiegel"-Lügen gegen BWK

Wie im AK 215 berichtet, publizierte der „Spiegel" kürzlich eine Story, in der insbesondere der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten, eine Abspaltung vom KBW), aber daneben auch die KPD/ML in abenteuerlichster Weise diffamiert wurden: Unterstellt wurde ihnen eine Zusammenarbeit mit der terroristischen Nazi-Gruppe VSBD („Volkssozialisten"). Angeblich, so der „Spiegel", läßt sich der BWK von den Nazis kommunistische Parolen malen und revanchiert sich dafür, indem er nazistisch-antisemitische Wandsprüche anbringt. Außerdem bilde der BWK die Nazis im Bombenbasteln aus.

Im AK 215 hatten wir gemutmaßt, daß sich der verantwortliche „Spiegel"-Redakteur diesen Mist nicht im Alleingang zusammengeschmiert hat, sondern daß es eine Zusammenarbeit zwischen dem „Spiegel"-Schreiber und VSBD-Nazis gegeben haben könnte.

Hierzu berichtete inzwischen der „Rote Morgen" (Zeitung der KPD/ML), daß tatsächlich ein VSBDler sich als Informant des „Spiegels" bekannt haben soll. Angeblich handelt es sich um Lutz Sommerlad aus Osnabrück. 20000DM seien ihm von einem Mitarbeiter des „Spiegels' für die Lügengeschichte angeboten worden.

Der „Rote Morgen" behauptet ferner, daß die in dem „Spiegel"-Artikel zitierten angeblichen Wandparolen an den angegebenen Stellen überhaupt nicht existieren („RM", 23.12.81).

Der BWK teilte in seiner Zeitschrift „Politische Berichte" (2.1.82) mit, daß er in dieser Sache gegen „Spiegel" vor Gericht gehen wird. „*Da sich das Ganze als völlig haltlos erwiesen hat, müßte ein solcher Prozeß zum Ziel haben, Motive und Methoden dieser Zeitschrift aufzudecken. Da dazu alle vom ‚Spiegel' behaupteten Fakten widerlegt werden müßten, wird der Prozeß nicht billig*".

Vielleicht bestünde eine Möglichkeit darin, daß sich ein paar demokratische Journalisten und Verleger auch finanziell in dieser Sache engagieren?! Interesse an einer gründlichen Klärung der ganzen Angelegenheit und an einer Eindämmung krimineller journalistischer Praktiken müßte doch eigentlich vorhanden sein?!

Was taugt die „Soziale Verteidigung"?

Innerhalb der Friedensbewegung taucht immer häufiger die Frage nach einer Alternative zur derzeitigen Militärkonzeption der BRD auf. Auf der einen Seite propagiert insbesondere der Eppler-Flügel eine U m r ü s t u n g der Bundeswehr auf (angeblich) „defensive Waffen". Diese „Alternative Verteidigung" schließt teilweise die Aufrechterhaltung des US-Atomschildes mit ein (0).

Demgegenüber fordern Gewaltfreie Aktionsgruppen, christliche Pazifisten wie „Ohne Rüstung leben" sowie der Mehrheitsflügel der „Grünen" die vollständige A b r ü s t u n g der Bundeswehr und die Umstellung auf die nicht-militärische Soziale Verteidigung . Zu ihren bekanntesten Fürsprechern gehören beispielsweise Petra Kelly und Dieter Burgmann („Grüne"), Roland Vogt („Grüne", BBU) und der Friedensforscher Theodor Ebert.

Die Diskussion um diese beiden Konzepte beherrschte u.a. die jüngsten Parteitage der „Grünen". Breitenwirksam wird die Soziale Verteidigung auch im Falle der Kriegsdienstverweigerer, die sie sehr oft als Argumentationshilfe bei der „Gewissensprüfung" heranziehen.

Was ist „Soziale Verteidigung"?

„Soziale Verteidigung ist die nicht-militärische, gewaltlose Verteidigung gegen einen militärischen Agressor von innen, [*Putsch, Staatsstreich*] *oder außen* [*Invasion, Intervention*]*."* (1)

Die Kampfmittel der Sozialen Verteidigung sind beispielsweise:

— Symbolische Aktionen wie De-

innen, [*Putsch, Staatsstreich*] *oder außen* [*Invasion, Intervention*]*."* (1)

Die Kampfmittel der Sozialen Verteidigung sind beispielsweise:

— Symbolische Aktionen wie De-

monstrationen, Streiks, go-ins

— Blockadeaktionen, Besetzungen

— Sabotageaktionen

— Nichtzusammenarbeit mit dem Feind („Weiterarbeit ohne Kollaboration")

— „Untergrabende Tätigkeit" (Aufrufe zur Meuterei, Gewissensappelle an den Gegner, Selbstbezichtigungskampagnen (2).

Die Vertreter der Sozialen Verteidigung berufen sich auf verschiedene geschichtliche Erfahrungen, wo Keimformen dieser Kampfmethode angewendet wurden.

— Den indischen Befreiungskampf unter M. Ghandi, der mittels Methoden der Nichtzusammenarbeit und gewaltfreien Konfrontation mit der englischen Kolonialmacht Grundelemente für die Theorie der sozialen Verteidigung lieferte.

— Die Niederschlagung des rechtsradikalen Kapp-Putsches 1920 durch Generalstreik der deutschen Arbeiter.

— Streiks und Boykottaktionen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich 1923.

— Die Nichtzusammenarbeit bürgerlicher Kräfte mit den faschistischen Besatzern im 2. Weltkrieg (z.B. in Norwegen).

— „Weiterarbeit ohne Kollaboration", Sitzstreiks u.ä. gegen den Einmarsch in der CSSR 1968.

Hülle ohne Inhalt?

So gut ausgearbeitet und vielfältig die Methoden der Sozialen Verteidigung sind, so schwammig sind vielfach die gesellschaftspolitischen Vorstellungen und auch Inhalte, die „verteidigt" werden sollen. Es berufen sich auf dieses Konzept Vertreter stark unterschiedlicher politischer Strömungen, die von der Verteidigung bestehender Verhältnisse bis hin zu revolutionären Vorstellungen reichen. Selbstkritisch vermerkt ein Beitrag in der „Graswurzel" dazu: *„Ich meine, daß ziviler Widerstand sich in einem breiten Spektrum politischer und sozialer Situationen als effektiv erweisen kann, wobei es sich nicht notwendigerweise immer um legitime Ziele handeln muß. In Chile wurde es 1973 in reaktionärer Weise eingesetzt, als Streiks und Demonstrationen den Weg für den Staatsstreich ebneten! In Guayana 1963, wo — wir jetzt wissen — die CIA Geld und weitere Ausrüstung für den Generalstreik lieferten, der die* (fortschrittliche) *Regierung Cheddi Jagan zu Fall brachte."* (3)

Was passiert also, wenn ein Konzept, das historisch in tatsächlichen V e r t e i d i g u n g s s i t u a t i o n e n geboren wurde und dort auch seine Berechtigung hatte, auf einen Staat übertragen wird, der unter dem D e c k m a n t e l der Verteidigung einen Angriffskrieg plant? Oder zugespitzt:

Soll die BRD ‚verteidigt' werden?

Entsprechend der inhaltlichen Beliebigkeit der Sozialen Verteidigung gehen hier die Meinungen weit auseinander:

— Militärtheoretiker wie Mechtersheimer (CSU) schlagen einen Einbau in die konventionelle Verteidigung der BRD vor. Diese Spielereien sind in Ländern wie Österreich und Schweden sogar von den Militaristen selbst angestellt worden (4). Richtig bemerkt der Friedensforscher Theodor Ebert hierzu: *„Würde man beispielsweise in der BRD ‚im Rahmen der heutigen Territorialverteidigung eine Kombination von militärischen und gewaltlosen Mitteln planen und würde man diese Überlegungen nicht nur im Territorialheer selbst anstellen, sondern auch die Bevölkerung einbeziehen, so würde dies zu einer Verstärkung des herkömmlichen Feindbildes, das den Warschauer Pakt als Aggressor zeichnet, führen"* (5).

— Ähnlich verteidigungswillig ist auch Egbert Jahn vom Sozialistischen Büro. Er schreibt ganz locker: *„Zivile Verteidigungspolitik ist keine Verteidigungspolitik für eine nicht existente gewaltfreie Gesellschaft und Republik, sondern eine Alternative für die kapitalistische, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik Deutschland, für die das Versagen der herkömmlichen militärischen Abschreckungspolitik entweder auf nationalen und internationalen Selbstmord oder auf Kapitulation vor dem Aggressor hinausläuft.* [...] *Sie setzt voraus, daß die Linke in der Bundesrepublik erstmals artikuliert, daß sie*

tionalen und internationalen Selbstmord oder auf Kapitulation vor dem Aggressor hinausläuft. [...] *Sie setzt voraus, daß die Linke in der Bundesrepublik erstmals artikuliert, daß sie*

überhaupt bereit ist, diese Bundesrepublik zu verteidigen, z.B. auch gegen eine militärische Intervention der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Bisher hat sich die Linke so gut wie ausschließlich auf die Kritik der Rüstung, der Politik, der Gesellschaft der eigenen Nation konzentriert" (Pfui Teufel aber auch!).

Den völligen Realitätsverlust in bezug auf die Polizeistaatsentwicklung der BRD stellt Jahn unter Beweis, wenn er die Verteidigung dieser Republik als *„Verteidigung ihrer Entwicklungspotentiale und Entwicklungschancen in Richtung auf eine gewaltfreie, demokratische und sozialistische Gesellschaft"* beschönigt. (6)

— Eine Mittelposition nimmt der schon erwähnte Theodor Ebert ein. *„Einige Theoretiker der Sozialen Verteidigung aus der studentischen Generation meinen noch weiterzugehen, wenn sie den Sozialismus zur Bedingung der Sozialen Verteidigung erklären.* [...] *Wer die Sicherheitspolitik der BRD auf Soziale Verteidigung umstellen will, der kann sich nicht vom gegenwärtigen Wertsystem lösen und den Anschein erwecken, daß er das Wertsystem des bisherigen militärischen Gegners übernimmt.* [...] *Die Umstellung der BRD auf Soziale Verteidigung fordert nicht mehr und nicht weniger als die radikale Realisierung der Verfassungsgrundsätze."* (7)

Was das genau heißt, bleibt verschwommen. An anderer Stelle spricht sich Ebert für die Verteidigung einer „Mitte-Links-Regierung" aus. In jüngeren Stellungnahmen zeichnet er dazu mögliche Szenarios der Übernahme der Regierungsgewalt durch eine ökologisch-reformistische Regierung SPD/Grüne), die durch das Eingreifen der USA bedroht wäre. Daß das noch nicht viel heißt, zeigt das aktuelle Beispiel Frankreich, wo eine „Volksfront"-Regierung eine durchaus aggressive Außenpolitik macht.

— An der Basis breiten Raum nehmen linke Strömungen ein, für die die Verteidigung der BRD eine *„Provokation"* ist (Graswurzel-Redaktion). Sie *„sehen es als unwahrscheinlich an, daß das ‚Volk' sich für ein Konzept der Sozialen Verteidigung begeistern wird, ohne zuvor die Beseitigung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung zu wollen."* Sie treten dafür ein, *„die Bündnispartner für das Konzept der Sozialen Verteidigung bei allen jenen zu suchen, die einen Ausweg aus dem Kapitalismus wollen"* — und nicht etwa bei den Militaristen selber um Anerkennung zu werben (8).

„Verteidigung" gegen wen?

Selbst bei bürgerlichen Theoretikern wie Theodor Ebert hat sich das Bewußtsein verstärkt, daß unser Feind im „eigenen Land" (Liebknecht) steht, daß wir durch den eigenen Militärblock am meisten bedroht sind: *„Die Soziale Verteidigung richtet sich in erster Linie gegen innenpolitische gewaltsame Restaurationsversuche, in zweiter Linie gegen Interventionen bisheriger militärischer Bündnispartner und erst in dritter Linie gegen klassische Aggressionen und Erpressungsversuche der bisherigen militärischen Gegner."* (9) Doch ob dieses gewandelte Selbstverständnis für die P r a x i s stärkere Auswirkungen hat, bleibt abzuwarten. So klagt ein Mitglied der „Gewaltfreien Aktion Göttingen": *„Bei Diskussionen an Info-Tischen oder in Veranstaltungen für Abrüstungen erlebe ich immer wieder, daß Konzepte Sozialer Verteidigung regelmäßig dann — und immer erst dann — vorgestellt werden, wenn auf die Bedrohung durch die reale Militärmacht der UdSSR hingewiesen wird bzw. auf die in der Bevölkerung verbreiteten Bedrohungsängste."*

Er kritisiert, daß *„auf diese Weise Soziale Verteidigung oder ähnliche Konzepte als „Beruhigungspille" gegen Bedrohungsängste und nicht als notwendiger Bestandteil einer Entmilitarisierungsstrategie verstanden werden."* (10)

Er rät seinen Freunden, statt der „Umrüstung auf Soziale Verteidigung" verstärkt den

„Sozialen Angriff aufs Militär"

ins Blickfeld zu heben. *„Die Frage, die wir uns stellen sollten, ist, ob Regierung und Militär es d u l d e n werden, daß gesellschaftliche Gruppen eine Verteidigungsfähigkeit entwickeln, zumal wenn das mit Kritik und Widerstand gegen die bewaffneten Machtorgane des Staates verknüpft wird. Ich*

daß gesellschaftliche Gruppen eine Verteidigungsfähigkeit entwickeln, zumal wenn das mit Kritik und Widerstand gegen die bewaffneten Machtorgane des Staates verknüpft wird. Ich

bin davon überzeugt, daß die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten (eines jeden Staates) *alle ihre Machtmittel einsetzen werden, um ihre Interessen zu wahren und eine Entwaffnung ihres letzten Machtmittels, der Armee, zu verhindern. Schon der Versuch, Soziale Verteidigung durchzusetzen, erfordert wahrscheinlich ihre Anwendung gegen die eigene Armee bzw. die ‚verbündeten' Militärs* [...]*."* (11)

So erklären sich auch die heftigen Angriffe der bürgerlichen Presse gegen die „Soziale Verteidigung". Als „alternativer Traum" wird sie höhnisch gelobt, ihre Wortführer als „Radikalpazifisten" und „Vertreter der reinen Lehre" (12). Den Beschluß des Bundesparteitags der „Grünen", *„daß im Fall eines militärischen Angriffs auf die Bundesrepublik"* (...) *an die Stelle der militärischen die ‚Soziale Verteidigung' treten"* soll, bezeichnete der christdemokratische „Rheinische Merkur" als *„grünen Exzeß"*. (13) Im Gegensatz dazu werden die Vertreter alternativer militärischer Verteidigungskonzepte als Flügel der „Realisten" eingestuft und angesprochen.

Kommunisten und Soziale Verteidigung

Die im „Sozialen Angriff" und der Betonung der strikten Gewaltfreiheit enthaltene Forderung nach Entwaffnung des imperialistischen Militärapparates macht diese „Radikalpazifisten" zu den wichtigsten Bündnispartnern revolutionärer Antimilitaristen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, daß breite Teile der Linken heute aus Gründen der „Realpolitik" zu Positionen der „alternativen" Vaterlandsverteidigung überlaufen —, wie z.B. große Teile der „Modernen Zeiten" oder linke Grüne.

Im Unterschied dazu ist die absolut gewaltfreie Soziale Verteidigung, sofern sie nicht schon heute mit revolutionärer Vorstellung verbunden ist, wirklich eine sehr ‚softe' Form der Vaterlandsverteidigung, die wir deswegen auch anders kritisieren sollten.

Lenin zitiert beispielsweise einen russischen Vertreter einer ähnlichen Strömung mit den Worten: *„Ich will keine Annexionen, der Deutsche will m i r an den Kragen, folglich verteidige ich eine gerechte Sache und durchaus nicht irgendwelche imperialistischen Interessen."* Für die Auseinandersetzung mit dieser Position empfiehlt Lenin : *„Einem solchen Menschen muß immer wieder klargemacht werden, daß es nicht auf seine persönlichen Wünsche ankommt, daß es sich vielmehr um politische Verhältnisse und Beziehungen der Massen, der Klassen, um den Zusammenhang des Krieges mit den Interessen des Kapitals und dem internationalen Bankennetz usw. handelt. Nur ein solcher Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung ist ein ernster Kampf, der vielleicht keinen sehr schnellen, aber doch einen sicheren und dauerhaften Erfolg verspricht."* (14)

Auch in einem anderen Punkt würden wir mit einer platten Polemik gegen die „Soziale Verteidigung" niemanden überzeugen: Daß sie nämlich Gewaltfreiheit nicht nur in den Beziehungen zwischen Staaten, sondern auch im antimilitaristischen Kampf fordert.

Natürlich sind wir als Kommunisten da s t r a t e g i s c h anderer Meinung. Was aber die konkrete T a k t i k in der jetzigen Phase angeht, so sind Kampfmittel wie Demonstrationen, Streiks, Besetzungs- und Blokkadeaktionen ja durchaus geeignet, Bewegungen zu verbreitern und zu radikalisieren (siehe Startbahn West). Im Augenblick m e h r zu wollen und zu propagieren, im Augenblick mit militärischen oder halbmilitärischen Widerstandsformen zu liebäugeln, ist angesichts des Schießbefehls für Kasernenbesatzungen im Falle von „Angriffen" (z.B. bei der Brokdorf-Demo am 28.2.1981) blankes Abenteurertum. Das Resultat wäre bestenfalls eine Isolierung von der Massenbewegung, schlimmstenfalls ein Blutbad.

In diesem Sinne sollten wir uns um eine enge Zusammenarbeit mit den „Sozialen Verteidigern" bemühen, und an die Stelle phrasenhafter Abgrenzung konkrete Vorschläge setzen.

Jü./KB-Freiburg
Rei./KB-Baden Baden

(0) z.B. im „Afheldt-Konzept"; eine Kritik findet sich in „Unser Weg" 33
(1) Roland Vogt, Eine soziale Institution im Wachsen, in; graswurzel revolution, Sonderheft Soziale Verteidigung
(2) zitiert nach: DFG/VK Ba Wü, Soziale Verteidigung — Alternative zur Drohpolitik
(3) graswurzel revolution, Sonderheft Soziale Verteidigung, Sommer 1981, S. 50/51
(4) Theodor Ebert, Soziale Verteidigung, Band 2, Waldkircher Verlag, Oktober 1981, S. 75
(5) Theodor Ebert, Soziale Verteidigung, Band 1, Waldkircher Verlag, Sommer 1981, S. 183
(6) Egbert Jahn, Verteidigung der BRD, in (3)
(7) siehe (5), S. 171/72; ähnlich argumentiert auch D. Burgmann („Grüne").
(8) siehe (3), S. 54/55. Zitiert wird die linke französische Gruppe MAN (Mouvement Alternative Non-violent).
(9) siehe (4), S. 24
(10) siehe (3), S. 43
(11) siehe (3), S. 44/45
(12) aus bürgerlichen Presseberichten zum Landesparteitag der Grünen Baden-Württemberg
(13) Christ und Welt/Rhein. Merkur Nr. 41, 9.10.81
(14) Lenin, Die Aufgaben des Proletariats i.d. gegenwärtigen Revolution, LAW II, S. 59/60

Hiroschima-Ausstellung auch in Freiburg

Seit dem 19. Dezember wird auch in Freiburg die einzigartige Dokumentarausstellung über die beiden ersten Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki gezeigt.

Die Ausstellung, die zuletzt in Hamburg von 10.000 Menschen besucht wurde, wird damit auch der interessierten süddeutschen Bevölkerung zugänglich gemacht.

In einer ersten Presseerklärung nach Beginn der Ausstellung zeigen sich die Veranstalter („Hiroshima Information Deutschland e.V.", Freiburg) bef riedigt über das Interesse. Nach der gutbesuchten Eröffnungsveranstaltung sahen sich innerhalb von nur drei Tagen 500 Menschen die Ausstellung an, *„darunter zahlreiche Schulklassen". „Weitere Schulklassen haben sich angemeldet oder um eine Verlängerung der Ausstellung über den 12. Januar hinaus gebeten"*, heißt es in der Presseerklärung vom 22. Dezember 1981.

Der große Erfolg dieser Ausstellung bereitet umso mehr Freude, als er gegen den erklärten Widerstand und die offene Sabotage der Freiburger etablierten Parteien erreicht wurde. Ursprünglich war die Freiburger SPD mit der Durchführung der Ausstellung beauftragt. Nachdem die SPD wochenlang jedoch nichts zur Vorbereitung unternahm, In teressierte aus Freiburg gar bei der „Hiroshima Information Deutschland e.V." in Hamburg nach Ort und Zeit der Freiburger Ausstellung anfragten, organisierte die „Hiroshima-Information" die Sache schließlich selbst. Die SPD ihrerseits versuchte daraufhin noch, die Ausstellung über eine einstweilige Verfügung zu verbieten...

Unterstützung erhielten die Veranstalter in Freiburg dann von der „Bunten Liste" - von dieser dafür recht tatkräftig.

„Es ist wohl verständlich, daß wir stinkesauer sind, aber wir machen uns dennoch Gedanken darüber, warum Sie wohl so langsam und schlampig vorbereitet haben ... Uns erscheint nun doch wahrscheinlicher, daß Sie diese Ausstellung nur zurückhaltend vorbereiten wollten und ankündigen, weil Sie Schwierigkeiten mit der eigenen Partei befürchten. Schließlich ist es ein Bundeskanzler Ihrer Partei, der noch immer nicht wissen will, daß Abrüstung weniger und nicht mehr bedeutet. Es ist auch schwierig auf der einen Seite den Nato-Doppelbeschluß mitzutragen und auf der anderen Seite eine Ausstellung zu zeigen, in dem ganz konkret die Folgen der Atombomben vor Augen geführt werden..." - so die Organisatoren der „Hiroshima Information" an die Freiburger SPD.

Unterstützung erhielten die Veranstalter in Freiburg schließlich von der Bunten Liste - von dieser dafür recht tatkräftig.

Für Interessierte in Freiburg kurz noch Ort und Zeit der Freiburger Ausstellung:

bis 10.Januar 1982 14.00 - 20.00 Uhr
11.1. und 12.1. 10.00 - 20.00 Uhr
im „Alten Wiehrebahnhof",
Urachstr. 40, Freiburg.

Asien-Australien Kommission



Es ist der 10. August, der Tag nach dem Atombombenabwurf, gegen 11 Uhr vormittags. Die Hitze dringt noch durch die Sohlen der Schuhe.

Die Folgen eines thermonuklearen Krieges auf Menschen und Ökologie [Teil 4]

Einige psychiatrische und soziale Gesichtspunkte des Luftschutzprogramms

Während der letzten Jahre ist den Problemen der Entwicklung, Konstruktion und Verwendung von Schutzräumen gegen radioaktiven Niederschlag viel Aufmerksamkeit gewidmet worden. Wenn auch offiziöse Instanzen und Laien sich vielfältig zu diesen Fragen geäußert haben, so ergaben sich daraus im Endeffekt weitaus mehr neue Fragen als präzise Antworten auf schon bestehende.

In der vorliegenden Arbeit versuchen wir, unsere klinischen und wissenschaftlichen Erfahrungen hinsichtlich einiger psychologischer und sozialer Aspekte des derzeitigen Luftschutzprogramms darzulegen und hoffen, damit unseren Kollegen dabei zu helfen, ihre Patienten beraten zu können, für ihr und ihrer Mitmenschen Wohlergehen Pläne zu machen und vielleicht bei dem Überleben der menschlichen Rasse mitzuwirken.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit zwei Hauptthemen: die psychologische Einwirkung auf den Einzelnen und die Gemeinschaft bei der Planung eines Luftschutzprogramms und die psychologischen und sozialen Probleme, die bei der Benutzung der Schutzräume im Falle einer nukleare Katastrophe auftreten können.

Wir haben uns absichtlich auf das Schutzraumprogramm beschränkt. Obwohl größere und wichtigere soziale und psychologische Fragen unter dem Druck der Existenz im Atomzeitalter eine Rolle spielen, hat sich doch ein starkes Interesse im Zusammenhang mit diesen Problemen auf das Luftschutzprogramm konzentriert. Eine Betrachtung der Schutzraumfragen aus psychologischer Sicht ist auch für das Gesamtproblem der menschlichen Verhaltensweise in größeren Krisensituationen von Bedeutung.

Fragen bei der Planung von Schutzräumen

Fragen bei der Planung von Schutzräumen

Obwohl der Mensch mit begrenzten Katastrophen wie Kriegen, Tornados oder anderen Stürmen, Erdbeben, Flutkatastrophen und Epidemien seine Erfahrungen hat, war er bisher noch nie mit der Planung für eine potentielle Katastrophe globalen Ausmaßes konfrontiert. Fachleute und andere vertraten jedoch die Meinung, daß die derzeitige Situation Ereignissen in der Vergangenheit ähnlich sei, zumindest was die Drohung eines Krieges angehe. Soweit ein solcher Standpunkt zu vertreten ist, werden wir Angaben aus Untersuchungen relativ begrenzter Katastrophen benutzen, um den Ärzten derzeitige Reaktionen verständlich zu machen und vielleicht zukünftige Verhaltensweisen voraussagen zu können. Insbesondere möchten wir die Unterschiede zwischen akutem, kurzfristigem Streß und chronischem, langdauerndem betonen. In der Medizin ist besonders das Vorgehen und die Therapie bei chronischen Leiden, im Gegensatz zur akuten Krankheit, zu einem erheblichen Problem geworden. Die Natur des kalten Krieges und selbst die des heißen Krieges macht es, was die Überlebenden angeht, erforderlich, daß man sich sowohl mit den chronischen wie den akuten psychologischen Problemen beschäftigt. Hunger, Sklaverei und Pest könnten für diese Fragen als sozialhistorische Beispiele größere Bedeutung haben als militärische Konflikte von relativ kurzer Dauer.

Eine andere Seite der augenblicklichen Situation im Unterschied zur Vergangenheit ist die erhebliche Verstädterung der amerikanischen Gesellschaft. Es besteht in höherem Grade gegenseitige Abhängigkeit als jemals zuvor. Die Sozialstruktur ist enger verknüpft, und man kann sich fragen, ob sie noch wie in der Vergangenheit Zerreißproben aushalten kann. Eine Folge dieser erhöhten gegenseitigen Abhängigkeit ist die Tatsache, daß die Bedürfnisse und Erwartungen des Menschen zunehmend von einer organisierten sozialen Betriebsamkeit abhängig geworden sind.

Die Ära des einsamen Grenzers, der in einem feindlichen Milieu ganz auf sich gestellt war, ist inzwischen auf andere Kontinente verbannt worden. Daher ist es nicht überraschend, daß die Einführung eines individuellen Schutzraum-Bauprogramms vielfach feindselig aufgenommen wurde. Die Reaktionen schwankten zwischen den Extremen „Wir bauen einfach keinen" und „Wir werden einen bauen und ihn mit Waffen ausrüsten".

Andere zeigten Angst, Indifferenz oder Verwirrung, da sie sich einer neuen zweifelhaften Situation gegenübersahen, in der sie allein die Verantwortung für sich tragen sollten. Die Angaben über die Reaktionen Einzelner und ganzer Gruppen, im vorliegenden Fall von relativ einfachen Gesellschaftsgruppen, müssen allerdings gegen den Hintergrund einer hoch organisierten städtischen Gesellschaft gesehen werden, wie sie heute in den Vereinigten Staaten vorherrscht.

Die Einschätzung der mutmaßlichen Reaktion der Öffentlichkeit auf das Schutzraum-Bauprogramm ist für den Versuch wertvoll, das Verhalten der Bevölkerung vorauszusagen, die vielleicht irgendwann in der Zukunft diese Schutzräume benutzen muß. Da diese Untersuchung noch nicht vollständig ist, wäre es gut, die Meinungen von zwei hervorragenden Sprechern in Angelegenheiten öffentlichen Interesses zu prüfen, nämlich die von Hanson Baldwin, dem Militäranalytiker der New York Times, und die von Arthur Krock, einem politischen Redakteur der gleichen Zeitung. Hanson Baldwin schreibt:

„Gleichzeitig könnte ein nationales Luftschutzprogramm zwei weitere, scheinbar unterschiedliche, aber gleichlautende Wirkungen von erheblicher politischer, psychologischer und militärischer Bedeutung haben. Es könnte bei dem amerikanischen Volk ein falsches Gefühl der Sicherheit hervorrufen, eine Art Maginotlinien-Psychologie. Es würde gleichzeitig in der öffentlichen Meinung Amerikas mehr noch als in der Vergangenheit Aufmerksamkeit auf die Gefahren der Radioaktivität wachrufen und damit eine hemmende und behindernde Wirkung auf jede Wiederaufnahme von gegebenenfalls notwendigen Kernwaffentests in der Atmosphäre durch die Vereinigten Staaten wie auch auf unsere Diplomatie im allgemeinen ausüben.“

mosphäre durch die Vereinigten Staaten wie auch auf unsere Diplomatie im allgemeinen ausüben.“

Psychologisch gesehen kann dieses falsche Sicherheitsgefühl im Extremfall entweder zu unangemessener Apathie oder unqualifizierten Impulsivreaktionen führen. Daraus könnte sich in einer Zeit, wenn an das Individuum angemessene und legitime Anforderungen hinsichtlich seiner Reaktion in Gefahr gestellt werden, eine Lage entwickeln, der er hilflos gegenübersteht. Die Geschichte über den Jungen, der rief: „Der Wolf kommt!" ist nur zu bekannt.

Arthur Krock verweist auf ein anderes Problem. Bei der Besprechung einer Broschüre des Office of Civil Defense Mobilisation stellt er folgendes fest:

„Trotz der Tatsache, daß der Präsident von einer ursprünglichen Ermutigung des Baues privater Schutzräume zugunsten der Errichtung von Gemeinschaftsschutzräumen abgekommen ist, ist diese Schrift im Grunde doch nur eine Anleitung für die Glücklicheren, ‚glücklich' einmal insofern, als sie über Geldmittel verfügen, um die so ausführlich beschriebenen privaten Schutzräume zu bauen, zum anderen, als sie ausreichend weit vom Explosionsgebiet entfernt wohnen, um mit dem Leben davonzukommen. Aber es gibt, wie ich hoffe, zahlreiche Amerikaner, die die Entwürfe für einen Bau in ihren Kellern und Höfen, welche es für 150 Dollar an aufwärts gibt, und die ihnen ihre überlegenen finanziellen Mittel gestatten, als unmoralisch und entwürdigend ablehnen. Und es scheint, wie ich ebenfalls hoffe, auch viele Amerikaner zu geben, die sich bei den Gedanken an ein Überleben auf Grund ihres zufälligen Wohnsitzes höchst unwohl fühlen."

Die geteilten Gesichtspunkte über dieses Programm, die derartige Gegensätze wie Stadt und Land, reich und arm, West zu Ost und Nord zu Süd aufkommen lassen, verlangen zweifellos besondere Beachtung. Die Betonung einer Auswahl von Personen und Gruppen, die gerettet werden sollen, ist besonders fragwürdig, gleichgültig ob diese Auswahl durch eigene Selektion oder durch Regierungsbeschluß getroffen wird. Margaret Mead schlug bei einer der letzten AAAS-Symposien in Denver im Jahre 1961 vor, ein internationales Programm aufzustellen, durch das bestimmte jungverheiratete Ehepaare ihre Flitterwochen in einem explosionssicheren Schutzraum unter der Erde verbringen sollten. Sie argumentiert, daß durch diese Regelung jederzeit eine angemessene Zuchtpopulation im Falle eines nuklearen Angriffs vor der Vernichtung bewahrt werden würde. Die Auswirkungen des Luftschutzprogramms auf Kinder läßt sich nur vermuten.

Vorschläge, das zumindest Schutzräume für alle schulpflichtigen Bevölkerungsgruppen gebaut werden sollten, was für den Fall der Katastrophe die Trennung der Kinder von ihren Familien mit sich bringen würde, zeigen, wie tief das Programm tatsächlich in die Grundlagen der Gesellschaft eingreifen würde.

Besonders Ärzte stehen auf Grund ihrer Sonderstellung in der Gesellschaft einerseits dem Druck ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Allgemeinheit und andererseits ihrer persönlichen Verantwortung für ihre Familie gegenüber. Die Frage, ob Sondermaßnahmen für sie und andere Gruppen in ähnlicher Stellung getroffen werden sollen, ist bisher nie offen diskutiert worden. Daß ein Luftschutzprogramm nur Personen mit besonderen Begabungen, von diesen aber wiederum nicht alle, angehen könnte, unterstreicht zumindest die Bedeutung einer Diskussion der durch das Luftschutzprogramm berührten moralischen und ethischen Fragen.

Probleme bezüglich der Verwendung von Schutzräumen

Die beiden auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben sind die einzige tatsächliche Erfahrung, die der Mensch bisher mit dem nuklearen Krieg gemacht hat. Da allein diese Fälle zur Verfügung stehen, verdienen sie eingehende klinische Erforschung. Die damaligen Angriffe hatten massive psychologische und soziologische Konsequenzen. Hachiya, ein japanischer Arzt aus Hiroshima, beschreibt die Ereignisse nach der Explosion folgendermaßen:

„Eltern suchten, halb wahnsinnig vor Schmerzen, nach ihren Kindern. Ehemänner suchten ihre Frauen und Kinder ihre Eltern. Eine arme Frau, irr vor Angst, wanderte ziellos durch das Hospital, wobei sie fortwährend den Namen ihres Kindes schrie.

... welch ein schwaches fragiles Wesen ist doch der Mensch vor den Mächten der Zerstörung. Nach dem Atomblitz war die gesamte Bevölkerung auf ein gemeinsames Niveau physischer und geistiger Schwäche herabgedrückt worden. Diejenigen, die noch konnten, bewegten sich schweigend in Richtung auf die Vororte und entfernt gelegenen Hügel, ihr Geist war gebrochen, ihre Willenskraft dahin. Fragte man sie, woher sie kamen, dann deuteten sie auf die Stadt und sagten ‚von dort', und wenn sie gefragt wurden, wohin sie gingen, zeigten sie fort von der Stadt und sprachen ‚dahin'. – Sie waren innerlich so gebrochen, so aufgewühlt, daß sie sich wie Automaten bewegten und benahmen.

Ihre Reaktionen erstaunten Außenstehende, die mit Verwunderung über lange Reihen von Menschen berichteten, die sich gleichmütig auf einem schmalen, schlechten Weg dahinbewegten, während dicht daneben eine gute, leicht gangbare Straße in die gleiche Richtung führte. Die Außenstehenden erkannten eben nicht, daß sie hier Zeugen der Austreibung eines Volkes wurden, das im Reich der Träume wanderte."

Über Nagasaki schreibt Nagai folgendes:

„Von diesem Zeitpunkt an ... schien jeder wahnsinnig geworden zu sein. Ganz allgemein waren die Leute, die mit dem Leben davongekommen waren, auch diejenigen, die ihre Freunde, welche in extremis schrien, unbeachtet ließen ... selbstsüchtig, egozentrisch, nur von ihren Instinkten und nicht ihrer Moral geleitet ... und wir wissen dies, wir, die wir überlebten."

Keine der betroffenen Bevölkerungsgruppen ahnte die durch Kernwaffen verursachten Verwüstungen oder war in irgendwelcher Weise darauf vorbereitet, obwohl gewisse Vorbereitungen getroffen worden waren und Erfahrungen mit konventionellen Bomben bestanden. Nicht nur die Not und die physischen Leiden im Gefolge dieser Kernwaffenangriffe beeindruckten die Forscher der menschlichen Verhaltenslehre, sondern auch die enorme Wirkung dieser Ereignisse auf eine ganze Nation, wo doch die Mehrzahl ihrer Bürger nicht unmittelbar den physischen Gefahren des Angriffs selbst ausgesetzt war.

Welche weiteren Quellen über Details sind verfügbar, auf Grund derer die psychologische und soziale Reaktionsweise amerikanischer Bevölkerungsgruppen im Gefolge eines nuklearen Angriffs ermittelt werden kann? Obwohl die folgenden Angaben keine direkte Beziehung zu den Verhältnissen im Kriege besitzen, wollen wir den Versuch machen, aus dem vorliegenden Material gewisse Folgerungen zu ziehen, wobei wir uns der Grenzen dieses Versuches bewußt sind.

Welche Verhaltensweise könnte, angenommen, daß eine Warnung dem nuklearen Angriff vorausgehen würde, für den Zeitraum der drohenden Katastrophe antizipiert werden? Für den Idealfall wäre zu hoffen, falls Schutzräume existieren, daß ein geordneter Marsch nach den Orten maximaler Sicherheit einsetzen würde, selbst wenn das Intervall vor dem Angriff relativ kurz wäre. Der folgende Bericht, aus einem Symposium über Streß entnommen, zeigt den Variationsgrad der Reaktionen während einer Vorwarnung von 15 Minuten vor der Vernichtung einer kleinen Stadt durch einen Wirbelsturm.

„Die Verhaltensweise während einer Zeit von 10 bis 15 Minuten unter der Bedrohung variierte in interessanter Weise. Nach unseren Interviewproben konnte man urteilen, daß die meisten Männer nach Hause gingen, um ihre Frauen zu schützen, und die meisten Frauen nach Hause zu ihren Müttern eilen wollten ... Die Dauer der Vorwarnung bzw. der drohenden Gefahr determiniert zum Teil, in welchem Maße lebensrettende Maßnahmen möglich sind. Viele Überlebende fühlten sich bei Gesprächen über diese Zeit schuldig, daß sie nicht mehr getan oder zu einer Zeit eine größere Verantwortung übernommen hatten, als man noch hätte helfen können. Zwei Personen mit depressiven Reaktionen in der Rekonvaleszenz gaben an, während der drohenden Gefahr und bei Einbruch des Sturms hilflos reagiert zu haben. Dieses Verhalten hatte bei ihnen Schuldgefühle mobilisiert, jedoch auch Defensivreaktionen gegen diese Schuldgefühle."

Eine ausgezeichnete Beurteilung einiger Faktoren bezüglich individueller und kollektiver Reaktionen bei Katastrophen findet sich in der Zusammenfassung eines Symposiums über Anpassung an Katastrophen von Demerath. Aufbauend auf die Untersuchungen bei zahlreichen Unglücksfällen kam er zu dem Schluß, daß die individuellen Reaktionen abhängig sind von den vorliegenden destruktiven Kräften, insbesondere wenn sie die soziale Lage und das Gesellschaftsgefüge erschüttern, der primären Wahrnehmung und dem Verhalten der betroffenen Menschen sowie von der organisatorischen Struktur und Situation in der Phase nach der Katastrophe. Von besonderem Interesse ist der Hinweis von Demerath, daß die soziale Auflösung um so größer ist, je schneller sich die Katastrophe vollzieht, je kürzer die Zeit der Vorwarnung ist, je schlechter die zur Katastrophe führende Kraft bekannt und je unklarer sie bleibt, je größer die rein physische Vernichtungspotenz und je länger die Zeit der Gewalteinwirkung ist. Und das sind die mutmaßlichen Bedingungen eines nuklearen Angriffs.

Bei dem Entwurf und dem Bau von Schutzräumen hat man den Strahlengefahren primäre Beachtung geschenkt. Das Problem der Familien- und Gemeinschaftsschutzräume gegen Explosionsdruck und thermische Auswirkungen von Megatonnenbomben wartet noch auf seine Bearbeitung. Die Gefahren durch Strahlen sind einzig in ihrer Art, verglichen mit der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch Luftangriffe während des zweiten Weltkrieges. Die Gefahren während eines konventionellen Bombenangriffs waren größtenteils verbunden mit Sinneseindrücken, die jeder während der tatsächlichen Einwirkungszeit aufnehmen konnte. Über den bevorstehenden Angriff und den Zeitpunkt, wann die Gefahr vorüber war, wurde die Öffentlichkeit durch die üblichen Luftalarmsysteme informiert. Selbst wo keine Alarmanlage bestand, konnte das Ausmaß der Gefahr mit Hilfe des Hör-, Gesichts- und Tastsinns beurteilt werden. Demgegenüber kann man Strahlen weder hören, empfinden, tasten, riechen oder sehen. Strahlendetektoren würden selbstverständlich eine gewisse Information liefern und so dazu beitragen, eine verläßliche Beurteilung des Grades und der Dauer der Gefährdung durch radioaktiven Niederschlag zu ermöglichen, vorausgesetzt, daß das technische Wissen zur Bedienung der Apparate vorläge.

Bei früheren Katastrophenstudien wurde gezeigt, daß Bedrohungen bzw. Gefahren, die nicht mit den Sinnen wahrnehmbar sind, einen enormen psychologischen Effekt haben können. Ein Beispiel für eine derartige Situation war eine Massenvergiftung mit illegal hergestelltem Whisky, der Methylalkohol enthielt, bei der fast 50 Menschen in Atlanta, Ga., starben oder erblindeten. Viele Menschen tranken diesen verunreinigten Alkohol, ohne dabei natürlich den Gehalt toxischer Substanzen durch Geschmack, Färbung oder Geruch erkennen zu können. Außerdem bestand eine Latenzzeit zwischen der Aufnahme des Alkohols und dem Auftreten von Vergiftungserscheinungen. Als die Zahl der Todesfälle und Erblindungen in der Bevölkerung wuchs, wurden zunehmend Veröffentlichungen und offizielle Warnungen bekannt. Hierzu nun ein Bericht über die darauf folgende Verhaltensweise:

„Auf Grund von 433 nachgeprüften Krankenblättern des Ambulatoriums ergab sich, daß von je 10 Patienten, die in der Notfallambulanz des Grady-Hospitals behandelt wurden, jeweils 4 auf den vom Hospital benutzten Test negativ reagierten, 2 offen zugaben: ‚Doktor, ich weiß nicht, ob ich es getrunken habe oder nicht. Bitte, untersuchen Sie mich', und nur jeweils 4 offenbar in den Augen der behandelten Ärzte eine Therapie benötigten."

Es erscheint also der Schluß vernünftig, daß viele Individuen einer Bevölkerungsgruppe, die einer Gefahr ausgesetzt ist, welche weder durch Sicht, Gehör, Berührung oder Geschmack festgestellt werden kann, Erscheinungen zeigen werden, auch dann, wenn sie nicht wirklich verletzt oder auch nur gefährdet sind. Auch wenn die Schutzräume tatsächlich Schutz gegen radioaktiven Niederschlag bieten sollten, werden viele Menschen Symptome zeigen, die ihre Wirksamkeit beeinträchtigen können.

Ein weiteres Beispiel, das für die Prognose der Verhaltensweise von Individuen und Gruppen bei längerer unfreiwilliger Isolierung innerhalb eins physikalisch feindlichen Milieus verwendet werden kann, ist die Situation auf atomar angetriebenen Unterseebooten. Die Mannschaften dieser U-Boote sind langfristig auf sehr begrenztem Raum eingeschlossen und auf ihrer Fahrt einem potentiellen Strahlenrisiko ausgesetzt. Psychologische Untersuchungen hinsichtlich der Reaktionen solcher Mannschaften sind durchgeführt worden. Obwohl diese Untersuchungsbefunde nicht allgemein verfügbar sind, unterstreichen einschlägige Veröffentlichungen die Tatsache, daß man erhebliche Anstrengungen macht, den Mannschaften von Atomschiffen ein Maximum an Komfort und Sicherheit zu gewährleisten.

Die Probleme einer Isolierung über lange Zeiträume, eine Bedingung also, wie sie in einem Schutzraum gegen radioaktiven Niederschlag bestehen würde, werden leichter verständlich, wenn man Untersuchungen berücksichtigt, die sich mit den Wirkungen einer Ausschaltung der sinnlichen Wahrnehmungen, der Isolierung und der Einsperrung auf den Menschen beschäftigen. Anekdotenhafte Berichte von Entdeckern und schiffbrüchigen Seeleuten legen die Vermutung nahe, daß mannigfaltige alarmierende Verhaltensweisen durch andauernde Isolierung in einer Umgebung mit potentiellen physischen Gefahren hervorgerufen werden. Die Berichte von Admiral Byrd während seiner Isolierung in einem Lager, das ihm Schutz gegen die Härten des antarktischen Klimas bieten sollte, bestätigen, daß langfristige Abgeschlossenheit zu oppressiven und depressiven Symptomen sowie zu erschwerter geistiger und sinnlicher Wahrnehmung führen kann. Untersuchungen an Krankenhäusern haben gezeigt, daß eine zusätzlich zu einer Krankheit erfolgende Isolierung selbst bei adäquater körperlicher Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

sorgung zu schweren Störungen der Verhaltensweise führen kann. Experimentelle Studien haben gezeigt, daß sowohl kurz- wie langfristige Isolierung und Einsperrung verschiedene Folgen bezüglich der Verhaltensweise haben können, die sich von Angstzuständen und Auftreten somatischer Beschwerden bis zu Halluzinationen und Wahnvorstellungen erstrecken.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß eine Isolierung unter experimentellen Bedingungen einen relativ milden Streß darstellt, da die Versuchsperson jederzeit die Isolierung abbrechen kann, wenn sie diesen Wunsch äußert. Ein Entkommen aus einem Bombenschutzraum ist dagegen nicht möglich, und es wäre zu erwarten, daß eine psychologische Dekompensation graduell ausgeprägter wäre als bei experimentellen Untersuchungen. Andererseits würden bei einer solchen Lage im tatsächlichen Leben geeignete Anpassungsreaktionen ausgelöst werden, welche ein Überleben möglich machen könnten. Daher ist eine etwaige individuelle Reaktion allein durch Laboruntersuchungen außerordentlich schwer vorauszusagen.

Wenn das Schutzraum-Bauprogramm auf individuelle Familienschutzräume ausgerichtet wird, dann ist eine Kenntnis über die Lage bei Isolierung kleinerer Familiengruppen wichtig. Dabei dürfte es offensichtlich sein, daß nur unter höchst zufälligen Umständen eine gesamte städtische Familie sich während und nach einem Angriff in einem gemeinsamen Schutzraum aufhalten würde. Systematische Untersuchungen von Familien, die in Isolierung leben mußten, sind nur gering an Zahl und entbehren im allgemeinen der wissenschaftlichen Grundlage.

Vernon untersuchte eine Familie, bestehend aus den Eltern und drei Kindern, von denen zwei im Vorschulalter und eins im höheren Schulalter waren. Sie verblieb in einem Schutzraum für die Dauer von 2 Wochen. Die psychologischen Wirkungen waren, wie er berichtet, minimal, obwohl es Verhaltensprobleme gab, die aber mehr mit der großen Hitze und Feuchtigkeit innerhalb des Schutzraumes zu tun hatten.

Es ist ziemlich offensichtlich, daß freiwillige Versuchspersonen unter Bedingungen, welche die Beendigung der Einsperrung jederzeit ermöglichen und bei denen es zu keiner Katastrophe kommt, einen kurzfristigen Aufenthalt bis zu 14 Tagen durchhalten können. Andere Berichte über ein Familienleben in Schutzräumen waren dagegen weniger optimistisch. Offenbar gibt es erhebliche Verhaltensunterschiede in Abhängigkeit von den Familienverhältnissen und der jeweiligen Anpassungsfähigkeit an einen Streß. Erzwungener sozialer Kontakt pflegt im allgemeinen den jeweils üblichen Mechanismus von Adaptation und Maladaptation zu verstärken. Vielleicht werden ideenreichere und intensivere Untersuchungen über familiäre Beziehungen unter den Bedingungen der Isolierung eins der angenehmeren Nebenprodukte des gesamten Schutzraumproblems sein.

Weitere Informationsquellen über die Reaktion städtischer Familiengruppen auf erzwungene Isolierung sind die Berichte von Juden, die sich in Nazi-Deutschland verborgen hielten. Die Dokumentation über die Nöte dieser Juden, von denen sich manche jahrelang versteckt hielten, besteht gewöhnlich in Tagebüchern oder Rekonstruktionen der Ereignisse nach der Befreiung. Der Prototyp für viele solcher Berichte ist das Tagebuch der Anne Frank, welches einige der potentiellen Möglichkeiten für adaptive oder maladaptive Verhaltensweise bei einer Familie und relativ nahen Freunden zeigt. Ein anderes Buch behandelt das Problem der wenigen Überlebenden des Warschauer Gettos, wo Angehörige getrennter Familien, einschließlich Kinder und älterer Leute, sich monatelang versteckt hielten. Dieses Buch zeigt eine Generation der Verzweiflung, der Depression, des Mordes und Selbstmordes, wie dies unter einer massiven Bedrohung vorkommt. Jedoch war bei allen diesen Gruppen die Gefahr mit den Sinnen wahrnehmbar, sie war mörderisch, aber dabei körperhaft. Das Problem würde hinsichtlich einer unsichtbaren und unfühlbaren Strahlung zweifellos etwas anders aussehen.

Obwohl es verschiedene gut dokumentierte Untersuchungen im Hinblick auf die Auswirkungen der Isolierung auf das Individuum unter den Bedingungen der Einsperrung gibt, sind nur wenige experimentelle Untersuchungen bezüglich einer kollektiven Verhaltensweise unter diesen Bedingungen durchgeführt worden. Eine Untersuchung wurde von dem American Institute for Research vorgenommen, wobei spezifisch die Auswirkungen eines Lebens in einem Schutzraum bei einer selbstgewählten Gruppe von Männern, Frauen und Kindern, Angehörigen von verschiedenen Familien im Alter von 7 bis 72 Jahren getestet wurde. Die Untersuchung erfolgte in vier Gruppen von je 30 Personen. Drei Gruppen hielten sich eine Woche lang in einem fiktiven Schutzraum auf, eine Gruppe 2 Wochen lang. Die hauptsächlichen experimentellen Variablen waren die Temperatur und die An- bzw. Abwesenheit eines hierzu bestimmten und geübten Luftschutzleiters. Die wesentlichen Ergebnisse waren die Tatsachen, daß die Anwesenheit eines Leiters die allgemeine Anpassung an das Leben in einem Schutzraum erhöhte und daß Temperaturen im Schutzraum bis zu 85 Grad Fahrenheit (30 Grad Celsius) leidlich vertragen wurden. Fehlte eine geeignete Führung, dann kam es zu einem Zusammenbruch des normalen Benehmens mit Verhaltensweisen wie „Knutscherei" der Jugendlichen, Glücksspielen und Fluchen. Dies alles war besonders störend für die älteren der Gruppe.



Demnach gelingt es einer geeigneten Führung, mit Problemen wie Schlafstörungen, sexuellen Spannungen, Feindseligkeiten gegenüber anderen Bewohnern des Schutzraumes, Claustrophobien und Depressionen fertig zu werden. Derartige psychologische Reaktionen sind nicht überraschend; jedoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Verfasser die Häufigkeit und den Schweregrad derartiger Reaktionen in größerem Detail angegeben hätten.

Die maximale Toleranzgrenze der Temperatur schien 85 Grad Fahrenheit zu sein. Als Beschwerdegrund stand die Feuchtigkeit in Verbindung mit der Temperatur an zweiter Stelle und wurde lediglich durch Klagen über Wassermangel übertroffen. Andere Beschwerdepunkte waren, geordnet nach ihrer Häufigkeit, Mangel an Bewegungsmöglichkeit, Überfüllung, Schmutz, Schlafschwierigkeiten, Lärm, körperliche Symptome, Art der Ernährung und das Benehmen anderer. Aufregungen und Spannungen waren am größten unmittelbar nach Betreten und vor Verlassen des Schutzraumes. Der Wunsch, den Schutzraum zu verlassen, nahm gleichmäßig während der gesamten Einschließungsperiode zu. Nur eine Versuchsperson, ein Gruppenführer, der sich allerdings selbst dazu ernannt hatte, mußte am 6. Tag aus dem Schutzraum auf Wunsch verschiedener Mütter entfernt werden, da sie „für die Sicherheit ihrer Kinder fürchteten".

Aus der Beschreibung seines Verhaltens wird deutlich, daß er an einer paranoiden Reaktion litt; er schien seine normale Anpassung, die vor der Schutzraumperiode bestand, schon innerhalb weniger Stunden nach Entfernung aus dem Schutzraum wieder zu erlangen. Die übrigen beendeten ihre im Experiment vorgesehene Abschließungsperiode.

Die Verfasser dieser Studie kommen zu der Schlußfolgerung, daß die hauptsächlichen Probleme eines geeigneten Schutzraumes darin bestehen, eine fähige Führung, ausreichende Schlafmöglichkeiten und eine Verringerung von sozialen, moralischen und ethischen Konfliktsituationen anzustreben.

Sie sind sich über folgende Einschränkungen ihrer Untersuchungsergebnisse klar: sämtliche Versuchspersonen standen dem Schutzraum sympathisierend gegenüber; es handelte sich um eine fiktive Schutzraumsituation; das Datum der Beendigung des Aufenthaltes war allen Mitgliedern der Gruppe vor Betreten des Schutzraumes bekannt.

Andere Gruppenuntersuchungen wie die der westdeutschen Regierung, der schwedischen Regierung und der Marine der Vereinigten Staaten über enges Zusammenleben unter ähnlichen Bedingungen haben weniger Bedeutung, weil entweder Militärpersonal oder Freiwillige aus Gefängnissen als Versuchspersonen verwendet wurden. Ein für diese Besprechung interessantes Ergebnis war jedoch folgendes:

Während der drei ersten Tage gaben etwa Dreiviertel der Testpersonen an, daß sie sich ausgeglichen und fröhlich fühlten. Während der restlichen 2 Tage machte nur noch 50 % diese Angabe, die übrigen Testpersonen äußerten, daß sie deprimiert und rastlos, verdrießlich und nervös waren. Zwei klagten über Platzangst und fanden das dauernde Leben inmitten der Gruppe unerträglich.

Die Durchführung sinnvoller Aufgaben schien manche Angstgefühle, wie sie bei dieser Untersuchung aufgetreten waren, zu verringern, ein Befund, der durch ähnliche Untersuchungen unter polaren Verhältnissen gestützt wird.

Das wesentliche Ergebnis dieser kritischen Betrachtung verschiedener Untersuchungen über das Problem des Aufenthaltes in den Schutzräumen ist das auffallende Fehlen gut geführter Forschung zur Klärung hypothetischer Fragen. Jeder Arzt sieht ein, daß vor einer therapeutischen Maßnahme oder einem Programm zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen notwendig sind, bei denen die besten zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Methoden zur Anwendung kommen sollten. Obwohl die sich anbietenden Lösungen der Probleme eines nuklearen Angriffes wegen des Umfangs dieser Probleme gering sind, erscheint es einleuchtend, daß ein Minimum an systematischer Forschung auf dem Gebiet der menschlichen Verhaltensweisen wesentlich ist, bevor man sich an die Lösung des Schutzraumbaues heranmacht.

Diskussion

Obgleich wir einige psychologische und soziale Probleme dargelegt haben, die bei der Benutzung von Schutzräumen auftreten können, sind wir uns darüber klar, daß wir damit nur einen kleinen Blick in die Büchse der Pandora der psychologischen Schwierigkeiten getan haben, die bei der atavistischen Rückkehr der Menschen und seines Stammes in die Tiefen der Erde auftreten können. Es war dem Menschen möglich, aus der Tiefe seiner paleolitischen Höhle in ein Stadtapartement oder ein Gartenhaus in einer Vorstadt aufzusteigen – eine gänzlich andere Frage ist es, ob es ihm gelingt, mit Erfolg wieder in die Höhle zurückzukehren. Die Frage, ob eine plötzliche Umkehr auf dem Pfad seiner Entwicklung psychologisch möglich ist, wird, wie wir erhoffen, ein rein metaphysisches Problem bleiben.

Bisher haben wir zahlreiche Fragen gestellt, es ist daher nur billig, daß wir nun auch einige Möglichkeiten für ihre Lösung vorschlagen, die vernünftige Aussichten auf Erfolg haben. Es ist wohl offensichtlich, daß die Verhütung der Notwendigkeit eines Schutzraumprogramms der beste Weg zur Lösung der sozialen und psychologischen Fragen eines derartigen Programms darstellt. Ähnlich wie unsere Kollegen im öffentlichen Gesundheitsdienst, die ihr Interesse mehr auf den Malaria-Sumpf als auf die Behandlung einzelner Erkrankter konzentrieren, sollten wir versuchen, die Wurzeln der nuklearen Epidemie, die wir zur Zeit durchmachen, festzustellen und sie unter Kontrolle zu halten. Der Arzt kann dies z. T. dadurch erreichen, daß er voll seine berufliche Verantwortung für die Erhaltung menschlichen Lebens übernimmt.

Die Betonung eines biologischen Lösungsversuches kann insofern wirksam sein, als er klare Perspektiven für die Tragweite derartiger strategischer Begriffe wie „overkill" oder die „Tolerierung von 120 Millionen Toten bei dem ersten Schlag eines nuklearen Angriffs" schafft.

Vorausgesetzt, daß die nukleare Epidemie weitergeht, und ein funktionierendes Luftschutzprogramm physisch und ökonomisch möglich ist, erhebt sich die Frage, wie es bei Berücksichtigung der psychologischen Bedürfnisse des Individuums und der Masse durchführbar ist. Unsere hier vorgelegten Untersuchungsergebnisse berechtigen zu der Annahme, daß sich bei einer nicht geübten und nicht ausgewählten städtischen Bevölkerung durch einen Schutzraum, der die Weiterführung einiger alltäglicher Arbeiten gestattet, wahrscheinlich das adaptive Verhalten verbessern ließe. Ein derartiger Schutzraum würde bis zu einem gewissen Grade eine ähnliche Differenzierung der gesellschaftlichen Funktionen gestatten wie in früheren Verhältnissen. Körperliche und seelische Erkrankungen, die fast mit Sicherheit bei einigen Personen der Gruppe bestehen würden, hätten keinen wesentlichen Einfluß auf ihr Leben. In Familienschutzräumen könnte die Erkrankung oder der Tod eines einzelnen wichtigen Angehörigen eine Katastrophe für die gesamte Familie sein. In jedem Schutzraummilieu würde jedoch die Auflösung der Familieneinheit fraglos ernste psychologische Konsequenzen haben. Da eine gewisse Auflösung der Familie bei einer nuklearen Katastrophe ohnehin fast sicher ist, würden Schutzräume, die das Zusammenleben zumindest einiger Familienmitglieder erlauben, wahrscheinlich die wünschenswerteste Alternative sein.

Einer der notwendigsten Punkte bei der Planung eines Schutzraumprogramms ist verständlicherweise eine ausreichende Aufklärung über das Ausmaß der atomaren Gefahr, der die Gesellschaft gegenübersteht. Es scheint so, als ob die verantwortlichen Regierungssprecher höchst zurückhaltend in ihren Informationen gegenüber der Öffentlichkeit waren, wahrscheinlich aus der Befürchtung heraus, Angstreaktionen oder eine allgemeine Apathie hervorzurufen. So gibt die kürzlich erschienene Broschüre des Office of Civil Defense Aufklärung über die Möglichkeit, unter den Wirkungen des radioaktiven Niederschlages einer 5-Megatonnen-Explosion zu überleben, wogegen die Wirkungen von 20-Megatonnen-Bomben hinsichtlich Explosionsdruck, Hitzeentwicklung und radioaktivem Niederschlag allgemeiner anläßlich der offiziellen Beratungen des Holifield Committee besprochen wurden.

Als Ärzte mögen wir vielleicht für dieses Problem Verständnis aufbringen, da ähnliche Fragen beispielsweise bei der Entscheidung auftreten, inwieweit ein Arzt seinem Patienten mit unheilbarem Krebs über seine Krankheit Mitteilung machen sollte. Bekanntlich bestehen bei den Ärzten darüber unterschiedliche Meinungen, die zwischen den Extremen, dem Patienten möglichst wenig oder dem Patienten alles zu sagen, ein ganzes Spektrum ausmachen.

Als Psychiater erkennen wir an, daß derartige Mitteilungen auf die jeweiligen Bedürfnisse eines Patienten zugeschnitten sein müssen. Wenn diese Analogie auch ihre offensichtlichen Grenzen hat, so gibt es andererseits viele Leute, die den gegenwärtigen nuklearen Rüstungswettlauf als eine Art bösartige Geschwulst ansehen, die in der Politik wuchert und bei der stets die Möglichkeit besteht, daß es zu einer metastatischen Aussaat von Kernwaffen kommen könnte.

Obwohl die Frage, inwieweit die Öffentlichkeit aufzuklären sei, schwierig ist, sind zweifellos oft falsche oder gar keine Informationen viel gefährlicher. Als Ärzte wissen wir, daß falsche Informationen oft zu einer Beeinträchtigung des Wirklichkeitssinnes führen und Fehlanpassungen bedingen. Patienten pflegen diagnostische Aufklärungen entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen zu verwenden. So werden einige Patienten mit Krebs ihre Krankheit selbst dann leugnen, wenn man sie davon in Kenntnis setzt, und durch diese Negierung eine Situation schaffen, in der eine korrektive Therapie nicht mehr möglich ist. Andererseits gibt es Patienten, die gerade dann auf drastischen und potentiell lebensverkürzenden Behandlungsmaßnahmen bestehen. Noch andere wenden sich verschiedenen Arten der Quacksalberei zu. Ein sehr kleiner Teil wird suizidalen Tendenzen aus Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung nachgeben. Analog der letzten Gruppe gibt es Menschen, die eine Therapie der Krebsgeschwulst der nuklearen Bedrohung durch massive Strahlendosen suchen. Als Ärzte versuchen wir, die Art der Therapie dem Patienten individuell nach unserem besten Wissen anzupassen. Wir wissen, daß viele Menschen bei Kenntnis lebensbedrohlicher Situationen mit einem hohen Grad an Anpassung, Mut und Hoffnung reagieren können. Die meisten Menschen suchen Wissen, treffen vernünftige Entscheidungen und handeln zum Vorteil für sich, ihre Familie und ihre Gemeinschaft.

Zusammenfassung und Folgerungen

Wir haben in dieser Abhandlung versucht, die Lage zu umreißen, der sich der Mensch von heute gegenübersieht, wenn er Pläne für einen psychologischen und sozialen Fortbestand unter der Drohung und im Falle einer nuklearen Katastrophe entwickelt. Wir haben verschiedene Meinungen angeführt und einige anekdotenhafte und wissenschaftliche Beobachtungen zitiert, die für das Verständnis dieser Probleme von Bedeutung sein können. Wir haben Vorschläge darüber gemacht, wie die Ärzte einigen dieser Probleme näherkommen können.

Es ist offensichtlich, daß wir viel mehr Fragen erhoben als beantwortet haben. Es sollte klar sein, daß die psychologischen und sozialen Probleme bei der Planung eines Schutzraumprogramms derartig umfangreich und komplex sind, daß es ratsam wäre, massive Anstrengungen dahingehend zu machen, die Notwendigkeit für ein solches Programm überhaupt zu eliminieren.

Die Ärzte als Berufsgruppe, die sich mit der Linderung von Leiden und der Erhaltung menschlichen Lebens befaßt, werden dringend aufgefordert, diesen Fragen nachzugehen und Schritte zu unternehmen, die sie am wirksamsten befähigt, bei der Erreichung dieses fundamentalen Zieles mitzuhelfen.

(Ausgewählt von Dr. Willy Reichstein, München 8, Lucil-Grahn-Straße 41)

Krise in Nicaragua

Die Bourgeoisie will an die Schalthebel der Macht zurück

Die wirtschaftliche und politische Krise in Nicaragua nimmt schärfere Formen an. Heute zeigt sich noch deutlicher als befürchtet, wie schwer die Sandinistische Revolution an dem Erbe des besiegten Regimes zu schleppen hat: Abhängigkeit vom Imperialismus und strukturelle wie gesellschaftliche Unterentwicklung bremsen den Prozeß des Neuaufbaus wie Mühlst eine, deren Gewicht manche Ansprüche der Revolution zu erdrücken drohen. Die mit der Verkündung des wirtschaftlichen und sozialen Notstands im September '81 verbundenen einschneidenden Maßnahmen vermochten die wirtschaftliche Krisenfahrt bisher jedoch auch nicht zu stoppen.

Besonders bitter für eine siegreiche Befreiungsbewegung, die für die Bedürfnisse und Interessen der armen Landbevölkerung, der Arbeiter und der Bewohner in den Armenvierteln der Städte kämpft, sind dabei das Streikverbot und das Verbot von Landbesetzungen.

Für alle, die sich der Soldarität mit dem Kampf der zentralamerikanischen Völker um Befreiung und politsch-wirtschaftliche Unabhängigkeit verschrieben haben, ist es um so wichtiger, sich mit den Vorgängen auseinanderzusetzen und ihre Ursachen zu verstehen.

Der wirtschaftlich-soziale Notstand gilt zunächst für 12 Monate und sieht vor, daß die Ausgaben im laufenden Haushalt generell um 5 % oder 43,8 Mio Dollar gekürzt werden, indem die Subventionen um 10% gedrosselt werden, offene Stellen im staatlichen Sektor nicht besetzt werden (1), die Verbrauchsteuersätze für Importwaren, die nicht für den Grundbedarf der Bevölkerung notwendig sind, werden um 30% bis 100% angehoben: Wo in Nicaragua hergestellte Fertigwaren exportiert werden, für deren Produktion unter diese Steuer fallende Importwaren gebraucht werden, wird die Steuer zurückerstattet; Steuerhinterziehung und Zollvergehen werden mit Gefängnisstrafen belegt (2), der „parallele Devisenmarkt" (zu deutsch: Dollarschwarzmarkt) wird weitgehend eingeschränkt und einer strengen Kontrolle unterworfen, um auch dadurch Kapitalflucht zu erschweren;

Kontrolle unterworfen, um auch dadurch Kapitalflucht zu erschweren;

das Streikrecht wird aufgehoben, Besetzungen von Betrieben und von Ländereien werden verboten. (3)

Im Zusammenhang mit der Verkündung des Notstandsgesetzes riefen Regierung und Nationale Führung des FSLN erneut auf, Disziplinlosigkeit bei der Arbeit, Verschwendung öffentlicher Mittel, Bürokratismus in den staatlichen Institutionen zu beenden; die mangelnde Arbeitsdisziplin in Betrieben und Behörden habe bereits Verluste von schätzungsweise 150 Mio. US-Dollar in zwei Jahren Revolution eingebracht.

So problematisch und schwerwiegend es auch ist, Arbeiter und Bauern ihrer wirksamsten Aktionsmittel zu berauben, so bedeuten die getroffenen Maßnahmen doch in ihrem Schwergewicht einen bisher sorgfältig vermiedenen Eingriff in wirtschaftliche Privilegien des Mittelstandes, des mittleren und des großen Unternehmertums. Während schon kurz nach dem Triumph des 19. Juli '79 in den größeren Städten nahezu alle gewünschten Luxus-Importartikel v.a. aus den USA wieder zu haben waren, die große Devisensummen verschlangen, um dem Bündnis mit dem Mittelstand und der antisomozistischen Bourgeoisie auch durch ein Befriedigen ihrer Konsumbedürfnisse Ausdruck zu verleihen, ist hier mit der hohen Besteuerung dieser Importgüter und der Schließung des Dollar-Schwarzmarktes eine Wende eingeleitet worden. Dies bestätigen das Verbot von Warenhortung und Preisspekulation oder die Bestrafung der Verantwortlichen auch in Privatbetrieben, wenn die Produktion auf niedrigem Niveau eingefroren wird oder durch Sabotage und andere bewußte Eingriffe torpediert wird (4).

Trotz der Notstandsgesetze ist die erdrückende wirtschaftliche Zwangslage bisher geblieben. Die Ankurbelung der Wirtschaft, die 1980 eine enorme Steigerung des Bruttoinlandsproduktes brachte (10.7%), erforderte umfangreiche Importe an Maschinen, Fahrzeugen, Saatgut und Düngemitteln etc. und die Wiederherstellung bzw. den Neubau zahlreicher zerstörter Gebäude. Das wurde mit einer Neuverschuldung im Ausland von über einer Milliarde US-Dollar finanziert (5), die nun zu der schweren Bürde der 1,6 Mrd. Dollar hinzukommt, welche die Bereicherungsdiktatur Somozas dem Land hinterlassen hat. Für die hohe Importrate gibt es aber noch weitere Gründe: nach dem 19. Juli 79 wurden die Mindestlöhne erheblich angehoben, was vor allem die Lebensbedingungen der in großer Armut lebenden Landarbeiter und Saisonarbeiter verbesserte, ebenso wie die Masse der unregelmäßig Beschäftigten und ungelernten Arbeiter in den Städten. Ihnen wurde es dadurch erstmals möglich, ihre elementarsten Bedürfnisse an Nahrungsmitteln zumindest annäherungsweise zu befriedigen. Das löste eine solche Steigerung des Verbrauchs an Grundnahrungsmitteln (Reis, Bohnen, Fleisch, Weizen) aus, daß wiederum Importe aus den Nachbarländern notwendig wurden – für teure und knappe Devisen. Um den gewährten Lohnzuwachs nicht durch die 50% Inflation wieder aufzuheben, werden diese Grundnahrungsmittel in Nicaragua billiger verkauft, als sie im Ausland eingekauft wurden.

Einen überdimensional großen Posten bei den Importen bildet zudem das Öl. Dies ist zu einem beträchtlichen Teil auch Folge der Zugeständnisse an die Kleinbourgeoisie, die eine Benzinrationierung als empfindliche Beschneidung ihrer Bewegungsfreiheit betrachten würde. Obwohl Mexiko und bis jetzt auch noch Venezuela ihr Öl zu stark subventionierten Preisen an Nicaragua liefern, werden 1981 volle zwei Drittel der gesamten Exporteinnahmen Nicaraguas für Zinsen und Abzahlung der Auslandsschulden und für die Ölimporte verbraucht (6). Die Sandinistische Revolution hat von der Diktatur eine Wirtschaft geerbt, die fast ausschließlich vom Export der natürlichen Reichtümer des Landes lebte, d.h. den lukrativsten Teil des inneren Marktes durch Import-Fertigwaren abwickelte, die mit dem Export von Baumwolle, Kaffee, Zucker, Bodenschätzen, Holz u.ä. bezahlt wurden. Diese einseitige Abhängigkeit vom Rohstoffexport besteht auch heute noch, da binnen zwei Jahren ein durchgreifender Strukturwandel nicht möglich ist.



Statt einer kräftigen Steigerung aus den Deviseneinnahmen aus diesen Exporten mußten 1981 jedoch Mindereinnahmen in Höhe von 65 Mio Dollar hingenommen werden, die auf dramatische Peiseinbrüche besonders beim Kaffee, aber auch bei Baumwolle, Zucker und Gold zurückzuführen sind. Der Preisverfall ist eine direkte Folge des hochgeschnellten Dollarkurses, was wiederum (beabsichtigter) Effekt der Hochzinspolitik der USA und anderer imperialistischer Länder ist (auch der BRD!). Hieran wird deutlich, wie die Imperialisten durch ihre Geldpolitik die Ausplünderung der unterentwickelt gehaltenen Länder nach Belieben verschärfen. Ein Hohn und kalter Zynismus ist es vor diesem Hintergrund, wenn Reagan diesen Ländern auf der „Nord-Süd-Konferenz" in Cancun als Weg aus der Krise empfiehlt, auf das freie Spiel der Kräfte des Marktes zu setzen. Wer in diesem Kraftspiel gewinnt, muß nicht von Neuem bewiesen werden – Herr Reagan weiß es so gut wie die betroffenen ausgebeuteten Völker. Die Konsequenz für Nicaragua ist 1981 ein Handelsbilanz-Defizit von 400 Mio Dollar (7); einkalkuliert war ein Defizit von 293 Mio Dollar (8). Nach dem vielversprechenden Aufschwung 1980, bei dem 120.000 neue Arbeitspolätze geschaffen wurden und die Arbeitslosigkeit von 28% auf 17,5% gesenkt wurde (9), hat sich das Wachstum merklich verlangsamt. Um den Produktionsstand von 1977 wieder zu erreichen, hätte das Bruttoinlandsprodukt jedoch um volle 31% steigen müssen. Planungsminister Comandante Luis Carrion schätzt, daß es zehn Jahre dauern wird, bis dieser Stand wieder erreicht ist. Die Tragweite dieser auseinanderklaffenden Schere von Wirtschaftswachstum und kostspieligen Aufgaben der Revolution wird an der der Tatsache sichtbar, daß der private Konsum und die Staatsausgaben schon 1980 wieder Vorkriegsniveau erreicht haben (1977); währenddessen lagen die staatlichen und privaten Investitionen für den Wiederaufbau noch um 50 % unter dem Stand von 1977.

Die Revolution in Nicaragua hat sich den Anspruch gestellt, so bald es geht ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen; d.h. zunächst, den Hunger zu besiegen, eine Basis-Gesundheitsversorgung zu garantieren und allen eine schulische Grundausbildung zu gewähren, angefangen mit der Alphabetisierung. Diese Revolution muß sich aber auch militärisch gegen übermächtige Feinde verteidigen, was sie dazu zwingt, ein stehendes Heer zu unterhalten und massenhaft Volksmilizen zu organiseren und zu bewaffnen. Die staatlichen Ausgaben für all' diese Aufgaben verschlingen einen Anteil am gesamten Staatsbudget, der von der Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft kaum zu ertragen ist. Besonders die sozialen Ausgaben sind im Vergleich zu anderen (bürgerlichen) Staaten der „3. Welt" riesig.

Die für den Aufbau des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, für die Verteidigung und für den Nahrungsmittelimport aufgewendeten Mittel stehen natürlich nicht mehr für Investitionen zur Verfügung, die die Produktion ankurbeln. Deswegen sind die Staatsausgaben viel schneller gewachsen als die Investitionen.

Dabei geht es allerdings um die Gesamt-Investitionen, also die des Staates und des privaten Unternehmertums. Trotz vieler Zugeständnisse und langfristiger Garantien an die Unternehmer auf den Fortbestand des Privatunternehmertums als unabhängiger Sektor in einer gemischten Wirtschaft, an der der Staat bisher lediglich 40 % Anteil hat (ehemalige Somoza-Besitzungen, Bergwerke, Fischerei-Großbetrieb, Außenhandel, Banken und Versicherungen) sanken die Investitionen der Privatwirtschaft von 1,26 Mrd Cordobas (nicaraguanische Währung) im ersten offenen Kriegsjahr 1978 auf 589 Mio Cordabas 1980 + obwohl die staatlichen Banken den privaten Unternehmern äußerst günstige Kreditbedingungen einräumen. Den Vorwurf des Unternehmerverbandes COSEP, die Wirtschaftspolitik der Regierung begünstige einseitig den staatlichen Wirtschaftssektor auf Kosten der Privatinitiative und des Investitionsklima für die Unternehmer sei miserabel, beantwortete der Koordinator der Regierungsjunta, Comandante Daniel Ortega mit einigen Zahlen: Im Industriebereich habe der volkseigene Sektor (1980 bis 6/81) 700 Mio Cordobas an Finanzhilfe erhalten (19,4 % der hier vergebenen Mittel), während der private Sektor 2,9 Mrd Cordobas bzw. 80,6 % erhalten habe. Bei den vergebenen Devisen habe der private Sektor 436 Mio Dollar bzw. 80 % erhalten, der staatliche nur 109 Mio Dollar bzw. 20 % (10). Die Investitions„neigung" der Unternehmer steht dazu im krassen Mißverhältnis. Die Gesamtinvestitionen der staatlichen Wirtschaftsteile betrugen 1980 2,5 Mrd Cordobas und 1981 3,38 Mrd Cordobas, die Private Wirtschaft investierte aber ganze 400 Mio Cordobas 1980 und 500 Mio 1981! (11) Alfonso Robelo, Chef des Unternehmerverbandes COSEP und der reaktionären „sozial-demokratischen" Partei MDN formulierte es so: das freie Unternehmertum werde keinen Centavo mehr investieren, solange es nicht wirkungsvoll an der Ausübung der politischen Macht beteiligt ist. Auf diese Weise wird privates Kapital (abgesehen von den staatlichen Geldern), das im Lande vorhanden ist und das in den Jahren der Diktatur durch Überausbeutung der arbeitenden Massen zusammengeklaubt wurde, bewußt dem Wiederaufbau-Prozeß entzogen. Einige Unternehmer haben es bereits fertig gebracht, sich Kredite vom Staat auszahlen zu lassen und dann diese und alles andere flüssig zu machende Kapital ihrer Betriebe ins Ausland zu schaffen, um sie dann „ihren" Arbeitern völlig ausgeblutet und mit einem Berg von Schulden zu hinterlassen. Dieser innere Wirtschaftsboykott drückt sich auch darin aus, daß Landbesitzer große Ländereien brach liegen ließen und sich weigerten, wie üblich an landlose Bauern zu verpachten, oder sie nahmen stark überhöhte Pachtzinsen (12). Diesem Treiben ist mit dem Agrarreformgesetz vom 19. Juli 1981 ein Riegel vorgeschoben worden: schlecht bewirtschaftete oder brach liegende landwirtschaftliche Flächen von mehr als 350 ha in der fruchtbaren Pazifikregion und 700 ha im übrigen Land werden beschlagnahmt und an Kleinbauern, Kooperativen und Genossenschaften unentgeldlich verteilt (13). Diese Regelung gilt auch für Staatsbetriebe. Damit ist eine weitere Schwierigkeit angesprochen, mit der der Neuaufbau zu kämpfen hat. Nur 20 % der Landwirtschaft wurde 1979 verstaatlicht (14), worunter hauptsächlich die großen Agrarbetriebe fallen, die Somoza gehörten. Aber auch bei dieser relativ geringen Zahl sind durch Mangel an Fachkräften und Unerfahrenheit der neuen Leitungen oft derartige Probleme entstanden, daß ein Teil der Flächen brach liegen gelassen werden mußte. Gerade im Sommer '81 haben die Landarbeiter privater Haciendas viele Landbesetzungsaktionen gemacht, wenn sie feststellten, daß der Besitzer ihren Betrieb verkommen ließ, nichts mehr investierte usw. Es gab häufig Landarbeiter-Demonstrationen nach Managua bis zum Regierungsgebäude, wo Verstaatlichung und Einsetzung einer neuen Betriebsleitung durch das Landwirtschaftsministerium gefordert wurden. Je mehr Land besetzt wurde, desto mehr Grundbesitzer schlossen sich dem Investitionsboykott an oder bereiteten die Entkapitalisierung vor. Mit der Enteignung einiger Betriebe und der Emigration der ehemaligen Besitzer samt großer Geldmengen ins Ausland waren die Bauern zwar ihren Ausbeuter los, es gingen damit aber auch dringend gebrauchte landwirtschaftliche Fachkräfte verloren. Die Landarbeiter, die oftmals gerade etwas Lesen und Schreiben gelernt haben, sind mit der kurzfristigen

etwas Lesen und Schreiben gelernt haben , sind mit der kurzfristigen

Übernahme der Führung solcher Betriebe völlig überfordert. Ähnliche Zwangslagen sind in verschiedenen anderen Bereichen der Wirtschaft und auch in der Verwaltung durch Emigration von Fachkräften entstanden. Laut „taz" vom 15.9.81 haben in den ersten beiden Revolutionsjahren 140 Ärzte, 245 Ingenieure und Architekten sowie 200 Juristen das Land verlassen.

Massenhaft werden Nicaraguaner gebraucht, die mit viel Erfindungsreichtum und fachlicher Kenntnis aus der materiellen Not heraus den revolutionären Neuaufbau vorantreiben. Aber sie sind gerade erst in die Basisschulen, die im ganzen Land eingerichtet wurden, eingetreten, oder sie beginnen erstmals in ihrem Leben mit fachlichen Grundbildungskursen, treten in ein Hochschulstudium ein oder lassen sich nach Cuba und Mexiko schicken, um schneller das Notwendigste zu lernen.

Die Ausrufung des wirtschaftlichen und sozialen Notstands muß als Versuch verstanden werden, etwas Zeit zu gewinnen, dabei aber den vollständigen Bruch und die harte Konfrontation mit dem Bürgertum noch zu vermeiden — ohne ihm aber eine Chance zur Wiedererlangung der politischen Macht zu geben.

Anmerkungen:
1) Barricada International, Auslandsorgan der FSLN, 15.9.81
2) Monitor-Dienst 11.9.81
3) Barricada International, 15.9.81
4) ebenda
cada 5.5.81
6) Frankfurter Rundschau, 17.10.81
7) taz, 18.12.81
8) FR, 17.10.81
9) Comandante Daniel Ortega, a.a.O.
10) Comandante Daniel Ortega, in: Barricada Internacional, 5.11.81
11) R. Röscheisen, Nicararagua, Die Revolution geht weiter, S.63, Augsburg 1981
12) Barricada 24.4.81
13) Monititor-Dienst 21.7.81
14) Röscheisen, a.a.O.



Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber soll man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen's erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht

Sie habe *„zielbewußt versucht, der Jugend durch pazifistische Vorstellungen das Interesse für militärische Dinge jeglicher Art zu rauben"* (1), und *„sprach sich zugleich gegen einen ‚Gesinnungspazifismus' "* aus, den *„wir uns als ‚Gemeinschaftsethik' nicht leisten können"* (2). Von daher müsse *„über den Bereich des Geschichtsunterrichts hinaus"* an *„der Brücke"* gebaut werden, *„welche Schule und Truppe verbinden soll"* (1). Somit müsse *„das Thema Bundeswehr und Wehrdienst fest in den Unterricht der Schulen"* eingebaut werden, und es müsse *„eine stärkere Information über Wehrfragen im Schulunterricht"* erfolgen (3).

Von wem stammt was? Nun, die angeführten Zitate liegen 50 Jahre auseinander. Für die Nationalsozialisten war die Weimarer Republik mit für die Untergrabung der Wehrmoral der Jugend verantwortlich (Zitat 1), und es war kein anderer als F.J. Strauß, der das Wort vom „Gesinnungspazifismus" prägte (2), mit dem er einen Teil der Bonner Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 betitelte. Heute wird ebenfalls wieder intensiv überlegt, wie die Jugend zur „Wehrtüchtigkeit" erzogen werden kann. Nachdem die CDU-Kultusminister in einem internen Konferenzpapier die *„Bundeswehr als Pflichtfach für Lehrer"*(4) erklärten, zogen die SPD-Kultusminister mit der Erklärung nach, daß auch *„Sozialdemokraten nicht gegen Offiziere in den Schulen sind"* (5).

Und vielleicht haben sich die Darmstädter Eltern, die dagegen protestierten, daß *„Soldaten als Pädagogen in Kinderhorten"* ihre Kinder erziehen sollten (6), sich an den Führer der Nazi-„Arbeitsfront", Ley, erinnert gefühlt, der die frühzeitige militaristische Erziehung im Dritten Reich wie folgt erläuterte: *„Wir fangen schon beim Kinde von drei Jahren an. Sobald es anfängt zu denken, bekommt es schon ein Fähnchen in die Hand gedrückt, alsdann folgt die Schule, die Hitlerjugend, die SA, der Wehrdienst. Wir lassen den Menschen nicht los"* (1).

Freilich, so deutlich sind die Töne heute nicht, und es wäre ein Fehler, die gegenwärtig stattfindende Militarisierung von Kindern und Jugendlichen mit den historischen Erfahrungen und Ergebnissen nur „schematisch" zu vergleichen. Militarisierung sucht sich neue Wege (z.B. Großversandhäuser wie Quelle, in denen per Katalog Telespiele bestellt werden können mit einem großen Angebot an Kriegs-„Spiel"-Kassetten. Der Vertriebsumfang und die Verbreitung kann hier kaum festgestellt werden). Natürlich werden da bewährte Elemente, wie äußerer Feind, Volksgemeinschaft, Schüren von Angst und Verstärkung der Kriegspropaganda übernommen, militärische Begriffe und Redewendungen fließen unbemerkt in die Alltagssprache ein (Computer-Spielautomaten „Cruissle Misile", „Star War", „Space War" usw.). Militarisierung von Kindern und Jugendlichen spielt sich auf dem Hintergrund gesellschaftlich und sozial anerkannter Handlungsweisen ab: Konkurrenz, Gewalt als Problemlösungsmittel; als tägliche Erfahrung sowohl der Kinder von ihren Eltern, Schule usw., wie auch der Erwachsenen untereinander, der Ausbeutung und zunehmenden Verelendung der arbeitenden Menschen.

Die Militarisierung bedient sich vorhandener Mechanismen – wie z.B. Erziehung zum Duckmäusertum, zum Gehorsam, zur Disziplin, zur Anerkennung negativer Autoritäten, zum Drill usw. –, die zu den Funktionsmechanismen dieses Systems gehören. Wird ein Krieg vorbereitet, bleibt die Hetze gegen jene, die sich aktiv für den Frieden einsetzen, nicht aus: Da warnen Militaristen vor „Neutralität" und „Pazifismus", da wird nach einer härteren Erziehung gerufen, nach „Mut zur Erziehung"; da werden die Früchte der jahrelangen liberalistischen Erziehung lauter als zuvor beklagt: die Laschheit und Laxheit der heutigen Jugend, das Aussteigertum. Da werden Schulbücher gesäubert, Antimilitaristen – Lehrer wie Schüler – reglementiert. Und da zerreißt ein Schulleiter als „konfliktpädagogisches" Musterbeispiel die Friedenstaube vor jenen Schülern, die sie gebastelt hatten, und findet damit auch noch Anklang (7).

In einer Artikelfolge wollen wir beginnen uns mit der Militarisierung von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen. Untersuchen wollen wir u.a. die Erziehung und Militarisierung im „Dritten Reich" („Erziehung zur Wehrtüchtigkeit"), Einsatz von Kindern und Jugendlichen im Zweiten Weltkrieg, sowie ihre Erfahrungen und Lebenssituation in und nach diesem Krieg; Bundeswehr und Schule, militaristische Tendenzen im Alltag (Medien, Spielzeug). Ebenfalls wollen wir die verschiedenen Strömungen der Friedenspädagogik untersuchen und feststellen, was unserer Meinung nach ‚Erziehung zum Frieden' sein könnte.

Da wir mit dieser Untersuchungsarbeit sehr am Anfang stehen und selbst noch nicht sehr viel dazu erarbeitet haben, würden wir uns freuen, Hinweise, Angaben über Materialien, Beiträge etc. zu erhalten.

Beginnen wollen wir mit dem Thema Kriegs-„Spielzeug", weil hier die Bestrebungen deutlich werden, Kindern „spielerisch" autoritäre und/oder militaristische Handlungsmuster beizubringen. Auch ist gerade dieses Thema unter Linken, die durchaus in das Lager der Kriegsgegner zu rechnen sind, sehr umstritten: Bedeutung und Wirkung werden sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Im Folgenden wollen wir einen Diskussionsbeitrag von Christian Büttner abdrucken, der 1979 als Arbeitspapier (Nr. 2) der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung" veröffentlicht wurde. (Dieser Abdruck stammt aus „Kindheit", Akademische Verlagsgesellschaft, 1979). Christian Büttner wollen wir für die Genehmigung herzlich danken. Obwohl wir nicht mit allen dort aufgeführten Positionen übereinstimmen, halten wir diesen Beitrag – gemäß dem aktuellen Stand der Diskussion – für sehr umfassend und für einen guten Diskussionseinstieg.

Unsere Leser möchten wir zu Erfahrungsberichten, Informationen, eigenen Beiträgen ermuntern.

Kinderkommission/KB Hamburg

Quellen:
(1) Nach: „Ist das noch Spielzeug?", Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Galerie 70, Schillerstraße 70, 1 Berlin 42
(2) „Welt", 26.10.81
(3) Wörner (CDU), nach „Welt" vom 4.4.79
(4) „Welt", 11.9.81
(5) „Frankfurter Rundschau", 28.11.81
(6) „Frankfurter Rundschau", 23.11.81
(7) „Neue", 9.10.81

Kriegsspielzeug oder die Organisierung der Feindseligkeit

VON CHRISTIAN BÜTTNER

1. Trotz Friedenspädagogik: kein Ende des Kriegsspiels

Thomas (11 Jahre) spielt in seinem Zimmer mit Soldaten und Panzern. Sein Spiel begleitet er mit täuschend echten Kriegsgeräuschen, die im Verlauf des Spiels an Heftigkeit zunehmen:

„Wir brauchen mehr Nachschub, Leute ... der Nachschub kommt ... Ihnen ist klar, Herr General, daß wir Sie dafür verantwortlich machen ... wir brauchen mehr Hilfe ... Herr General, ich muß hier rein ... aber ich will ... Feuer, da ... die anderen kommen, los, bleib da stehen ... da kommen wieder welche ... Feuer ... es brennt ... schnell noch ein Panzer ... aber ich bin ein Deutscher, ich kann damit nicht umgehen ... oh, ist die schwer ... schnell weg mit dem Jeep ... Alarm, schnell, Alarm ... Feuer, mach schon ... los, bedien die Flak ... die amerikanischen Leute gehen zur Neige ... keine Leute mehr, Mensch ..."

Thomas hat früher viel mit Kriegsspielzeug gespielt. Wie Krieg aussehen kann, welche Waffen verwendet werden, welche Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen werden, hat er aus Büchern und Spielfilmen erfahren. Seiner Auffassung nach hat Kriegsspielzeug mit wirklichem Krieg nichts zu tun. Er möchte nicht zur Bundeswehr gehen und hat vor der Vorstellung Angst, einen Krieg selbst zu erleben.

Seine Eltern, die der Mittelschicht angehören, sind nicht gerade begeistert über das Kriegsspiel ihres Sohnes. Sie lassen ihn dennoch mit Kriegsspielzeug spielen, weil sie der Auffassung sind, daß es für ihn wichtig sei, daß er damit etwas ausdrücken wolle, daß er es brauche. Sie glauben, daß ihr persönliches Verhalten ihrem Sohn gegenüber einen stärkeren Einfluß auf sein späteres Verhalten hat, als das Kriegsspielzeug.

Eine solche Einstellung von Eltern gegenüber ihren kriegsspielenden Kindern ist sicherlich selten. Alltäglich ist nach meinen Erfahrungen – mal abgesehen von Eltern, die mit Kriegsspielzeug ihre Kinder auf das Leben vorbereiten wollen – der Widerspruch zwischen der antimilitaristischen Einstellung der Eltern und dem Kriegsspiel ihrer Kinder, dem sie selbst mit noch so guter Aufklärung offensichtlich nicht beikommen können. Der folgende Bericht einer Mutter charakterisiert meiner Meinung nach sehr deutlich die pädagogische Ratlosigkeit:

„Eines Tages – mein Sohn mag etwa drei Jahre alt gewesen sein – war es so weit. Er pflanzte sich vor mir auf, zeigte mit seinem kleinen, dicken Zeigefinger auf mich und rief fröhlich: 'Bumm, bumm!'. Dann lächelte er mich an und erklärte: 'Mama ist tot, Mama muß umfallen.' Nicht lange danach, er ging jetzt schon in den Kindergarten, suchte er sich bei einem Spaziergang einen Stock, kniete hinter einem Busch nieder und 'feuerte' von dort aus eine Maschinengewehr-Salve auf die Vorübergehenden. Es dauerte noch eine ganze Zeit, bis ich nach vielen Gespächen mit Erziehern und ausgiebiger pädagogischer Lektüre bereit war, die erste Spielzeugpistole im Kinderzimmer zu dulden. Damals, am Anfang der siebziger Jahre, beschäftigten uns Eltern immer noch die faszinierenden Theorien einer anti-autoritären und gewaltlosen Erziehung. Unsere Töchter und Söhne, das hatte sich die Generation der Kriegskinder vorgenommen, sollten von Anfang an wissen, was es hieß, wenn Konflikte mit Waffen ausgetragen würden. Wir erzählten ihnen von unseren eigenen Erlebnissen damit, machten Spiele mit ihnen, in denen es um alternative Konfliktlösungen ging, lasen ihnen Geschichten vor und bemühten uns in Auseinadersetzungen mit ihnen um eine verständnisvolle und partnerschaftliche Regelung, um zu beweisen, daß es auch ohne Gewalt gehe. Unsere Kinder hörten aufmerksam zu und zeigten in ihren Reaktionen scheinbar, daß sie verstanden hatten, was wir ihnen vermitteln wollten. Doch nach und nach und offenbar völlig unabhängig davon, vervielfachte sich ihr Waffenarsenal im Kinderzimmer. Zwar kaufte keiner von uns ihnen so ein Plastik-Monstrum nach Wild-West- oder Kriegsmuster, aber sie selbst sorgten mit ihrem Taschengeld und durch Tauschgeschäfte untereinander für diesen 'Machtzuwachs', um dann waffenstarrend und aufgeregt herumfuchtelnd in Horden durch die Straßen und über Spielplätze zu ziehen – als Sheriffs oder Krimi-Helden, Cowboy oder Gangster-Bosse. Nun glauben wir inzwischen zu wissen, daß Kinder zwischen solchem Spielgeschehen und einer realen Konfliktsituation in der Regel unterscheiden und sich entsprechend verschieden verhalten können – doch wie wenig sie offenbar wirklich von dem begreifen, was wir ihnen mit unserer Erziehung zur Gewaltlosigkeit in all den Jahren klarzumachen versucht haben, zeigte mir jetzt eine Reaktion meines nunmehr neunjährigen Sohnes. Wir saßen an diesem Abend zu dritt zusammen. Drei Generationen: 70, 40 und fast 10 Jahre alt. Die Fernseh-Ansagerin kündigte einen Film über die Kesselschlacht von Stalingrad an. Wir schalteten ab – ich wollte diesen Film nicht sehen. Doch dann entspann sich eine Diskussion zwischen uns Erwachsenen. Wir sprachen über die geschichtliche Bedeutung jenes Kampfes und seine kriegsentscheidenden Folgen. Das Kind hörte gespannt zu. Und dann hatten wir plötzlich die Idee, den Film mit ihm zusammen anzusehen, um ihm an einem historischen Beispiel zeigen zu können, was Krieg wirklich heißt, wie es damals war, als seine Mutter noch ein Kind war und erlebte, wie hunderttausende von Menschen sinnlos unter Kugeln und Bomben starben. Als der Bildschirm hell wurde, fielen gerade einige markige Worte deutscher Offiziere. Doch bald darauf brach dann das Inferno los. Beim Ton und Anblick der Stalinorgeln mußte ich mich abwenden. Zu schrecklich war die Erinnerung, die aus meiner Kindheit aufstieg. Ich wollte wieder abschalten, aber nun protestierten Sohn und Freund. Der Film lief weiter. Er ließ keinen Schrecken dieses entsetzlichen Massakers aus ... Wir haben hinterher noch lange darüber gesprochen. Jeder von uns hatte den Film auf seine Weise erlebt, weil das Geschehen auf dem Bildschirm unterschiedliche persönliche, zum Teil verdrängte Erinnerungen wachrief und uns heute, aus der historischen Distanz, auch zu Reflexionen der politischen Situation jener Zeit anregte. Auch mein Sohn diskutierte mit und brachte nicht nur kindlich-naive Argumente. Hatte es etwas genutzt, ihn einmal – wenn auch in einem Spielfilm – mit der geschichtlichen Wahrheit des Krieges zu konfrontieren? Ja, es sah so aus. Zwei Tage später kam er vom Spielen nach Hause, freudig erregt und offenbar tief befriedigt. Ein ‚Traumauto' hatte er sich mit seinem Freund zusammengebastelt. Erfreut hörte das die Mutter: wie schön, das Kind hat Fantasie. Wie dieses Auto denn aussähe? Da kam es: Vorne drauf stünde eine 'Stalinorgel' mit Raketen, an beiden Seiten seien bewegliche Batterien von Maschinengewehren montiert und hinten habe das 'Traumauto' eine Kanone. Und er sei Oberleutnant gewesen und sein Freund auch einer von den Deutschen im Krieg und dann hätten sie sich ‚freigeschossen'. Die Feinde seien alle tot gewesen. Strahlend sah er mich an. 'Bumm, bumm!' – ich dachte an den Dreijährigen, 'alle umfallen!'. Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Er bemerkte meine Betroffenheit und erklärte schnell, etwas verunsichert: 'Das war doch nur ein Spiel, in echt würde ich das doch nicht machen, auf Menschen schießen' (...)"
(„FR" vom 8.4.1978).

Die Ratlosigkeit dieser Mutter teilen viele Erzieher, die meist vergeblich versuchen, die Kinder zur Abrüstung im Spielzimmer zu bewegen. Auch bei Erziehern jedoch sind die Meinungen geteilt, welche Bedeutung Kriegs- und Gewaltspielzeug für Kinder hat, in welchem Zusammenhang es zu möglichen militaristischen Einstellungen bei Kindern steht, inwieweit es die Bereitschaft zur Aggression bei Kindern erhöht. Wer sich nun als Erzieher oder Eltern von der Wissenschaft, besonders der Friedensforschung, eindeutige Entscheidungshilfen erhofft, ob er bei seinen Kindern Kriegsspielzeug „dulden" oder es gar kaufen soll, und d.h. doch letzlich, ob er dies pädagogisch noch verantworten kann, und wie er es seinen Kindern am besten beibringt, den muß ich in zweifacher Hinsicht enttäuschen. Zunächst einmal habe auch ich nach den mir bekannten Untersuchungen zum Thema Kriegsspielzeug, wie sie zum Beleg oder zur Ablehnung gerne herangezogen werden, keine andere als eine moralische Antwort: auch ich bin gegen Kriegspielzeug. Andererseits komme ich an der Tatsache nicht vorbei, daß Kinder von sich aus zu solchem Spielzeug greifen und augenscheinlich gerne damit spielen. Ich sehe darin nicht gleich die Heraufbeschwörung des Dritten Weltkrieges, aber den ernsten Anlaß zur Frage, warum ein Kind überhaupt zum Kriegsspielzeug greift.

Im weiteren möchte ich zunächst auf einige Gedanken zu wissenschaftlichen Untersuchungen der Wirkung von Kriegsspielzeug eingehen. Anschließend will ich einige Erfahrungen referieren, die Kriegserlebnisse und das Bewußtsein von Kindern betreffen. Danach sollen anhand von praktischen Beispielen Überlegungen folgen, welche Bedeutung das Kriegsspiel für Kinder haben kann. Wenn ich von Kindern spreche, dann meine ich vor allem Jungen im Alter zwischen etwa drei und zehn Jahren. Ich habe kaum Mädchen mit Kriegspielzeug spielen sehen. Vielleicht können meine Ausführungen einen Hinweis darauf geben, warum das so ist.

2. Experimente mit Kindern: keine Aufklärung des inneren Unfriedens

Ob und welche Wirkung Kriegspielzeug auf das Verhalten und die Einstellungen von Kindern hat, ist immer noch umstritten, ob sich die Wirkung überhaupt experimentell untersuchen läßt und ob nicht bereits die Frage nach Ursache und Wirkung falsch gestellt ist:

„Wenn Kinder Grausames spielen (oder wenn Menschen an brutalen Handlungen am Fernsehschirm teilnehmen) – werden sie dann gereinigt von ihren tiefliegenden Aggressionen? Finden diese Gefühle darin einen unschädlichen Abfluß? Oder lernen die Menschen vielmehr auf diesem Wege erst ihre Grausamkeit? Gewöhnen sie sich in diesen Handlungen und Bildern daran, sich asozial zu betätigen?" (Flitner 1973, S. 15).

Macht Kriegsspielzeug also Kinder aggressiver oder greifen aggressive Kinder nach Kriegsspielzeugen?

Eberhard Kroner hat in einer neueren Literaturübersicht in der Weihnachtsausgabe (!) von „Psychologie heute" zu dieser Frage feststellen müssen: es gibt keine eindeutigen Belege für oder gegen den Einfluß von Kriegsspielzeug auf länger überdauerndes oder gar militaristisches Verhalten bei Kindern – einmal ganz abgesehen von dem Definitionsstreit, welche Spielzeugwaffen denn unter den Begriff des Kriegsspielzeugs fallen. Hanne Birckenbach möchte z.B. die Spannweite dessen, was unter Kriegsspielzeug verstanden werden soll, stark eingeschränkt wissen:



Foto: Hervé Maillet

„– Auf Materialien, die deutlich als Miniaturausgaben von Instrumenten für den Kriegsfall bzw. als unverwechselbare Elemente eines entsprechenden Szenarios erkennbar sind; – auf Kriegsspielzeug-Materialien, die als Waren verkauft werden – also nicht alle Gegenstände, die Kinder mit Hilfe ihrer Phantasie als Waffen benutzen und was ihnen als Instrument im aggressiven Spiel dient" (Birckenbach 1977, S. 111-142).

Panzer und Cowboy-Colt sind dagegen für Elfriede Irlbeck, eine Erzieherin im Vorschulbereich, *unterschiedslos* Waffen im aggressiven Kinderspiel (Irlbeck 1976). Und Donata Elschenbroich sieht zivilisiertes von unzivilisiertem Spielverhalten durch eine sogenannte Peinlichkeitsschwelle der Erwachsenen abgegrenzt: Kampagnen gegen Waffen richten sich nicht gegen traditionelles Spielzeug, sondern gegen modernes Gerät im Spielwarenladen und Kinderzimmer, gegen Panzer, Bomber, MGs und Raketen (Elschenbroich 1973, S. 70).

Erwachsenen abgegrenzt: Kampagnen gegen Waffen richten sich nicht gegen traditionelles Spielzeug, sondern gegen modernes Gerät im Spielwarenladen und Kinderzimmer, gegen Pan-

Der Erkenntnisstand über die Wirkung von Kriegspielzeug scheint mir in großen Zügen dem über die Wirkung von Gewaltdarstellungen im Fernsehen zu gleichen, über den in der Ausgabe 51/1977 des Magazins „Der Spiegel" berichtet wurde. Aus Untersuchungen, die zu beiden Themen durchgeführt wurden, gibt es Argumentationshilfen für die Annahme einer Wirkung von Gewaltdarstellungen und Kriegsspielzeug auf die Aggressivität von Kindern ebenso wie es Untersuchungen gibt, die Argumente dagegen liefern. Dieser Widerspruch erklärt sich z.T. aus der Art, wie solche Fragestellungen wissenschaftlich untersucht werden: in einer Laborsituation z.B. wird einer Kindergruppe, deren Aggressionslevel von geschulten Beobachtern vorher geschätzt wurde, neben normalem Spielzeug auch Kriegsspielzeug angeboten. Eine Kontrollgruppe erhält nur normales Spielzeug. Nach bestimmten Zeitabständen wird das „neue" Verhalten der Kindergruppen dahingehend verglichen, ob und inwieweit der Aggressionslevel der Kriegsspielzeuggruppe im Vergleich zur Kontrollgruppe angestiegen ist. Was die Beobachter allerdings unter aggressivem Verhalten verstehen, ob die Kinder der Kriegsspielzeuggruppe durch Kriegsspielzeug zum Ausleben ihrer vorhandenen Aggressionen angeregt wurden, während diese Anregung bei der Kontrollgruppe fehlte, und wo denn die möglicherweise bereits vorhandene Aggressivität der Kinder herkommt, sind Fragen, die bei solchen Untersuchungen keine Rolle spielen, Forscher legen zudem ihre Experimente meist so an, daß sie die eigene vorgefaßte Ansicht belegen: nur so haben sie wissenschaftlichen Erfolg. Bei experimentellen Untersuchungen fehlen nicht nur lebensgeschichtliche Angaben über die Kinder, die zum Verständnis ihrer Aggressivität beitragen könnten, sondern es fehlt auch zum Thema Krieg der Bezug zu gesellschaftlich-historischen Ereignissen, obwohl gerade diese in das Spielverhalten der Kinder hineinwirken.

Historische Vergleiche verschiedener Erziehungsideale sowie Vergleiche zwischen Ländern unterschiedlicher militärischer Tradition und Gesellschaftsstruktur lassen nämlich den Schluß zu: je militaristischer eine Gesellschaft strukturiert ist, je stärker der Militarismus in Einstellungen der einzelnen zum gesellschaftlichen Leben, in seinen Normen und Wertvorstellungen verwurzelt ist, desto militaristischer und deutlicher sichtbar auf gewaltsame Konfliktlösung hin ist auch die Erziehung geprägt. Dementsprechend verbreiteter ist auch das offene und legitimierte Spiel mit Kriegsspielzeug.

Kinder aus traditionell militaristischen Ländern, wie z.B. Österreich, wählten aus dem ihnen angebotenen Spielmaterial eines Tests, in dem neben vielen anderen Spielgegenständen, Tieren und Menschen auch Kriegsgerät enthalten war, Soldaten wesentlich häufiger als Kinder aus traditionell antimilitaristischen Ländern, wie z.B. Holland (Höhn 1971, S. 693). In der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges wurden deutschen Kindern Kriegsspiele im Unterricht gelehrt: „Pappsoldaten, aber auch als Infantristen gekleidete Männer gaben den nötigen Anschauungsunterricht im Klassenzimmer" (Katalog des Historischen Museums (Frankfurt): Ein Krieg wird ausgestellt, S. 159).

als Infantristen gekleidete Männer gaben den nötigen Anschauungsunterricht im Klassenzimmer" (Katalog des Historischen Museums (Frankfurt): Ein Krieg wird ausgestellt,

Und ein letzter Beleg: während des Zweiten Weltkrieges spielten Kinder auf Hawai nach dem Angriff auf Pearl Harbour überwiegend kriegerische Szenen nach. Die Jungen spielten Zerstörung, die Mädchen pflegten die Verwundeten, betreuten die Flüchtlinge und machten sich Mut (Bonte und Musgrove 1942, zitiert nach Kroner 1977).

Das Kriegspielzeug selbst hat in traditionell militärischer Erziehung jedoch nur eine sekundäre Bedeutung. Das wesentliche Moment militärisch fruchtbarer Erziehung ist die Einübung bestimmter sozialer Verhaltensweisen: Unterordnung unter eine Hierarchie, bedingungsloses Ausführen von Befehlen und Aufforderungen, das Einhalten rigider Disziplinen, vor allem solcher, die gar nicht einzuhalten sind und vieles andere mehr. Militärisch sinnvolle Verhaltensweisen werden daher durch eine entsprechend ausgerichtete staatlich organisierte Erziehung zur Disziplin wie z.B. in sozialistischen Ländern sicherlich viel besser eingeübt, als durch das hemmungslose Töten von imaginären Spielfeinden mit Spielzeugpanzern. In westlichen Ländern braucht sich der Staat über schulisches Einüben disziplinierten Verhaltens hinaus nicht einmal selbst zu bemühen. Es gibt genügend Jugendorganisationen mit paramilitärischem Charakter. Aus solchen Organisationen führt der Weg meist nahtlos in die militärische Karriere. Spontanes ungezügeltes Kriegsspiel bei Kindern ist also – wie spielerischer Umgang mit der Wirklichkeit ganz allgemein – nur schwer vereinbar mit einer Erziehung zum Soldaten und zum Krieg, zunächst einmal jedenfalls.

Für eine im miltärischen Sinne erfolgreiche Erziehung ist gar nicht einmal so entscheidend, ob jemand mit Waffen umgehen kann, sondern vielmehr ob er gelernt hat, sich in eine Hierarchie einzufügen, in der sein gesamtes Verhalten durch Vorschriften reglementiert ist, und die von ihm eine totale Triebunterdrückung sowie den Verzicht auf jedes über technische Fragen hinausgehende Problembewußtsein erwartet. Der moralische Aspekt des Tötens und seine militärische Legitimation (z.B. die Verteidigung von Haus, Hof und Familie) steht dabei erst an zweiter Stelle. In der modernen Kriegsführung wird dieser Aspekt in einen Leistungsaspekt uminterpretiert:

„Die Frage, ob man den Feind töten will, wird nicht zugelassen, weil einzig relevant ist, ob man ihn töten kann. Es fragt sich nicht, ob man mit dem Gewehr auf Leute schießen will, sondern ob man ein so guter Schütze ist, daß man sie auch richtig trifft" (Steinert und Treiber 1974, S. 115 ff.).

Wenn Kinder Spiele erfinden, dann tun sie das sicherlich nicht nur aus sich selbst heraus oder aus einer Anleitung, sondern sie verarbeiten darin auch ihre unmittelbaren Erfahrungen und Reaktionen mit ihrer Umwelt:

„Das Spiel bleibt immer offen auch für die unmittelbare Gegenwart. So wurden im 2. Weltkrieg ‚Bombenangriff' und ‚brennende Stadt' gespielt, nach 1918 ‚Spartakus und Regierung'. Nach beiden Kriegen gab es Lebensmittelmarken- und Schwarzmarktspiele. In Berlin hat sich in Anlehnung an ältere Messerspiele ein Spiel ‚Länder klauen' eingebürgert, in dem ein Stück Land in Sektoren aufgeteilt wird und jeder versuchen muß, seinen Sektor auf Kosten der anderen zu vergrößern. ‚Raketen-Start', ‚Kennedy-Mord' und ‚Baader-Meinhof-Bande' sind Themen aus jüngster Zeit" (Flitner 1973, S. 30).

Daß sich Kinder in Friedenszeiten aggressiver Spielsymbole bedienen und nicht nur des Nachspielens ihrer tatsächlichen Verhältnisse, darauf werde ich noch zurückkommen. Warum aber wünschen Kinder *von sich aus* Kriegsspielzeug? Ich vermute, daß in ihnen das Maß an Unfrieden vorhanden sein muß, das sie zwingt, sich vorgegebene Klischees und Symbole zu suchen (und das sind fast immer erwachsene), in die ihre Gefühle des Unfriedens hineinpassen.

Mord' und ‚Baader-Meinhof-Bande' sind Themen aus jüngster Zeit" (Flitner 1973, S. 30).
Daß sich Kinder in Friedenszeiten aggressiver Spielsymbole bedienen

Solche Gefühle und Klischees sind – nebenbei gesagt – denen antimilitaristischer Erwachsener gar nicht einmal so unähnlich. Aktionisten gegen Kriegsspielzeug genügt es offenbar nicht, Spielzeugpanzer und Soldaten bei Umtauschaktionen einfach verschwinden zu lassen. Warum müßte sonst in einer spektakulären Materialschlacht Kriegsspielzeug mit offensichtlicher Lust am Zerstören zerschlagen werden; warum freut man sich über „leicht gewonnene Zerschlager" aus dem Aktionspublikum? Kriegsspielzeuggegner setzen damit der Kriegsgewalt ihre eigene Gewalt, der Zerstörung durch Panzer ihre eigene Zerstörung mit dem Vorschlaghammer entgegen. Die Kinder aber verstehen sie nicht:

„Immer wieder fragten sie, warum wir tauschten. Die meisten waren noch nicht auf die Idee gekommen, ihr Kriegsspielen in einem Zusammenhang zu einem wirklichen Krieg zu sehen, den sie allgemein ablehnten" (aus dem Aktionsleitfaden der DFG-VK 1977, S. 30 und 33).

Kriegsspielzeuggegner beschäftigen sich offenbar nur ungern mit eigener Aggressivität, selbst wenn sie doch so deutlich in Erscheinung tritt wie bei Aktionen. Alexander Mitscherlich sagt dazu:

„Weil sie (die eigenen Aggressionen, C.B.) uns in Konflikt mit unserer Moral bringen, scheint uns für unser Selbstverständnis kaum etwas solche Mühe zu bereiten wie die angemessene Einschätzung eigener Aggressionsneigungen. Wenn sie im Bewußtsein auftauchen, verstoßen sie gegen die Forderung nach Friedfertigkeit, weshalb auch die faktisch gezeigte Aggressivität leicht im eigenen Urteil zu harmlosen, jedenfalls gut gemeinten Äußerungen wird oder zu berechtigten und möglicherweise triumphierend erlebten Strafaktionen für die aggressive Bosheit, mit der andere uns begegnen – für deren Unleidlichkeit erweist sich unsere Wahrnehmung als ungemein scharfsichtiger" (Mitscherlich 1969, S. 19).

Doch zurück zum Spiel und dem inneren Unfrieden der Kinder.

3. Krieg, Fantasie und Bewußtsein: kindliche Widersprüche zwischen innerer und äußerer Realität

Daß das Kinderspiel und die Wirklichkeit der Kinder, d.h. ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse, ein Stück weit auseinanderklaffen, ist nach wie vor eines der ungelösten Rätsel für Spieltheoretiker. Eignen sich Kinder im Spiel die Wirklichkeit an, agieren sie spielerisch ihre inneren Konflikte? Gelangen sie über das Spiel zu einem Bewußtsein ihrer unmittelbaren und weiteren Realität? Wenn Kinder, die Krieg nie wirklich erlebt haben, heute mit Kriegsspielzeug spielen, können dann Erfahrungen mit dem Spiel von Kindern während des Krieges Aufschlüsse über solche Fragen geben? Mit zwei Beispielen aus dem Zweiten Weltkrieg will ich versuchen, den Widerspruch zwischen der „psychischen Realität" von Kindern und ihren tatsächlichen Lebensverhältnissen zu charakterisieren.

Das erste Beispiel stammt aus einem Bericht von Dorothy Burlingham und Anna Freud, die während des Zweiten Weltkrieges in England in einem Kriegskinderheim Kinder im Alter von wenigen Wochen bis zu 10 Jahren betreuten. Die Eltern dieser Kinder waren entweder im Kriegsdienst, in der Kriegsarbeit, während des Krieges gestorben oder sonstwie im Zusammenhang mit dem Krieg außerstande, für ihre Kinder zu sorgen:

„Die Kinder der Nurserys rekrutierten sich aus den gefährdetsten Bezirken Londons. Alle vor dem sogenannten Londoner Blitz (September-Dezember 1940) Geborenen sind Kriegsveteranen. 15 Kinder kommen aus zerstörten Häusern; alle anderen aus Wohnungen und Häusern mit verschieden großen Schäden. Manche Kinder sind dreimal hintereinander aus Wohnungen ausgebombt; manche haben monatelang hinter notdürftig vernagelten Fenstern in Verdunkelung gelebt; zwei kleine Mädchen waren verschüttet, ohne verletzt zu werden" (Burlingham/Freud 1949, S. 11).

Obwohl sich diese Kinder gemessen an ihren Lebensumständen in den meisten Fällen durchaus zweckmäßig verhalten und scheinbar ein Verständnis für die Notwendigkeiten der Kriegssituation aufbringen, bleibt für sie „...‚Krieg' (...) vor allem die Zeitspanne, für die Eltern und Kinder getrennt leben müssen" (S. 24). Dementsprechend sind Kriegserlebnisse für Kinder – auch wenn sie zu neurotischen Erkrankungen führen können – kaum von so einschneidender Bedeutung wie Trennungserlebnisse von ihren Eltern. Die Nähe zur Mutter bzw. zur Familie nimmt in ihrem Bewußtsein einen größeren Raum ein, als die mögliche Lebensbedrohung durch die Kriegsereignisse:

entsprechend sind Kriegserlebnisse für Kinder – auch wenn sie zu neurotischen Erkrankungen führen können – kaum von so einschneidender

„Kinder fürchten sich natürlich vor den Fliegerangriffen, aber ihre Ängste sind weder so uniform, noch so überwältigend, wie man erwarten sollte. Man möchte erfahren, wodurch die individuellen Schwankungen der Intensität der Angst bedingt werden, warum manche Kinder während des Bombardements fast angstfrei bleiben, viele nur leichte Angst zeigen, während einige wenige mit heftigen Angstausbrüchen reagieren."

Daß es vor allem die Angst der Eltern ist, die sich auf das Kind überträgt, belegt folgende Episode:

„Ein kleiner Junge und seine Mutter hatten im Unterstand Deckung genommen und horchten, anfangs beide sehr ängstlich, auf den Lärm der explodierenden Bomben. Nach einer Weile dauerte es dem Jungen zu lang, und er begann, sich in ein mitgebrachtes Geschichtenbuch zu vertiefen. Die Mutter störte ihn mit aufgeregten Ausrufen immer wieder beim Lesen. Er kehrte nach kurzer Unterbrechung immer wieder zu seiner Geschichte zurück, bis schließlich der Mutter die Geduld riß und sie ihn anfuhr, nicht anders als ob es sich um eine vernachlässigte Schulaufgabe handelte; er solle endlich ‚sein Buch weglegen und auf die Bomben aufpassen'" (S. 31).

Dorothy Burlingham und Anna Freud berichten in weiteren Beispielen, wie sehr die Gefühlsreaktionen auf Kriegserlebnisse und das Bewußtsein über die jeweilige Lebenslage mit der Gefühlsreaktion der Mutter verknüpft ist. Die größte Bedeutung in der Realität der Kinder haben demnach die gefühlsbetonten Erfahrungen – vor allem die Trennungserfahrungen –, die die Kinder mit den Eltern machen. Der Eindruck solcher Erfahrungen ist bei kleinen Kindern schwerwiegend, ältere Kinder begegnen dem Trennungserlebnis bereits sehr viel aktiver; sie besitzen weitreichendere Sprach- und Handlungsmöglichkeiten zum Verarbeiten oder Agieren ihres Trennungsschmerzes.

Ebenfalls auf den Trennungsschmerz weist ein zweites Beispiel hin, das Erik Erikson berichtet. Er beobachtete während des Zweiten Weltkrieges einen fünfjährigen Jungen, dessen Vater in einem Fliegereinsatz über feindlichem Land abgeschossen wurde.

„Nach der Abreise" beschreibt Erikson die Reaktionen des Jungen „und dem Tod des Vaters entwickelte das bisher weiche und abhängige Kind immer auffälligere destruktive Neigungen, wurde ablehnend und begann schließlich Feuer zu legen. Den Schlüssel zu dieser Veränderung lieferte er selbst, als er einmal, in Protest gegen die Prügel seiner Mutter, auf einen von ihm angezündeten Holzhaufen wies und (in kindlicheren Worten) rief: ‚Wenn das eine feindliche Stadt wäre, würdest du mich loben!' In der Phantasie war er also bei seinen Brandstiftungen ein Bombenschütze wie der Vater, der von seinen Flügen erzählt hatte" (Erikson 1968, S. 233).

Die endgültige Trennung zeigt die Bedeutung des Vaters für die Identität des Jungen. Auf den Verlust reagierte er mit Wut, die er in identifikatorische Inhalte kleidete. Das spielerische Agieren seines Trennungserlebnisses gab ihm offenbar gleichzeitig die Möglichkeit mit seinen Gefühlen zu überleben. Erikson berichtet weiter:

„Nachdem die gefährliche Initiative des Knaben in ihren schlimmsten Formen überwunden war, konnte man ihn auf seinem Fahrrad abschüssige Straßen hinunterrasen sehen, wobei er andere Kinder erschreckte, gefährdete und doch geschickt umfuhr. Sie schrien, lachten und bewunderten ihn irgendwie. Beobachtete man ihn und hörte die merkwürdigen Geräusche, die er dabei machte, so mußte man sich wohl vorstellen, daß er sich selbst für ein Flugzeug im Einsatz hielt. Aber gleichzeitig erreichte er auf diesem Wege eine spielerische Beherrschung seiner eigenen Lokomotorik; er übte das Ausweichen im Angriff und wurde ein wahrer Virtuose auf dem Fahrrad" (S. 234f.).

Während in diesen Beispielen vieles darauf hindeutet, daß selbst Kindern, die den Krieg miterlebt haben, kein umfassendes intellektuelles Bewußtsein über den Krieg selbst vermittelt werden kann, erscheint andererseits die kindliche Aggression, die sich u.a. auch im Kriegsspiel ausdrückt, mit den emotionalen Erfahrungen (besonders den lebensgeschichtlich frühesten) der Kinder verknüpft, die sie mit ihren Eltern – und vor allem ihren Müttern – machen. Bewußtsein und psychische Realität bewegen sich offensichtlich bei kleineren Kindern weitgehend im affektiven Bereich. Und: Kinder erfassen von „predigenden Erwachsenen" mehr „den Ton, den die Musik macht, als die vermittelten Begriffe" (Zulliger 1966, S. 35).

Wie aber steht es mit den feindseligen Gefühlen, dem inneren Unfrieden und dem Kriegsspiel der Kinder in Friedenszeiten? Ist die Aggression der Kinder hier und heute nicht doch etwas Naturwüchsiges, dem man pädagogisch oder gar therapeutisch gesteuert mit spielerischem Ausleben begegnen kann, wenn sie sich, wie in dem eingangs geschilderten Beispiel der ratlosen Mutter nicht durch noch so eindringliche Erklärungen zum Verschwinden bringen läßt?

dem eingangs geschilderten Beispiel der ratlosen Mutter nicht durch noch so eindringliche Erklärungen zum Verschwinden bringen läßt?

4. Die Lebensgeschichte: ein erster Anhaltspunkt für die Entstehung von Gewaltfantasien

Viele Pädagogen sind der Auffassung, daß Colts und Spielzeugsoldaten den Kindern eine Möglichkeit gäben, ihren inneren Unfrieden auf eine mehr oder weniger harmlose, weil spielerische Art, auszuleben. Andere gehen sogar noch weiter und nehmen an, daß das Spiel mit Gewalt- und Aggressionsspielzeug kathartischen Charakter habe, daß das Spiel einen Selbstheilungsprozeß des Kindes bezeichne und Antwort auf erfahrene Begrenzung und Unterlegenheit sei (Flitner 1973, S. 68): Kinder entledigten sich über das Kriegs- und Cowboyspiel ihrer „natürlichen" Aggressionen.

Psychoanalytiker gar gehen von einem natürlichen Aggressionstrieb aus, den es in einer gelungenen Erziehung zu sublimieren gelte – am besten durch Leistung. Sie warnen davor, daß sich Triebwünsche nur allzu leicht an Vorbildern von Gewalt- und Kriegsdarstellungen anbinden lassen, ja sich diese geradezu suchen. Sind Vorurteile und Feindbilder aber erst einmal mit solchen Gefühlen besetzt, dann gäbe es nur wenige Chancen, diese unbegreiflichen Zusammenhänge von Aggressionen und Feinden wieder aufzuheben (vgl. Ostermann und Nicklas 1976, S. 37).

Der bekannte Kinderpsychiater Gert Biermann schreibt dazu:

„Was mit Kriegs- und Horrorfilmen an Aggressionen und Rassenhetze zur Entwürdigung des Menschenbildes beiträgt, ist eine gefährliche Konzession an die Angstlust des Menschen, welche der ungereifte Jugendliche noch weniger in Kontrolle hat.

Foto: Herré Maillet



Action-Spiele: ... inneren Unfrieden auf eine spielerische Art ausleben ...

Zu aktueller Information getarnte Berichte, wie preisgekrönte Bilder von Mißhandlungen im täglichen Kriegseinsatz bereiten den Boden für den Tag X, an welchem im Zustand des Krieges unbewußte, mühsam domestizierte, d.h. eben nur gebändigte und keineswegs erfolgreich sublimierte Triebwünsche sich durchsetzen, mit nunmehr staatlich sanktionierten und demagogisch mißbrauchten Zielen und Symbolen, wie Freiheit, Gerechtigkeit usw. Im Kriege toleriert der angeblich große Gleichmacher das Verbrecherische, bzw. veredelt es zu vaterländischem Tun" (Biermann 1969, S. 25).

Um Aggressionen der Kinder aufgreifen und auf einen sozialeren Stand „psychischer Reife" bringen zu können, sind daher in Spielzimmern von Kindertherapeuten Spielzeuggewehr und Panzer nicht einmal eine Seltenheit. Auch wir hatten im Rahmen eines Projektes der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt) in den Spielstunden an einer Grundschule (eine Stunde pro Woche im normalen Unterricht) Kriegsspielzeug im Angebot (vgl. Büttner und Koester 1979). Es handelte sich dabei um Spielzeug, das die Kinder von zu Hause mitgebracht hatten. Was aber hat es mit der Angstlust und dem Ausleben der Aggressionen von Kindern im Spiel mit der Gewalt und dem Krieg auf sich? Sind diese Aggressionen wirklich natürlich? Drei Beispiele aus unseren Spielstunden sollen etwas tiefer in die Problematik von Aggression, Kriegsspiel und Erziehung, wie sie bei Erikson schon angedeutet ist, hineinführen.

In der Klasse (3. Schuljahr) ist ein etwa 9-jähriger Junge (Martin), der durch besonders brutales und störendes Verhalten während des Unterrichts auffällt. Er ist dabei motorisch so unruhig, daß die Lehrerin immer ein Auge auf die Klasse und das andere auf ihn gerichtet haben muß. Seine Leistungen sind dementsprechend schlecht trotz durchschnittlicher Intelligenz. Martin spielt während der Spielstunden mit Panzern und Soldaten, aber auch mit Cowboy-Figuren besonders gern. Er läßt sie sich in Kämpfe oder groß angelegte Schlachten verwickeln, so daß dem Zuschauer angst und bange werden kann. In diesen Spielsituationen ist Martin so ruhig und verträglich, wie z.B. bei Gesellschaftsspielen undenkbar, wenn er überhaupt von den anderen Kindern als Spielpartner akzeptiert wird. Obwohl sich Martin kaum auf eine Aufgabe konzentrieren kann, spielt er mit Kriegsspielzeug eine geschlagene Stunde friedlich vor sich hin.

Martin lebt in familiär außerordentlich belastenden ökonomischen Verhältnissen. Offene Brutalität in
Martin lebt in familiär außerordentlich belastenden ökonomischen Verhältnissen. Offene Brutalität in
den familiären Beziehungen ist an der Tagesordnung, Mord- und Suiziddrohungen sind nicht selten. Die Auswirkungen solcher Erfahrungen sind m.E. am Verhalten dieses Jungen direkt ablesbar: er reagiert blind und ungesteuert auf seine Erfahrungen blinder und ungesteuerter elterlicher Gewalt (vgl. Leber 1976, S. 125). Das Kriegsspiel scheint ihm eine Entlastung für den Augenblick zu bieten. Es macht ihn für den Augenblick zugänglicher und ansprechbarer, die folgenden Unterrichtsstunden verlaufen ungestörter.

Ein anderer Junge (Jürgen) ist im Gegensatz dazu im Unterricht lahm und verträumt und kommt kaum mit einer Aufgabe zurande. Die Lehrerin muß ihn ständig auffordern weiterzumachen, nicht einzuschlafen und sitzt oft noch in der Pause neben Jürgen, um mit ihm die Aufgabe zu vollenden. Auch seine Schulleistungen lassen erschreckend nach. Während der Spielstunden ist derselbe Junge beim Spiel mit Cowboys und Panzern fröhlich und beweglich. Er scheint all seine Lahmheit abgestreift zu haben und reagiert auch auf andere Kinder normal, wenn sie einmal mit ihm in Berührung kommen. In seinem Kriegsspiel inszeniert er die grausamsten Schlachten, in denen er z.B. eine handvoll Spielzeugsoldaten zermanscht und mit Getöse auf den Boden fallen läßt.

Jürgen, der aus einer gutbürgerlichen Familie kommt, erlebte in seiner Kindheit vor allem schmerzhafte, unerklärliche Trennungen. Da die Eltern beide berufstätig waren, wuchs er bis zum 3. Lebensjahr ausschließlich bei der Oma auf. Dann starb sein Vater (die Mutter erklärte ihm es erst, als Jürgen 7 Jahre alt war), die Mutter zerstritt sich mit der Oma und nahm Jürgen von einem Tag zum anderen zu sich, wiederum ohne Jürgen zu erklären, was passiert war. Jürgen kam dann bald in den Kindergarten und in die Eingangsstufe, da die Mutter ganztags berufstätig ist. Die Mutter hat zwei oder drei Selbstmordversuche hinter sich; den letzten vor ca. 1/2 Jahr erlebte Jürgen mit.

Auch dieser Junge hätte allen Grund, mit Wut auf die Erfahrungen des Ausgeliefertseins zu reagieren. Seine Aggressionen, für die das Kriegsspiel ein unübersehbarer Hinweis ist, sind offenbar nach innen gerichtet. Für offene Aggression ist in seinen Verhältnissen kein Platz. Der Psychoanalytiker Aloys Leber bietet für den Widerspruch zwischen Apathie gepaart mit Schulversagen und verborgenen Aggressionen bei Kindern aus bürgerlichen Verhältnissen folgende Erklärung an:

„Man kann es sich nicht leisten, als schlimmes, böses Kind verachtet, verstoßen und bestraft zu werden. Schulversagen ist damit oft ein unbewußter, aus der Hilflosigkeit des Kindes erwachsender Versuch, Wut und Rache verschleiert zum Ausdruck zu bringen. Dabei darf das Ziel nicht erreicht werden, sondern Herabsetzung und Strafe werden in der Wendung auf sich selbst vom Kind schon vorweggenommen" (Leber 1976, S. 123).

Auch für Jürgen ist das Kriegsspiel offensichtlich zunächst eine Entla-
(Leber 1976, S. 123).

Auch für Jürgen ist das Kriegsspiel offensichtlich zunächst eine Entla-
stung seiner Gefühle, auch er scheint nach diesen Spielstunden verändert, er ist etwas munterer. Beiden Jungen scheint also das Kriegsspiel irgendwie geholfen zu haben. Warum aber wählen sie gerade das Kriegsspiel zur Darstellung ihres Unfriedens, obwohl es Krieg in ihren Erlebnissen allerhöchstens im Fernsehen gegeben hat? Warum zeigt sich ihre Aggression nicht so, wie sie ist, wo sie hingehört?

Kinder sind in ihrer Existenz von ihren Eltern abhängig, vor allem von deren Liebe. Ungesteuerte elterliche Gewalt statt kontinuierlicher Liebe im Fall des einen Jungen oder totaler Liebesentzug in den ersten Lebensmonaten, durch den Tod des Vaters und die Suizidversuche der Mutter bei dem anderen müssen daher existenziell bedrohlich wirken. Solche Erfahrungen, wenn sie den Gesamtorganismus psychisch und physisch übermäßig belasten, werden vergessen, verdrängt, aus dem Bewußtsein abgespalten. Sie hinterlassen jedoch „Wunden", sogenannte Traumatisierungen, deren Schmerzen in verstellter, in symbolischer Form oder in Form von Krankheiten in das Bewußtsein zurückdrängen. Der symbolische Inhalt enthält den Hinweis auf den Kampf um Liebe und die Wut gegen Ablehnung und Gewalt: offene Aggression gegen die Eltern widerspricht den Bedürfnissen der Jungen nach Liebe und Sicherheit – ganz abgesehen davon, daß sie angesichts elterlicher Macht nur zu einer Verschärfung des Kampfes führt. Der Kampf muß verlagert werden.

Jürgen, der inzwischen in einer psychoanalytisch orientierten Spielgruppe betreut wird (vgl. Büttner und Koester 1978), wiederholte z.B. bisher sein Kriegsspiel mit Panzern und Soldaten in allen Einzelheiten und mit aller Brutalität in den anfänglichen Spielgruppenstunden. Bei seinen Metzeleien wiederholte sich aber auch der Ausgang der Schlacht: einer überlebte immer! Später ging er dazu über, Bomben auf das Puppenhaus fallen zu lassen, und schließlich jagte er das Ehebett, in das er eine Frauenpuppe gelegt hatte, mit einer Bombe in die Luft. Auch diese Szenen wiederholte er immer wieder. Seine Mutter berichtet etwa zu dieser Zeit, daß Jürgen, der sich bisher ihr gegenüber ebenso apathisch gezeigt hätte wie im Unterricht, offen aggressiv werde. Er habe sie sogar einmal offen zurückgeschlagen! Sie habe ihm daraufhin angedroht, ihn wegen seiner Aufsässigkeit in ein Internat zu geben. Es war keine leichte Aufgabe, der Mutter verständlich zu machen, daß sich damit die Erfahrung wiederholen werde, die Jürgen so mit Haß und Wut gegen sie erfüllt habe.

Ich bin der Auffassung, daß die Gefühle der beiden Jungen den Fantasien kriegerischer Auseinandersetzung sehr ähnlich sein müssen. Das existentiell Bedrohlichste, was sich Menschen vorstellen können, ist der Krieg. Er stellt die Spitze aggressiver Eskalation dar: das Ende jeder Existenz, aber auch die Hoffnung, auf der anderen Seite zu kämpfen, zu überleben. In der Vorstellung von Krieg mischen sich Angst und Aggres-
der anderen Seite zu kämpfen, zu überleben. In der Vorstellung von Krieg mischen sich Angst und Aggres-
sion. Vor dem Krieg hat z.B. Bernd, ein Junge aus der gleichen Klasse, am meisten Angst, sicherlich auch vor der Bedrohung seiner Existenz. Auch in seiner Erfahrung wird mit Prügeln erzogen, findet tagtäglich ein Angriff auf seine Person statt. Vielleicht gleicht seine Wut auf seine Verhältnisse der Aggression, die er in Zeichnungen von Kriegsszenen ausdrückt.

In diesen Beispielen ist der Zusammenhang zwischen Gewalt in der Erziehung und Aggressionen nicht zu übersehen. Die These von der natürlichen Aggression oder dem Aggressionstrieb erscheint jedenfalls bei diesen Kindern absurd. Weit über Experimente mit der „Aggression" hinaus erklärt sich der Zusammenhang zwischen Kriegsspiel und Lebensgeschichte aus ungeklärten Gefühlen, ein Grund, warum gerade Erfahrungen aus der Kindertherapie zum Verständnis der „Gewaltwünsche- und fantasien" von Kindern beitragen! Warum aber spielen Kinder Krieg, bei denen man von Hause aus auf den ersten Blick kaum Gewalt in der Erziehung vermuten würde, deren Eltern ihre Kinder lieben?



Linie Grafik Werkstatt

5. Erfahrungen aus Spieltherapien: Schlüssel zum Verständnis von Feindseligkeit

Ich glaube kaum, daß in unseren „zivilisierten" Verhältnissen irgendein Kind eine Lebensgeschichte ohne Gewalterfahrungen hat. Diese werden nur meist als zu unbedeutend wahrgenommen, hinter der Angst versteckt, in der Erziehung etwas falsch gemacht zu haben oder gelten im Verständnis elterlicher Liebe gar als gerechtfertigte Erziehungsmaßnahme. Dabei denke ich gar nicht einmal an Erziehung mit Strafe. Elterliche Liebe ist nämlich meist das, was sich Eltern unter Liebe vorstellen, selbst wenn die Reaktionen eines Kindes eine ganz andere Sprache sprechen.

Dieses Mißverständnis trifft Kinder besonders schwer am Beginn ihres Lebens. Ohne sprechen zu können, müßten sie gerade hier besonders verstanden werden. In einer Zeit, in der sie am meisten auf Hilfe und Einfühlung angewiesen sind, machen sie ihre Grunderfahrungen mit der Welt. Jean Liedloff sieht das so:

„Die meisten Kinder werden nach neun warmen, sicheren Monaten im Bauch ferngehalten von Bewegungen, Geräuschen oder Berührungen – sie werden alleingelassen für Stunden in Wiegen oder Kinderwagen, getrennt von menschlichem Kontakt die meiste Zeit des Tages. Und sie verbringen den Rest des Lebens mit der Suche nach der nichtgreifbaren, emotionalen Kraft, auf die sie durch ihre Geburt ein Anrecht haben" (Liedloff 1977; Übersetzung von mir, C.B.).

Inzwischen gibt es darüberhinaus einige empirische Hinweise, daß Gewalterfahrungen während der Geburt selbst, ja sogar vorgeburtliche Erfahrungen (vgl. Kruse 1979), die Grundlage scheinbar unerklärlicher krankhafter Erscheinungen in späteren Lebensabschnitten bilden: Verlassenheitsgefühle verbunden mit häufigen hysterischen Schreianfällen und Todesfantasien eines ansonsten „unauffälligen" Kindes gingen im Verlauf einer Spieltherapie auf Trennungs- und Erstikkungserfahrungen während der Geburt zurück. Van Zyl beschreibt diesen Zusammenhang in einem Bericht über eine Spieltherapie, in der das Spiel des Kindes bereits in einem sehr frühen Therapiestadium einen Hinweis enthält:

„Während einiger der nächsten Sitzungen blieb in Fritzies Spiel das Thema der Zerstörung konstant. Leute wurden andauernd getötet und durch die Ankunft einer Ambulanz wieder zum Leben erweckt. Oder Gebäude wurden durch Feuer zerstört und dann wieder durch die Feuerwehr
Zerstörung konstant. Leute wurden andauernd getötet und durch die Ankunft einer Ambulanz wieder zum Leben erweckt. Oder Gebäude wurden durch Feuer zerstört und dann wieder durch die Feuerwehr
gerettet. Um die zehnte Sitzung herum schien es, als ob er in den dramatischen Situationen steckenbleiben würde, ohne die Situation vorher wieder herstellen zu können. Die Leute blieben tot, die Gebäude blieben zerstört.

An diesem Punkt begann er zum ersten Mal im Sandkasten zu spielen, und er wiederholte das einige der nächsten Sitzungen. Hier gab er uns den ersten Hinweis auf etwas, was ich als ein spezielles Trauma der Vergangenheit annehme.

Er begann auf der einen Seite des Sandkastens einen Damm zu bauen. Einige der stärksten Tiere (z.B. Spielzeugpferde, Stiere, Elefanten) stellte er auf den Damm, brachte sie aber in eine Situation, in der sie im Schlamm auf der Seite des Dammes – auf ihrem Weg nach draußen – steckenblieben. Dann nahm er Spielzeugsoldaten, um den Tieren zu helfen, aber auch diese blieben im Schlamm stecken. Mit großem Aufwand von Energie und Aggression griff er sich eine Anzahl von Traktoren, Notarztwagen und andere Fahrzeuge, um zu helfen, aber auch diese blieben im Schlamm stecken und wurden von ihm im weiteren Verlauf begraben. Während der gesamten Sitzung wiederholte er fortwährend, daß die Leute und die Tiere tot seien oder starben.

Als schließlich alle Tiere, Leute und Fahrzeuge im Schlamm steckengeblieben oder versunken waren, ging er aus dem Sandkasten und bewegte sich auf das Puppenhaus zu. Mit großer Lebhaftigkeit begann er alle Leute und Möbel aus dem Haus zu werfen, indem er rief: „Ein starker Wind weht und weht alles heraus." Nach dieser Spannungsabfuhr ging er zum Sandkasten zurück und spielte Regen, indem er Sand durch seine Finger laufen ließ: „Es regnet, eine Menge schöner Regen!" Wir beendeten die Sitzung.

Dasselbe Thema wiederholte sich in der nächsten Sitzung, aber die Geschichte endete mit einer langsamen Erstickung der verbrannten Objekte ohne die befreiende Entladung der Spannung wie vorher. Und in der folgenden Woche wurde ebenfalls dieses Thema behandelt, aber dieses Mal wurden ‚Feuerbomben' im Sand und im Schlamm versteckt. Die Leute und die Tiere wurden in die Luft geschossen, wenn sie sie berührten. An diesem Punkt, wenn eine Anzahl von Leuten und Tieren im Schlamm steckengeblieben waren und Teile des Sandes Feuer gefangen hatten, rief Fritzie eine Puppe zu Hilfe. Sie lief sehr vorsichtig durch den Sand, löschte das Feuer mit einer Hand aus und wiederbelebte die verbrannten Leute mit der anderen Hand mit Wasser. Diese Puppe baute dann Brücken in den vier Ecken des Sandkastens, über die die Leute und Tiere gehen konnten, um gerettet und wieder zum Leben gebracht zu werden.

Fritzie sprang dann in den Sandkasten (der auf einer Tischplatte stand) und begann zu tanzen und zu schreien, mit einem Bogen und Pfeil in der Luft zu winken in der Art, die stark an die Riten primitiver Stämme erinnert. Nach einer Weile sprang er heraus mit einem fröhlichen Schrei, daß seine Füße brennen würden, und dann wurde die Sitzung auf seinen eigenen Wunsch beendet.

Ich begann bald zu realisieren, daß Fritzie mit sehr tiefen Erfahrungen von Leben und Tod beschäftigt war, und ich begann zum ersten Mal, die Möglichkeit eines Geburtstraumas zu erwägen. Ich befragte daher Fritzies Eltern über seine Geburt.

Seine Mutter hatte eine außergewöhnlich lange Schwangerschaft, und der Doktor mußte Instrumente benutzen, um die Geburt zu erleichtern. Sie beschrieb, daß sie Fritzie schreien fühlte, während er eigentlich noch im Geburtskanal war, und daß er fürchterlich geschrien habe, als er geboren wurde. Die Hebamme wusch, wog und kleidete ihn unverzüglich an und legte ihn auf die Seite, während sie sich um die Mutter kümmerte. Fritzie schrie ausdauernd, aber seiner Mutter wurde die Erlaubnis, ihn zu halten, versagt, und er wurde von einer Krankenschwester fortgebracht. Seine Mutter sagte, daß sie ihn im Flur schreien hören konnte, Ewigkeiten bevor sie ihn in das Kinderzimmer gebracht hätten. Fritzie wurde um sechs Uhr morgens geboren und zu seiner Mutter nur einmal um halb zwei nachmittags zum Füttern gebracht. Zu dieser Zeit hatte er einen roten Hautausschlag auf seinem Gesicht, der von seinem Erbrochenen herrührte, in dem er lange Zeit gelegen hatte" (van Zyl 1977, S. 157, Übersetzung von mir, C.B.).

Der Therapeut faßt seine Erfahrungen in diesem Fall zusammen:

„Die Anfangssymptome des Alleinseins und seine Assoziationen mit Tod könnten
157, Übersetzung von mir, C.B.).

Der Therapeut faßt seine Erfahrungen in diesem Fall zusammen:

„Die Anfangssymptome des Alleinseins und seine Assoziationen mit Tod könnten
sehr wahrscheinlich ein direktes Resultat seiner Erfahrungen in den ersten Stunden nach seiner Geburt sein.

Mit dieser Erfahrung war uns allen in der Klinik klar, daß die Geburt sehr oft die Richtung eines ganzen Lebens bestimmen kann. Wir wissen sehr wohl, daß Fritzie sich durch diese Erfahrung hindurcharbeiten muß, vielleicht in einem späteren Alter" (van Zyl 1977, S. 158, Übersetzung von mir, C.B.).

Als Menschen, die auch nach der Geburt noch lange in der Einheit mit sich und der Mutter leben, müssen so bereits Neugeborene ohnmächtig die lebensbestimmenden Folgen des Unverständnisses ihrer Lebenslage, d.h. ihrer Schmerzen ertragen, ohne anders darauf reagieren zu können als mit archaischer Wut oder bedrohlichen Krankheiten. Ich erlebe tagtäglich, daß nicht einmal Schreien und Tränen von „liebenden" Eltern als Ruf nach Hilfe aufgegriffen werden. Man ist froh, wenn das Schreien aufhört: „Fängt der schon wieder an zu schreien...", man ist froh, wenn die Tränen versiegen: „Jetzt hör erst mal auf zu weinen, du bist doch schon so groß...", „Ein Junge weint doch nicht..." oder gar „Wenn du nicht gleich aufhörst zu heulen, kriegst du noch eine". Für Aggressionen hat schließlich niemand mehr Verständnis! Wenn nicht aus dem Gefühl tiefster Schmerzen und Kränkung, warum sonst sollten gesunde Kinder schreien und weinen? Weinen Erwachsene nicht auch, wenn sie Kummer haben, haben sie nicht auch Wut, wenn sie sich gekränkt fühlen und reagieren sie auf Überlastungen nicht auch mit Krankheit? Keine solche Erfahrung frühester Lieblosigkeit bleibt ohne Reaktion, wenn auch das Bewußtsein des Erwachsenen die Erinnerung daran verschlossen hat. Selbst für Kinder sind solche traumatischen Erfahrungen nur in langer, mühevoller Therapie zugänglich. Selten können sie die bestimmenden Erfahrungen ihrer Kindheit so formulieren wie der elfjährige Hans-Jörg:

„Immer sagen die Großen zu uns, wir sollen nicht streiten und recht schön brav sein. Ich liege abends in meinem Bett, und meine Eltern haben Krach und Streit, daß man es durch alle Wände hört. Die Schimpfworte, die sie zueinander sagen – alle die sie uns verbieten. Ich möchte am liebsten aus meinem Bett springen und rufen: ‚Hört auf!', aber ich kann nicht, ich bin wie gelähmt" (Steinwede und Ruprecht 1973, S. 47).

6. Leitbilder und Sündenböcke: 'die Erwachsenenwelt organisiert den Haß

Für den Umgang mit Spannungen aus den verschlossenen Gefühlen liefern Eltern und Erzieher den Kindern leider selbst die Vorbilder. Auch sie sind mit ihren Gefühlen – vor allem ihren aggressiven – offenbar nicht fertig. Auch sie wissen oft nicht, wie sie ihre Konflikte lösen können – außer wiederum mit Gewalt. Auch Erwachsene sehnen sich nach der Spannung, die ihnen ein Konflikt, ein Kampf oder gar eine Schlacht beschert und die die Symbole i h r e r Feindseligkeit enthält (vgl. Diskussion um Nazi-Embleme auf Kriegsspielzeug. FR vom 16.1.79). Auch Erwachsene stecken voller verschlossener Gefühle. Der „Spiegel-Report" zur Gewalt im Fernsehen endete in dieser Resignation:

„Die ARD-Gewaltskommission ist dabei, einen Monat lang alle Gewaltdarstellungen in den Programmen aufzulisten; dann sollen den Programmchefs Empfehlungen gegeben werden. Zur Einstimmung ließ sich das Gremium die TV-Dokumentation ‚Im Anblick von Gewalt – Kinder vor dem Bildschirm' vorführen. Kommissionschef Felix Schmidt, Programmdirektor in Baden-Baden: ‚Sehr eindrucksvoll'. Manch einem ist der saubere Bildschirm nun wieder zu steril. ‚Jetzt heißt es plötzlich', erzählt Dieter Stolte, ‚wir machten heile Welt.' Medienforscher Hans-Jörg Bessler beim Stuttgarter Südfunk registriert vermehrt Zuschauerwünsche, doch mal wieder was zu bringen, ‚wo es Tote gibt, wo was passiert', etwa Kriegsfilme – ein bißchen mehr Gewalt eben" (Der Spiegel, 51/77, S. 60).

Die Gewalt bleibt im „Normalfall" bei diesen Wünschen in der Fantasie. Der „echte" Krieg spielt auch bei Kindern kaum eine wirkliche Rolle. Darin sind sich selbst Kriegsspielzeuggegner einig:

„Die meisten Kinder verstehen vollkommen unseren Respekt vor echten Waffen. Aber sie sind überrascht über unsere Angst vor Spielzeugpistolen: ‚Aber das ist doch keine echte Waffe! Bestimmt kann ich die haben!'" (Hammar 1970, S. 74; Übersetzung von mir, C.B.).

So bleibt mir in der Frage nach der individuellen Bedeutung von Kriegsspielzeug und seiner Wirkung nichts übrig, als den Wunsch unserer Kinder nach Kriegsspielzeug als *einen* Ausdruck verschlossener aggressiver Gefühle zu verstehen, der „harmlos" bleibt, wenn ein Kind akzeptierte Möglichkeiten des Auslebens oder Anerkennung über andere Bereiche seiner Persönlichkeit findet. Bernd z.B. konnte zu Beginn unserer Spielstunden überhaupt nicht ruhig spielen. Er rannte mit einem anderen Jungen während der gesamten Spielstunde im Klassenzimmer herum, balgte sich oder störte andere Kinder. Nach einem dreiviertel Jahr begann er, Kriegsszenen und Schlachtschiffe zu malen. Heute malt er Raubvögel von Photo-

nem dreiviertel Jahr begann er, Kriegsszenen und Schlachtschiffe zu malen. Heute malt er Raubvögel von Photo-

vorlagen ab. Er ist damit während der gesamten Stunde beschäftigt und sitzt ruhig auf seinem Platz. Auch bei diesem Jungen hat sich also die Erscheinungsform seines Leidens verlagert ähnlich wie in dem Beispiel von Erikson (S. 160).

Kriegsspiel ist in *diesem* Sinne nicht gefährlicher als alles andere Spiel mit gewaltsamer Auseinandersetzung – allerdings auch nicht harmloser:

„Jeder, der wirklich das Kriegsspiel von normalen Kindern beobachtet hat", faßt die schwedische Autorin Stina Hammar zusammen, „muß zugestehen, daß es nicht mehr Aggressionen enthält als andere Spiele. Wie in allen anderen kollektiven Spielen kann hier jemand verschiedene Haltungen einnehmen, verschiedene Rollen spielen. Jemand kann ein Führer sein oder ein Mitläufer. Jemand, der koordiniert oder einer, der zerstört, jemand, der immer Recht haben muß oder jemand, der nachgeben kann. Ist es nicht wichtiger, von diesen Rollen Notiz zu nehmen, als von dem Spielzeug, das ein Kind in seiner Hand hält? Wenn ein Kind auffällig aggressiv ist, kann es seine Freunde mit dem weichsten Teddybären verletzen. Wenn andererseits ein Kind ausgeglichen ist, kann es selbst in vollster Bewaffnung angenehm verträglich sein" (Hammar 1970, S. 76; Übersetzung von mir, C. B.).

Dies ist jedoch nur die eine Seite des Problems, die individuelle, die pädagogische. Jeder Vater, jede Mutter und jeder Erzieher muß sich in der Verantwortung gegenüber seinem Kind, gegenüber dessen Gefühlen selbst entscheiden, wie er auf das Kriegsspiel reagiert. Was Krieg wirklich bedeutet, begreifen in diesem Sinne Kinder am besten, wenn sie aus eigenem Interesse danach fragen. Ihr Kriegsspiel ist dafür sicherlich *kein* günstiger Zeitpunkt! Ein Vater berichtete z.B. auf einem Elternabend zum Thema Kriegsspielzeug, daß sein Sohn ihn aus heiterem Himmel während einer Wochenendautofahrt über den Krieg ausgefragt habe. Er habe das Gefühl, seinem Sohn mit einer Antwort zu einem so „ungewöhnlichen" Zeitpunkt mehr helfen zu können, als ihm sein Kriegsspielzeug einfach wegzunehmen.



Spielanleitung: „Für die Kämpfer unter Euch. Das ausgefuchste Wüstenfuchsspiel (Zur Erinnerung: Nazi-General Feldmarschall Rommel hatte den Spitznamen „Wüstenfuchs").

Die Unsicherheit gegenüber dem Kriegsspiel eines Kindes sollte die Frage von Kriegsspielzeug auf die eigene Betroffenheit und auf das Kind selbst, auf seine Probleme lenken. Offenheit gegen *eigene* Gefühle und einfühlendes Verständnis in Aggressionen wird dem Kind u. U. die Notwendigkeit nehmen, sich des Kriegsspiels als eines Ausdrucks oder „Symptoms" *seiner* Gefühle zu bedienen, eine Notwendigkeit, die ihm ein Verbot u. U. erst schafft. Die Erfahrung zeigt, daß auch bei einem Verbot Kinder ihre Wege finden, zu Waffen zu kommen, vielleicht um den Preis eines neuen Symptoms.

Die Machtlosigkeit einzelner Eltern und Pädagogen gegenüber den Spielzeugpanzern und Soldaten verweist allerdings noch auf eine andere Ebene. Soweit Krieg die Verschiebung individueller Aggressionen auf die Ebene der Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Systemen ist, ist auch das Kriegsspiel der Kinder nicht von dem organisierten Konsumangebot gesellschaftlich produzierter Kriegsspielzeuge und Vorbilder zu trennen. Welche Möglichkeiten Kinder benutzen, mit ihren Aggressionen umzugehen, welche Angebote sie aufgreifen, und wie ihre feindseligen Gefühle organisiert werden, entzieht sich damit weitgehend den einzelnen Eltern und Pädagogen. Dieter Richter schreibt dazu:

„Ich habe nichts gegen Kinder, die wie Nico und Pavel und wie viele andere Kinder mit ‚Kriegsspielzeug' spielen. Das wirkliche Problem mit dem Kriegsspielzeug scheint mir auf einer anderen Ebene zu liegen: Spielzeugindustrie und Gesellschaftssystem benutzen und lenken die kindlichen Bedürfnisse (Zärtlichkeit, Kommunikation, Aggression, Selbstbehauptung) in einer ganz bestimmten Weise. Mit dem Kriegsspielzeug, das sie anbieten, kann man keinen phantasievollen Gebrauch mehr machen – da wird der Gegner gleich mitgeliefert. Und da werden Rollen erlernt, die sich ein Leben lang durchhalten sollen, werden Aggressionsphantasien nicht freigesetzt, sondern kanalisiert und verpflichtet auf einen Konsens gesellschaftlicher Werte" (Richter 1978, S. 25f.).

Haßstrukturen und die Vorgabe von gesellschaftlich produzierten und legitimierten Symbolen, wie sie in Spielstrukturen und -materialien vermittelt werden, können eine totale Liäson eingehen: als kollektive auf diese Symbole verschobene Aggressivität setzen sie auf der Ebene der Politik am Ende der Kindheit das Auseinanderklaffen von Realität und Fantasie fort:

„Wenn der Angreifer vom Vorhandensein überlegener Waffensysteme beim Verteidiger überzeugt ist, könnten die Raketen aus Pappe und die Atombomben mit Kaugummi gefüllt sein, sie würden ihren Zweck (als Abschreckung C. B.) erfüllen" (Nicklas und Ostermann 1979, S. 2).

Raketen und Atombomben in Spiel und Ernst *und* die kollektive Projektion des Hasses finden ihre innergesellschaftliche Entsprechung in den Gewaltstrukturen, die ihrerseits neuen Haß produzieren und in die Beziehungen der Eltern zu ihren Kindern tragen.

Es wäre eine pädagogische Verkürzung, wollte man als Erwachsener die Problematik des Kriegsspielzeugs ausschließlich auf der Ebene des Kindes angehen. Der „alltägliche Anschauungsunterricht der Politik" zeigt auf, daß die Erwachsenen vorgeben, welcher Symbole der Feindseligkeit sich die ursprünglichsten Gefühle der Kinder bedienen dürfen. Solange die Erwachsenen Modell eines „erfolgreichen" Handelns durch gewalttätige Auseinandersetzungen bleiben, solange die „Welt" den Individuen in Wirklichkeit feindlich gegenübersteht, werden Kinder ihren „Krieg" mit ihren Mitteln führen. Ihnen ist dabei ebensowenig wohl wie den Erwachsenen.

Aus dem Dilemma zwischen dem Verständnis der Gefühle der Kinder und dem Widerstand gegen Kriegsspielzeug führt jedoch nur dann ein Weg, wenn Kinder und Erwachsene ihre verschlossenen Gefühle nicht ein Leben lang agieren müssen, wenn es gelingt, ihre Gefühle zu befreien, Konflikte offenzulegen *und* offen auszutragen. Der Anfang ist gemacht, wenn sich Eltern und Erzieher über ihr Verständnis und ihren Widerstand gegenüber den Gefühlen ihrer Kinder klarer werden und wenn sie sich klarer werden über ihre eigenen Gefühle.

Die folgende Aussage eines Vaters faßt noch einmal das Dilemma zusammen:

„Frage: Konfrontiert mit dem Wunsch eines Kindes nach Kriegsspielzeug, würdest du dem Kind verbieten, mit Kriegsspielzeug zu spielen?

Hilmar T. (Lehrer): Ja, das ist eine etwas heikle Frage. Also wenn es um das eigene Kind geht, dann würde ich zunächst einmal sehen, daß ich da irgendwelche Fehler gemacht habe, wenn das Kind mit einer solchen Frage kommt. Ich glaube nicht, daß ein Kind, das in seiner frühesten Zeit diese Spannungen, die nötig sind, um sich mit solchen Sachen dann dauernd zu beschäftigen, das diese Spannungen nicht mitbekommen hat, daß das von sich aus nach solchen Spielsachen verlangt. Das glaube ich nicht. Es kann natürlich sein, daß die Spielkameraden das alle machen und dann wollen sie auch so einen Knallapparat haben oder soetwas ähnliches. Und das ist dann nicht leicht zu sagen, nein, du kriegst das nicht, wenn deine Freunde das haben. Das sehe ich sehr wohl ein" (Aus dem Videofilm der HSFK: Erzieht Kriegsspielzeug zum Krieg?).

Literatur

Biermann, G.: Kindeszüchtigung und Kindesmißhandlung. München 1969; **Birckenbach, H.:** Überlegungen zum Kriegsspielzeug und zu Aktionen dagegen. Ami 8-9/77, S. III.-140-146; **Büttner, C.:** Erzieht Kriegsspielzeug zum Krieg? Eltern antworten. Manuskript zum gleichnamigen Videofilm. Frankfurt 1978; **Büttner, C., Koester, U.:** Spielstunden im Unterricht – Schüler sind auch Kinder. Die Grundschule (erscheint Juni 1979); **Büttner, C., Koester, U.:** Spielgruppen an Grundschulen – Ein therapeutisches Modell für Kinder und Lehrer. FB 5/1978 der HSFK (Ffm); **Burlingham, D., Freud, A.:** Kriegskinder. London 1949; **Der Spiegel:** Fernsehgewalt: „Leidtragende sind die Kinder". Nr.51/77, S. 46-60; **DFG-VK (Hrsg.):** Aktionsleitfaden gegen Kriegsspielzeug. Essen 1977; **Elschenbroich, D.:** Spielen und Spielzeug. Kursbuch 34. Berlin 1973; **Erikson, E.:** Kindheit und Gesellschaft. Stuttgart 1971; **Flitner, A.:** Spielen – lernen. München 1973; **Hammar, S.:** Children and war games. Int. J. of Early Childhood 2/1970, S. 74-77; **Historisches Museum Ffm:** Katalog: Ein Krieg wird ausgestellt. Frankfurt 1976; **Höhn, E.:** Spielerische Gestaltungsverfahren. In: Heiss, R. (Hrsg.), Handbuch der Psychologie Bd. 6: Psychologische Diagnostik, S. 685-705. Göttingen 1971; **Irlbeck, E.:** Am mächtigsten mit der Waffe in der Hand. Frankfurter Hefte 8/76; **Kroner, E.:** Ist das noch Spielzeug? Psychologie heute 12/77, S. 14-22; **Kruse, F.:** Wann beginnt die Kindheit? Kindheit 1, 5-27(1979); **Leber, A.:** Rückzug oder Rache, In: Jahrbuch der Psychoanalyse. Bonn 1976; **Liedloff, J.:** The continuum concept. New York 1977; **Mitscherlich, A.:** Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. Frankfurt 1969; **Nicklas, H., Ostermann, Ä.:** Die Psychologie der Abschreckung und die Chancen der Friedenserziehung. Erscheint auf englisch in: J. of Peace proposals; **Ostermann, Ä., Nicklas, H.:** Vorurteile und Feindbilder. München 1976; **Richter, D.:** Zur Diskussion von Kriegsspielzeug. Elefantenbaby, 1/1978; **Steinert, H., Treiber, H.:** Erziehungsziel: Soldat. In: Unternehmen Bundeswehr. Klöss, E., Grossmann, H. (Hrsg.) Frankfurt 1974; **Steinwede, D.:** Vorschulbuch: Religion. Düsseldorf 1974; **Van Zyl, D.:** Traumatic Birth Symbolized in Play Therapy. J. of Prim. Therap. 4/1977, S. 154-158; **Zulliger, H.:** Bausteine zur Kinderpsychotherapie. Stuttgart 1966

Kinder unter Drei — sind dem Senator einerlei

Am Tag nach Nikolaus besuchten ca. 50 Bremer Eltern mit ebenso vielen Kleinkindern das Jugendamt, unter dem Motto wir protestieren auf das Henning Scherfste!". Vorneweg spazierte ein stilechter Weihnachtsmann, der den angetroffenen Oberen im 15.Stock des Verwaltungssilos (über den Wolken, da, wo die Freiheit wohl grenzenlos ist ...) lautstark die Leviten las, ihnen mit der Rute drohte und ein quietschrosa Sparschwein überreichte.

Die Kinder tanzten auf den Tischen, freuten sich über Nüsse und Mandarinen aus dem großen Sack. Die Erwachsenen kloppten sich (verbal natürlich, von wegen Gewaltfreiheit und so) mit viel Elan mit Senatsdirektor Hoppelsack, Frau Thymian von der Heimaufsicht und dem Leiter des Jugendamtes, Herrn Wuffken. Insgesamt eine schöne Bescherung!

Was war geschehen? Nachdem Bremer Eltern seit nunmehr 3 Jahren mit wachsendem Erfolg die pädagogische Diskussion über das Für und Wider von gruppenorientierter Tagesbetreuung für Kindern unter drei geführt haben, stehen sie nun am Scheideweg. Inhaltlich kann niemand mehr die positiven Auswirkungen einer qualitativ guten Tagesbetreuung bestreiten: sowohl die Initiative „Der Kinder wegen" als auch die Arbeiterwohlfahrt-Bremen sprechen sich nach ihren beiden Kongressen per Dokumentation nachprüfbar eindeutig f ü r die außerhäusliche, familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder unter drei aus! (vgl. AK 198).

Allerdings hat sich bisher für die ca. 50 bestehenden Babygruppen konkret noch gar nichts verbessert. Senator Scherf beschränkte sich auf unverbindliche Zusagen und wiederholte üble Pöbeleien (er verglich allen Ernstes Babygruppen mit Konzentrationslagern!). Und Ende November wurde bekannt, daß die Krippe der Universität — einzige Eintrichtung in öffentlicher Trägerschaft, die 33 Kinder unter drei aufnimmt — geschlossen wird. 11 Kolleginnen verlieren ihren Arbeitsplatz, Eltern können ihr Studium an den Nagel hängen!

Die Krippe hat sofort eine enorme Öffentlichkeit mobilisieren können. So wurden z.B. bis heute (7.12.) über 3.000 Unterschriften für den Erhalt der Einrichtung gesammelt. Es kam also einiges an Wut und Betroffenheit zusammen, als die verspätete Nikolausfeier von Eltern aus vielen Babygruppen und aus der Krippe gemeinsam durchgeführt wurde.

„Babygruppen sind wie KZ's, sagte Herr Scherf,
damit geht er Eltern und Kindern auf den Nerv!
Jetzt seid ihr alle hier, das ist schon brav,
nehmt diesen Herren mal gründlich den Schlaf!
Sie haben uns eine schöne Bescherung gemacht.
Nun sind wir alle sehr aufgebracht
Kinder unter drei sind Herrn Scherf total einerlei.
Jetzt müssen wir uns regen — der Kinder wegen!"
... so sprach der Nikolaus.

Im Januar steht die Beratung der Deputation für Jugendhilfe an, wo sie erstmalig Stellung beziehen wird zum gesamten Komplex frühkindliche Tagesbetreuung, mütterliche Erwerbstätigkeit etc. Wir wollen versuchen, hierzu gezielt Öffentlichkeit herzustellen und in gemeinsamen Aktionen unsere Forderungen zur Geltung zu bringen.

Ein Bremer Genosse



Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Frauen- und Friedensbewegung – Konkurrentinnen?

Im letzten „Arbeiterkampf" erschien ein Artikel – *Vom kleinen Unterschied zwischen dem 'großen Krieg' und dem 'alltäglichen Krieg'* –, der sich mit verschiedenen Positionen zum Engagement von Frauen in der Friedensbewegung auseinandersetzt. Der Artikel beschäftigt sich u.a. mit einer Strömung, die die (angebliche) „Desertation" von Frauen aus der Frauen- in die Friedensbewegung beklagt. Diese Meinung findet sich insbesondere in den Frauenzeitschriften „Emma" und „Courage". Sie wird dort verbunden mit der Auffassung, gegen uns Frauen herrsche bereits seit Jahrtausenden permanenter Krieg. Und das Gerede um einen möglichen „großen Krieg" sei dazu angetan, uns Frauen von unserem alltäglichen Kampf um unsere spezifischen Interessen abzuhalten.

Ich möchte diesem „AK"-Artikel – insbesondere, was die Stellung der „Emma" angeht – noch einiges Ergänzende und einiges Kritische hinzufügen.

Alle reden vom Krieg – wir nicht!

Grundlage der verharmlosenden Darstellung durch „Emma" ist wohl ein Aufsatz von Alice Schwarzer, der im Mai 1980 veröffentlicht wurde. Dort stellte sie die Frage: *„Gibt es Kriegsgefahr?"*. Im Rahmen einer Polemik gegen die SPD findet sie die Antwort: **„Reden wir also vom Frieden, obwohl es in der Bundesrepublik heute – abgesehen von der Wahlpropaganda – gottlob keinen direkten Anlaß dazu gibt, weil (im Gegensatz zu dem, was man uns weismachen will) keine akute Gefahr droht"** (Hervorh. im Original). Weismachen wolle man uns diese Gefahr lediglich, damit sich Carter und Schmidt in den damals anstehenden Wahlkämpfen als gurrende Friedenstauben aufspielen könnten. – Und was ist heute, wo die Wahlen längst vorbei sind und das „Kriegsgeschwätz" mit dem neuen US-Präsidenten noch schlimmer geworden ist? Die „Emma" hat ihre Einschätzung nie korrigiert.

Auch der Beschluß, in der BRD neue Mittelstreckenraketen zu stationieren, ist Alice Schwarzer zufolge nur Theaterdonner: *„Noch sind die Mittelstreckenraketen nicht stationiert, denn: mit dieser drohenden 'Nachrüstung' im Nacken sollen die Russen an den Verhandlungstisch gezwungen werden, sollen 'klein beigeben'. Doch ist das nötig? Muß man Gleichstarke erniedrigen und in die Knie zwingen? Kann das nicht ein Bumerang werden?"* (Hervorh. – AK). Eine tatsächliche Stationierung der Mittelstreckenraketen traut Schwarzer den amerikanischen Präsidenten wohl nicht zu?

Auf einen Wahlslogan, der die SPD als besten Friedensgaranten präsentiert, erwidert sie: *„Hört sich an, als hätten wir die Russen oder die Chinesen ante portas* (Vor der Tür – Anm. AK) *. Dem ist aber nicht so. Die Gefahr eines heißen Krieges ist heute nicht höher (und nicht geringer!) als sie es gestern war oder morgen sein wird ..."* Solange die „rote oder die gelbe Gefahr" nicht vor der Tür stehen, gibt es also keinen Krieg? Mit den handfesten wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen des Imperialismus, die heute einen neuerlichen Weltkrieg so wahrscheinlich werden lassen, setzt Alice Schwarzer sich leider nicht auseinander.

Nur auf diesem Hintergrund ist wohl die leichtfertige (aber dennoch bewußte) Verharmlosung der Auswirkungen eines möglichen atomaren Krieges zu verstehen, wie sie u.a. Dorothea Brockmann zum Ausdruck bringt. Sie meint, für uns Frauen herrsche sowieso täglich Krieg (vergl. AK 215), und: *„Krieg und Frieden, das sind Kategorien der männlichen Verbündeten; auf meinen, unseren Alltag treffen sie nicht zu"* („Emma", 9/81). Hält man sich die Folgen eines Kriegszustandes – auch und gerade für Frauen – vor Augen, ist diese Aussage nur noch als zynisch und makaber zu bewerten.

Friedensfrauen – keine Zeit mehr für Geschlechterkampf?

Motor für die Einschätzung der „Emma" scheint die Befürchtung zu sein, die Angst vor einem Krieg könnte alles überlagern und die Frauen vergessen machen, sich für ihre Rechte einzusetzen. So schrieb Alice Schwarzer im Mai '80: *„Netter Nebeneffekt* (der Kriegspropaganda – Anm. AK): *Wo Frauen Petitionen für den Weltfrieden sammeln, haben sie für den Geschlechterkrieg weniger Zeit ..."*.

Die Friedensfrauen, so liest es sich in der „Emma" 10/81, würden nur auf einen uralten Trick hereinfallen, der aktuell von Egon Bahr in einer SPD-Wahlanzeige an *„die liebe Emma-Leserin"* neu formuliert worden sei: *„Eines ist wichtiger als das Bemühen, der Gleichberechtigung der Frauen näherzukommen: das ist die Erhaltung des Friedens"*.

Aber sind es nicht gerade die „Emma"-Autorinnen, die hier auf einen uralten Trick der Herrschenden hereinfallen, deren Absicht es seit jeher ist, demokratische Bewegungen zu spalten und gegeneinander auszuspielen?! Genau das macht „Emma" seit Monaten – sie spielt die Interessen der Friedens- gegen die der Frauenbewegung aus. Das äußert sich in ständigen Vorwürfen gegen „Friedensfrauen", sie hätten den Kampf für ihre eigenen Interessen vergessen (s. AK 215). Verbunden mit der Tatsache, daß „Emma" absolut keine positiven Vorschläge für ein Eingreifen der Frauen in die Friedensbewegung einbringt, erscheinen diese Vorwürfe als Aufforderung an die Frauen, ihre Energie nicht im Kampf gegen den Krieg zu „verschwenden".

Für eine Verbindung von Frauen- und Friedensbewegung!

Und trotzdem: die Befürchtung, daß unsere besondere Unterdrückung angesichts der Gefahr eines alles vernichtenden Krieges nicht mehr zur Sprache kommen könnte, hat ihre Berechtigung!

Und deswegen reicht es mir nicht, wenn Ul. und Pa. dazu nur schreiben: *„Auch wir sehen ein Problem darin, daß Frauen aus der Frauenbewegung keine Frauenpolitik mehr machen wollen und stattdessen sich in erfolgversprechenderen Bewegungen engagieren; dies hängt aber zum einen mit der kaum noch existierenden Frauenbewegung zusammen und zum anderen mit der wenig erfolgversprechenden Politik, die von den Resten der autonomen Frauenbewegung propagiert wird"* (S. 25). Es geht doch hier nicht nur um ein Problem der autonomen Frauenbewegung, das wir von außen kritisch kommentieren können – **es geht doch auch um uns!**

Habt ihr denn nicht schon mal Angst gehabt, daß wir bei der nächsten Gelegenheit zu hören bekommen: streitet euch doch nicht um solchen unpolitischen Klein- (sprich: Chauvi-) Kram, schließlich steht der Krieg vor der Tür!? Die derzeitige Schwäche der Frauenbewegung, auch der Genossinnen im KB, ist ein guter Boden, auf dem sich diese Haltung breit machen könnte.

Und sind nicht Gedanken bekannt wie: Atombomben zerstören alles – dann nützt mir meine ganze Emanzipation im Bett oder sonstwo überhaupt nichts mehr. Und auch das schönste Frauenprojekt wird einer Atombombe nicht standhalten. Vielleicht muß frau wirklich erstmal vieles hintanstellen und sich auf die Verhinderung des Krieges konzentrieren ...?

Und sollten nicht Äußerungen wie die (oben zitierte) von Egon Bahr eine Warnung für uns sein?

Meine Befürchtungen im Hinblick auf die Entwicklung unserer Positionen als Frauen in der Gesellschaft allgemein und speziell im KB werden auch genährt durch eine These im Artikel von Ul. und Pa. Die beiden Genossinnen kritisieren, daß *„das Gerede 'Wir Frauen leben heute im Krieg' nur dazu angetan sein kann, die Frauen zu desorientieren, sie fehlzuleiten in einen bloßen 'Beziehungskrieg'"* (S. 25). Zweifellos ist zu kritisieren, daß die „Emma" Frauen vom Engagement gegen die Kriegspolitik abhalten und darauf festlegen will, sich in erster Linie gegen ihre spezielle Unterdrückung als Frau zur Wehr zu setzen. Darunter versteht „Emma" zum Beispiel den Kampf gegen Unterdrückung am Arbeitsplatz, gegen den §218, gegen Vergewaltigung. Ist das BLOSSER BEZIEHUNGSKRIEG??? Haben gerade wir KB-Genossinnen uns in der Vergangenheit nicht immer dagegen gewehrt, daß der Kampf um unsere besonderen Interessen als „unpolitischer Beziehungskram" diffamiert wird? Bloßer „Beziehungskrieg" – so könnte ich allenfalls eine ausschließliche Orientierung auf individuellen „Ehekrach" bezeichnen. Doch dazu hat die „Emma" – ganz unmißverständlich! – nie aufgerufen.

Ich denke, daß das, was hier von Ul. und Pa. zwar als Problem anerkannt, aber dennoch weggeschoben wird, auch von uns diskutiert werden muß. Denn zum Beispiel bei der Themenfestlegung für „AK"-Artikel, zum Beispiel bei der politischen Schwerpunktsetzung von Genossinnen kann sich auch für uns die Frage stellen, ob sich Frauen- und Friedensinteressen im Konkreten nicht doch manchmal im Wege stehen. Schließlich sind unsere Zeit und Energie nicht unbegrenzt.

Insbesondere müssen wir allerdings darüber diskutieren, wie eine politische Verbindung zwischen Frauenkampf und Friedenskampf herzustellen ist. Denn daß sich in der Friedensbewegung international Frauen zusammenfinden, daß Frauen in vielen Ländern einen eigenständigen Teil dieser Bewegung bilden, ist einmalig (nicht historisch, sondern verglichen mit anderen Bewegungen jüngster Zeit). Diese Entwicklung – wie es die „Emma" macht – als Ausdruck des Überlaufens von Frauen zur Friedensbewegung negativ zu bewerten, ist nicht nur gefährlich, sondern auch dumm. (Im übrigen wäre erst einmal nachzuprüfen, ob es überhaupt stimmt, daß so viele Frauen der Frauenbewegung den Rücken kehren, um in Friedensinitiativen zu arbeiten, oder ob es nicht viel mehr andere, „neue" Frauen sind, die sich heute der Friedensbewegung anschließen).

Im Entstehen dieser Frauen-Friedensinitiativen besteht doch gerade auch eine Chance für uns Frauen. Die Chance, mit Frauen in die Diskussion zu kommen, Frauen zu gewinnen, die die Frauenbewegung bisher nicht erreicht hat. Für die engagierten Frauen die Chance, an Rückhalt und Stärke zu gewinnen und dadurch nicht mehr so leicht von den Männern der Bewegung an den Rand gedrängt werden zu können. Und die Chance, durch unser Eingreifen als Frauen in eine wesentliche politische Frage unsere Position in der Gesellschaft zu stärken.



Es weihnachtet sehr. Frauen backen. Plätzchen, Kuchen, Sterne, Kringel. Und mißgestaltete Babies. Zumindest die „Gorleben-Frauen" tun das. Sie hielten es für eine politische Tat, aus 20 Pfund Hefeteig 33 Mißgeburten zu backen und diese dann ihren Abgeordneten unter die Nase zu halten. Frage von Emma: Ist das Ausdruck eines Einbringens „weiblicher" Qualitäten in den politischen Kampf? ...

Foto: Gitta Kuhlmann/Courage 12/80

aus „Emma", 1/81

Gegen den Krieg – im Namen unserer Kinder und Männer?

Ul. und Pa. behaupten in ihrem Artikel: *„Die Auseinandersetzung mit der anerzogenen Friedfertigkeit der Frauen wird in der 'Emma' oder 'Courage' keineswegs mit denjenigen Frauen gesucht, die die absurden oder sogar faschistoiden Theorien zu 'Frau und Natur' verbreiten; vielmehr werden diejenigen Frauen angegriffen, die das zum Ausdruck bringen, was Tausende von Frauen denken und vielleicht noch nicht sagen. Die Angst der Frauen, ihre Kinder oder Männer zu verlieren im Falle eines neuen Weltkrieges, ist nur allzu berechtigt ..."* (S. 25).

Das von Tausenden Gedachte und von „Emma" Angegriffene liest sich dann so: *„Wir glauben, daß wir vielleicht so laut rufen können, daß andere Frauen auf der Erde uns hören. Und handeln ... Auch sie sind geschaffen, Leben zu geben. Vielleicht ist es im Grunde hier, daß die Gemeinschaft der Frauen ihre Wurzeln hat ... Wir glauben, daß die Verantwortung der Frauen für Leben und Stärke uns Zusammenhalt gegen Tod und Vernichtung geben wird"*. Und weiter: *„Es ist, als ob die Männer auf eine merkwürdige Weise einen Willen zum Töten entwickelt haben ..."* (lt. „Emma", 1/81).

Diese Aussagen stammen von der dänischen Journalistin Bodil Graae, laut „Emma" Initiatorin und erste Ideologin der Frauen-Friedensbewegung (was wohl etwas übertrieben ist). Daß viele tausend Frauen heute so denken, mag leider möglich sein. Nur bringen diese Zeilen nicht schlichtweg die berechtigten Ängste einer Mutter um Mann und Kinder zum Ausdruck, sondern eine reaktionäre, biologistische Ideologie. „Emma"-Schreiberin Brühn-Heimann nimmt die dänische Journalistin zum Ausgangspunkt ihrer Kritik an einer Ideologie,

- die den Sinn des weiblichen Daseins auf das Kinderkriegen reduziert.
- die in allen Frauen (potentielle) Mütter sieht.
- die Frauen eine Friedfertigkeit von Natur aus zuschreibt und Männern einen inneren, natürlichen Tötungsdrang.

Dieser Kritik kann ich mich vollends anschließen!

„Emma" gehört auch keineswegs zu jenen, die die These „Männer machen Kriege" vertreten. Im Gegenteil: *„Ich glaube nicht an die angeborene Friedfertigkeit von Frauen! Ich glaube nicht daran, daß Frauen 'von Natur aus besser' sind als Männer! Ich glaube nicht, daß es in einer Gesellschaft, in der Frauen die (oder mehr) Macht hätten, automatisch auch friedfertiger zugehen würde!"* (Nr. 12/80). So weit, so gut – wären diese Sätze von Alice Schwarzer nicht in einem bestimmten Zusammenhang geschrieben, nämlich als Argument dafür, Frauen Zutritt zur Bundeswehr zu verschaffen! Denn, so meint Schwarzer, sie sei zwar gegen die Bundeswehr, aber ebenfalls gegen einen Ausschluß von Frauen aus diesem gesellschaftlichen Bereich im Namen unserer angeblichen weiblichen Friedfertigkeit.

M.E. kann man „Emma" nicht vorwerfen, sie würde sich nicht gegen reaktionäre Theorien zur „weiblichen Natur" wenden; vorwerfen muß man ihr allerdings diese haarsträubende Konsequenz (Öffnung der Bundeswehr für Frauen), die sie daraus zieht.

Unklar sind mir allerdings auch die Konsequenzen, die Ul. und Pa. für unsere Friedenspolitik ziehen. In ihrem Artikel heißt es: *„Die Angst der Frauen, ihre Kinder oder Männer zu verlieren ..., ist nur allzu berechtigt. ... Dieser* (Hervorh. von mir) *Wunsch nach Frieden muß von uns ernst genommen werden, ja, wir sollten ihn sogar aufgreifen und ihn immer wieder in die Welt hinausschreien."* Daß diese Ängste berechtigt sind, daß wir sie ernst nehmen müssen – dem stimme ich zu.

Richtig finde ich allerdings auch ein Zitat von Ingrid Strobl, das von Ul. und Pa. als ungerechtfertigte Polemik dargestellt wird: *„Ihr sprecht immer wieder von der Angst um eure Kinder, geriert euch als friedfertige – weil weibliche – Wesen ... tretet auf als Mütter, Großmütter, Freundinnen von Wehrdienstverweigerern. Ihr definiert euch wieder einmal über andere – über eure Kinder, Enkel, Männer. Warum? Können wir nicht auch als selbständige, kämpferische, frauenbewußte Frauen (auch ohne Mann, Kind, Enkel) für den Frieden sein?"* („AK" 215, S. 24).

Dieses Zitat folgt übrigens der Feststellung, daß algerische, sowjetische, iranische und Generationen anderer Frauen die Erfahrung machen mußten, mit dem Sieg der Revolution noch lange nicht automatisch ihre eigene Befreiung erreicht zu haben.

Und uns wird es, befürchte ich, genauso ergehen, wenn wir uns heute angesichts des Rüstungswahnsinns wieder darauf einlassen, die Rolle des Männer-Anhängsels oder der Familienglucke zu spielen. Das ist nun wirklich nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist allerdings, dafür zu sorgen, daß diejenigen Frauen, die neu zur Friedensbewegung dazustoßen und tatsächlich in erster Linie durch ihre Angst um die Familie motiviert sind, ernst genommen und nicht angemacht werden, wie es vor einigen Monaten selbst im „AK" geschehen ist. (In einem Bericht über die Aktion an der Hardthöhe wurden Frauen aufgrund ihres Transparentes „Wir sind die Witwen der Zukunft" als lesbenfeindlich u.ä. bezeichnet.)

Vielleicht habe ich hiermit offene Türen eingerannt, mir ist allerdings nicht klar, was Ul. und Pa. „in die Welt hinausschreien" wollen.

„Da muß schon Handfesteres passieren!"

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die „weibliche Natur" werfen Ul. und Pa. den „Emma"-Autorinnen indirekt vor, sie würden eine Gleichsetzung von Friedenskampf und angeblicher „weiblicher Friedfertigkeit" vornehmen: *„Und der Kampf für den Weltfrieden ist nicht gleichzusetzen mit der anerzogenen Friedfertigkeit der Frauen"* (S. 25). Das ist nun wirklich zu platt.

„Emma" kritisiert den „besinnlichen Pazifismus", den sie bei den Friedensfrauen zu entdecken glaubt, die Wirkungslosigkeit von Appellen und friedfertigen Demonstrationen. Soweit hier hingewiesen wird auf die Beschränktheit einer ausschließlichen Appell-Politik, auf die Festlegung von Frauen auf absolute Gewaltlosigkeit, sind kritische Anmerkungen ja durchaus gerechtfertigt.

Nur – absolut fragwürdig wird diese Kritik da, wo sich „Emma"-Autorin Brühn-Heimann über Aufrufe der Friedensfrauen, unsere „Machtlosigkeit in Stärke zu verwandeln" lustig macht, ohne den Ansatz einer Alternative zum Handeln zu bieten. Fragwürdig wird es ebenfalls, wenn sie allein aufgrund ihrer Kritik an dem Aufruf *„Anstiftung der Frauen zum Frieden"* der gesamten Frauen-Friedensbewegung vorwirft, ihr „Erfolg" werde allein im Erzeugen von Resignation und Entpolitisierung liegen.

Und vollends unglaubwürdig wird es dann, wenn der Kritik an den *„naiven"* Friedensfrauen, die glauben, durch Unterschriftenlisten Frieden in der Welt schaffen zu können, allein folgende abgeschmackte Plattheiten entgegengehalten werden: *„Wenn wir die Frage Krieg oder Frieden wirklich mit beeinflussen wollen – und daß dies bitter nötig wäre, zeigen die jüngsten wahnwitzigen Entwicklungen! – dann müssen wir klug sein und mächtig. Wir müssen die politischen, ökonomischen und technologischen Zusammenhänge begreifen, die die Fragen von Krieg und Frieden beeinflussen! Wir müssen diese vom Männlichkeitswahn geschüttelten Staaten zum Frieden zwingen können! Und das geht weder mit Petitionen noch mit 'Friedensräten'. Da muß schon Handfesteres passieren"* (Nr. 10/81). Und was sollen die Frauen nun fest in die Hand nehmen? Darüber schweigt sich „Emma" aus: nach diesem Absatz geht es gleich weiter mit der Ermahnung, nicht den „Geschlechterkrieg" zu vergessen. Da kann frau nur noch (wie Brühn-Heimann) die Preisfrage stellen: Und wie werden wir klug und mächtig?

Bisher ist es Linie der „Emma"-Beiträge, die Frauen-Friedensbewegung mit (zum Teil unsolidarischen) Kritiken zu überhäufen, ganz allgemein „mehr Radikalität" zu fordern – aber so gut wie keine Aktivitäten zu unterstützen oder gar eigene (Verbesserungs-) Vorschläge zu machen. Da frage ich mich, ob die Ablehnung reaktionärer Theorien, die Teile dieser Bewegung vorbringen, für „Emma" nicht bloß ein Aufhänger ist, um die gesamte Frauen-Friedensbewegung herunterzumachen. Da glaube ich auch kaum ein Wort, wenn die selben Autorinnen behaupten, eine Einmischung in den Friedenskampf sei bitter nötig. Denn bis jetzt ist die gesamte Frauen-Friedensbewegung für „Emma" wohl nur eins: unliebsame Konkurrentin!

S., Hamburg



Wir klagen an ...

Am 12./13.Dezember fand in der Schalom-Gemeinde in Dortmund Scharnhorst das Krüppel-Tribunal statt, über dessen Vorbereitung der AK mehrfach berichtet hat. Alle Teilnehmer und vor allem die Mitglieder der Vorbereitungsgruppen waren nach zwei Tagen Tribunal begeistert über die gelungene Veranstaltung, die zum Abschluß des schon berüchtigten UNO-Jahres der Behinderten der offiziellen Propaganda Fakten über die tägliche Realität des Lebens als Krüppel in der BRD 1981 entgegensetzen konte.

Die Stimmung und die gesamte Atmosphäre während des Tribunals in einem Artikel zu beschreiben, ist kaum möglich. Man muß einfach dabeigewesen sein.

Die Solidarität der ca. 400 Teilnehmer zu erfahren, wenn Krüppel über ihre Situation in Heimen mit Schlafsälen von 15 Frauen zwischen 16 und 76 oder prügelnden Pflegern berichteten; die spontane Begeisterung mitzuerleben, wenn ein Krüppel sich der Heimschikane durch Flucht entzieht oder Menschen mit jahrelanger Einkerkerung in der Psychiatrie sich bei der „Sozialistischen Selbsthilfe Köln" einfach „wohlfühlen"; die Betroffenheit zu spüren, wenn in einem Bericht die Erfahrungen einer Krüppelin während und nach ihrer Vergewaltigung geschildert werden; den bissigen Spott nachzuvollziehen, wenn in ans Satirische grenzende Spielszenen die Willkür von Behördenvertretern dargestellt, die Situation in Werkstätten für Behinderte entlarvt oder die „Ratschläge zur Schön heitspflege behinderter Mädchen" zitiert werden - all dies ist mit Worten kaum möglich. Vielleicht vermag die geplante Dokumentation mit vielen Fotos, vielleicht vermag auch der geplante Video-Film einen Teil dieser Stimmung zu vermitteln. Alle Teilnehmer werden sich jedenfalls immer des Krüppel-Tribunals als eines großen Ereignisses erinnern und diejenigen Krüppel und befreundeten Nichtbehinderten bedauern, die nicht dabei sein konnten.

Inhaltlich wurden in den folgenden neun Anklagepunkten derartig viele Mißstände aufgedeckt und angeklagt, daß deren Vorbringen auf zwei Tage verteilt werden mußte.

Samstag, 12.12.81

1. Heimsituation

Anhand von Tagebuchaufzeichnungen und Briefen von Krüppeln, wurde die totale Isolation, die Ent mündigung und die Zusammenpferchung in sogenannten Massenschlafsälen in Heimen dargestellt. Eine Krüppelin erzählte, wie schwer für sie der Prozeß der Selbständigkeit war, nachdem sie das Heim endlich verlassen hatte.

Am Beispiel der Münchener „Pfennigparade", ein Behindertenheim, welches in Fachkreisen als „Musterbeispiel" von Heim gilt, wurden die Strukturen solcher Institutionen aufgedeckt. Falls Krüppel es überhaupt schaffen, aus einem Heim wieder heraus zukommen, ist die Unmündigkeit perfekt.

Heime produzieren die Pflegebedürftigkeit, welche sie gerade durch Heimaufenthalte zu lindern versprechen!

In einem Interview mit Peter und Petra, welches teilweise gestellt werden mußte, weil eine Krüppelin von Repressionen bedroht ist, wurden diese Strukturen noch einmal ganz deutlich.

Petra lebt in einem Heim für Geistigbehinderte, da sie laut Gutachten „subdebil" ist. Peter, der bis vor kurzem in mehreren Heimen lebte, u.a. auch in Altersheimen (er ist 19 Jahre alt!), von wo er schließlich ausriß, berichtete über seine „Heimkarriere" mit allen Schikanen, wie Fesselung ans Bett, Prügel, Drohung von Entmündigung und Valiumspritzen als Strafe.

Am Beispiel der Wohngemeinschaft Ottobrunn, in der vier Krüppel leben, die sich in einem langwierigen Verfahren aus der „Pfennigparade" herausklagten, wurde aufgezeigt, wie schwierig es ist, dem Ghetto Heim zu entrinnen. Sie mußten bis vors Bundesverwaltungsgericht gehen, von dem sie dann endlich die Erlaubnis erhielten, in „freier Wildbahn" zu leben. Angeklagt wurden die Caritas und andere kirchliche Träger von Heimen, die solche Strukturen stabilisieren, Carstens und Mohl, die den psychologischen Nährboden für diese Menschenrechtsverletzungen schaffen und namentlich aufgeführte Heimleiter, u.a. auch Prof. Dr. Th. Hellbrügge, der mit der „Aktion Sonnenschein" den Bau des größten Ghettos der Welt „Deutsches Kinderzentrum München" plant.

2. Behördenwillkür

In einer Spielszene wurden drei Fälle zusammengefaßt dargestellt, in denen es um den Kampf um ein Kraftfahrzeug (KFZ) ging. Der Krüppel als Verwaltungsobjekt, dem jeder Anspruch auf Mobilität abgesprochen wird, solange er nicht in einem Arbeitsverhältnis steht. Die notwendigen Einkäufe könne ja die nichtbehinderte Verlobte erledigen, so- hieß es. Erst wenn diese so krank sei, daß sie bettlägrig sei, und die Be hinderung des Krüppels sich soweit verschlimmert habe, daß er den Rollstuhl nicht mehr benutzen könne, seinen Anspruch auf ein KFZ gerechtfertigt. So die Realität auf den Ämtern!

Als zynischer Kontrast wurde aus der Hochglanzbroschüre „Sozialhilfe dein gutes Recht", herausgegeben vom Minister für Arbeit und Soziales (Ehrenberg), vorgelesen!

Eine weitere Spielszene stellte den „Pflegegeldpoker" dar. Will ein Krüppel sein gesetzlich verbrieftes Recht in bezug auf Pflegegeld in Anspruch nehmen, so hat er sich auf einen langen Instanzenweg mit etlichen Klagen vorzubereiten. Jede Einklagung bringt vielleicht weitere 20 - 30 DM, bis er endlich den Betrag erreicht, der ihm gesetzlich zusteht.! Der Staat spart also an denen, die nicht genügend Ausdauer und rechtliche Kenntnis haben, dieses Pokerspiel mit zu spielen, und deren Anzahl macht über die Hälfte der Berechtigten aus!

Aussagen von Sozialarbeitern, die auf Sozialämtern beschäftigt sind, zeigten, daß die beschriebenen Fälle keine Ausnahme sind.

3. Fahrdienste

Aufgezeigt wurde, daß die öffentlichen Verkehrsmittel das sicherste und somit bedrohlichste Aussonderungsmittel für Krüppel ist. Angeklagt wurden u.a. die Verkehrsverbunde, die, anstatt sich über die behindertengerechte Umgestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel Gedanken zu machen, die Gelder einsacken, die sie von den Kommunen bzw. Städten für den Ausfall für die Freifahrtmöglichkeiten der Krüppel bekommen, obwohl die meisten Berechtigten, denen Freifahrten zustehen, die Verkehrsmittel gar nicht benutzen können. Deutlich wird dies auch an den Sparmaßnahmen in diesem Bereich. Da wird nämlich den Krüppeln, die bisher nur einen verbilligten Fahrpreis zahlten, weil sie leichter behindert sind, diese Vergünstigung gestrichen, während die Schwerstkrüppel weiter zum Nulltarif fahren können ... wenn sie die öffentlichen Verkehrsmittel nur benutzen könnten!

Daß die meisten Krüppel die öffentlichen Verkehrsmittel eben nicht benutzen können, wurde von Hamburgern Krüppeln bewiesen. Sie gingen einem Antwortschreiben der HVV an einen CDU-Bürgerschaftsabgeordneten, in dem es um die Benutzbarkeit von U- und S-Bahnhöfen und Bussen ging nach, und überprüften die Angaben. Heraus stellte sich, daß die Angaben höchstens halbrichtig, meistens aber falsch waren, die öffentlichen Verkehrsmittel vor Behindertenfeindlichkeit nur so strotzten!

Die Fahrdienstsituation von Krüppeln wurde am Berliner Telebus-Fahrdienst für Alte und Krüppel dargestellt. Dort wurden von öffentlicher Hand Millionenbeträge an eine gewisse Firma Messerschmidt gezahlt, die einen modellhaften Krüppel-Fahrdienst entwickeln soll. Mit einer großen Fragebogenaktion, die angeblich dazu dienen sollte, einen Fahrbedarfsplan zu erstellen, um somit auch „spontane" Fahrten zu ermöglichen, wurden s ä m t l i c h e Daten der Krüppel erfaßt, die in einem Computer gespeichert werden. Daß dahinter mehr steckt, wird daran deutlich, daß genau gespeichert wird, wann welcher Krüppel wielange wohin fährt und warum.

Damit wird eine totale Überwachung ermöglicht, die Rosa weiß wann, lebensbedrohlich sein kann.

Außerdem bestehen Bestrebungen im Zuge des rationellen Einsatzes des Telebusses, die Krüppel auf bestimmte Gebiete zu konzentrieren...

Die „spontanen" Fahrten sehen dann so aus, daß der Computer, falls sich nicht genügend andere „spontane" Fahrtwünsche melden, die Meldung einfach verschluckt. Krüppel kann dann ganz spontan an der Straße warten, bis er merkt, daß der „spontane" Telebus nicht kommt!

4. Arbeitslosigkeit und Werkstätten für Behinderte

In einem Einleitungsreferat wurde ausgehend von der aktuellen Zahl von 95.000 arbeitslosen Schwerbehinderten (im November '81) deutlich gemacht, daß auch Krüppel in der kapitalistischen Wirklichkeit nur über ihre Verwertbarkeit im Produktionsprozeß definiert werden. Dem ordnet sich auch die „Rehabilitation" unter, die nicht etwa in erster Linie dem Krüppel zu einem erfüllten Leben, sondern den Unternehmern zu einer neuen Arbeitskraft verhelfen will. Die Werkstätten für Behinderte wiederum stellen sich als Einrichtungen dar, die auch noch geistig, oder mehrfach behinderte Menschen „wirtschaftlich verwertbar" einsetzen sollen.

In Spielszenen und Kommentaren hierzu wurde sehr plastisch gezeigt, daß schon die gesetzlich geregelte Struktur der Werkstätten von dem Anspruch einer Rehabilitationseinrichtung weit entfernt ist. Ausbeutung der behinderten Werkstattarbeiter und organisierte Armut sind hier an der Tagesordnung. Alle Pflichten eines „normalen" Arbeitnehmers werden den Behinderten wie selbstverständlich auferlegt, alle von der Arbeiterbewegung erkämpften Rechte aber vorenthalten. So kommt zu der organisierten Armut (der Durchschnittslohn in Werkstätten liegt bei 150,-- DM im Monat) noch die Rechtlosigkeit hinzu. Angeklagt wurden hier die Werkstatt-Träger, der Gesetzgeber, die Arbeitsverwaltung, die Unternehmer, die etablierten „Behindertenorganisationen", die Justiz und die Sozialhilfe-Träger, gemeinsam handelnd die Ausbeutung und Unterdrückung der Krüppel zu organisieren.

5. Rehabilitationszentren

Drei Krüppel aus Neckar-Gemünd berichteten über ihre Situation im Reha-Zentrum. Neckar-Gemünd ist eines der berühmtesten neuartigen Reha-Zentren in der BRD. Das Zentrum befindet sich weit außerhalb der Stadt - im Grünen! Die meisten Krüppel dort werden gezwungen, eine kaufmännische Ausbildung zu machen, auch wenn sie dies nicht wollen. Das nennt sich dort freie Berufswahl! Die Selbstmordrate ist dort entsprechend.

Anhand von Dias wurde die „Modernität" des Reha-Zentrums dargestellt. Sie besteht aus Beton, Beton, Beton!

Auch Auszüge der Hausordnung wurden verlesen: Die Geschlechter sind fein säuberlich voneinander getrennt, Besucher haben ab 22.00 Uhr das Haus zu verlassen. Dann ist Bettruhe - natürlich ebenfalls geschlechtlich getrennt. Die Repressionen seitens der Leitung dieses Zentrums haben sich im letzten Jahr erheblich verschärft! So wurde die Reha-Zeitung „Krückstock", die dazu dienen sollte, die Mißstände im Zentrum aufzudecken und einen gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, beschlagnahmt. Sie wird allerdings weiter (illegal) herausgegeben! Als sich die Rehabilitanten an der Frankfurter Behinderten-Demo im Mai '80 beteiligen wollten, wurde von Seiten der Leitung mit Disziplinarstrafen gedroht. Die notwendigen Fahrzeuge, die ansonsten zur Verfügung stehen, wurden nicht gewährt. Trotzdem nahmen die Neckar-Gemünder zahlreich an der Demo teil.

Momentan kämpfen sie um Mitbestimmung im Zentrum. Zivildienstleistende, Praktikanten und Lehrer, die sich auf die Seite der Rehabilitanten stellen, werden unter Druck gesetzt.

Beendet wurde dieser Anklagepunkt mit zwei selbstgemachten Kampfliedern, die der Atmosphäre in Neckar-Gemünd entsprechen.

Sonntag, 13.12.81

6. Medien

In einem Hörspiel wurde die Darstellung von Krüppeln in den Medien skizziert, die zur Entmündigung von Krüppeln in unserer Gesellschaft beiträgt. Hier werden wir als mitleidenswerte Geschöpfe, denen nur mit Almosen und Heim begegnet werden kann, verjahrmarktet. Daß dabei teilweise auch faschistisches Gedankengut mitspielt, wurde an einer Reportage über die Rheinische Landesschule für Körperbehinderte, von einer gewissen Frau Voss, der in der FAZ abgedruckt wurde, aufgezeigt. Hier wurden Krüppel als *„Bündel Mensch ... mit den verstümmelten Gliedmaßen und hydraähnlichen Köpfen"* beschrieben. Demgegenüber wurden die *„prachtvollen Gewächse und strahlende Gesichter anderer Schulhöfe"* gestellt.

Gegen diese Reportage hat es eine Beschwerde beim Deutschen Presserat gegeben, der ihr aber nicht stattgegeben hat, da die Autorin lediglich die „harte Realität" geschildert habe.

Selbstverständlich wurde auch die „Aktion Sorgenkind" und ihr Initiator Hans Mohl angeklagt. Ihre Spenden sammlung wurde als Ablaßfunktion entlarvt, mit der sich die Leute von uns Krüppeln freikaufen.

7. Behinderte Frauen

Dieser Punkt wurde vom Publikum am begeistertsten aufgenommen, was teilweise daran gelegen haben mag, daß das Thema Krüppelfrauen noch relativ neu in der Behindertenbewegung als auch in der Öffentlichkeit ist. Andererseits lösten die qualitativ guten Erfahrungsberichte der Krüppelfrauen große Betroffenheit aus.

Ein ausführlicher Bericht hierzu folgt auf einer der nächsten AK-Frauenseiten. Hier nur ein kurzer Überblick:

Am Beispiel von vier Bereichen wurde die Diskriminierung und Entmündigung von Krüppelfrauen dargestellt:

1. Schönheitsideal: Gerade von Krüppelfrauen wird verlangt, ihre Behinderung zu verstecken, um noch herauszuholen, was an Adrettem zu bieten ist. Das Motto: „ Wer schön sein will, muß leiden", wird für Krüppelfrauen zur bitteren Realität! Erfahrungsberichte über Prothesen und andere Vertuschungsinstrumente verdeutlichten dies. Aus einer Broschüre ,welche Kosmetiktips mit allen psychologischen und optischen Tricks für körperbehinderte Mädchen anbietet, wurden einige besonders frauen- und krüppelfeindliche Sätze zitiert. Untermalt wurden diese Zitate mit einem kleinen Schminksketch.

2. Erfahrungen mit Frauenärzt/inn/en: B etroffene Krüppelfrauen verlasen eigene und andere Erfahrungsberichte.

Angeklagt wurden Ärzte/innen, die Krüppelinnen das Recht auf Sexualität, auf Selbstbestimmung über ihren Körper und ihr Leben absprechen.

3. 218: Eine Krüppelin berichtete über ihren Schwangerschaftsabbruch aus dem Jahre 1975. An der verachtenden und entmündigenden Haltung der beratenden und behandelnden Ärzte wird auch die Reform des Paragraphen nichts geändert haben. Die schon unter Punkt 2) aufgezeigte Situation trifft hier in krassester Form. Die Abhängigkeit vom Arzt ist total, ebenso die Verachtung, Demütigung und Entmündigung.

4. Vergewaltigung: Hier wurde klargestellt, daß alle Frauen von Vergewaltigung betroffen sind, daß gerade Krüppelfrauen als hilflose Objekte die gewählten Opfer sind. Die frauenfeindliche Situation bei den Bullen, den Ärzten und in bundesdeutschen Gerichtssälen, wird durch die auch dort herrschende Behindertenfeindlichkeit für Krüppelfrauen verschärft. Krüppelfrauen haben kaum eine Chance, ihre Vergewaltiger anzuzeigen, schon gar nicht, wenn dies in Heimen und anderen Sondereinrichtungen geschieht.

Der Bericht einer betroffenen Frau über zwei erlebte Vergewaltigungen und dem darauffolgendem Spießrutenlauf bei den Bullen, Ärzten und im Gerichtssaal, stellte die Situation von Krüppelfrauen exemplarisch dar.

8. Pharmaindustrie

In einem Einleitungsreferat wurde kurz die kapitalistische Funktionsweise des Pharmamarktes dargestellt, damit überhaupt erst verständlich wurde, warum Konzerne z.B. ein Interesse an wirkungslosen und sogar gefährlichen Präparaten haben, solange hierfür gute Absatzmöglichkeiten bestehen und warum dem entsprechend diese Konzerne kein großes Interesse an der Entwicklung von Medikamenten für bestimmte Behinderungsarten, wie z.B. Muskelschwund, haben, da hier der Absatzmarkt wesentlich kleiner und der Umsatz entsprechend geringer ist.

Drei krüppelspezifische Komplexe wurden aus dem Bereich Pharmaindustrie dargestellt, die diese Interessen der Pharmaindustrie verdeutlichen.

- Medikamente, die Krüppel produzieren, am Vergleich Contergan - Duogynon.

Interne Do kumente der Firma Grünenthal bewiesen, daß die mißbildende Wirkung von Contergan hätte vorausgesehen werden können. Die Mafiamethoden, mit denen Grünenthal vorging, um Contergan möglichst lange auf dem Markt zu behalten, wurden aufge deckt. Diese Mafiamethoden lassen sich nur daraus erklären, daß Contergan damals fast die Hälfte des gesamten Umsatzes von Grünenthal ausmachte.

Am Beispiel Duogynon wurde dargestellt, wie es sich die Konzerne immer mehr leisten können, auch in der Öffentlichkeit frech zu ihrer Profitsucht zu stehen, wie auch das Bundesgesundheitsamt fortschreitend seine Kontrollfunktion aufgibt, um sich auf die Seite der Pharmakonzerne zu stellen. Die Rechtsprechung wurde angeklagt hier im zunehmenden Maße Flankenschutz zu leisten.

- Die verschärfte Abhängigkeit einiger Krüppel von der Pharmaindustrie und die behinderungsverschlimmernde Wirkung von Pharmaprodukten wurde am Beispiel von Cortison- und Goldtherapie dargelegt. Wie hoch der Preis dieser medikamentösen Therapie ist, schilderten zwei Rheumakrüppel, die jeweils sehr lange mit Cortison bzw. Gold therapiert wurden/werden. Abgesehen davon, daß Cortison und Gold nur die Sym ptome und nicht die Ursachen behandeln, tritt eine totale Abhängigkeit von dem jeweiligen Medikament ein. Die starken Nebenwirkungen, wie Wachstumsstörungen, Magenerkrankung bis zum Durchbruch, Augenkrankheiten, schwere psychische Sch äden und vieles mehr führen zur Mehrfachbehinderung.

- Wie sich die Pharmaindustrie ihr Monopol auf dem Gebiet der Therapie und in der Schulmedizin erhält, wurde am Beispiel der Epitologie dargestellt. Die „Liga gegen Epilepsie" wird von der Pharmaindustrie finanziert. Auf sogenannten „wissenschaftlichen Fortbildungsveranstaltungen" hält das Informationsmonopol ... die Pharmaindustrie. Andere Therapiemöglichkeiten haben kaum reale Entwicklungschancen, da diese letztendlich von den Krankenkassen nicht bezahlt werden.

Für Krüppel, die auf therapeutische Behandlung angewiesen sind, kann dies die totale bis hin zur lebensbedrohlichen Auslieferung an die Pharmaindustrie bedeuten.

9. Psychatrie

Drei Beschwerdestellen, die DSH (Dortmunder Selbsthilfe), die BiS (Bielefelder Selbsthilfe) und die SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) klagten die Situation in Psychiatrien und Landeskrankenhäusern an.

Die DSH berichtete über die jüng-

Fortsetzung auf S. 32

AL-Mitgliederversammlung: Schwierigkeiten mit dem Konsens – Erfolge der Grünen

400 Menschen beteiligten sich am Wochenende vor Weinachten an der ersten, zweitägigen Mitgliederversammlung der neugegründeten Alternativen Liste Hamburg. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Verabschiedung politischer Leitsätze der AL sowie die Klärung des Verhältnisses zu den Grünen. Die Leitsätze konnten nach langer Diskussion nur zu zwei Dritteln verabschiedet werden; besonders im Verhältnis zu den Grünen war es schwer, einen Konsens zu finden. Die AL wird ihre Mitgliederversammlung am 23. und 24. Januar fortsetzen.

Dissens in der Friedensfrage

Der Mitgliederversammlung lagen zwei Entwürfe für politische Leitsätze vor. Der eine war vom ehemaligen Initiativkreis für eine AL erarbeitet worden; der andere, aufbauend auf diesem Entwurf, von der Bunten Liste. Letzterer wurde zum Leitentwurf der Diskussion bestimmt und stand zur Diskussion. Nach zwei Tagen Debatte wurden die Abschnitte zum Frieden („Fürchtet euch, wehrt euch – Friedenspolitik"), zur Ökologie („Die ökologische Zeitbombe"), zur Frauenpolitik („Frauen wehren sich") und zu „Wirtschaft, Arbeit und Betrieb" verabschiedet. Offengeblieben sind die Abschnitte zur Spar- und Sozialpolitik sowie zu den demokratischen Rechten.

Wie schwer die Praktizierung des Konsensprinzips ist, zeigte die Friedensdebatte. Sie war zugleich Hinweis auf den möglicherweise brüchigen politischen Konsens in der AL. Immerhin gelang es einer Handvoll ehemaliger „KPD"-Mitglieder, die weder Mitglieder der AL sind noch sich für deren Zustandekommen eingesetzt haben (im Gegenteil, als „autonome Grüne" haben sie in Hamburgs Grüner Partei für eine grüne Alleinkandidatur votiert), ihre Position zur Friedensfrage als gleichgewichtigen Dissens in die politischen

Hamburgs Grüner Partei für eine grüne Alleinkandidatur votiert), ihre Position zur Friedensfrage als gleichgewichtigen Dissens in die politischen

Leitsätze einzubringen. Teilweise versuchten sie, sich nicht erfolglos mit neu zur AL gestoßenen Anhängern der „Exterminismus"-Theorie zu verbünden.

Möglich war das, weil teilweise eine Angst vor harter politischer Debatte und krampfhaftes Bemühen um einen Konsens um jeden Preis höher gewertet wurden, als ein konstruktiver Kompromiß, der geeignet gewesen wäre, nach vorangegangener Diskussion die unterschiedlichen Positionen zu integrieren. Zu diesem Zweck wurde am ersten Tag eine Redaktionsgruppe gebildet, die am darauffolgenden Tag eine neue Formulierung vorlegte. Hierin fanden sich die Ex-„KPD"ler nicht genügend wieder. Sie legten stattdessen als völlig neue Vorlage Auszüge aus dem „Friedensmanifest" der Bundes-Grünen vor, da ihnen die deutliche Absage an die NATO und die Benennung der USA als Hauptkriegstreiber nicht behagte. Sie erreichten, daß auf eine Abstimmung zur Erstellung eines Meinungsbildes verzichtet wurde (das böse Wort „Kampfabstimmung" wurde dabei mal wieder strapaziert). Ermöglicht wurde dies durch eine „Konsens"-Position, die es zukünftig jeder noch so idiotischen Minderheitsströmung leicht machen könnte, ihren Unsinn im AL-Programm unterzubringen bzw. die Debatte damit zu blockieren. Das Nachsehen hatten all diejenigen, die ernsthaft und kompromißbereit diskutierten, und das war die überwiegende Mehrheit der Versammlung. **Wird allerdings in dieser Weise das Konsensprinzip weiter strapaziert, könnte es schnell zum Bruch in der AL kommen.** (Tröstlich in diesem Fall: Die Leute von der Ex-„KPD", die zukünftig offensichtlich wechselweise bei der AL und den Grünen mit ihrem „vaterländischen" Programm gastieren wollen, konnten nicht auf großer Zustimmung zu ihren Positionen aufbauen, sondern nutzten einfach nur den „Minderheitenschutz" und Unklarheiten bei der Praktizierung des Konsensprinzips aus.)

Inhaltlich umstritten war folgender Kompromiß, der zwischen verschiedenen Strömungen in der AL ausgehandelt wurde (die Formulierung schließt an klare Kritiken der Politik der NATO und der BRD gegenüber der Dritten Welt, Ablehnung der Rüstungsexporte und des Exports von Atomtechnologie, Ablehnung der Militarisierung der Gesellschaft an): *„Im Rahmen der US-Erstschlagsstrategie können wir auch Opfer der sowjetischen Atomraketen werden, deren Beseitigung wir fordern. Es besteht aber keine atomare Überlegenheit seitens der UdSSR. Seit dem 2. Weltkrieg sind die USA der ständige Vorrüster. Dennoch setzt die UdSSR ihren Militärapparat auch zur Absicherung ihres Machtbereichs ein. Sie bedroht (Polen) oder unterdrückt (CSSR) dabei das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker. Jedoch handelt es sich bei der Rede von der ‚sowjetischen Aggression gegen den Westen' um ein jahrzehntealtes Feindbild, das die hiesige Aufrüstungspolitik als ‚Verteidigungs'anstrengungen rechtfertigen soll. Die Kriegsangst der Bevölkerung wird so auf einen angeblichen Aggressor umgeleitet. Diese Politik wird von der Bundesregierung nicht nur mitgetragen, sondern vorangetrieben, indem sie ihrerseits die europäischen NATO-Staaten unter Druck setzt, den Aufrüstungskurs mitzufahren".*

In der vorläufigen Endfassung der Leitsätze heißt es an dieser Stelle: Dieser Absatz ist *„eine Kompromißformulierung, die nicht alle vertreten. Bezüglich der Einschätzung der Weltkriegsgefahr bestehen im AL-Plenum folgende unterschiedliche Positionen ..."* Gleichgewichtig steht dann als Dissens formuliert, daß a) die Kriegsgefahr von der Aufrüstungspolitik der USA/NATO ausgeht und b) sich die Kriegsgefahr gleichgewichtig aus der Blockkonfrontation USA/SU ergebe.

Als Konsens ist dann wieder formuliert, *„daß der erste entscheidende Schritt unserer Friedenspolitik die Verhinderung der NATO-‚Nach'rüstung ist und daß von der eigenen Regierung einseitige Abrüstungsschritte gefordert werden".*

Die Diskussion wird in der Friedens-AG der AL weitergeführt werden.

Streit um grüne Autonomie

Der Mitgliederversammlung lag ein Antrag zur Diskussion vor, der eine Ablehnung der von den Grünen geforderten 50 : 50-Regelung für ein grün-alternatives Bündnis formulierte und eine Reihe von gemeinsamen Arbeitsschritten zur Herstellung einer Liste angab (gemeinsame Programmerarbeitung, gemeinsame Mitgliederversammlungen, gemeinsame Kandidatenaufstellung, Verpflichtung der Kandidaten auf die gemeinsamen Beschlüsse, siehe auch ausführlich in AK 214 vom 7.12.81). Vorausgegangen war dieser Debatte ein öffentliches Gespräch der AL mit den Grünen, auf dem diese ihre Forderung nach „Gleichberechtigung" (eine andere Formulierung für die angestrebte 50 : 50-Parität) und „Autonomie" der Grünen im Bündnis erhoben. Verabschiedet wurde von der AL nach längerer Diskussion folgende Formulierung: *„Die AL Hamburg strebt für die Bürgerschaftswahlen eine gemeinsame Kandidatur mit den Grünen an, die auf einem gleichberechtigten und partnerschaftlichen Verhältnis beruhen soll. Unbedingt abzulehnen sind dabei alle Versuche, sich gegenseitig durch Abstimmungssiege zu majorisieren oder um Mitgliederzahlen zu pokern.*

Die Gleichberechtigung darf allerdings nicht darin bestehen, daß die gemeinsame Abgeordnetenfraktion halbiert wird und ihre Teile der jeweils besonderen Verfügungsgewalt der beiden Bündnispartner unterstellt werden. (Dies wird von den Grünen gefordert.) *Eine paritätische Teilung der demokratischen Kontrolle und besonders des imperativen Mandats fördern nur die Uneinigkeit in Fraktion und Wahlbündnis und bieten keinen Anreiz zur Entwicklung politischer Gemeinsamkeiten.*

Deshalb schlägt die AL den Grünen vor, das Wahlbündnis auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, ohne damit die politische Autonomie der Bündnispartner in Frage zu stellen. Eine solche Grundlage wären nicht nur gemeinsame Arbeitsgruppen, sondern auch gemeinsame Mitgliederversammlungen, auf denen nach dem Konsensprinzip entschieden wird."

Heftig umstritten war dann der folgende Satz, der als Dissens festgehalten ist (in der Abstimmung ca. Hälfte dafür bzw. dagegen): *„Um jede Möglichkeit einer gegenseitigen Majorisierung auszuräumen, schlägt die AL ein Vetorecht für beide Bündnispartner vor".* Diese Passage wäre zusätzlich zum Konsensprinzip die Grundlage für grüne Störmanöver und Alleingänge im Wahlbündnis. Dieser Passage widersprachen deshalb u. a. Mitglieder des KB. Das veranlaßte Thomas Langer (Gruppe Z) zu seinem mittlerweile altbekannten und routinemäßigen Auftritt als vom KB verfolgter und geängstigter Grüner. (Noch vor wenigen Monaten war Th. Langer übrigens Mitinitiator einer Unterschriftensammlung bei den Grünen, in der eine Zusammenarbeit mit dem KB in einem Wahlbündnis abgelehnt wurde). Immerhin konnte Langer mit seinem Auftritt bei einem erheblichen Teil der AL Mitleid schinden und politische Wirkung erzielen. (Ein „Alternativer Oskar" wäre angemessen!)

Faktisch laufen die AL-Beschlüsse, so ernsthaft sie seitens der AL auch auf die Gemeinsamkeiten orientieren, leider auf das alte Teilungskonzept der Grünen hinaus. Dies sollte nicht so sehr an der Formulierung des Vetorechts festgemacht werden, sondern setzt bereits bei der Möglichkeit der Praktizierung des Konsensprinzips als faktisches Vetorecht ein, was ja von der Kleinstgruppe der Ex-„KPD"ler schon vorexerziert wurde.

Die grüne Antwort: „Sie kommen langsam"

In Vorbereitung ihrer nächsten Mitgliederversammlung haben die Grünen (der Landesvorstand und die Z-Grünen, die auf der AL-Versammlung waren) ihre Überlegungen zu den AL-Beschlüssen formuliert. Mit Genugtuung wird registriert, daß die AL in Richtung der grünen Vorstellungen vom Bündnis gehe.

– Sie wiederholen die Forderung nach Parität (50 : 50 – *„Wir Grünen wollen unser erarbeitetes politisches Gewicht abgesichert repräsen-*

– Sie wiederholen die Forderung nach Parität (50 : 50 – *„Wir Grünen wollen unser erarbeitetes politisches Gewicht abgesichert repräsentiert wissen"*).

– Sie verstehen Autonomie so, daß jeder Teil für sich die *„Kandidatur selbst bestimmen und auch die letzte Instanz der Auftragsgebung gegenüber Mandatsträgern sein (Imperatives Mandat)"* soll, *„wenn die gemeinsame Suche nach einem Konsens nicht gelingen konnte".* Dieser als *„Ausnahmesituation"* bezeichnete Fall sei das einzige, was abgesichert werden soll, am besten durch das umstrittene Vetorecht.

Wir können die Grünen beruhigen: Hierzu reicht das bisherige AL-Verständnis des Konsensprinzips voll aus; es bedarf für ihr Anliegen gar nicht eines besonderen Vetorechts.

Die Wortführer der Grünen setzen bei ihrem unveränderten Kurs der Erpressung der alternativen Wahlbewegung („Entweder ihr fügt euch oder wir müssen bedauerlicherweise allein kandidieren") auf Uneinigkeit in der sehr heterogenen und jungen AL. Die AL wird sich dazu stellen müssen, ob sie auch noch die letzten Kröten („Autonomie" der grünen Abgeordneten, formale „Parität" auf allen Ebenen) schlucken will. Zu Brüchen und grünen Alleingängen könnte es dann sehr schnell kommen. Etwa, wenn das Konzept der Gruppe Z für Geschäfte mit der SPD zur Disposition stünde. Oder wenn die von der Gruppe Z gepflegte Distanzierung von militanten außerparlamentarischen Aktionen anstünde. In solchen Fragen würden mit Sicherheit Differenzen entstehen, die nicht mehr „konsensfähig" sind. Vor allem für die von den Grünen nominierten Abgeordneten würde das heißen, daß Alleingänge vorprogrammiert sind. Gerade das ist der Hauptzweck der grünen „Autonomie"-Forderung.

Die AL sollte sich mit dieser Entwicklung ernsthaft befassen und klar dazu Stellung nehmen. Nach Lage der Dinge (AL-Beschluß kontra Grünen-Stellungnahme) muß festgestellt werden, daß es für die von der AL formulierten Ansprüche an die gemeinsame Liste bei den Grünen bisher leider kaum Grundlagen gibt. Für die Grünen soll ein Wahlbündnis offenbar nur Sprungbrett sein, um mit möglichst vielen Abgeordneten in der Bürgerschaft ihre Privatpolitik zu betreiben. Diese Art von Parlamentspolitik würde sich voraussehbar jeder Basiskontrolle entziehen. Die AL wird sich fragen müssen, wie weit sie solche Kandidaten zur Wahl empfehlen kann.

Wie weiter?

Hamburgs Wahlszene stehen einige Konferenz„schlachten" in den nächsten Wochen bevor.

Die Grünen haben am 16.1. (13 Uhr, KaiFU-Gymnasium) ihre Mitgliederversammlung u. a. zur AL; am 30./31.1. wollen sie über das Programm beschließen.

Die DKP macht am 17.1. im Curiohaus ihren „offenen" Wahlkongreß. Die DKP will als Partei kandidieren, sucht aber noch ein paar „Unabhängige" zum Schmuck ihrer Liste.

Die Alternative Liste setzt ihre Mitgliederversammlung am 23.1. um 13 Uhr und am 24.1. um 11 Uhr im Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer/ Bundesstraße fort. Neben der Erarbeitung der restlichen Leitsätze steht die Debatte über das Verhältnis zur SPD und das weitere Verhalten zu den Grünen sowie die Neuwahl der Gremien an.

Die bisherigen Arbeitsergebnisse der AL (Leitsätze, Selbstverständnis, Struktur) werden vor dem Kongreß als Mitgliederrundbrief veröffentlicht.

Adresse der AL:
Alternative Liste
Bartelsstraße 26
2 Hamburg 6
Tel. 43 21 71

Heiner, Mitglied der AL

Einladung zur Mitgliederversammlung

Samstag, 23. 01. 1982, Beginn 13.00 Uhr
Sonntag, 24. 01. 1982, Beginn 11.00 Uhr

im Gymnasium Kaiser - Friedrich-Ufer, Bundesstr.



Auf unserer ersten Mitgliederversammlung am 18./20.12.81 sind wir mit der umfangreichen Tagesordnung nicht durchgekommen. Zu den "programmatischen Leitsätzen" müssen noch zwei Themenbereiche erarbeitet werden. Die Themen sollen auf der Grundlage der vorhandenen Arbeitspapiere in einer offenen Debatte behandelt werden und dann in Beschlüsse münden.

Rechtzeitig zur 2. Mitgliederversammlung wird ein AL - Mitgliederrundbrief vorliegen, in dem die bisher verabschiedeten Papiere (Struktur, Selbstverständnis, pol. Leitsätze, Verhältnis der AL zu den Grünen) abgedruckt werden.

Anträge, Positionspapiere oder Ergänzungen zu den noch anstehenden Themenbereichen können nur mit aufgenommen werden, wenn sie bis zum 15. 01. 1982 im Büro der AL, Bartelsstr. 26, 2 Hamburg 6, vorliegen. Falls das im Einzelfall nicht möglich ist, sollte selbst dafür Sorge getragen werden, daß die Papiere in entsprechender Auflage (ca. 4 - 500) auf der MV vorliegen.

im Einzelfall nicht möglich ist, sollte selbst dafür Sorge getragen werden, daß die Papiere in entsprechender Auflage (ca. 4 - 500) auf der MV vorliegen.

Für die 2. Mitgliederversammlung schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

Samstag, 23. 1. 1981

1. Bericht des GA und des DR
2. Erarbeitung programmatischer Leitsätze zu den Themenbereichen
   Sparpolitik („Kampf der unsozialen Sparpolitik")
   Demokratische Rechte (Widerstand gegen staatliche Repression

Sonntag, 24. 1. 1982

3. Klärung unseres Verhältnisser zu den außerparlamentarischen Bewegungen, zur Arbeit im Parlament und zu den etablierten Parteien.
4. Neuwahl des GA und des Presseausschuß
5. Weiterführung der Diskussion über die Zusammenarbeit mit den Grünen auf der Grundlage der Ergebnisse der Grünen - MV vom 16. 1. 1982
6. Berichte der AG's
7. Verschiedenes

Alternative Liste

„Unabhängige Sozialdemokraten" nun auch in Düsseldorf

Für den Düsseldorfer Abgeordneten Karl-Heinz Hansen stellt sich nach seinem endgültigen Rausschmiß aus der SPD die Frage nach seiner politischen Zukunft.

Auf die während des Ausschlußverfahrens angekündigte Klage beim Bundesverfassungsgericht verzichtet Hansen. Er erklärte, daß er sich möglicherweise einer neuen linken Partei anschließen werde; eine Entscheidung sei allerdings noch nicht gefallen. Als Sozialist schließe er jedoch eine Mitarbeit bei den Grünen oder der alternativen Bewegung aus.

Alle, die seine Politik bisher unterstützt hätten, müßten sich fragen, ob sie für diese Politik nicht ein anderes Betätigungsfeld suchen sollten. Im SPD-Unterbezirk Düsseldorf jedenfalls tut sich einiges. Bereits bei der Einleitung des Parteiausschluß-Verfahrens gegen Hansen im Mai traten 50 Mitglieder aus der SPD aus, 16 weitere folgten ihnen nach dem erfolgten Ausschluß.

Der Unterbezirksvorstand lud die Ortsvereins-Vorsitzenden zu einer Sondersitzung ein, um die Empörung zu dämpfen und den Schaden möglichst gering zu halten. So wurde denn auch beschlossen, daß Ortsvereine Karl-Heinz Hansen zu Veranstaltungen einladen können, ohne von Seiten des Unterbezirksvorstandes Disziplinarmaßnahmen fürchten zu müssen.

Einige Tage nach dem Ausschluß teilten ehemalige SPD-Mitglieder der Presse mit, daß sie eine Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Sozialdemokraten gründen werden.

In ihrer Presseerklärung werden Schmidt und der NRW-Ministerpräsident Rau als „Verwalter der gegenwärtigen Krise" angegriffen. Weiter heißt es, die Politik der SPD könne bestenfalls noch als sozialliberal gelten, konzipiert ohne Rücksicht auf die Parteibasis. Eine SPD im Sinne der Gründer gebe es nicht mehr. Es sei notwendig, dies zu ändern.

Der Unterbezirksvorsitzende Lenders sieht auf die Düsseldorfer SPD erheblichen Ärger zukommen, da sich eine recht starke Opposition formiert, die sowohl durch den Ausschluß von Hansen als auch durch die Ablehnung der Löwenthal-Thesen Auftrieb erhält.

Detlef/Düsseldorf

Erfahrungen parlamentarischer „Realpolitik" am Beispiel der Bunten Liste Bielefeld

Seit dem Einzug bunter, alternativer und grüner Listen in Kommunalparlamente beschäftigt sich auch die Linke zunehmend mit Kommunalpolitik. Nach einem kommunalpolitischen Kongreß, nach dem inzwischen regelmäßig erscheinenden Informationsdienst ‚Alternative Kommunalpolitik' gibt es jetzt auch ein Buch „Alternative Stadtpolitik" (herausgegeben im VSA).

Während auf der einen Seite in allen diesen Publikationen immer wieder die „kommunale Beschränktheit" zumindest konstatiert wird, wird auf der anderen Seite in zahlreichen Diskussionsbeiträgen und Artikeln immer wieder versucht, der Linken bisher ungeahnte strategische Möglichkeiten in den Kommunalparlamenten schmackhaft zu machen.

So auch in dem genannten Buch, in dem sich mehrere in alternativen Kreisen namhafte Autoren über ihre neugewonnenen Erkenntnisse zur Widerspruchsentwicklung in der Sozialdemokratie und die Möglichkeiten alternativer Parlamentsarbeit auslassen.

Ein Aufsatz beschäftigt sich mit der Bunten Liste Bielefeld, die im Oktober 1979 5,6 Prozent der Stimmen gewann und mit vier Sitzen in den Bielefelder Stadtrat sowie in alle Ratsausschüsse und sechs von zehn Bezirksvertretungen einzog. Die Mehrheitsverhältnisse eröffneten dabei prinzipiell die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Buli und SPD (31 Sitze) gegen CDU (28) und FDP (4). Gleichzeitig ermöglichte die Sitzverteilung der SPD, mit wechselnden Mehrheiten zu operieren, wobei sie sich dann aber jeweils bis zu einem gewissen Grad auf die Vorstellungen ihrer Bündnispartner einlassen muß(te). Dies waren also geradezu ideale Ausgangsbedingungen für eine auf „konkrete Ergebnisse" ausgerichtete „Realpolitik". Das macht die Auseinandersetzung mit dem Bielefelder Beispiel und der Buli-„Real"-Politik besonders interessant. Die Autoren des Aufsatzes „Die alternative Wahlbewegung und die Kommunalpolitik – das Beispiel Bielefeld" sind Rudolf Boch, Reiner Schiller-Dickhut und Michael Winter. Rudolf Boch ist bereits seit der Gründungsphase der Buli mit von der Partie und hat im Wahlkampfbüro der BL mitgearbeitet. Er ist außerdem Mitglied der Grünen und ab und an Autor der Zeitschrift „Z" der gleichnamigen KB-Abspaltung.

Rainer Schiller-Dickhut hat 1980/81 mehrere Monate im Bunte-Liste-Büro gearbeitet und ist seitdem auch Mitglied der BL.

Michael Winter ist Gründungsmitglied der Buli und wegen seiner BL-Aktivitäten aus der SPD ausgeschlossen worden. Er ist seit dem Ratseinzug der BL deren Fraktionsgeschäftsführer.

Noch eine Vorbemerkung: Was die Parlamentsarbeit angeht, bewegen sich die Autoren f a k t e n m ä ß i g auf dem Stand von 1 9 8 0 , obwohl sie ihren Artikel erst im Sommer 1981 geschrieben haben. Warum das so ist, wird noch deutlich werden.

Sozialdemokratie und alternative Wahlbewegung

In den ersten vier Abschnitten des Aufsatzes wird als Grundorientierung für die alternativen Listen die Aufgabe herausgestellt, der linken Sozialdemokratie ein gemachtes Nest für ihren Ausstieg aus der SPD zu bereiten: *„Je mehr sich allerdings bis dahin die alternative Wahlbewegung ‚von unten' durch die kommunalen Erfahrungen und Lernprozesse konsolidiert und auch in zentralen wirtschaftspolitischen Bereichen glaubhafte Alternativen entwickelt, umso leichter dürfte es der oppositionellen SPD-Minderheit fallen, sich von ihrer Partei abzuseilen."* (S. 20 f.)

Zur inhaltlichen Grundlage solcher Alternativen heißt es global, daß die *„alternative Wahlbewegung ... das Vakuum von linksreformerischen Positionen ..."* besetzen sollte, *„die längst von der Regierungs-SPD geräumt sind ..."*.

Mögliche Bedenken, damit ein re-
sitionen ..." besetzen sollte, „die längst von der Regierungs-SPD geräumt sind ...".

Mögliche Bedenken, damit ein reformistisches Staatsverständnis zu übernehmen, werden als reine „Angst" gekennzeichnet (S. 18).

Die Orientierung der Wahlbewegung auf die Schaffung eines „gemachten Nests" für den Linken Flügel der SPD ist für die Autoren auch die Existenzberechtigung einer alternativen Liste im Kommunalparlament, da *„....eine mit realen Chancen ausgestattete Partei links von der SPD ... nur zustande kommen (kann), wenn sich halbwegs relevante Teile der SPD abspalten"*. Dieser Teil würde eine fertige Partei erwarten, in der er sich *„in etwa politisch ‚wohlfühlen' und sich zuordnen zu können"* glaubt (S. 23).

Um diese, ihre heutige Sichtweise von den Aufgaben der Buli auch als schon immer bestehende Grundorientierung ausgeben zu können, gehen die Autoren mit der Geschichte sehr ‚sorglos' um. So sagen sie beispielsweise zum Ausgangspunkt der Buli: *„In der Vergangenheit hatten viele linke Gruppen keinen gesteigerten Wert auf die Vermittelbarkeit ihrer Arbeit gegenüber der Bevölkerung gelegt. Hauptsache, die politische Linie war ‚richtig'. Kernpunkt des politischen Experiments Bunte Liste war für viele Mitglieder, daß sie von der Sorglosigkeit in dieser Frage Abschied nahmen."*

Unseres Wissens ist diese Sichtweise damals nicht einmal von 2 der 3 Autoren geteilt worden. Weitgehend übereinstimmend wurde damals die Möglichkeit der Verbreiterung der politischen Ansichten der linken und alternativen Bewegung durch die Parlamentsarbeit gesehen, sowie die Möglichkeit der Zusammenfassung der verschiedensten Bürger- und Basisinitiativen in alternativen Listen. Wenn die Frage der SPD eine Rolle gespielt hat, dann die, in dem stattfindenden bzw. erwarteten Parteibildungsprozeß links von der SPD die Rolle eines l i n k e n F l ü g e l s gegenüber der linken Sozialdemokratie einnehmen zu können. Von niemandem wurde jedoch vertreten, selber die Rolle der linken Sozialdemokraten einzunehmen.

Zünglein an der Waage?

Nach Ansicht der drei Autoren sind wesentlich für eine alternative Liste die „praktischen Erfolge", die durch Kompromißfähigkeit und „Politikfähigkeit" in Form von parlamentarischen Beschlüssen zu erreichen seien. Dazu im Gegensatz sehen sie eine Orientierung, alternative Listen als grundsätzliche Opposition gegen die bürgerlichen Parteien zu profilieren. Eine zweite Art von „praktischen Erfolgen" bestehe darin, Widersprüche in der SPD voranzutreiben und die SPD zu etwas zu zwingen.

Der BuLi wird durch das Wahlergebnis eine „Zünglein an der Waage"-Funktion zugeordnet, wobei schlichtweg unter den Tisch fällt. daß nach

Der BuLi wird durch das Wahlergebnis eine „Zünglein an der Waage"-Funktion zugeordnet, wobei schlichtweg unter den Tisch fällt, daß nach wie vor die Möglichkeit einer SPD-FDP-Koalition besteht, die in der Vergangenheit nur in einzelnen Fällen (wie Gesamtschule) nicht tragfähig war. Außerdem kann eine solche Zünglein-Funktion nur bei einer scharfen Polarisierung zwischen zwei großen Blöcken entstehen, wovon die Autoren speziell auf kommunaler Ebene selbst nicht ausgehen, im Gegenteil eine Verwischung der Gegensätze zwischen CDU und SPD sehen.

„Zünglein"-Funktionen ergeben sich nicht allein aus den Mehrheitsverhältnissen, sondern aus der Position der einzelnen Fraktionen zu ganz konkreten Punkten. Die Praxis belegt aber nur in sehr eingeschränkten Fällen eine Zünglein-Funktion der Buli, aber gerade nicht bei ihrem Beispiel, nämlich der ...

... OB-Wahl ...

In maßloser Selbstüberschätzung wird flockig-locker davon geredet, die Bunte Liste hätte durch ihre Stellungnahme die drei anderen Fraktionen dazu g e z w u n g e n , sich auf einen SPD-OB zu einigen. In der besagten Stellungnahme der Buli zur OB-Wahl wird zunächst eine mögliche Mitwahl eines OB von bestimmten inhaltlichen Positionen abhängig gemacht (gegen AKWs etc.pp.), um im nächsten Abschnitt zu schreiben: *„Unser Abstimmungsverhalten bei der OB-Wahl geht also von den jetzigen Positionen der Parteien zu Sachfragen und von Ankündigung der FDP aus, sie werde für den Kandidaten der stärksten Fraktion stimmen. Tut sie das nicht, ergibt sich für uns eine neue Situation. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: durch unser Abstimmungsverhalten werden wir nicht ermöglichen, daß der CDU-Kandidat Friedhelm Schürmann neuer OB wird."* (Presseerklärung vom 3.10.79).

Es fragt sich nun, wo diese Stellungnahme der Buli einen „Zwang" auf die drei etablierten Fraktionen ausgeübt hat, sich auf einen SPD-OB zu einigen. Da in der Stellungnahme von möglichen Bedingungen, unter denen im „Notfall" ein SPD-OB von der Buli mitgewählt worden wäre, keine Rede ist, hätte ein CDU-OB nur durch die Wahl eines SPDlers durch die Buli verhindert werden können (man konnte nämlich nicht gegen einen Kandidaten stimmen).

Vor allen Dingen erinnert das Ergebnis des Einigungsprozesses doch eher an den *„festgefügten Drei-Parteienblock, der sich seit fast 20 Jahren (!) in allen wesentlichen Fragen einig gewesen war und alle Posten und Pöstchen einträchtig untereinander aufgeteilt hatte"* (S. 25), denn CDU, SPD, FDP wählten gemeinsam einen SPD-OB, einen CDU-1.- und einen FDP-2.-Stellvertreter.

Wie entstehen Widersprüche in der SPD?

Während die Autoren sich in die Hoffnung ergehen, die *„SPD in Widerspruch zur CDU und FDP zu bringen"*, wertete der SPD-Unterbezirksvorsitzende Klima nach einem Jahr BuLi im Rat die Situation so: *„Für die SPD war das Ergebnis der Ratswahl vom 30.9.79 die zweitbeste aller Möglichkeiten. Das Beste wäre natürlich die absolute Mehrheit gewesen. Aber im Vergleich zur Situation von 73 bis 79 ist die jetzige Konstellation ein deutlicher Fortschritt. Sie bedeutet, daß keine der Fraktionen für sich allein mehr das „Zünglein an der Waage" spielen und so die SPD erpressen kann, wie dies im alten Rat die FDP so meisterlich verstand. Mit anderen Worten: der Spielraum der SPD zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Politik in Bielefeld ist größer geworden. Die SPD hat diesen neuen Spielraum nach Kräften genutzt ..."* („stbl", 10/80).

Im weiteren führt Klima aus, daß die Projekte, wo die SPD nicht in Widerspruch zur CDU und FDP steht, weitergeführt werden (Projekte, gegen die die BuLi angetreten ist), während alte Niederlagen der SPD (Gesamtschule) mit neuen Mehrheiten durchgesetzt werden könnten.

Um wie vieles realistischer und klarer ist doch diese Einschätzung eines führenden Bielefelder Sozaildemokraten als die o.a. Betrachtungen über eine „Zünglein an der Waage"-Funktion der BuLi? Unsere Strategen fahren jedoch munter fort: *„Nun eröffneten die Mehrheitsverhältnisse im Bielefelder Rathaus der Bunten Liste die Möglichkeit, sowohl die SPD in Widerspruch zu CDU und FDP zu bringen (durch gemeinsames Abstimmungsverhalten mit der Bunten Liste) als auch Widersprüche in der SPD deutlich und lebendig werden zu lassen (wenn die SPD mit der CDU und FDP stimmt, obwohl zumindest für die SPD-Linke bessere Lösungen zusammen mit der Bunten Liste denkbar gewesen wäre)."* (S. 26)

Nun sind es zwar interessante Aussichten für eine Bunte Liste, die SPD in Widerspruch zu den anderen Parteien zu bringen, oder im andren Fall Widersprüche in die SPD zu bringen, nur wird bei solchen Betrachtungen oftmals ganz vergessen, daß die SPD auch Politik macht und sogar eine Menge davon versteht. Aus dem Blick gerät dabei, daß man selbst zum Spielball politisch-taktischer Überlegungen der SPD werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Beispiele zu sehen.

Gesamtschule und Freizeitzentrum: Der Einstieg „in die reale Parlamentspolitik"...

...gelang nach Ansicht der Autoren *„auf dem Umweg über zwei dicke*

Parlamentspolitik"...
...gelang nach Ansicht der Autoren „auf dem Umweg über zwei dicke

Wahlversprechen der SPD" (S. 26): Gesamtschule und Freizeitzentrum (FZZ). Das *„Politisch ins Geschäft Kommen unter zuhilfenahme der SPD"* (S. 25) lief konkret so ab: Die SPD hatte den Antrag gestellt, alte Beschlüsse zu revidieren, um Bahn zu schaffen für eine zweite Gesamtschule. Die Stimmen der Buli erschienen der SPD – und waren auch – so sicher, daß diese es gar nicht für nötig hielt, irgendwelche Absprachen zu treffen.

Die Zustimmung der BuLi zu diesem genannten SPD-Antrag soll nicht bestritten werden. Es fragt sich aber, ob das nicht eher der Einstieg der SPD (!) in die neuen Mehrheitsverhältnisse war, statt eines Einstiegs der Bunten Liste zur Änderung der SPD Politik. Der weitere Verlauf der parlamentarischen Auseinandersetzung um die Gesamtschule bestätigt diese Einschätzung. Sicherlich hat die Bunte Liste dazu beigetragen, daß das Projekt einer zweiten Gesamtschule noch nicht völlig im Sande verlaufen ist, aber von den eigenen Vorstellungen der BL ist nicht viel übrig geblieben: Die entsprechende Buli-Arbeitsgruppe hatte drei Essentials vorgelegt: Erstens sollte sie so früh wie möglich starten (82/83), zweitens sollte sie im Bedarfsgebiet liegen und drittens sollte eine beratende Kommission gebildet werden. Nach langem Tauziehen mit der SPD Fraktion wurde lediglich Punkt 3 akzeptiert. Die Gesamtschule soll erst im Schuljahr 83/84 beginnen und dazu noch in der Innenstadt anstelle von Stieghorst, also ganz so wie die SPD das wollte. Ähnlich erging es dem Freizeitzentrum (FZZ) im gleichen Stadtteil:

Das ursprünglich von SPD und Buli getragene Projekt wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP halbiert. Dieses FZZ sollte das Freizeitangebot in dem unterversorgten Stadtteil erweitern. Stattdessen ist zu befürchten, daß im Zuge der fortschreitenden Sparmaßnahmen ein bereits bestehendes Jugendheim geschlossen wird, sobald das neue Projekt fertig ist. Insgesamt wäre damit eine Verschlechterung des Angebots verbunden, weil der Jugendbereich im neuen Projekt kleiner ist als im bestehenden Jugendheim.

Von dieser konkreten Situation ist in dem Artikel keine Rede. Stattdessen ist pauschal von einer drastischen Verschlechterung (bei beiden Projekten) die Rede, und daß die Buli die gemeinsamen Beschlüsse *„gegen eine langsame aber sicher von ihnen abrückende SPD verteidigen mußte, was zu erheblichen Konflikten innerhalb der SPD und zu einer offenen Solidarisierung des SPD Umfeldes (z.B. der GEW) mit der Bunten Liste führte"* (S. 27).

Außer einer Resolution der GEW ist uns von einer „offenen Solidarisierung" nichts bekannt, das „z.B." hätte man ruhig weglassen können. Für die *„erheblichen Konflikte innerhalb der SPD"* wäre ein Beleg sicher angebracht. Die Verteidigung gemeinsamer Beschlüsse ist zumin-

Für die „erheblichen Konflikte innerhalb der SPD" wäre ein Beleg sicher angebracht. Die Verteidigung gemeinsamer Beschlüsse ist zumin-

dest beim FZZ erfolglos geblieben.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wenden uns nicht gegen die gemeinsame Abstimmung mit der SPD in diesen beiden Fällen, aber wir wenden uns gegen ein A u f b a u s c h e n dieser Abstimmung als *„Politisch ins Geschäft kommen unter Z u h i l f e n a h m e der SPD (!)"*. Diese Darstellung kann nur durch Verschweigen der konkreten Auseinandersetzung erreicht werden.

„Politikfähigkeit" = „reformsozialistische Mehrheitsbildung"

Was hat die im großen und ganzen bedingungslose Zustimmung der Buli zu dem SPD-Antrag gezeigt? Unsere Autoren sagen dazu, *„daß die beiden ersten wichtigen Ratsentscheidungen der neuen Legislaturperiode von SPD und Bunter Liste gegen CDU und FDP gefällt wurden. Die Bunte Liste hatte von vornherein ihre P o l i t i k f ä h i g k e i t unter Beweis gestellt..."* (S. 26).

„Von vornherein", also erstmal unabhängig davon, was dann aus den Projekten geworden ist oder noch wird, hat die Buli ihre „Politikfähigkeit" bewiesen, indem sie mit der SPD abgestimmt (!) hat. Völlig unberücksichtigt bleibt bei unseren Strategen, was bei dieser Konstellation der Mehrheitsbildung eigentlich der Unterschied oder Fortschritt gegenüber einer absoluten SPD-Mehrheit ist, was diese beiden Projekte angeht.

Die Buli habe gezeigt, *„daß sie bereit war, typische Bestandteile des sozialdemokratischen Reformprogrammes mit ihren Stimmen wieder zum Leben zu erwecken"* (S. 26) bzw. so sollte es richtiger heißen, der SPD, die vorher an den Mehrheiten gescheitert war, bei der Wiedererweckung zu helfen.

„Politikfähigkeit" ist also die Bereitschaft, der SPD zu Mehrheiten zu

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

verhelfen, jedenfalls bei *„typischen Bestandteilen des sozialdemokratischen Reformprogramms"*.

Interessant ist die Definition von „politikfähig" durch sozialdemokratische Integrationsstrategen: Horst Heimann schreib im SPD-Organ „Vorwärts" (3.9.81), daß neben der direkten Integration der Protestbewegung in die SPD auch eine andere Variante nicht auszuschließen sei, nähmlich eine *„reformsozialistische Mehrheitsbildung durch eine Koalition mit einer aus den Alternativbewegungen hervorgegangenen und p o l i t i k f ä h i g gewordenen neuen politischen Kraft – oder vierten Partei."*

Beim folgenden Satz könnte der Sozialintegrator u.a. an die Bunte Liste Bielefeld gedacht haben: die Alternativen seien *„abgesehen v o n l o k a l e n A u s n a h m e n noch nicht fähig an einer Mehrheitsbildung für demokratisch-sozialistische Reformpolitik teilzunehmen"* (ebd).

Genau dies entspricht auch den Ansichten der Buli-Strategen, die in anderen Zusammenhängen anders agierenden alternativen Listen die „Politikfähigkeit" absprechen. Wenn man diese unglückliche Formulierung überhaupt gebrauchen will, würden wir Politikfähigkeit eher als Fähigkeit definieren, durch Mobilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die eigenen Ansichten Unterstützung zu finden und es gleichzeitig den bürgerlichen Parteien zu erschweren bzw. zu verunmöglichen, Beschlüsse gegen die Interessen der Bevölkerung durchzusetzen.

Die Buli im (Ent-)„Spannungsverhältnis" zur SPD

Da verständlicherweise eine solche Orientierung (Mehrheitsbeschafferin) als ausschließliche auch für Winter, Boch und Schiller-Dickhut wenig attraktiv ist, und im übrigen die Buli binnen kurzer Zeit von der politischen Bühne hinweggefegt würde, schreiben unsere Autoren: Die Strategie der Buli beschränke sich *„keineswegs darauf, Beschlüsse mitzufassen, die in der SPD zunächst einmal unumstritten sind... Vielmehr geht es hauptsächlich darum, Initiativen zu starten, die einerseits den Widerstand betroffener Menschen ... gegen den (wesentlich größereren) Teil der Politik mobilisieren und stärken, den die SPD zusammen mit den etablierten Parteien bestreitet und andrerseits hierfür Bündnispartner am linken Rand der SPD zu finden, um so die Widersprüche sozialdemokratischer Regierungspolitik auch zu lebendigen Widersprüchen an der SPD-Basis zu machen"* (S. 27).

Interessant ist, daß sie zwar Beispiele bringen, wo die Buli mit der SPD Mehrheiten gebildet hat (Gesamtschule, Freizeitzentrum und Haushalt 80), aber nicht einen einzigen Beleg anführen für *„Initiativen ... die den Widerstand betroffener Menschen"* gestärkt haben. Aber weiter im Text.

Diese Politik befinde sich in einem *„Spannungsfeld...: Die SPD ist als stärkste Fraktion bemüht, eine den Systemzwängen angepaßte, mit möglichst wenig Schwierigkeiten verbundene Krisenbewältigungspolitik zu machen. Der Spielraum für reformerische Politik bewegt sich dabei gegenwärtig gegen Null. Da die SPD einerseits nur schwerlich auf die ihr durch das Wahlergebnis zugewachsene Führungsrolle freiwillig verzichten kann, andererseits sie durch die von Bund und Land vorgegebenen Rahmenbedingungen ständig dazu g e z w u n g e n ist, eine Politik zu machen, die die Verschlechterung der Lage der Betroffenen beinhaltet, m u ß sie ständig Abstimmungskoalitionen mit der CDU eingehen und sich dabei der Kritik der Linken aussetzen, daß eine bessere Politik ja mit der Bunten Liste machbar sei."* (S. 27, Herv. AK)

Wodurch ist die SPD nun eigentlich g e z w u n g e n? Es heißt: *„Durch die von Land und Bund vorgegeben Rahmenbedingungen"*.

Bund? SPD/FDP-Koalition! Der „Unterschied" zwischen den beiden Regierungsparteien im Angriff auf die soziale Lage der BRD-Bevölkerung besteht z.B. darin, daß die FDP den Fortfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter durchsetzen will, die SPD aber erst die Voraussetzungen dafür schaffen will, daß neben den Arbeitern auch Angestellte und Beamte davon betroffen sind.

Land NRW? Die 80er Landtagswahlen hatten der SPD das für sie günstigste Ergebnis beschert: die absolute Mehrheit!

Die SPD bricht ein altes Wahlversprechen, nämlich die Kindergartenbeiträge ab 1982 entfallen zu lassen; die Lernmittelfreiheit wird eingeschränkt, die Übernahme der Schülerfahrtkosten wird reduziert usw. Auch auf der kommunalen Ebene mußte die sozialdemokratische „Neue Westfälische" von einem „Wetteifer im Sparen" zwischen SPD und CDU sprechen.

Ergebnisse des Wetteiferns sind z.B. die Erhöhung der Kindergarten-, -tagesstätten- und Hortgebühren (bei Hortplätzen um über 100%), Kürzungen bei Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche um fast 20%, Gebührenerhöhungen bei Müll, Abwasser etc... Es fällt also gar nicht schwer, zu zeigen, daß die SPD selbst V o r r e i t e r der Politik ist, *„die eine Verschlechterung der Lage der Betroffenen beinhaltet"*.

Von „Zwang" für die SPD kann also nur insoweit die Rede sein, als sie die Zwänge des kapitalistischen Systems anerkennt. Richtig ist, daß von sozialdemokratischer Seite dieser „Zwang" immer wieder herhalten muß, die bevölkerungsfeindliche Politik der SPD zu rechtfertigen. Auf Bundesebene heißt der Sachzwang „Koalition mit der FDP", auf Landesebene vielleicht „Auswirkungen der Bundesbeschlüsse" und auf kommunaler Ebene „durch die von Land und Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen".

Indem die Buli-Autoren selber vom Scheitern an den Rahmenbedingungen sprechen, bescheinigen sie d e r SPD in Bielefeld den Willen zu einer besseren Politik. Im Widerspruch zu ihrer Einschätzung steht, daß eine bessere Politik mit der Buli „m a c h b a r" sei.

Der SPD als G a n z e s Reformwillen zu unterstellen, geschieht auch mit dem Gerede von der Irrationalität der SPD durch Mitautor Winter (z.B. StBl. 1/81)

„Irrationalität" der SPD-Politik bedeutet, daß sie gegen ihre Vernunft wegen „Berührungsängsten" gegenüber der Buli lieber mit der CDU zusammenstimmt, statt mit der Bunten Liste die Verwirklichung ihres Reformprogramms durchzusetzen.

Daß unsere Bunten ein durchaus größeres Interesse an der Verwirklichung des sozialdemokratischen Reformprogramms haben als die SPD selber, dürfte durch das oben Gesagte (FZZ, Sparpolitik etc) zur Genüge belegt sein.

***

Zusammenarbeit Bunte Liste und SPD

Nachdem wir uns mit der hinter der „Realpolitik" von Boch, Winter und Schiller-Dickhut steckenden Einschätzung der Sozialdemokratie befaßt haben, wollen wir uns im folgenden weiter mit der konkreten Zusammenarbeit der BuLi mit der SPD beschäftigen. Dabei soll unser besonderes Augenmerk auf die Punkte gerichtet sein, die mit einer Auflösung des „festgefügten Drei-Parteien-Blocks" verbunden waren sowie auf – vermeintliche oder tatsächliche – Widersprüche in der SPD oder ihrem Umfeld. Mit anderen Worten: Wir wollen die Strategie unserer Autoren, die wir im ersten Teil beschrieben haben, auf ihre materielle Grundlage hin untersuchen.

Anziehungskraft für linke SPD'ler?

Die Zahl von Sozialdemokraten, die sich schon heute in der Bunten Liste *„in etwa politisch ‚wohlfühlen' und sich zuordnen zu können"* glauben, ist nicht gerade überwältigend. Da ist zum ersten der aus der SPD ausgeschlossene Fraktionsgeschäftsführer der BL und Artikel-Autor Michael Winter selbst, der bereits seit der Gründung der BL mit dabei ist, dem also die „Politikfähigkeit" der BL den Absprung noch nicht erleichtern konnte.

Dann gibt es noch drei weitere Sozialdemokraten, die ebenfalls fast von Anfang an dabei sind, und die wegen ihrer Zusammenhänge zur BL ebenfalls aus der SPD ausgeschlossen wurden bzw. gegen die ein Parteiordnungsverfahren läuft. Diese ex-SPD'ler arbeiten in Ausschüssen des Stadtrats für die BL.

Dr. Oetker-Ehenbürgerschaft ...

... ist wohl das aktuellste Beispiel für Widersprüche in der SPD, allerdings kein Beispiel dafür, wie die Bunte Liste diese Widersprüche auch zu „deutlichen und lebendigen" an der SPD-Basis gemacht hätte.

Vorangegangen war die Entscheidung, den „Pudding-Papst" zum Ehrenbürger der Stadt Bielefeld zu machen, ein jahrelanger Widerstand der Bielefelder SPD. Mit zum Widerstand beigetragen haben dürfte, daß mit der Ehrenbürgerwürde *„dem Repräsentanten jenes Unternehmens die Ehre (erwiesen wird), das aus seiner Genugtuung über den Faschismus nie Hehl gemacht hat und das Regime mit regelmäßigen Spenden fleißig unterstützt hat"* (StBl 10/81).

„Der Stiefsohn des Wehrwirtschaftsführers und Himmler-Freundes Kaselowsky machte seinem Ziehvater alle Ehre: Bis 1944 Offizier der Waffen-SS ..." (ebd.).

Weitere Einzelheiten zur Person des künftigen Ehrenbürgers können wir uns an dieser Stelle ersparen. Jedenfalls betonte die SPD-Fraktion *„noch im Frühjahr ... ein für alle mal, daß man einer Ehrenbürgerschaft für den Puddingmulti auf keinen Fall zustimmen würde ...*

Nicht einmal ein halbes Jahr brauchte man, um aus dem ‚Nie' ein ‚Sofort' zu machen. In der geheimen Ratssitzung stimmten außer den Bunten noch ganze sechs SPD'ler gegen die Ehrenbürgerschaft, die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit war damit erreicht und Oetker auf den Ehrenthron gehoben."

Außer den sechs sozialdemokratischen „Nein"-Stimmen ist an Reaktionen, „offenen Solidarisierungen des SPD-Umfelds" o. ä. nichts bekannt geworden. Außerdem ist die Tatsache, daß die SPD-Nein-Stimmen überhaupt bekannt geworden sind, einer Indiskretion zu verdanken, da das Ganze in nicht-öffentlicher Sitzung stattfand und sich auch nicht ein einziger Sozialdemokrat zu öffentlichem Protest bereitfand.

U. E. ist dieses Beispiel bezeichnend für den Zustand der Bielefelder SPD, wo mann/frau mit Vorstellungen, wie sie unsere BL-Strategen entwickelt haben, nämlich durch superschlaue Parlamentsarbeit die Widersprüche in der SPD zum Tanzen zu bringen, doch etwas zurückhaltender sein sollte.

Wir wenden uns gar nicht dagegen, dieses Ziel als einen Aspekt alternativer Listenpolitik im Auge zu haben, aber eine etwas gründlichere Analyse der Bedingungen vor Ort für eine solche Strategie wäre da schon angebracht gewesen. Zumal, da die BL inzwischen auf eine beinahe zweijährige Praxis zurückblicken kann.

Rekrutengelöbnis am 15.9.81

Ausführlich nachzulesen sind die Auseinandersetzungen um das Rekrutengelöbnis im AK 208 und 209. Als wesentlich für unseren Artikel kann man das Ganze so zusammenfassen:

Nachdem heftige Proteste gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen diese Form des öffentlichen Säbelrasselns erstmal an abgelegene Orte verbannt hatten, unternahm die Bielefelder SPD einen neuen Anlauf, es mal wieder in einer Großstadt zu probieren. Sie spielte dabei alle Rollen aus, die sie in sich vereinigt. Als erstes OB Schwickert und OStdir. Munzert (beide SPD) als persönlich Verantwortliche für das Gelöbnis; sie hatten die Kontakte zur Bundeswehr geknüpft und diese eingeladen, Schwickert stellte sich als Redner zur Verfügung.

Als zweites der Vorstand des Bielefelder UB der SPD, der nach ersten Protesten in der Öffentlichkeit andere Formen des öffentlichen Zurschaustellens der Bundeswehr für zeitgemäßer hielt, z. B. einen Tag der offenen Tür (in der Richtung mit Panzerschießen u. ä., Anm. AK).

Das Rekrutengelöbnis könnte aber im übrigen nicht mehr abgesagt werden, die Bundeswehr könnte höchstens von sich aus verzichten.

Als drittes dann die Jusos, die versuchten, den Protest gegen das Gelöbnis zu spalten, indem sie eine Veranstaltung einen Tag vor dem Gelöbnis an einem anderen Ort durchführten und diese gegen eine Demonstration bis zum Stadion, wo das Gelöbnis stattfinden sollte, ausspielten.

Dabei hatten sie aber nur geringen Erfolg. Mit Hilfe der Revis, die die Juso-Strategie tatkräftig unterstützten, mobilisierten sie zwar beachtliche 1.000 Menschen zu ihrer Kundgebung, konnten aber nicht verhindern, daß an der Demo am Tag des Gelöbnisses die drei- bis vierfache Menge teilnahm.

Im Umfeld und am linken Rand der SPD gab es Solidarisierungen und Unterstützung beider Protestaktionen: Die Falken schlossen sich auch der Demonstration an; die Bielefelder GEW ließ die Frage, ob und zu welcher Aktion sie aufrief, offen, distanzierte sich aber deutlich vom Rekrutengelöbnis.

Das Beispiel des Rekrutengelöbnisses zeigt deutlich, daß durch die Entwicklung des a u ß e r p a r l a m e n t a r i s c h e n Widerstands die SPD in Legitimationsschwierigkeiten und in Widerspruch zu ihrem Umfeld (oder auch Basis) gebracht worden ist.

Völlig untergeordnet war hier die parlamentarische Aktivität der BL, entscheidender war die uneingeschränkte Unterstützung des außerparlamentarischen Protests durch die BL sowie ihr Festhalten an der radikalen Linie (gegenüber dem Juso-Vorschlag) bis zuletzt. Da hatte die BL als politischer Faktor in Bielefeld tatsächlich eine Bedeutung.

Die Beschlußvorlage der BuLi für den Hauptausschuß enthielt als besonders schlaue Taktik gegenüber der SPD keine Absage des Rekrutengelöbnisses, sondern nur die Aufforderung an die Bundeswehr, von sich aus darauf zu verzichten, also genau auf der Linie des UB-Vorstands der SPD.

Aber nicht einmal das wollte die SPD mittragen. Insofern hat der BL-Antrag, wie beabsichtigt, dazu beigetragen (ganz bescheiden), das doppelte Spiel der SPD aufzudecken, wie es in der Begründung des Antrags im Plenumsrundbrief der BuLi hieß.

Das war aber durchaus nebensächlich, da sich die SPD bereits vorher gründlich demaskiert hatte.

Unseres Erachtens ist das Rekrutengelöbnis ein Beleg dafür, daß sich die BL intensiver als bisher auf die aktiven außerparlamentarischen Bewegungen stützen muß, falls in punkto Widersprüche SPD weitergearbeitet werden soll. Sich wie die Autoren in dieser Frage im wesentlichen auf die Mehrheitsverhältnisse im Stadrat zu verlassen, verstellt den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse und Möglichkeiten und führt zur Überbewertung der parlamentarischen Arbeit.

Tolerierung des „kleineren Übels" – das klassische Beispiel"

„..... die SPD (will) *die Bunte Liste immer wieder in die Situation bringen, in der ein Großteil der SPD-Wähler sich seit Jahren befindet: Zähneknirschend dem kleineren Übel zustimmen zu müssen, um zu retten, was zu retten ist. Klassisches Beispiel: Die SPD schlägt vor, im Haushaltsplan die Mittel für Jugendarbeit um 5% zu kürzen, CDU und FDP fordern eine 10% Kürzung. Die Bunte Liste soll dem SPD-Antrag zustimmen, weil sich sonst CDU und FDP durchsetzen."*

Es hat dieses „klassische Beispiel" tatsächlich gegeben. Im Rahmen der Haushaltsverabschiedung 1981 durch SPD, CDU und FDP wurden die Mittel für Jugendarbeit um 10% gekürzt. Ein halbes Jahr später stellte die SPD einen Nachbewilligungsantrag von 5% für diesen Bereich; die Buli forderte 10%, um die vorherige Kürzung in voller Höhe auszugleichen; CDU und FDP waren gegen die Nachbewilligung. Nachdem der Buli-Antrag von SPD, CDU und FDP abgelehnt wurde, stimmte die Buli dem SPD Antrag zu. Den Fehler, *„mit dem Hinweis auf die noch rechtere CDU eine rechte SPD zu tolerieren"*, wollen unsere Strategen vermeiden.

Das sei aber nur dann *„wirksam und in der Öffentlichkeit vermittelbar (dem Sozialarbeiter sind letztlich 5% Kürzung tatsächlich lieber als 10%), wenn die Bunte Liste erstens ihre Bereitschaft, Kompromisse zum Wohle der Betroffenen einzugehen, mit realisierbaren und einleuchtenden Vorschlägen deutlich macht und zweitens durch das gelegentliche Eingehen solcher Kompromisse auch glaubhaft macht"* (Seite 28).

Rekapitulieren wir den Gedankengang der Autoren:

– die SPD will die Buli dazu bringen, das „kleinere Übel" zu akzeptieren, sie bringen ein Beispiel (Kürzung 10 oder 5%);
– genau das wollen sie als „Fehler" vermeiden (Zustimmung zu 5%);
– diese Position ist schwierig zu vermitteln (im Beispiel: weil den Sozialarbeitern 5% lieber sind als 10%);
– deshalb muß die Ablehnung der SPD-Politik ergänzt werden von „realisierbaren" Vorschlägen und gelegentlichen Kompromissen zum Wohle der Betroffenen.

Das ist wirklich schon komisch. Als einziges Beispiel für ihre Politik (Fehler vermeiden!) bringen sie einen Fall aus der Buli-Praxis, der letztendlich mit der Akzeptierung des „kleineren Übels" abschloß. Was war jetzt ein „gelegentliches Eingehen eines Kompromisses" oder ein „Fehler"? Unsere Autoren erwähnen das Beispiel als hypothetisch, wo die Buli gegen die 5% Kürzung ist. Sie verstehen es wirklich erstklassig, mit ihrer Beschreibung der Buli-Praxis haarscharf an der Realität vorbeizusegeln und Kritik/Selbstkritik zu umgehen.

Der Anspruch „realisierbare und einleuchtende" Vorschläge zu machen, wurde in der Buli schon immer hoch gehalten. Der Maßstab dafür war allerdings immer, ob die SPD oder Teile davon diese Vorschläge als realisierbar beurteilten. Aber selbst dieser Maßstab für Buli-Anträge führte in den letzten zwei Jahren nicht zu parlamentarischen Erfolgen. Dieses haben die Autoren in ihrem Beitrag leider ausgespart. Erst im Neujahrsaufruf 1981 des Fraktionschefs R. Krämer wird erstmals öffentlich eingestand: *„Fast alle Anträge und Initiativen der Bunten Liste im vergangenen Jahr wurden pauschal abgelehnt, ohne auch nur zu prüfen, ob sie gut waren oder schlecht"* („NW", 31.12.81).

Haushalt 80

Einen hohen Stellenwert nimmt die Haushaltspolitik ein. Nicht nur, weil der Haushalt zu den wichtigsten Aufgaben des Staates und damit auch seiner Parlamente gehört, sondern auch weil der 1980er Haushalt zusammen mit der SPD auch von der Bunten Liste Bielefeld getragen worden ist.

Diese Haushaltsverabschiedung ist ein Beispiel für unsere Autoren, wo man nicht angesichts der von der CDU und FDP geforderten Verschlechterungen dem Haushalt zu „SPD-Preisen" (also kleineres Übel) zugestimmt habe.

Der Streit zwischen SPD und den beiden bürgerlichen Ratsfraktionen ging um die von der SPD gewünschte Erhöhung der Gewerbesteuer, was CDU und FDP nicht mittragen wollten.

Deshalb war die Buli gefragt, die darin die Chance sah, im Austausch für das Mittragen des Haushalts, den die Buli ansonsten grundsätzlich ablehnte, Positionen und Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung durchzusetzen.

Die von der Bunten Liste „beinahe vollständig" durchgesetzte Verhandlungsposition wird von den Strategen der BL so beschrieben: *„Erstens solche Bestandteile, die klassische sozialdemokratische Anliegen im sozialen Bereich aufgriffen, aber über das von der SPD-Mehrheits- und Verwaltungsfraktion gewünschte Maß hinausgingen"* (Seite 29). Dazu zählen sie die zwei durchgesetzten Stellen in Jugendzentren, aber auch *„Forderungen im (weil sehr teuer) weitgehend verdrängten Bereich der pädagogischen Betreuung von Kindern im Alter zwischen 0 und drei Jahren (Krabbelstuben)"* (Seite 29).

Als zweite Kategorie der BL-Position sehen sie solche *„Bestandteile, die typische Bestandteile der bunten Programmatik aufgriffen..."* (S. 29) mit deren Verankerung im Haushalt sie den der BL in der Öffentlichkeit gemachten Vorwurf der *„Phantaste-*

WAHLBEWEGUNG

Fortsetzung von voriger Seite

rei gegen den Nachweis der Realisierbarkeit" (Seite 30) eingetauscht sehen. Dazu zählen sie *„z.B. die Beauftragung des alternativen Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) mit einer Studie über die Möglichkeiten alternativer Energiepolitik für Bielefeld oder die erstmalige Bezuschussung des autonomen Bielefelder Frauenhauses, obwohl es sich auch weiterhin keinem Dachverband des Freien Wohlfahrtspflege anschloß ..."* (Seite 30) – was vorher Bedingung für Förderung war.

Dritte Kategorie sind solche *„Bestandteile, die Projekte der SPD, gegen die die Bunte Liste im Wahlkampf entschieden argumentiert hatte, zwar nicht zu Fall, aber doch wieder in die politische Diskussion brachten, bzw. alternative Möglichkeiten aufzeigten und ein paar Teilerfolge beinhalteten"* (Seite 30).

Dazu gehört für Boch Schiller-Dickhut und Winter die Liste über Häuser, die entgegen ursprünglichen Planungen nicht abgebrochen werden sollten, bzw. über die noch einmal verhandelt werden sollte. Außerdem wird die Kürzung des Ostwestfalendamms (Stadtautobahn) um eine Million, die stattdessen in den Radwegebau fließen sollten, hier zugezählt.

Gerade die dritte Kategorie rechnen sich die Verfasser hoch an, als ein *„relativ weit entwickeltes Gefühl der Bunten Liste dafür, was mit vier Stimmen im Parlament erreichbar ist ..."* (Seite 30) und was nicht, da „natürlich" weder die Sanierung noch der Ostwestfalendamm im Rahmen der Haushaltsverabschiedung zu Fall zu bringen war.

Soweit also die Darstellung über diese „Anatomie eines Kompromisses" durch unsere BL-Strategen.

Das ist – gelinde gesagt – eine Verarschung der Leser. Zunächst mal: Trotz des immer wieder auftauchenden „z.B." ist die Liste (bis auf eine geringfügige Ausnahme) vollständig. Dann fehlt völlig eine Rechenschaft darüber, was aus den einzelnen Punkten geworden ist, bzw. was von der *„beinahe vollständig durchgesetzten Verhandlungsposition"* nicht durchgesetzt wurde.

Bei einer kritischen Bilanz bleiben von den genannten Vereinbarungen mit der SPD nur noch zwei übrig, an denen nicht gerüttelt wurde, nämlich eine Zahlung an das Frauenhaus in Höhe von 20.000 DM sowie die zwei Stellen in Bielefelder Jugendzentren, wobei beim Frauenbaus statt irreführend von einer „erstmaligen Bezuschusssung" zu reden, wie Boch usw. es tun, besser von einer e i n m a l i g e n Bezuschussung gesprochen werden müßte.

Die Kürzung von einer Million DM beim Ostwestfalendamm haben den Bau einer Stadtautobahn nicht um eine Stunde verzögert, sondern die gekürzten Mittel entsprechen dem, was damals entsprechend dem Bautempo zu schaffen war (Das wußten wir damals auch noch nicht). Als dann der Bau zügig voranging, hat die SPD, ohne rot zu werden, mit den anderen Fraktionen 1,3 Millionen DM (!) nachbewilligen lassen. Pikanterweise hat auf diesen Widerspruch zur SPD-BL-Haushaltsvereinbarung nicht etwa die Bunte Liste sondern die CDU hingewiesen.

Außerdem sind die gekürzten Mittel auch nur zu einem Teil im Radwegebau gelandet.

Daß davon wiederum nur ein Teil verbaut wurde, war für SPD, CDU und FDP der Anlaß, für 1981 den Ansatz in diesem Bereich gering zu halten.

Beim Punkt Energie(sparen) stellen unsere Autoren zum einen das letztendliche Ergebnis (und nicht die Vereinbarung) und dies zum zweiten auch noch falsch dar. Die Vereinbarung besagte nur, irgendwann ein Gutachten über Energieversorgungs- und -sparmöglichkeiten in Bielefeld zu machen. In welcher Form, welche Schwerpunkte und welches Institut war offengelassen worden. Außerdem ist das IFEU n i c h t beauftragt worden *„Möglichkeiten alternativer Energiepolitik in Bielefeld"* zu erkunden, sondern es ist lediglich beauftragt worden, zusätzlich zu einem zweiten, nicht alternativen Institut, die Möglichkeiten der nicht an das Fernwärme- und Gasnetz der Stadt angeschlossenen H a u s h a l t e (nicht Industrie, nicht öffentliche Gebäude) zum Energiesparen zu begutachten. Zwei weitere Energie(spar)bereiche werden von nicht „alternativen" Instituten abgedeckt. Insgesamt ist das Energiegutachten von allen v i e r Fraktionen, also mit CDU und FDP verabschiedet worden. Lediglich die zusätzliche Beauftragung des IFEU zu dem genannten beschränkten Bereich ist von SPD und Buli gemeinsam durchgesetzt worden.

Von der ursprünglichen Absicht der BL, mithilfe eines Gutachtens die Energieverschwendung der Konzerne und Stadtwerke aufzuzeigen und die Unnnötigkeit des AKW Grohnde zu beweisen, ist nichts mehr übrig geblieben. (Diese Absicht war bereits in der Gründungsphase der BuLi entstanden).

Daß dann im Ergebnis nur noch das rauskam, was auch im etablierten Parteienspektrum unumstritten ist, ist wahrhaftig kein Wunder. Auf unsere Widersprüche zur Energiepolitik der BL wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen (vgle. dazu unsere Kritik an der Energiebroschüre der BL in AK 190), es geht hier nur darum aufzuzeigen, wie schönfärberisch die Autoren mit den konkreten Fakten umgehen. Diese Darstellungsweise setzt sich fort beim Punkt Krabbelstuben.

Während beim Punkt Energie noch sehr konkret, wenn auch verfälscht, von der Beauftragung eines bestimmten Instituts die Rede ist, ist bei der *"pädagogischen Betreuung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren"* nur global von irgendwelchen "Forderungen" die Rede, in der Klammeranmerkung heißt es "Krabbelstuben".

In der Vereinbarung zwischen BL und SPD war lediglich von der Erstellung eines Bedarfplanes die Rede, nicht aber von der Einrichtung neuer oder der finanziellen Förderung bereits bestehender Krabbelstuben. Wir kritisieren gar nicht das konkrete Verhandlungsergebnis, aber diesen Punkt zu erwähnen, ohne aufzuzeigen, wie das genau gelaufen ist, ist mit dem Vorwurf der Schönfärberei noch verharmlost. Noch schlimmer ist, was dann aus dieser Vereinbarung geworden ist. Ein Bedarfsplan für diesen Bereich liegt bis heute, Dezember 1981, nicht vor.

Die Schaffung von Krabbelstuben oder ähnlichen Einrichtungen als Regelangebot ist kürzlich vom Jugendwohlfahrtsausschuß mit den Stimmen aller vier Ratsfraktionen sogar abgelehnt worden. Stattdessen hat man den in diesem Bereich existierenden Elterninitiativen angeboten, sich nach dem Tagespflegestellenmodell fördern zu lassen, und ihnen das auch noch als eine besonders nette Geste des Jugendamtes verkauft, obwohl d i e s e Möglichkeit schon seit Jahren besteht, aber von den Inis zu Recht als völlig unzureichend kritisiert wird.

Zur Erläuterung: Tagespflegestellen werden nur für eine bestimmte Person und nur bis zu fünf Kindern genehmigt, bei einer ganztägigen Unterbringung der Kinder erhält der/die Betreuer/in 250,- DM pro Kind, die auch noch versteuert werden müssen; außerdem ist die Betreuungsperson weder sozial- noch krankenversichert. Damit sind die meisten Eltern-Kinder-Inis, weil sie mehr als fünf Kinder in der Gruppe haben, auch noch illegal. Eine Förderung ist also nur möglich, wenn die Eltern auf „Lug und Betrug" setzen.

Obwohl von der Verwaltung zugesichert worden war, die entsprechenden Richtlinien ‚unbürokratisch' zu handhaben, erhielten mehrere Elterninitiativen kürzlich einen gleichlautenden Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß für die Ferienzeit einzelner Eltern die 250,- DM nicht gezahlt würden. Ebenfalls in Frage gestellt werden soll die Zahlung bei Arbeitslosigkeit der Mutter oder Mutterschaftsurlaub (also wenn die Mutter ein weiteres Kind bekommt).

Trotz der sehr schwammigen und die SPD zu nichts verpflichtenden Vereinbarung zu diesem Punkt haben wir damals darin eine Chance gesehen, hiermit die sozialdemokratische Verwaltung in die Pflicht zu nehmen. Mehrere, auch von uns unternommene Versuche, in diesem Bereich eine Bewegung aufzubauen, haben bislang nicht den gewünschten Druck erzeugen können. Eine von der BL angezettelte Kampagne „SPD hält sich nicht an Geist und Buchstaben der Vereinbarung" hätte hier, wie auch in den übrigen Punkten, eine erhebliche Rückenstärkung bedeutet bzw. die SPD unter Legitimationszwang gesetzt.

Die nächste Vereinbarung betrifft die Sanierungspolitik. Die Vereinbarung zwischen SPD und BL zum Haushalt 1980 enthielt zwei Listen von Häusern: Die eine umfaßte Häuser, die entgegen ursprünglicher Planung nicht dem Bagger zum Opfer fallen sollten, die andere stellte weitere Häuser noch einmal zur Disposition. Also auch hier eigentlich ein positives Beispiel, wie bei diesem Handel mit der SPD, der man dafür den Haushalt verabschieden half, außerparlamentarische Bewegungen mit vier Stimmen im Parlament unterstützen kann.

Unter dem Eindruck der auch hier geringen Mobilisierung konnte sich die SPD rotzfrech über die Vereinbarung hinwegsetzen. Nach unserer Kenntnis sind von den neun Häusern, die gar nicht fallen sollten, nur noch zwei wirklich gesichert. Für die zehn Häuser, über die noch zu verhandeln war, steht bereits fest, daß sie abgerissen werden, zwei davon sollen jedoch noch solange stehen bleiben, wie es die Bewohner darin aushalten (da kann natürlich etwas nachgeholfen werden).

Natürlich ist hiervon bei unseren BL-Autoren wiedermal keine Rede. Stattdessen sind für sie die *„hier erreichten Minimalerfolge tatsächlich ein Beitrag dazu, in diesen Bereichen die öffentliche Diskussion neu zu beleben und den bereits eher resignativen außerparlamentarischen Aktivitäten Impulse zu verleihen"*. (S. 31)

Nüchtern betrachtet hätte das letztendliche Ergebnis eine Resignation sogar noch eher verstärken können. Daß dies nicht der Fall ist, liegt daran, daß sich die einschlägigen Initiativen an die Sichtweise der BuLi-Strategen nicht gehalten haben.

Wir schrieben damals zur Haushaltsverabschiedung 80: *„Es ist klar, daß die BuLi sich jetzt auf ihrem relativen Erfolg ... nicht wird ausruhen können. Zum einen wird sie darauf achten müssen, daß sich die SPD nicht aus ihren Versprechen rausmogelt, was besonders die Zusatzvereinbarungen angeht ... Die erreichten Positionen müssen verteidigt und nach Möglichkeit ausgebaut werden."* (AK 174). Wäre in diesem Sinne verfahren worden, sähe die Bilanz heute vermutlich besser aus bzw. hätte die Chance bestanden, tatsächlich die Widersprüche in der SPD „deutlich und lebendig" werden zu lassen. Die Chance ist vertan.

Sogar der ansonsten voll auf der von den drei Autoren verfochtenen politischen Linie stehende BL-Fraktionschef Reinhard Krämer mußte in einem Mitgliederrundbrief eine insgesamt eher nüchterne Bilanz der Haushaltsvereinbarungen eingestehen, jedenfalls was die Fakten angeht. Er zog daraus die Konsequenz: Keine neuen Verhandlungen mit der SPD, bis nicht die alte Vereinbarung in allen Punkten erfüllt ist (Mitgl. RB 5/80). Diese angesichts der sonstigen Haltung der BL, auch R. Krämers, schon fast linkssektiererische Position war sicherlich nicht mehr als ein Zugeständnis an die interne Diskussion, jedenfalls ist eine ähnliche Äußerung noch von niemandem aus der BuLi, auch nicht von Krämer, öffentlich vorgetragen worden. Wie bereits erwähnt, ist der Bruch der Vereinbarung zum Punkt Stadtautobahn nicht einmal in der Ratssitzung angesprochen worden, außer von der CDU.

Die einzige Einschränkung, die unsere Autoren entgegen noch euphorischeren Einschätzungen in der Vergangenheit zu dem 80er Haushaltsvereinbarungen machen, ist folgende:

„Auch wenn die SPD später Teile (!) der Vereinbarungen verfälschte (!), ... ist die Bedeutung unserer Haushaltspolitik dadurch nicht gemindert ..." (S. 31)

Wenn, was schon ein Hammer an sich ist, von „Verfälschungen" die Rede ist, aber nicht ausgeführt wird, welche „Teile" verfälscht worden sind und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, dann liegt der Verdacht schon nahe, daß unsere Artikel-Autoren die konkreten Ergebnisse wurscht sind.

Tatsächlich heben sie im Sinne der oben beschriebenen „Politikfähigkeit" als zentrale Bedeutung der Haushaltsvereinbarungen mit der SPD hervor, daß die BL damit *„endgültig zu einem ernstzunehmenden Faktor in Bielefeld"* geworden sei und sie verliehen, *„was wichtiger ist, ... den inhaltlichen Positionen der Bunten Liste mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit, während die SPD zunehmenden Verunsicherungen ausgesetzt war;"* (über das Ausmaß der „Verunsicherung" können sich unsere Leser inzwischen selbst ein Bild machen).

Die Haushaltsverabschiedung 80 habe die Ablehnung des 81er Haushalts glaubwürdiger gemacht. In der Neinsagerecke sei die BuLi jedenfalls nicht mehr unterzubringen.

Nun, der Umgang der SPD mit der BuLi läßt eher darauf schließen, daß jene diese nicht sonderlich ernst nimmt. Anders ist jedenfalls die Unverfrorenheit, mit der sich die SPD über die Vereinbarungen hinweggesetzt hat, nicht zu deuten. Angesichts einer SPD, die seit Jahrzehnten mit allen Wassern gewaschen ist, und die mit der BL schlichtweg Schlitten gefahren ist, waren wir ehrlich gesagt völlig platt, als wir bei den drei BLern auf folgende Zeilen stießen:

„Auf diese Weise ist eine Situation anzustreben, in der die SPD weitgehend das politische Routinegeschäft erledigt ... und auch formal die Macht ausübt, der Bunten Liste aber die politische Initiative zufällt" (S. 28)

An dieser, übrigens gleichlautend auch in der Berlin-Kreuzberger AL aufgetauchten Formulierung ist soviel richtig, daß die „Machtausübung" mit allem, was dazu gehört (auch Polizei usw.), für die SPD tatsächlich Routine ist.

Bezüglich „politischer Initiative", die sie der „Machtausübung" entgegenstellen wollen, hätte es uns stark interessiert, ob das nur Zukunftsmusik ist, oder ob es unter den vielen Erfahrungen, die die BL sammeln konnte, bereits „Keime" dieser Politik gegeben hat. Aber wie auch schon woanders ist bei solchen Punkten absolute Funkstille, reines Gelaber.

„Konkrete Ereignisse" oder „Reine Lehre"?

Für unsere BuLi-Strategen ist der Weg der Bunten Liste mit der Verabschiedung des Haushalts 1980 entgültig entschieden. Sie schreiben:

„Zwischen den beiden Möglichkeiten, im Parlament nur die ‚reine Lehre' ohne Rücksicht auf Durchsetzbarkeit zu deklamieren oder aber, wo immer möglich, Teilerfolge im Interesse der Betroffenen zu realisieren, entschied sich die Bunte Liste eindeutig für das Letztere." (S. 30) Mit der Durchsetzbarkeit ist es inzwischen ja nicht mehr weit her, wie wir oben beschrieben haben (pauschale Ablehnung aller BL-Anträge). Da das auch unsren Autoren bekannt sein müßte, ist es unbegreiflich, wieso sie immer wieder mit ihren ‚ollen Kamellen' hausieren gehen, anstatt die neuen Bedingungen miteinzubeziehen.

Tatsächlich ist das Zitat lediglich eine etwas geschicktere Formulierung als die frühere Gegnüberstellung von ‚alternativer Machart' einerseits und ‚konkreten Ergebnissen' andererseits. Für das letztere hat sich nach Meinung des Mitautors Winter die BuLi entgültig entschieden („StBL" 10/80).

In beiden Formulierungen kommt derselbe alte Trick zur Anwendung, nämlich eine Gegenposition zu beschreiben, die sowieso niemend vertritt, um dann jeweils die eigene dagegen zu stellen. Darüberhinaus haben wir in der eindeutigen Orientierung unserer Autoren auf „konkrete Ergebnisse", „Teilerfolge im Sinne der Betroffenen", „realisierbare und glaubwürdige Vorschläge" oder wie sie das immer nennen wollen, möglicherweise den Grund für die frisierten Erfolgsbilanzen' gefunden: wo f a k t i s c h wenig aufzuweisen ist, muß eben ein wenig geschummelt werden, will man ‚konkrete Ergebnisse' vorführen.

Anstatt der Basis, den Betroffenen oder dem Wählerpotential zu erklären, warum die konkreten Ergebnisse, gegen die wir ja gar nichts haben, so mager aussehen, wird bei den Autoren beschönigt bis hart an die Grenze zur offenen Lüge.

Unter heutigen Bedingungen wird k e i n e Liste mit ‚konkreten Ergebnissen' im Sinne unserer BuLi-Strategen den großen Durchbruch erringen können, nicht zuletzt deshalb, weil *„der Spielraum der Reformpolitik sich gegen Null bewegt"*. (S. 27)

M. und H. aus Bielefeld

Fortsetzung von S. 27

sten Skandale, über das Gelsenkirchener Sozialwerk St. Georg (die größte deutsche Sozialpsychiatrie) und über die Dortmunder Gemeinnützigen Werkstätten für Behinderte GmbH (GeWeBe).

Nach fünfjährigem Kampf konnte die DSH endlich die entscheidenden Beweise über Unterschlagung von Geldern, Medikamentenmißbrauch und Zwangssterilisation im Sozialwerk St. Georg erbringen und somit endgültig gerichtlich gegen die Leitung vorgehen.

Bis dahin hatten sich Oberstadtdirektor, Richter und Staatsanwalt schützend vor die Kriminellen in St. Georg gestellt und mit Anklagen gegen die DSH versucht, diese mundtod zu machen.

Eine Betroffene berichtete über ihre Erfahrungen mit der Psychiatrie: Aufgrund von Dope-Konsum wurde sie eingeliefert, nachdem ein Förster sie im Wald gefunden hatte. Sie war gerade dreimal vergewaltigt worden! Die Vergewaltiger laufen frei rum, während sie eingesperrt, ans Bett gefesselt und „zur Ruhigstellung" mit Medikamenten vollgepumpt wurde. Nach Jahren riß sie aus, und lebt heute bei der DSH. Seitdem sie schwanger ist, droht ihr die Entmündigung!

In den GeWeBe wurden dem Leiter, W.A.Schreck, Unterschlagungen und Veruntreuungen nachgewiesen.

Die BiS berichteten über die Zustände in Eickelborn (LKH), wo Patienten ebenfalls zwangssterilisiert werden und Medikamentenmißbrauch betrieben wird. Sogar über Menschenversuche an Patienten wurde berichtet!

Auch hierzu wurden Betroffenenberichte verlesen bzw. berichteten Betroffene selbst.

Deutlich wurde an diesem Punkt auch, daß die Patienten in Irrenanstalten, den sogenannten LKH's und privaten Psychiatrien noch weniger als Krüppel die Möglichkeit haben, ihr Selbstvertretungsrecht in Anspruch zu nehmen, die Menschenrechtsverletzungen, wie Freiheitsberaubung, Prügel, Totschlag, Medikamentenmißbrauch und Zwangssterilisierung, die tagtäglich in diesen Anstalten geschehen, anzuklagen.

Insgesamt wurde auf dem Krüppel-Tribunal klar, daß hier nur die Spitze eines Eisberges aufgedeckt wurde, der *Situation von Krüppeln und Patienten in der BRD* heißt!

Ohne Zweifel war das Krüppel-Tribunal ein weiterer Meilenstein bei der Entwicklung dessen, was man vorsichtig als "Behindertenbewegung" bezeichnen könnte. Was mit der Dortmunder Bühnenbesetzung im Januar bereits dokumentiert wurde, zeigte auch das Krüppel-Tribunal: immer mehr Krüppel sind nicht mehr bereit, sich ihr Leben, ihre Vorstellung von Glück und Menschenwürde von Politikern, Verwaltungsbeamten und Rehabilitationsfachleuten vorschreiben zu lassen. Wir wollen selbst über unsere Zukunft entscheiden und für unsere Freiheit kämpfen.

Die Arbeit in den örtlichen Vorbereitungsgruppen zum Krüppel-Tribunal wird sicher auch in Zukunft nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der "Behindertenarbeit" in den einzelnen Orten sein. Die in diesem Jahr gesammelten Erfahrungen werden uns helfen, auch weiterhin gegen Aussonderung von Behinderten zu kämpfen. Darüber hinaus sind auch die bundesweit geknüpften Verbindungen von großer Bedeutung. Bereits jetzt sind zwei bundesweite Treffen zur Besprechung weiterer Zusammenarbeit geplant. Der mit der Arbeit am Krüppel-Tribunal begonnene Diskussionsprozeß wird fortgesetzt.

Nicht zu übersehen ist allerdings, daß ein wesentlicher Teil der "Behindertenbewegung" am Krüppel-Tribunal nicht aktiv beteiligt war, nämlich die sogenannte Krüppel-Linie, die eine Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten strikt ablehnt. Die Auseinandersetzungen auf dem ersten Vorbereitungstreffen in Frankfurt wurden im AK dokumentiert (AK 197). Hieran hat sich seitdem kaum etwas geändert; die Fronten haben sich eher noch verhärtet. Dennoch waren Vertreter der "Krüppel-Linie" beim Tribunal anwesend und haben z.B. einen Verkaufsstand ihrer "Krüppelzeitung" aufgebaut. Es bleibt zu hoffen, daß auch in diesem Jahr Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gesucht und gefunden werden und die Frage der Beteiligung von Nichtbehinderten nicht zur dogmatischen Trennungslinie erhoben wird, die von keiner Seite überschritten werden kann.

Zwei Mitglieder der Behindertenkommission

Doch die Großen läßt man laufen...

Neue Waffen der VSBD gefunden, doch „Führer" Busse wieder auf freiem Fuß

Das neue Jahr hatte kaum begonnen, als am 7. Januar die Polizei bei einer Durchsuchungsaktion in 12 Westberliner Wohnungen neben umfangreichem Nazi-Schrifttum erneut ein Waffenlager der Neonazis sicherstellte. U.a. sollen dort einige Dutzend Sprengkapseln gefunden worden sein.

Festgenommen allerdings wurde lediglich ein 19jähriger. Die Durchsuchungsaktion richtete sich gegen die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD), die – merkwürdigerweise – noch im September vom Westberliner Innensenator Lummer (CDU) in einem umfangreichen Bericht „Rechtsradikalismus in Berlin" nicht einmal einer Erwähnung für wert gefunden worden war.

Dabei hat sich die VSBD im letzten Jahr zum Zentrum des neonazistischen Terrors und zum Sammelbecken all jener Nazis entwickelt, die zuvor in verschiedenen Banden (WSG-Hoffmann, Antikominternjugend etc.) agiert hatten. Bekannt wurde im Sommer 1981 ein Flugblatt der NSDAP/AO, in dem dazu aufgefordert wurde, der VSBD beizutreten.

Die Terrorspur der VSBD

Nachdem die VSBD mit Schwerpunkten in München (Überfälle auf Demokraten) und Frankfurt (dort existiert eine besonders aktive Bande) von sich reden gemacht hatte, steigerte sie ab etwa Ende 1980 ihre terroristischen Aktivitäten: So überfiel im Herbst 1980 der mittlerweile tote Frank Schubert, der bis dahin als rechte Hand des „Führers" Busse gegolten hatte, eine Bank in Südhessen. Seine damaligen Komplizen wurden von der Polizei nie ermittelt. Am 24. 12.80. erschoß eben dieser Frank Schubert beim Versuch, Waffen in
12.80. erschoß eben dieser Frank Schubert beim Versuch, Waffen in
der Schweiz zu beschaffen, zwei Schweizer Grenzbeamte und kam dabei selbst ums Leben. Sein Kumpan Walter Kexel, ebenfalls VSBD Frankfurt und Landesvorstandsmitglied der VSBD in Hessen, der noch wenige Stunden vor der Schießerei mit Schubart zusammen in der Schweiz war, wurde in diesem Zusammenhang gerade mal von der Polizei vernommen, aber bislang in keiner Weise belangt.

Die „Trauerfeier" der VSBD für Frank Schubert geriet zu einer makabren Szene: Friedhelm Busse, der sich gerade noch scheinheilig von jeder Verantwortung an Schuberts Taten reinzuwaschen versucht hatte, schwor „ewige Rache" für diesen „gefallenen Märtyrer".

Am 11. August 81 überfielen zwei Männer die Kreissparkasse Neuenstadt bei Heilbronn; Beute: 90.110 DM. Im Zusammenhang mit der Schießerei in München vom 20.10.81 kam ans Licht, daß die Polizei als Täter den in München erschossenen Klaus Ludwig Uhl sowie den VSBD-Chef Friedhelm Busse selbst als „so gut wie sicher" identifiziert hatte. Während dieser Bankraub mittlerweile völlig vergessen scheint, ist der Überfall vom 23.9.81 auf die Sparkasse in Rennerod bei Wetzlar wohl unbestreitbar auf das Konto der VSBD zu buchen.

Mutmaßlich eben diese Sparkasse soll auch das Ziel der Nazis gewesen sein, die am 20.10.81 in München in eine vorbereitete Polizeifalle gelockt wurden und von denen zwei erschossen wurden (Uhl und Wolfgram), die nun nicht mehr aussagen können.

Am 20.10.81 wurde endlich auch der VSBD-Chef Friehelm Busse verhaftet, bei dem die 5 Nazis ihr Auto mit Waffen beladen hatten und bei dem weiteres umfangreiches Material gefunden worden war. Den „Tip" für die Polizei hatte angeblich der Untermieter Busses, der Polizeispitzel Ahmed Famili, geliefert.

Doch wer nun angenommen hatte, daß endlich eine der zentralen Figuren des Nazi-Terrorismus für längere Zeit hinter Schloß und Riegel gekommen sei, sah sich am 20.12.81 bitter enttäuscht: Bei einer „Gedenkfeier" für ihren „Kameraden" Frank Schubert erschien Busse persönlich – **also nicht mehr in Haft!** – und predigte neuen Terror: Schubert sei ein „Held wie Freiherr von Richthofen und Horst Wessel", er sei für den „Freiheitskampf des deutschen Volkes" gestorben und habe sterben müssen, „damit Deutschland lebt". Die „Feier" ging mit dem Hitlergruß und dem Ruf „Ihr könnt uns nicht vernichten" an die Adresse der untätig herumstehenden Polizei zu Ende.

Auch **Volker Heidel**, Alt-Aktivist der niedersächsischen Nazi-Szene, Mitglied der Otte-Bande (mit VS-Agent Lepzien!) und seit Mitte 1981 zentrale Adresse der niedersächsischen VSBD, kann auf das Wohlwollen der Behörden bauen: Kurzfristig mit Haftbefehl gesucht, wurde dieser Ende 1981 anstandslos aufgehoben, als Heidel sich wieder meldete.

Nur einem aus der Szene scheint der Boden unter den Füßen mittlerweile zu heiß geworden zu sein: Von Rechts wegen seit Jahren im Knast, war Christophersen im Herbst 1981 endlich einmal rechtsgültig und ohne Einspruchsmöglichkeiten zu Knast verurteilt worden. Nachdem er vorsorglich schon lange vorher seinen Verlag ins Ausland verlegt hatte und öffentlich erklärt hatte, daß er sich mit diesem Schritt der juristischen Verfolgung entziehen wolle, gab ihm das Gericht – offenbar „mangels Fluchtgefahr" – die Gelegenheit, sich statt im Knast bei seinem Freund Riijs Knudsen in Dänemark einzufinden, von wo aus er nach wie vor ungebrochen seine Nazi-Schriften verschickt...

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg



Dieser Mann soll Friedhelm Busse beim Bankraub am 11.8.81 in Neuenstadt sein



Das in Westberlin gefundene Waffenlager



Friedhelm Busse